Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

23. Februar 1981 Nr. 9 Preis 1 DM D 21060 C

In Kampuchea: Gespräch mit Khieu Samphan
Bericht einer Reisegruppe, die auf Einladung der Regierung des Demokratischen Kampuchea die Provinz Battambang besuchte .... Seiten 6 – 7



Frauen bei Adler: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
20 Frauen mit Unterstützung der IGM für die Anhebung von LG 2 auf LG 5 – eine Auseinandersetzung von grundsätzlicher Bedeutung ... Seite 11

Pink Floyd in Dortmund: mehr als ein Spektakel
100000 Besucher in Dortmund, 30 Millionen verkaufte LPs weltweit – „Die Mauer", Ausdruck des Lebensgefühls einer Generation? .... Seite 12

Sozialistische Konferenz
Auseinandersetzungen über die Linie der Friedensbewegung auf der „II. Sozialistischen Konferenz" ..... Seite 5

Regionalteil ...... Seiten 13 – 15

Kein Kernkraftwerk in Brokdorf!

jük. Während in Übereinstimmung mit der Bundesregierung die schleswig-holsteinische Landesregierung die zweite Teilgenehmigung für den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf erteilte, erklärten am gleichen Tag auf einer Kundgebung von 4500 Menschen in Kiel die norddeutschen Landesverbände der SPD ihre erneute Ablehnung von Brokdorf. Die Bundesregierung wurde wie schon auf dem SPD-Parteitag in Hamburg angegriffen. Der Bundesvorsitzende der Jusos, Pieczyk, forderte Bundeskanzler Schmidt auf, als stellvertretender SPD-Bundesparteivorsitzender zurückzutreten, wenn er energiepolitische Parteitagsbeschlüsse mißachte. Gemeint ist der Bundesparteitagsbeschluß vom Dezember '79, der einen langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie ermöglichen sollte und einen Kompromiß in der SPD darstellte. Schmidt hatte in den letzten Tagen erneut erklärt, daß dieser Parteitagsbeschluß eben geändert werden müsse. Das hat die Widersprüche in der SPD nochmal verschärft. Seit dem Baustopp Brokdorf 1977 sowie dem Stopp weiterer Kernkraftwerke betreibt die Bundesregierung im Verbund mit der CDU-Landesregierung die Durchsetzung der energiepolitischen Ziele des Finanzkapitals umso verbissener. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hob am 22.1. den Baustopp für Brokdorf auf, sodaß Stoltenberg die Teilgenehmigung erteilen konnte. „In der Sache des Kernkraftwerks Brokdorf gebe es zwischen Bonn und Kiel keine Differenzen", erklärte Lambsdorff in der Wirtschaftsdebatte des Bundestages am letzten Freitag. Norbert Blüm erklärte, „Brokdorf werde ein Testfall für den Rechtsstaat sein."

Das Finanzkapital drängt. BDI-Präsident Rodenstock droht, daß irreparable Schäden für die gesamte deutsche

von Brokdorf. Die Bundesregierung wurde wie schon auf dem SPD-Parteitag in Hamburg angegriffen. Der Bundesvorsitzende der Jusos, Pieczyk, forderte Bundeskanzler Schmidt auf, als stellvertretender SPD-Bundesparteivorsitzender zurückzutreten, wenn er energiepolitische Parteitagsbeschlüsse mißachte. Gemeint ist der Bundesparteitagsbeschluß vom Dezember '79, der einen langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie ermöglichen sollte und einen Kompromiß in der SPD darstellte. Schmidt hatte in den letzten Tagen erneut erklärt, daß dieser Parteitagsbeschluß eben geändert werden müsse. Das hat die Widersprüche in der SPD nochmal verschärft. Seit dem Baustopp Brokdorf 1977 sowie dem Stopp weiterer Kernkraftwerke betreibt die Bundesregierung im Verbund mit der CDU-Landesregierung die Durchsetzung der energiepolitischen Ziele des Finanzkapitals umso verbissener. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hob am 22.1. den Baustopp für Brokdorf auf, sodaß Stoltenberg die Teilgenehmigung erteilen konnte. „In der Sache des Kernkraftwerks Brokdorf gebe es zwischen Bonn und Kiel keine Differenzen", erklärte Lambsdorff in der Wirtschaftsdebatte des Bundestages am letzten Freitag. Norbert Blüm erklärte, „Brokdorf werde ein Testfall für den Rechtsstaat sein."

Das Finanzkapital drängt. BDI-Präsident Rodenstock droht, daß irreparable Schäden für die gesamte deutsche
Volkswirtschaft einträten, wenn Brokdorf nicht gebaut werde. Kriegen wir Brokdorf nicht durch, kann die Kernenergieindustrie einpacken, klagen die Nordwestdeutschen Kraftwerke.

Monopole wie Siemens und AEG, die Stahlkonzerne, die Automobilkonzerne, die Elektrizitätsversorgungsunternehmen drängen allesamt auf den raschen Ausbau der Kernkraftwerkskapazität für die Entwicklung von Elektrizität und Prozeßwärme. Sie gehen davon aus, daß sie ihren Produktionsapparat weiter umwälzen müssen, um Profit und Extraprofit auf dem Weltmarkt zu erzielen. Dazu brauchen sie billigen Strom, den sie durch weiteren Ausbau der Kernenergie erhalten wollen.

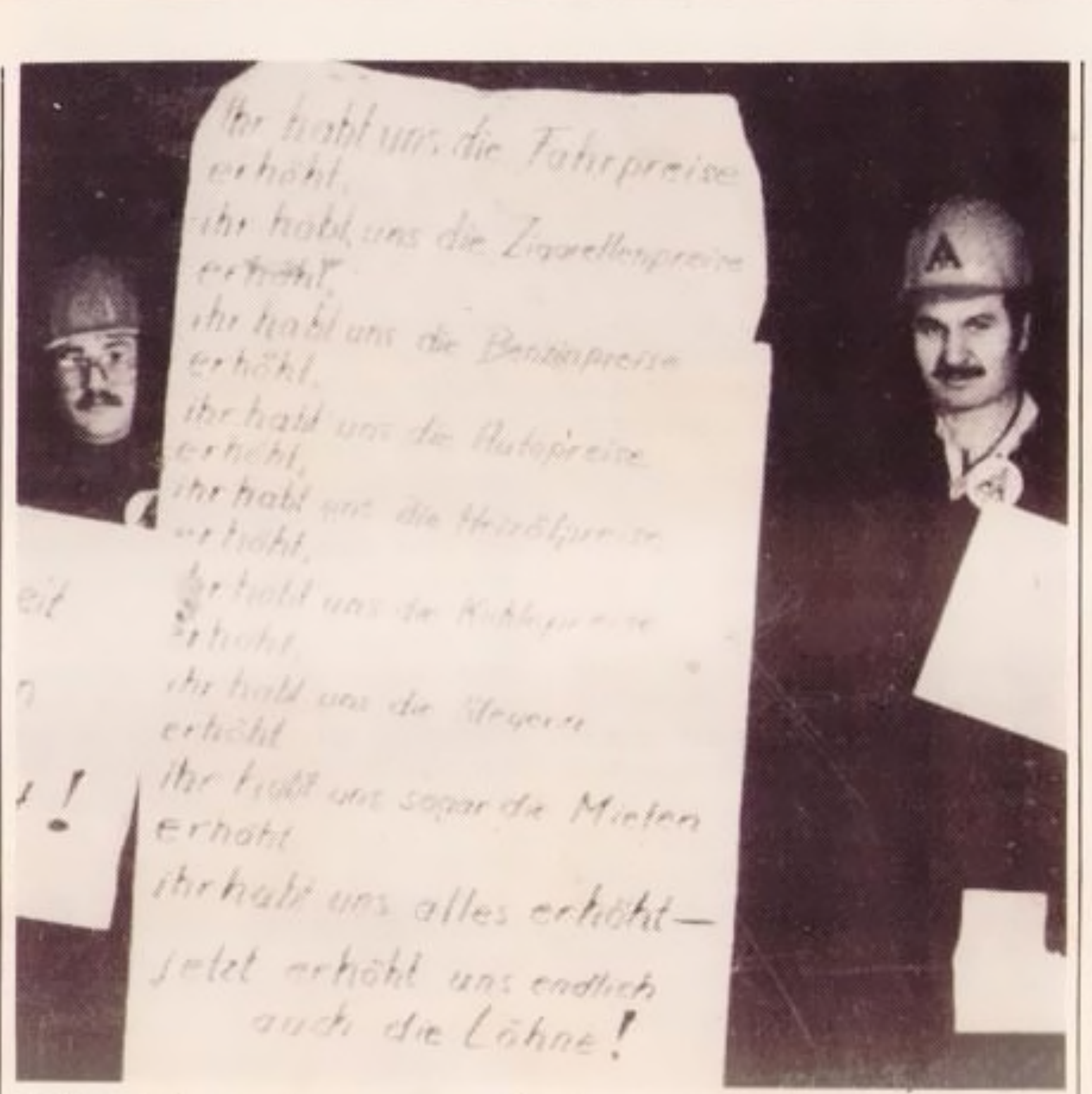
Mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Krise wird es der Bourgeoisie noch dringender, das Programm der Reaktoren um 1200 MW, das durch die demokratische Massenbewegung in Verzug geraten ist, fertigzustellen. Daß das auch zügig geschieht, dazu werden die unteren Gerichtsebenen auf Vordermann gebracht und fangen jetzt zu spuren an. Die Rechte der Genehmigungsbehörden sollen eingeschränkt werden. Ab 1990 soll dann der Bau von Schnellen Brütern und Hochtemperaturreaktoren in Gang kommen.

Zahlreiche Bürgerinitiativen und politischen Organisationen rufen für den 28. Februar zu einer Demonstration und Kundgebung gegen den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf am Bauplatz auf. Stoltenberg hat im Bundestag erklärt, man solle der Demonstration fernbleiben und nicht „die Kulisse für terroristische Gewaltakte" abgeben. Er will die demokratische Bewegung gegen das Kernenergieprogramm spalten und einschüchtern. Die Bewegung ist sehr umfangreich, ebenso der Widerstand und die Kampfformen gegen die Kernkraftwerke. Im norddeutschen Raum, insbesondere in Hamburg und Schleswig-Holstein haben sich Bürgerinitiativen und autonome Gruppen schon Anfang des Jahres gesammelt und auf der „Kolmarer Konferenz" eine Großdemonstration im Falle eines Weiterbaus beschlossen. Mittlerweile liegen mehrere Aufrufe zur Demonstration am 28.2. gegen das Kernkraftwerk Brokdorf vor. U. a. ein Aufruf der Bundeskonferenz in Hannover, der im wesentlichen von Bürgerinitiativen und autonomen Gruppen getragen wird, ein Aufruf des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz, verschiedene Beschlüsse von Gewerkschaftskörperschaften aus Hamburg, so vom HBV Ortsvorstand Hamburg, vom Druck und Papier Ortsverein Hamburg und Harburg, IGM Vertrauenskörper Ortmann und Herbst, ein Aufruf Hamburger Gewerkschaftsmitglieder, unter dem Unterschriften gesammelt werden (siehe S. 3), sowie etliche örtliche Aufrufe von Initiativen und Aktionseinheiten im ganzen Bundesgebiet. Der Juso-Bundesvorstand ruft auf, ebenso die DKP, sowie fast alle linken und revolutionären Organisationen. Stoltenberg versucht, die Vielfalt der demokratischen Bewegung gegen die Kernenergie und die vorhandenen Widersprüche zu nutzen, um zwischen „friedlich" und „gewalttätig" zu spalten. Da ist er auch wieder in einer Front mit Klose aus Hamburg. Weil insgesamt in der demokratischen Bewegung gegen Brokdorf Einheit besteht über die Hauptforderung „Kein Kernkraftwerk in Brokdorf", darüber, daß am 28.2. demonstriert wird und eine Kundgebung am Bauplatz durchgeführt werden soll, bleibt bloß die Mög-

ne Großdemonstration im Falle eines Weiterbaus beschlossen. Mittlerweile liegen mehrere Aufrufe zur Demonstration am 28.2. gegen das Kernkraftwerk Brokdorf vor. U. a. ein Aufruf der Bundeskonferenz in Hannover, der im wesentlichen von Bürgerinitiativen und autonomen Gruppen getragen wird, ein Aufruf des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz, verschiedene Beschlüsse von Gewerkschaftskörperschaften aus Hamburg, so vom HBV Ortsvorstand Hamburg, vom Druck und Papier Ortsverein Hamburg und Harburg, IGM Vertrauenskörper Ortmann und Herbst, ein Aufruf Hamburger Gewerkschaftsmitglieder, unter dem Unterschriften gesammelt werden (siehe S. 3), sowie etliche örtliche Aufrufe von Initiativen und Aktionseinheiten im ganzen Bundesgebiet. Der Juso-Bundesvorstand ruft auf, ebenso die DKP, sowie fast alle linken und revolutionären Organisationen. Stoltenberg versucht, die Vielfalt der demokratischen Bewegung gegen die Kernenergie und die vorhandenen Widersprüche zu nutzen, um zwischen „friedlich" und „gewalttätig" zu spalten. Da ist er auch wieder in einer Front mit Klose aus Hamburg. Weil insgesamt in der demokratischen Bewegung gegen Brokdorf Einheit besteht über die Hauptforderung „Kein Kernkraftwerk in Brokdorf", darüber, daß am 28.2. demonstriert wird und eine Kundgebung am Bauplatz durchgeführt werden soll, bleibt bloß die Mög-
lichkeit, über Formen zu spalten. Differenzen darüber kann aber die Widerstandsbewegung unter sich ausmachen, entsprechend der taktischen Lage.

Angesichts der verschärften politischen Widersprüche in den bürgerlichen Parteien hängt etliches davon ab, ob es gelingt, diese Widersprüche für eine tatsächliche *Ausdehnung* der Front gegen das Kernenergieprogramm zu nutzen und so das ganze Programm der Bourgeoisie zu Fall zu bringen. Eine der entscheidensten Bedingungen für den Erfolg dürfte sein, die Verbindung der demokratischen Bewegung gegen die Kernkraftwerke mit der Arbeiterbewegung, vornehmlich aus den Gewerkschaften, zu sichern. Dafür haben sich die Bedingungen verbessert. Es gibt kaum noch einen Gewerkschaftsbeschluß, der nicht Mindestbedingungen beim Bau von Kernkraftwerken fordert. Zwar sind die Vorstände von DGB, IGM und ÖTV immer noch für den Ausbau der Kernenergie, gleichwohl drängen sie auf starke Kontrollsysteme, insbesondere in der Entsorgung. Zunehmend setzt sich aber in den Gewerkschaften die Auffassung durch, daß solange Sicherheit und Entsorgung nicht gewährleistet sind, ein Baustopp und Stillegung der vorhandenen Werke nötig ist. Einige Gewerkschaftskörperschaften sprechen sich vollständig für den Stopp der Anwendung der Atomtechnologie aus.

Die Entscheidung für den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf soll zu Fall gebracht werden. Dazu dient die Demonstration und Kundgebung am 28.2. Der KBW unterstützt diese Absicht voll und ganz und ruft seinerseits zur Beteiligung an der geplanten Demonstration und Kundgebung auf.



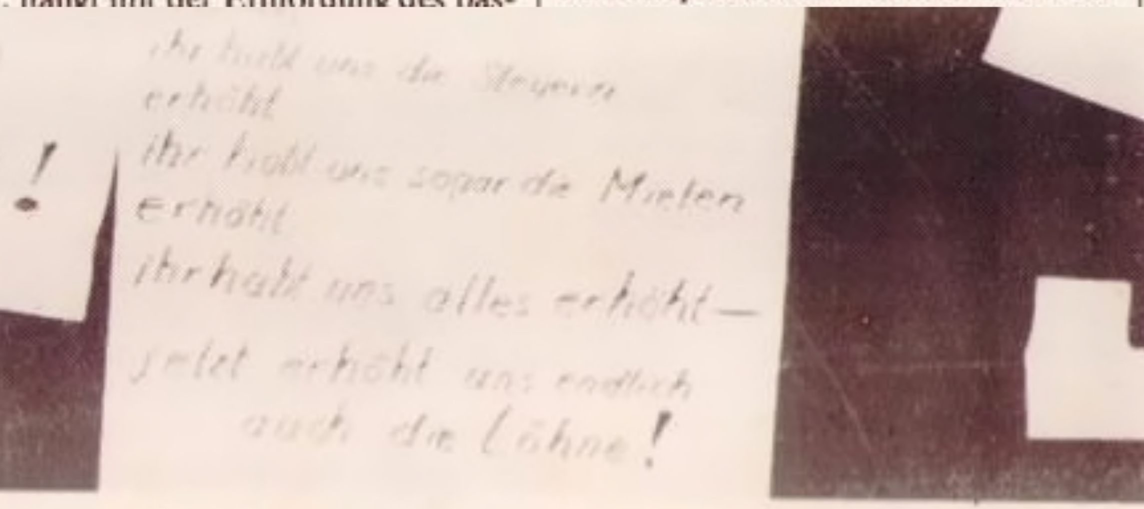
Erneut streikten in der vergangenen Woche verschiedene Belegschaften in der Metallindustrie für kürzere Zeit gegen das 2,5%-Lohndiktat von Gesamtmetall.

Krise in Spanien: Reaktion und Demokratie prallen aufeinander

chm. Der von König Juan Carlos I vorgeschlagene neue spanische Ministerpräsident, Calvo Sothelo, hat beim 1. Wahlgang am Freitag die erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen (176 von 354) nicht erhalten. Sowohl die PSOE, die spanische Sozialistische Arbeiterpartei unter Vorsitz von Felipe Gonzalez, als auch die KP hatten erklärt, daß sie nicht für ihn stimmen würden. Daß er vermutlich weder die Stimmen der baskischen, noch die der katalanischen Abgeordneten erhalten hat, hängt mit der Ermordung des bas-

auf, zurückzutreten. Es folgten ihm zwei weitere aus Protest gegen die „Verunglimpfung" der Polizei. Unter den zweien befindet sich auch der Leiter der „Informationsbrigade", so heißt die politische Polizei, die die in der zwei Jahre alten spanischen Verfassung verbotenen Folterungen zu verantworten hat.

Die innenpolitischen Auseinandersetzungen in Spanien – offen ausgebrochen sind sie seit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Suarez Ende Ja-



Erneut streikten in der vergangenen Woche verschiedene Belegschaften in der Metallindustrie für kürzere Zeit gegen das 2,5%-Lohndiktat von Gesamtmetall.

Krise in Spanien: Reaktion und Demokratie prallen aufeinander

chm. Der von König Juan Carlos I vorgeschlagene neue spanische Ministerpräsident, Calvo Sothelo, hat beim 1. Wahlgang am Freitag die erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen (176 von 354) nicht erhalten. Sowohl die PSOE, die spanische Sozialistische Arbeiterpartei unter Vorsitz von Felipe Gonzalez, als auch die KP hatten erklärt, daß sie nicht für ihn stimmen würden. Daß er vermutlich weder die Stimmen der baskischen, noch die der katalanischen Abgeordneten erhalten hat, hängt mit der Ermordung des bas-
kischen Lastwagenfahrers Arregui zusammen, der an den Folgen der Folterungen im einem Madrider Gefängnis gestorben ist, das zweite Opfer innerhalb von 5 Monaten. In seiner Rede vor dem Parlament am vergangenen Mittwoch, in der Sothelo sein Regierungsprogramm vorstellte, war er mit keinem Wort auf diesen Mord eingegangen. Die Aussagen, die die Rede zur innenpolitischen Lage enthielt, sind äußerst mager ausgefallen: Der Übergang (von der Francodiktatur zur Demokratie) sei beendet, die Demokratie sei eine Tatsache, es gebe aber noch viel zu tun und wörtlich: „Jeder Untersuchungsgefangene wird in Zukunft die Möglichkeit haben, sich an einen Rechtsanwalt zu wenden, auch wenn er einer Terrororganisation angehört." („Süddeutsche Zeitung", 20.2.) Diese Aussage bleibt weit hinter der Forderung der PSOE, der KP und aller demokratischer Kräfte in Spanien, die „Antiterrorgesetze" die am 1.12.1980 in Kraft getreten sind, abzuschaffen. Nach diesem Gesetz kann ein Gefangener 10 Tage lang in „Untersuchungshaft" gehalten werden, ohne Anwalt oder gar einen Richter zu Gesicht zu bekommen. Arrigue, der am 4.2. verhaftet worden war, ist am 13. Februar gestorben, ohne Haftbefehl und ohne Rechtsanwalt.

In Madrid und Barcelona fanden große Protestdemonstrationen statt. Der Generalstreik im Baskenland ist mit einer Beteiligung zwischen 80 und 90% befolgt worden. Die noch amtierende Regierung Suarez sah sich gezwungen, 5 Polizeiinspektoren, die an den Folterungen unmittelbar beteiligt waren, zu verhaften und forderte den Generaldirektor der Polizei, Benitez,

auf, zurückzutreten. Es folgten ihm zwei weitere aus Protest gegen die „Verunglimpfung" der Polizei. Unter den zweien befindet sich auch der Leiter der „Informationsbrigade", so heißt die politische Polizei, die die in der zwei Jahre alten spanischen Verfassung verbotenen Folterungen zu verantworten hat.

Die innenpolitischen Auseinandersetzungen in Spanien – offen ausgebrochen sind sie seit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Suarez Ende Ja-
nuar – münden seitens der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer in die Frage: Womit kann die Ausbeutung der Arbeiter- und Bauernmassen besser gesichert werden – mit der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie oder mit einer Rückkehr zur offenen Reaktion wie zu Francos Zeiten? Die Regierung Suarez hat es nicht geschafft, die großen Streiks im Baskenland, in Madrid und Katalonien zu unterdrücken. Die Bewegung der landlosen Bauern und der Landarbeiter in der Hochburg des spanischen Feudalbesitzes, Andalusien, hat für die Großgrundbesitzer bedrohliche Ausmaße angenommen: 6000 ha Land mitsamt Ernten sind im Zuge der Kämpfe allein im vergangenen Jahr verbrannt worden. Die Autonomiebewegung ist durch Erteilung des halbherzigen Autonomiestatuts in verschiedenen Provinzen wie z.B. Andalusien oder Baskenland nicht schwächer geworden, sondern hat Forderungen durchgesetzt, die über den Rahmen des Autonomiestatuts hinausgehen wie z.B. die Steuerhoheit im Baskenland. Gegen den Beitritt Spaniens in die NATO gibt es eine breite Bewegung, die für die Blockfreiheit Spaniens eintritt.

Die Reaktion hat noch einige Stützen in Spanien, allen voran die katholische Kirche, die sich schon mit einer Stellungnahme gegen das geplante Scheidungsrecht hervorgetan hat, das immerhin von 70% der Spanier begrüßt wird. Da die Regierung Suarez den frankistischen Staatsapparat kaum gesäubert hat, kann sich die Reaktion auf die höheren Ränge der Verwaltung, der Armee und der Polizei stützen. Der Mord im Gefängnis von Madrid hat es gezeigt.

IG Metall: „Der Worte sind genug gewechselt"

ped. In NRW (am 23.2.) und Hessen (am 25.2.) stehen noch Verhandlungen an. Am 28. Februar endet die Friedenspflicht und die IGM wird vorerst nicht in die Schlichtung gehen. Vergangene Woche bereits rief der IGM-Vorstand zu Kampfaktionen mit Ende der Friedenspflicht auf. Gesamtmetall Geschäftsführer Kirchner warnte zwar die IGM vor der „Guerilla-Streiktaktik", erklärte aber, die Unternehmer seien wohl vorbereitet und nach wie vor sei ein Abschluß „nur weit unter 5% möglich". Das „Handelsblatt" kommentierte, eine 3 vor dem Komma müsse verteidigt werden.

Warnstreiks und andere demonstrative Aktionen der IGM werden eine gute Mobilisierung der Kampfkraft der Gewerkschaft bewirken. Bezwingbar sind die Metallkapitalisten darüber nicht. Deshalb auch die Vorbereitungen der IGM für die Durchführung von Erzwingungs- und Flächenstreiks nach einzuleitender Urabstimmung. Vom Nordverbund und Baden Württemberg ist bekannt, daß bereits Betriebe festgelegt sind, die schwerpunktmäßig bestreikt werden sollen. Die anderen Regionen sollen dann mit demonstrativen Aktionen diese entscheidenden Streiks unterstützen. Nicht alle, sondern nur eine Anzahl Metallbetriebe zu bestreiken, die dann aber auch mit aller Konsequenz, ist klug. Je selektiver sie bestreikt werden, umsomehr ist ihre Verbandseinheit in Gefahr, reißen die Widersprüche zwischen bestreikten Kapitalisten, deren Zulieferern und Weiterverarbeitern einerseits und den unbestreikten in- und ausländischen Konkurrenten auf. Ebenso kann vermieden werden, daß

IGM vor der „Guerilla-Streiktaktik", erklärte aber, die Unternehmer seien wohl vorbereitet und nach wie vor sei ein Abschluß „nur weit unter 5% möglich". Das „Handelsblatt" kommentierte, eine 3 vor dem Komma müsse verteidigt werden.

Warnstreiks und andere demonstrative Aktionen der IGM werden eine gute Mobilisierung der Kampfkraft der Gewerkschaft bewirken. Bezwingbar sind die Metallkapitalisten darüber nicht. Deshalb auch die Vorbereitungen der IGM für die Durchführung von Erzwingungs- und Flächenstreiks nach einzuleitender Urabstimmung. Vom Nordverbund und Baden Württemberg ist bekannt, daß bereits Betriebe festgelegt sind, die schwerpunktmäßig bestreikt werden sollen. Die anderen Regionen sollen dann mit demonstrativen Aktionen diese entscheidenden Streiks unterstützen. Nicht alle, sondern nur eine Anzahl Metallbetriebe zu bestreiken, die dann aber auch mit aller Konsequenz, ist klug. Je selektiver sie bestreikt werden, umsomehr ist ihre Verbandseinheit in Gefahr, reißen die Widersprüche zwischen bestreikten Kapitalisten, deren Zulieferern und Weiterverarbeitern einerseits und den unbestreikten in- und ausländischen Konkurrenten auf. Ebenso kann vermieden werden, daß
ein Streik z.T. ins Leere geht. Man kann die unterschiedlichen konjunkturellen Bedingungen berücksichtigen. Etwa, daß die Kapazitätsauslastung in der Investitionsgüterindustrie mit 84%

Vorausankündigung:

Karl Marx und Friedrich Engels:
Texte zur Kritik der Philosophie

Erscheint im Sendler Verlag Ende März / 128 S. / Best. Nr. 0050 / Preis ca. 7 DM)

nach wie vor hoch ist gegenüber dem Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes mit 79,9%.

Die Kapitalisten sind zu schlagen. Bekannt ist, daß alle Arbeitgeberverbände bereits im Frühjahr '80 eine Sonderabgabe an ihren Unterstützungsfond beschlossen haben. Ihre Zuversicht scheint aber eher politisch begründet: Daß die IG Metall mit einem Abschluß über der Produktivitätsmarke zugleich den sozialdemokratischen Kanzler Schmidt vom Sockel kippen würde und von daher dessen Parteifreunde im IGM-Vorstand zum Einlenken sich bereitfinden werden. Aber wenn schon das „Überleben" ins Spiel gebracht wird, dann ist das „Überleben" der Lohnabhängigen durch Verteidigung des Reallohnes allemal mehr wert als das der gegenwärtigen Regierungskoalition, die ja selbst die kleinsten Wahlversprechen an die Gewerkschaften noch aus ihrem Regierungsprogramm gestrichen hat.

Geheimnisverrat?

bep. Der ,,Stern" und die TAZ haben letzte Woche eine Lagekarte veröffentlicht, die anzeigt, wo in der BRD Atomwaffenlager, Atombomber-Flugplätze, Kommandozentralen, Flugabwehr-, Kurz- und Mittelstreckenraketenstellungen mit Atomsprengköpfen zu finden sind. Die Bundesanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren wegen Preisgabe von Staatsgeheimnissen eingeleitet. Verrat – aber an wen? An die Sowjetunion wohl kaum. Die veröffentlichte Karte stellt eindrucksvoll die Massierung von Kernwaffen in der BRD dar. (Daß der Stern diese Enthüllungen damit verbindet, die Kriegsvorbereitungen der Sowjetunion zu verharmlosen, sei nur erwähnt.) Eine genaue Ortung ermöglicht die Karte nicht; mit Sicherheit ist der sowjetische Geheimdienst wesentlich besser informiert. Der aufstrebende Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Penner (SPD), hat denn auch in einer Stellungnahme zu erkennen gegeben, wem gegenüber die Geheimhaltung gewahrt werden sollte: Die Veröffentlichung sei geeignet, ,,Unruhe in der Bevölkerung zu stiften".

Die größte Unruhe bei der Regierung hat wahrscheinlich die Nennung der möglichen Standorte der neuen amerikanischen Pershing II und Cruise Missiles erregt, die nach ihrem mehrfach bekräftigten und letzte Woche auch von der großen Mehrheit der SPD-Fraktion unterstützten Willen ab 1983 in der BRD aufgestellt werden sollen.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat Widerstand gegen die Stationierung neuer Atomwaffen angekündigt. Die geplanten Standorte müßten Schauplatz ähnlich großer Demonstrationen sein, wie sie bereits bei den Atomkraftwerken stattgefunden haben. In der Tat stellen schon allein die Unfallgefahren, die von den auf dem Gebiet der BRD gelagerten, in Bereitschaft gehaltenen und transportierten Sprengköpfe ausgehen, alles in den Schatten, was uns von den Atomkraftwerken droht. Aber die größere Gefahr – nämlich der Krieg – droht von den Supermächten, die diese Waffen in West- und Osteuropa massieren, um hier den Kampf um Europa als Schlüssel zur Weltherrschaft auszutragen. Wird die Stationierung weiterer Atomwaffen verhindert, kann das ein wichtiger Schritt zur Zurückdrängung der Supermächte werden.

Einmischung in El Salvador

bep. Imperialistische Mächte haben ihre eigenen Interpretationen des Völkerrechts. Die US-Regierung prangert ,,Einmischungen" in El Salvador an. Eagleburger, ein Vertreter des US-Außenministeriums, wurde auf die Reise in fünf westeuropäische Länder geschickt, um Beweise für diese Einmischung zu unterbreiten. Nicaragua, Kuba, die Sowjetunion sollen der Befreiungsfront El Salvadors materielle Unterstützung gewährt und auch Waffen geliefert haben. Sehen wir davon ab, daß Vertreter der Befreiungsbewegung das bestreiten, und daß die bisher vorgelegten Beweise mehr als dürftig sind. Wenn es aber nun so wäre, wie die US-Regierung behauptet? Die Junta von El Salvador ist mit Hilfe der USA an die Macht gekommen. Ihre Aufgabe war, um den Preis gewisser Zugeständnisse und Reformen eine nationale Revolution zu verhindern und die Vorherrschaft der USA zu sichern. Sie hält sich noch dank amerikanischer Waffen, Geldmittel und Berater. Die Befreiungsfront umfaßt alle demokratischen Kräfte des Landes, bis hin zu Teilen des Militärs und großen Teilen der Christdemokraten. Sie ist die legitime Vertretung des Volkes, auch wenn sie noch keine Regierung gebildet hat. Es ist das unbezweifelbare Recht des Volkes und seiner Vertreter, über die Annahme ausländischer Hilfe zu ent-

El Salvador wird darum kämpfen müssen, daß aus dieser Unterstützung nicht neue Einmischung wird. Bei ihrem Gerede von Einmischung geht es der US-Regierung nicht um die Unabhängigkeit El Salvadors, sowenig wie es der Sowjetunion um die Unabhängigkeit Polens oder Afghanistans geht, wenn sie Einmischung dort beklagt. Es geht um die Sicherung der Herrschaftssphäre der jeweiligen Supermacht.

Eagleburger hat in Gesprächen mit der EG-Kommission verlangt, geplante Nahrungsmittel- und Medikamentenhilfe der EG für die Bevölkerung El Salvadors abzusetzen. Diese Hilfslieferungen sollen durch unabhängige Organisationen verteilt werden und könnten auch in Gebiete gelangen, die von der Junta nicht kontrolliert werden. Im allgemeinen ist Eagleburger von den Regierungen zurückhaltend empfangen worden. Die US-Hegemonie über Mittelamerika liegt diesen Regierungen nicht so am Herzen, daß sie dafür gegen die Proteste im eigenen Land eine offene Unterstützung der US-Intervention riskieren würden. In Bonn war der Abgesandte gleich zweimal. In der gleichen Woche waren Vertreter der Junta El Salvadors zu Gast beim Auswärtigen Amt. Ein Besuch ihres Vorsitzenden Duarte in der BRD wird für möglich gehalten. Die CDU setzt ihre Pro-

bep. Imperialistische Mächte haben ihre eigenen Interpretationen des Völkerrechts. Die US-Regierung prangert ,,Einmischungen" in El Salvador an. Eagleburger, ein Vertreter des US-Außenministeriums, wurde auf die Reise in fünf westeuropäische Länder geschickt, um Beweise für diese Einmischung zu unterbreiten. Nicaragua, Kuba, die Sowjetunion sollen der Befreiungsfront El Salvadors materielle Unterstützung gewährt und auch Waffen geliefert haben. Sehen wir davon ab, daß Vertreter der Befreiungsbewegung das bestreiten, und daß die bisher vorgelegten Beweise mehr als dürftig sind. Wenn es aber nun so wäre, wie die US-Regierung behauptet? Die Junta von El Salvador ist mit Hilfe der USA an die Macht gekommen. Ihre Aufgabe war, um den Preis gewisser Zugeständnisse und Reformen eine nationale Revolution zu verhindern und die Vorherrschaft der USA zu sichern. Sie hält sich noch dank amerikanischer Waffen, Geldmittel und Berater. Die Befreiungsfront umfaßt alle demokratischen Kräfte des Landes, bis hin zu Teilen des Militärs und großen Teilen der Christdemokraten. Sie ist die legitime Vertretung des Volkes, auch wenn sie noch keine Regierung gebildet hat. Es ist das unbezweifelbare Recht des Volkes und seiner Vertreter, über die Annahme ausländischer Hilfe zu entscheiden. Je größer der Druck ausländischer Einmischung – nämlich der der USA –, desto größer möglicherweise der Zwang, solche Unterstützung anzunehmen. Kommt diese Unterstützung von der Sowjetunion, direkt oder indirekt, dann weiß man: Sie ist nicht uneigennützig gegeben. Das Volk von El Salvador wird darum kämpfen müssen, daß aus dieser Unterstützung nicht neue Einmischung wird. Bei ihrem Gerede von Einmischung geht es der US-Regierung nicht um die Unabhängigkeit El Salvadors, sowenig wie es der Sowjetunion um die Unabhängigkeit Polens oder Afghanistans geht, wenn sie Einmischung dort beklagt. Es geht um die Sicherung der Herrschaftssphäre der jeweiligen Supermacht.

Eagleburger hat in Gesprächen mit der EG-Kommission verlangt, geplante Nahrungsmittel- und Medikamentenhilfe der EG für die Bevölkerung El Salvadors abzusetzen. Diese Hilfslieferungen sollen durch unabhängige Organisationen verteilt werden und könnten auch in Gebiete gelangen, die von der Junta nicht kontrolliert werden. Im allgemeinen ist Eagleburger von den Regierungen zurückhaltend empfangen worden. Die US-Hegemonie über Mittelamerika liegt diesen Regierungen nicht so am Herzen, daß sie dafür gegen die Proteste im eigenen Land eine offene Unterstützung der US-Intervention riskieren würden. In Bonn war der Abgesandte gleich zweimal. In der gleichen Woche waren Vertreter der Junta El Salvadors zu Gast beim Auswärtigen Amt. Ein Besuch ihres Vorsitzenden Duarte in der BRD wird für möglich gehalten. Die CDU setzt ihre Propagandakampagne für die US-Politik fort. Die Bundesregierung verhält sich nach wie vor zweideutig. Sie will zwischen den ,,demokratischen Elementen auf beiden Seiten" vermitteln und sich nicht offen gegen die USA stellen, wenn auch SPD-Minister Offergeld die US-Politik öffentlich kritisiert hat.

Prozeß gegen Abgruppierung bei Pittler

800 Arbeiter demonstrieren zur Stadthalle / Vorläufiger Erfolg

bil. Langen, 20. Februar, 9 Uhr. Das Arbeitsgericht Offenbach hat die gerichtliche Auseinandersetzung zwischen dem Betriebsrat und dem Pittler-Vorstand in die Stadthalle verlegt. Die 535 gewerblichen Arbeiter sind beigeladen. Die Auseinandersetzung geht um den konkreten Versuch der Kapitalisten, das Lohngefüge für die gewerblichen Arbeiter durch Kündigung der Betriebsvereinbarung von 1964 erheblich zu senken. Nach § 13 des hessischen Manteltarifs für die gewerblichen Arbeiter der Metallindustrie gelten die Lohngruppen 2–9. Ziffer 3 des § 13 läßt jedoch die Anwendung analytischer Arbeitsbewertung durch Betriebsvereinbarung zu. Eine solche Betriebsvereinbarung gilt bei Pittler seit 1964, sie ist im Sommer '80 von den Kapitalisten einseitig gekündigt worden. Seit Januar 1981 versuchen die Kapitalisten, die Arbeiter nach dem Manteltarif umzugruppieren. Beispielsweise wird ein Arbeiter aus der bisherigen Arbeitswertgruppe 12 in die Lohngruppe 7 umgruppiert. Damit ist nicht nur der abgesicherte Tariflohn niedriger, sondern auch die prozentuale Leistungszulage, die sich nach dem Tariflohn richtet. Die Tariflohnerhöhung dieses Jahr würde ebenfalls niedriger. Insgesamt drei Verfahren werden am Freitag in der Stadthalle verhandelt. Der Antrag des Betriebsrates, vertreten durch die IG Metall, auf Einsetzung einer Einigungsstelle und Beibehaltung der bisherigen Eingruppierung bis zur Entscheidung der Einigungsstelle; ein Antrag der Pittler-Kapitalisten, der den Widerspruch des Betriebsrates gegen die neue Eingruppierung für ,,nicht ordnungsgemäß" hält, und ein weiterer Antrag der Kapitalisten auf Ersetzung der Zustimmung des Betriebsrates zur neuen Eingruppierung durch das Arbeitsgericht.

Ca. 800 Arbeiter demonstrieren am Morgen zur Stadthalle. Die Bundesstraße vor der Stadthalle wird an der Brücke beidseitig mit Transparenten versehen. Die Stadthalle ist überfüllt. Das Gericht ruft das erste Verfahren auf und macht einen Einigungsvorschlag: Beibehaltung der alten Eingruppierung, Bildung einer Kommission unter Einschluß der Tarifvertragsparteien, die mit Verhandlungen über eine neue Eingruppierung beginnt, Besitzstandswahrung. Die Kapitalisten lassen durch ihren Rechtsanwalt antworten, eine Einigung würde der Belegschaft immer noch sehr gut tun, aber der Vorschlag des Gerichts sei unakzeptabel. Zurückdrehen auf die alte Eingruppierung sei nicht möglich. Pfiffe aus der Belegschaft und starken Applaus für den Vertreter der IG-Metall, der das einseitige Diktat durch Pittler zurückweist. Die Kapitalisten deuten an, daß allenfalls eine Regelung für die jetzige Tariflohnrunde gefunden werden könne. Wieder Pfiffe. Das Gericht erläutert erneut seinen Vergleichsvorschlag. Die Pittler-Kapitalisten antworten, sie verständen das nicht – Gelächter – und bieten Aussetzung der Gerichtsverhandlung zwecks Verhandlungen an. Der Arbeitsrichter: ,,Der Zug ist abgefahren". Starker Applaus. Der Betriebsrat hält den Vorschlag des Gerichts für akzeptabel, ein Vergleich ist nur möglich, wenn bis zum Abschluß der Verhandlungen der Einigungsstelle die analytische Bewertung beibehalten wird. Die Kapitalisten lehnen ab.

Das Gericht gibt zu erkennen, daß es dem Antrag des Betriebsrates auf Einsetzung einer Einigungsstelle folgen wird, also Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates besteht.

Das zweite Verfahren wird aufgerufen. Die Kapitalisten machen einen neuen Vorschlag: Die Steigerungsraten, die sich aus der analytischen Arbeitsbewertung ergeben, sollen bei der Tariferhöhung 1981 voll an die Arbeiter weitergegeben werden, für 1982 eine Übergangsregelung, es bleibt bei der vorläufigen neuen Eingruppierung, aber es soll nochmal mit dem Betriebsrat darüber verhandelt werden. Wenn das nicht angenommen werden würde, werde es wesentlich niedrigere Tariferhöhungen geben. Die Verhandlung wird kurz unterbrochen. Viele Arbeiter sagen draußen in der Halle, daß sie lieber eine kurzfristige Lohnsenkung in Kauf nehmen, aber das nicht angenommen werden darf. Die IG-Metall erklärt bei Wiederaufruf, daß sich der Betriebsrat jetzt nicht durch Drohung mit Lohnsenkung unter Druck setzen läßt und daß auch nach dem Prozeß verhandelt werden kann. Großer Applaus durch die Belegschaft. Kurz vor 13 Uhr verkündet das Gericht die Entscheidungen: Dem Antrag des Betriebsrates wird stattgegeben, eine Einigungsstelle muß eingesetzt werden, es bleibt bei der alten Eingruppierung. Die beiden Anträge der Kapitalisten werden zurückgewiesen.

Renten in 4 Jahren um 12 bis 15 Prozent gekürzt

Weitere Rentenkürzungen durch Krankenversicherungsbeitrag / Rentenanpassungsgesetz 1982

gkr. Das Bundesarbeitsministerium hat einen Referentenentwurf für das (22.) Rentenanpassungsgesetz 1982 vorgelegt. Zwei wesentliche Punkte enthält er: Die Festlegung der Rentenanpassungssätze für 1982 und die Einführung des Krankenkassenbeitrags für Rentner mit den Bestimmungen über Betriebsrenten, Zusatzrenten im öffentlichen Dienst etc.

Die Rentenerhöhung wird für das kommende Jahr auf 5,8% festgesetzt. Das entspricht der sog. Bruttolohnanpassung. Aber auf einem wesentlich gekürzten Ausgangsniveau, sowohl für die Neurenten (durch die allgemeine Bemessungsgrundlage) wie auch für die Bestandsrenten aufgrund der im 21. Rentenanpassungsgesetz festgesetzten niedrigen Steigerungsraten. Als Auswirkung der Rentenkürzung ist die *allgemeine Bemessungsgrundlage* für 1981 auf 22787 DM festgesetzt, ohne die Kürzungen müßte sie mittlerweile 26275 DM, das sind 15% mehr, betragen. Diese Kürzung ist höher als bei

den). Seine Rente war auf gegenwärtig 1130 DM gestiegen und ab dem 1. Januar 1982 wird er dann 1196 DM erhalten. In Zukunft wird seine Rente jeweils zum 1. Januar erhöht. Ohne Kürzungen durch das 21. Rentenanpassungsgesetz würde seine Rente nach wie vor zum 1. Juli jeweils erhöht. Er hätte gegenwärtig 1232 DM und würde ab dem 1. Juli 1981 1303 DM bekommen. Es ergibt sich so eine über das Jahr gerechnete mittlere Kürzung von 12%. Ausgehend von einer Rentenzahlung von etwa 120 Mrd. DM 1980 bedeutet das alleine 1981 eine Kürzung von über 15 Mrd. DM.

Für den schon im 21. Rentenanpassungsgesetz vorgesehenen Beitrag der Rentner zur Krankenversicherung legt der nun vorliegende Entwurf den 1. Januar 1983 als Beginn fest. Er enthält darüber hinaus weitere Festlegungen über die Bezahlung dieses Beitrages. Für alle Rentner, die Rente alleine aus der gesetzlichen Rentenversicherung

der Rentner direkt einen Teil seiner Rente als Beitrag zur Krankenversicherung bezahlen, so der erklärte Wille der Koalitionsfraktionen.

Für alle die, die neben der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung weitere Rentenanteile, sei es in Form der Betriebsrente oder der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst oder in anderen Formen, erhalten, bedeutet die Neuregelung direkte Kürzung der Renten: Sie müssen 5,9% von diesen Rentenanteilen bezahlen, wiederum direkt abgeführt von der auszahlenden Versicherung. Vor allem im öffentlichen Dienst soll sich daraus, voraussichtlich, eine weit stärkere Kürzung ergeben: Erhält ein Arbeiter als Gesamtrente z.B. 1500 DM und ist seine gesetzliche Rente 1000 DM, so erhält er eine Zusatzrente von 500 DM. Wird nun seine Rente um die 11,8% Krankenkassenbeitrag (als Zuschuß) erhöht, erhält er als Zusatzrente nur noch 382 DM, hiervon muß er 5,9%, das sind 22,50 DM, Krankenversiche-

setzung einer Einigungsstelle und Beibehaltung der bisherigen Eingruppierung bis zur Entscheidung der Einigungsstelle; ein Antrag der Pittler-Kapitalisten, der den Widerspruch des Betriebsrates gegen die neue Eingrup-

setzung der Gerichtsverhandlung zwecks Verhandlungen an. Der Arbeitsrichter: ,,Der Zug ist abgefahren". Starker Applaus. Der Betriebsrat hält den Vorschlag des Gerichts für akzeptabel, ein Vergleich ist

scheidungen: Dem Antrag des Betriebsrates wird stattgegeben, eine Einigungsstelle muß eingesetzt werden, es bleibt bei der alten Eingruppierung. Die beiden Anträge der Kapitalisten werden zurückgewiesen.

Renten in 4 Jahren um 12 bis 15 Prozent gekürzt

Weitere Rentenkürzungen durch Krankenversicherungsbeitrag / Rentenanpassungsgesetz 1982

gkr. Das Bundesarbeitsministerium hat einen Referentenentwurf für das (22.) Rentenanpassungsgesetz 1982 vorgelegt. Zwei wesentliche Punkte enthält er: Die Festlegung der Rentenanpassungssätze für 1982 und die Einführung des Krankenkassenbeitrags für Rentner mit den Bestimmungen über Betriebsrenten, Zusatzrenten im öffentlichen Dienst etc.

Die Rentenerhöhung wird für das kommende Jahr auf 5,8% festgesetzt. Das entspricht der sog. Bruttolohnanpassung. Aber auf einem wesentlich gekürzten Ausgangsniveau, sowohl für die Neurenten (durch die allgemeine Bemessungsgrundlage) wie auch für die Bestandsrenten aufgrund der im 21. Rentenanpassungsgesetz festgesetzten niedrigen Steigerungsraten. Als Auswirkung der Rentenkürzung ist die *allgemeine Bemessungsgrundlage* für 1981 auf 22787 DM festgesetzt, ohne die Kürzungen müßte sie mittlerweile 26275 DM, das sind 15% mehr, betragen. Diese Kürzung ist höher als bei den Bestandsrenten, da die allgemeine Bemessungsgrundlage 1979 überhaupt nicht erhöht wurde. Die Renten*anpassung* wurde dagegen ,,nur" um ein halbes Jahr ausgesetzt. Ein Beispiel für die Entwicklung dieser Bestandsrenten: Ein Arbeiter hatte seit dem 1. Juli 1977 eine Rente von 1000 DM erhalten (sie war gerade um 9,6% erhöht worden). Seine Rente war auf gegenwärtig 1130 DM gestiegen und ab dem 1. Januar 1982 wird er dann 1196 DM erhalten. In Zukunft wird seine Rente jeweils zum 1. Januar erhöht. Ohne Kürzungen durch das 21. Rentenanpassungsgesetz würde seine Rente nach wie vor zum 1. Juli jeweils erhöht. Er hätte gegenwärtig 1232 DM und würde ab dem 1. Juli 1981 1303 DM bekommen. Es ergibt sich so eine über das Jahr gerechnete mittlere Kürzung von 12%. Ausgehend von einer Rentenzahlung von etwa 120 Mrd. DM 1980 bedeutet das alleine 1981 eine Kürzung von über 15 Mrd. DM.

Für den schon im 21. Rentenanpassungsgesetz vorgesehenen Beitrag der Rentner zur Krankenversicherung legt der nun vorliegende Entwurf den 1. Januar 1983 als Beginn fest. Er enthält darüber hinaus weitere Festlegungen über die Bezahlung dieses Beitrages. Für alle Rentner, die Rente alleine aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten, ändert sich dem Anschein nach nichts. Die 11,8% Krankenversicherungsbeitrag, die jeder Rentner und jede Rentnerin zu entrichten hat, erhalten sie als Zuschuß zu ihrer Rente. Dieser Zuschuß wird, ohne ausgezahlt zu werden, an die Krankenkasse überwiesen. Aber auch diese Regelung ist nur für ein Jahr, denn ab 1984 soll jeder Rentner direkt einen Teil seiner Rente als Beitrag zur Krankenversicherung bezahlen, so der erklärte Wille der Koalitionsfraktionen.

Für alle die, die neben der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung weitere Rentenanteile, sei es in Form der Betriebsrente oder der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst oder in anderen Formen, erhalten, bedeutet die Neuregelung direkte Kürzung der Renten: Sie müssen 5,9% von diesen Rentenanteilen bezahlen, wiederum direkt abgeführt von der auszahlenden Versicherung. Vor allem im öffentlichen Dienst soll sich daraus, voraussichtlich, eine weit stärkere Kürzung ergeben: Erhält ein Arbeiter als Gesamtrente z.B. 1500 DM und ist seine gesetzliche Rente 1000 DM, so erhält er eine Zusatzrente von 500 DM. Wird nun seine Rente um die 11,8% Krankenkassenbeitrag (als Zuschuß) erhöht, erhält er als Zusatzrente nur noch 382 DM, hiervon muß er 5,9%, das sind 22,50 DM, Krankenversicherungsbeitrag bezahlen, die 118 DM Zuschuß werden ihm gar nicht ausbezahlt. Die Gesamtrente beträgt damit netto nur noch 1359,50 DM gegenüber vorher 1500 DM. Die von der Bourgeoisie so heftig beklagte ,,Überversorgung" im öffentlichen Dienst wäre, so stellt die FAZ befriedigt fest, ,,geringfügig abgebaut".

Weitere 2,7 Mrd. DM Steuern für die Bundesregierung

frb. Nach Verabschiedung der entsprechenden Gesetze in zweiter und dritter Lesung im Bundestag gilt die Erhöhung der Mineralöl- und der Branntweinsteuer zum 1. April als sicher. Der Bundestag kann den angekündigten Einspruch der Unionsmehrheit im Bundesrat überstimmen. Um 8 Pfg. wird sich dann das Benzin und um 3,4 Pfg. der Liter Diesel – einschließlich der Mehrwertsteuer auf die Steuererhöhung – verteuern. Die Steuer auf Trinkalkohol wird um 3,40 DM je Liter erhöht. Die Flasche Korn wird sich dadurch um 80 Pfg. bis 1 DM verteuern. Wegen der Einbeziehung bisher nicht besteuerten technischen Alkohols hat die Chemieindustrie eine Verdoppelung bis Verdreifachung von isopropylalkoholhaltigen Körperpflegemitteln der unteren und mittleren Preislagen angekündigt. Die Bundesregierung verspricht sich für 1981 Mehreinnahmen bei der Mineralölsteuer von 1,7 Mrd. DM und bei der Branntweinsteuer von 0,625 Mrd. DM. Dazu kommt eine Erhöhung der Mehrwertsteuereinnahmen um 0,3 Mrd. DM, zusammen also 2,6 Mrd. DM. Der Beschluß im Bundestag wurde mit allen Stimmen von SPD und FDP gegen CDU/CSU gefaßt. Die SPD-Fraktion hatte zuvor eine Initiative zur Erhöhung der Sektsteuer um ⅓ beschlossen.

8 Mio. DM für das Karmal-Regime

chm. Der Haushaltsausschuß hat auf Empfehlung des Auswärtigen Amtes beschlossen, dem Karmalregime 8 Mio. DM zu zahlen, ,,zur Unterstützung von Menschen, die durch die sowjetische Invasion in Not geraten sind". Das Auswärtige Amt hatte sich vor dieser Empfehlung ausführlich mit der Lage in Afghanistan beschäftigt. Auf dem deutsch-französischen Gipfeltreffen, das eine Woche vor der AA-Sitzung in Paris stattgefunden hatte, wurde zwar über Afghanistan gesprochen, es ist aber im Schlußkommuniqué nicht erwähnt worden. Dort heißt es lediglich, daß beide Partner ,,Mäßigung in der Krisenüberwindung fordern" und daß sie sich bemühen wollen, ,,Tatsachen, die zur Destabilisierung der internationalen Lage führen" aus dem Weg zu räumen.

Hessische Landesregierung für eine Wiederaufbereitungsanlage

dog. Die hessische Landesregierung hat einen Kriterienkatalog für den Standort einer Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstoffe verabschiedet. Berücksichtigt werden sollen: Ortsplanung, Fremdenverkehr, Landwirtschaft, Naturschutz, Landschaftsbild und Wasserwirtschaft. Auf jeden Fall soll im strukturschwachen Nordhessen gebaut werden. Auf Einladung des Wirtschaftsministers Karry (F.D.P.) hatte die DWK (Deutsche Gesellschaft für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen) schon 1980 einen Antrag für den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Hessen gestellt. Jetzt der genaue Standort von der DWK festgelegt werden. Baubeginn ist für 1985 geplant, Inbetriebnahme für 1990. Jährlich sollen 350 t Brennstoff wiederaufgearbeitet werden. In dem als Standort vorgesehenen Ort Volkmarsen hat sich schon eine Bürgerinitiative gegen das Projekt gebildet und der SPD-Unterbezirksparteitag Waldeck-Frankenberg sah sich nicht in der Lage, dem Bau zuzustimmen. Ministerpräsident Börner (SPD) hat erklärt, über solche Projekte müßten politische Mehrheiten entscheiden und nicht die Lautstärke von Demonstranten.

Widerrufene Aussage als Beweismittel der Anklage

acm. Im Prozeß gegen den ehemaligen Krankenpfleger R. Böse hat die Schwurgerichtskammer des Freiburger Landgerichts am 4.2. den Beschluß verkündet, ein ,,Geständnis", das die Polizei in tagelangen Verhören mit verschiedensten Methoden von Böse abgepreßt hatte, zu verwerten. Dies bedeutet die Hinwegsetzung über den §136a der Strafprozeßordnung: ,,Die Freiheit der Willensentscheidung und Willensbetätigung des Beschuldigten darf nicht beeinträchtigt werden ...". Gleichzeitig lehnte das Gericht damit Anträge der Verteidigung ab, die bewiesen, daß der Tod von Patienten in der Intensivstation in Rheinfelden Folge von Unterbesetzungen und katastrophalen Zuständen insgesamt gewesen ist. – Das Gericht will jetzt offensichtlich auf eine Verurteilung hinaus. Auf einer Veranstaltung von Fachschaftsrat Medizin/Klinik und Arbeitskreis Böse-Prozeß der Uni Freiburg wurde eine Presseerklärung verabschiedet mit den Forderungen: ,,Einstellung des Verfahrens gegen R. Böse (bzw. Freispruch), Sofortige Entlassung aus der Untersuchungshaft."

Karlsruher Flugblattverteiler wegen § 129a verhaftet

erb. ,,Zusammenlegung der politischen Gefangenen, Überwachung der Haftbedingungen durch eine internationale Kommission, Anwendung der Genfer Konvention für Kriegsgefangene, Freilassung des haftunfähigen Günter Sonnenberg" wurde in einem Flugblatt gefordert, wie auch zur Solidarität mit der RAF aufgerufen wurde. Vergeblich versuchten RCDS-Mitglieder die Verteiler der Polizei auszuliefern. Seit vergangene Woche sitzt ein Verteiler, der Student Johannes Thimme nach einem Haftbefehl des Ermittlungsrichters Kuhn am Bundesgerichtshof in Isolationshaft in Rastatt, wegen ,,Werbung für eine terroristische Vereinigung" (§129a), wogegen vergangenen Samstag rund 100 Personen eine Kundgebung in Karlsruhe durchgeführt haben.

Kernenergie gleichbedeutend mit billiger Energie?

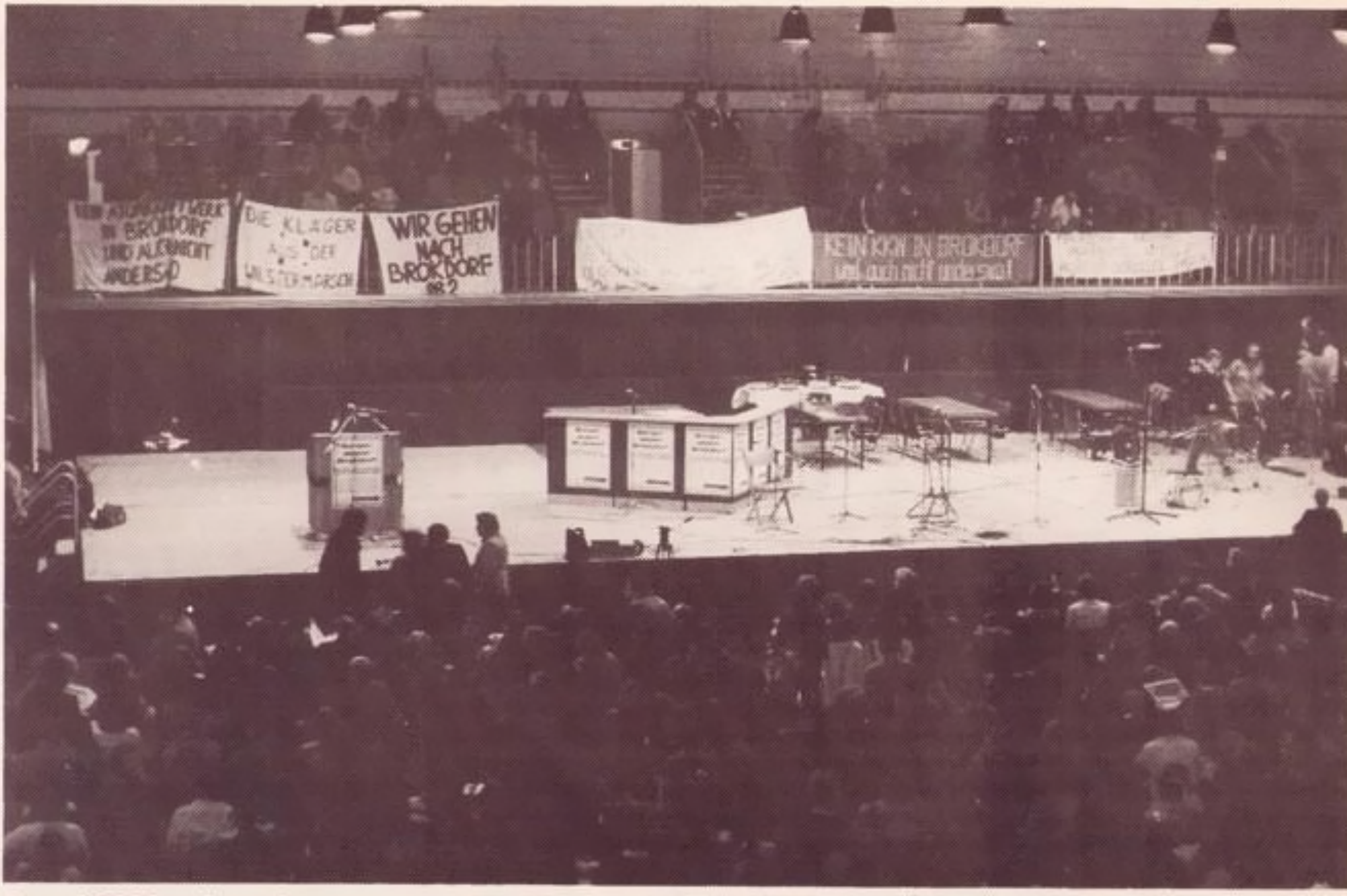
Die bisherigen Erfahrungen widersprechen der Propaganda / Die Arbeiterklasse beurteilt auch die Gefahren der Kernkraft

gkr. Billige Energie sei eine Voraussetzung für gesellschaftlichen Fortschritt. Und Kernkraft sei billiger als alle vergleichbaren Energiequellen, daher müsse sie ausgebaut werden. Die Bourgeois sagen's und in den Voten einiger als alle vergleichbaren Energiequellen, daher müsse sie ausgebaut werden. Die Bourgeois sagens und in den Voten einiger Gewerkschaftsorgane taucht das Argument auf. Was ist zu halten von der „billigen Energie"?

Eine ganze Reihe von Untersuchungen kommt zu dem Ergebnis: Strom aus Kernenergie ist zu 20 bis 30% billiger als Strom aus Kohlekraftwerken, mit denen in erster Linie der Vergleich geführt wird. So gibt das Bundesforschungsministerium in seiner Untersuchung „Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie" die Kosten pro kWh Strom aus Kernenergie mit 8,1 Pfg., aus Kohle mit 10,4 Pfg. an, beides auf Preisbasis 1977 und bei einer Ausnutzungsdauer der Anlagen von 6500 Stunden pro Jahr. Dabei sind bei der Kohle verschiedene Subventionen schon berücksichtigt. Eine Studie des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln errechnete bei gleicher Ausnutzungsdauer eine Differenz der Strompreise in gleicher Höhe wie das Forschungsministerium, wenn billige Importkohle verwandt wird, und noch höhere Differenz bei Verwendung der im Ruhrgebiet geförderten Kohle zum Betreiben eines Kohlekraftwerks. Schließlich: in einer Studie der Ford-Corporation wird die Spanne für die Kosten für eine kWh Strom aus Kernenergie mit 2 bis 2,9 Cent, aus Kohle im ungünstigsten Fall mit 2,5 bis 3,3 Cent angegeben (diese Angaben gelten für den Mittelwesten der USA auf Preisen von 1976). Bei all diesen Angaben soll es weniger auf die absolute Höhe ankommen, die je nach Entwicklung der Inflation und mancher anderer Einflußfaktoren schwanken kann, sondern auf die relative Größe des Preisvorteils bei Kernenergie.

Was ist davon zu halten, wo doch die praktischen Erfahrungen ganz anders sind? So begründen die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW), die schon ohne den Bau von Brokdorf Hamburg zu 50% mit Strom aus Kernenergie versorgen werden, sobald das Kernkraftwerk Krümmel in 2 Jahren in den Betrieb gehen wird, ihre Strompreiserhöhung gerade mit den hohen Kosten beim KKW Brunsbüttel (das mittlerweile seit Inbetriebnahme vor 54 Monaten 8 Monate gelaufen ist). Und erst vor kurzem wurde bekannt, daß 4 Kernkraftwerke wegen umfangreicher Umbauten für jeweils mehr als ein Jahr stillgelegt werden müssen. Das drückt, genauso wie viele andere „unvorhergesehene Störfälle", die zu Abschaltungen führen, auf die durchschnittliche Zeit, die die Kernkraftwerke pro Jahr tatsächlich laufen können. So liegt die „Zeitverfügbarkeit" für Kernkraftwerke nicht bei 6500 Stunden pro Jahr, wie in allen Berechnungen etwa als Normalfall angenommen, sondern, nach einer EG-Statistik vom Dezember des vergangenen Jahres, in der BRD bei durchschnittlich 4800 Stunden pro Jahr. Die Verfügbarkeit von Kohlekraftwerken aber wenigsten 20%, eher noch mehr, darüber.

Nun bedeuten zwar Kernkraftwerke eine Steigerung der Produktivkraft der Arbeit und eine höhere Ausnutzung der zur Energiegewinnung verwandten Rohstoffe, nämlich Uran. Aber dies ist verbunden mit einer drastischen Steigerung des vorzuschießenden fixen Kapitals. Erstens sind die Investitionskosten pro installiertem kW bei Kernkraftwerken nahezu doppelt so hoch als bei Kohlekraftwerken, zweitens haben die gebauten Einheiten auch bald doppelt so hohe Leistung (Angaben nach dem Forschungsministerium). Das zunächst vorzuschießende fixe Kapital steigt also bei Kernkraftwerken auf das drei- bis vierfache gegenüber einem Kohlekraftwerk. Bei jedem Stillstand bleibt dies fixe Kapital nutzlos. Und mit einer Steigerung des Anteils an fixem Kapital steigt für die Kapitaliten das Risiko, eine Fehlspekulation einzugehen. Was sie einerseits immer wieder nach Beihilfen seitens des Staates schreien läßt, andererseits mit immer zunehmender Skrupellosigkeit für eine optimale, das heißt möglichst lange jährliche Laufzeit, eintreten läßt, unter Brechung aller Widerstände seitens der Arbeiterklasse und der Volksmassen und unter Mißachtung aller Sicherheitsvorkehrungen.



Etwa 4500 Menschen nahmen am vergangenen Donnerstag an einer Veranstaltung der norddeutschen Landesverbände der SPD gegen das Kernkraftwerk Brokdorf in Kiel teil.

Stillstand der Maschinerie muß sich erhöhend auf den Preis des Stromes niederschlagen, weil die Lebensdauer des Kernkraftwerkes über die geschätzten 20 Jahre hinaus hierdurch nicht verlängert wird, in dieser Zeit aber sein Wert übertragen sein muß. Auf der Grundlage der schon oben zitierten Studie aus Köln (und ich will mich bei diesen Überlegungen auf die Befürworter der Kernenergie stützen) liegen die von den Konzernen zu kalkulierenden Kosten pro kWh Strom für den gegenwärtigen Ausnutzungsgrad schon um fast 20% höher als angenommen. Um unter den gegenwärtigen realen Bedingungen einen Vergleich durchzuführen, müssen also die Stromkosten bei einer Nutzungsdauer von 4800 Stunden pro Jahr für Kernkraftwerke mit den Stromkosten eines Kohlekraftwerks bei einer jährlichen Nutzungsdauer von 6000 Stunden verglichen werden. Für den für Kohle günstigsten Fall ist so der Preisvorteil der Kernkraft schon fast verschwunden.

Neben der Nutzungsdauer ist als zweiter wichtiger Einwand gegen die eingangs angeführten Berechnungen die Entsorgung anzuführen. Selbst ohne Beachtung der Frage, ob das derzeitige Konzept der Entsorgung ein nicht mehr zu verantwortendes Risiko in sich birgt, ist eine hierüber angestellte Kostenkalkulation bestenfalls vage, wenn nicht abenteuerlich. Nach der schon öfter zitierten Studie würden 100% höhere Kosten bei der Entsorgung sich in etwa 10%igen Steigerungen des Strompreises niederschlagen.

Aber, selbst wenn es der Bourgeoisie und besonders den Stromversorgungsunternehmen gelingt, den Ausnutzungsgrad so weit zu steigern, daß sie individuell Strom billiger produzieren können als mit Kohlekraftwerken, so würden daraus für die Massen noch lange keine niedrigeren Stromkosten folgen. Zunächst bedeutet es nichts weiter, als daß die Konzerne, die sich auf die Stromproduktion verlegt haben, einen Extraprofit einstreichen. Das ist eine wesentliche Triebkraft für den Bau der Kernkraftwerke. Für die Volksmassen wirkt sich zusätzlich der sog. gespaltene Preis aus. Großkonzerne können gegenüber den Energieversorgungsunternehmen Sondertarife durchsetzen, bis hinunter zu 2 bis 3 Pfennigen pro kWh. Das hat einen sachlichen Grund darin, daß Energieversorgungsunternehmen ihre Kraftwerke, vor allem gerade Kernkraftwerke, gleichmäßig über die ganze Dauer des Tages auslasten wollen. Die Bereitstellung von ausreichend Kraftwerkskapazität für die Spitzenauslastung in den Morgen- und Abendstunden erscheint als Gratisgabe für die übrige Zeit. Die niedrigsten Sondertarife für die Konzerne liegen denn auch in der Höhe der laufenden Kosten, also vor allem der Kosten für Brennmaterial. Die Investitionskosten werden hauptsächlich über den Strompreis der Massen bezahlt, die über Steuern auch schon die Forschungskosten, die sich mit wenigstens 1 Mrd. DM pro Kernkraftwerk gegenwärtig niederschlagen dürften, bezahlt haben.

Diese Gesetzmäßigkeiten entwickeln im Kapitalismus ihre eigene Widersprüchlichkeit: Das immens gesteigerte vorzuschießende Kapital erhöht das Risiko einer Fehlspekulation, die Sucht nach möglichst hohen Extraprofiten läßt die Kapitalisten am Material sparen und erhöht damit die Gefahr von Stillständen für notwendige Reparaturen. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen müssen an die Beurteilung der Kernenergie den Kapitalisten fremde Maßstäbe anlegen, die nicht alleine als Kosten gefaßt werden können, wollen sie für die Abenteuer der Bourgeoisie nicht doppelt bezahlen, über den Strompreis und mit dem Leben. So wie sie z.B. der Überausbeutung der Arbeitskraft auch zeitliche Schranken setzen müssen. Diese Maßstäbe liegen darin, daß das Risiko gegenwärtig nicht beherrschbarer Unfälle für die Lebensgrundlage der Volksmassen zu hoch ist. Für die Kapitalistenklasse ist technischer Fortschritt, Erhöhung der Produktivkraft, einzig Mittel zur Erhöhung des Profits. Für die Arbeiterklasse ist es Mittel, die Natur zu beherrschen.

Beschlüsse und Erklärungen aus Gewerkschaften gegen den Bau des

• daß Strom bereits im Überfluß vorhanden ist und Atomkraftwerke zur Energieversorgung nicht notwendig sind;
• daß die Atomtechnologie auch für mili-

gegen die Kernenergie erklärt die HBV-Hamburg:

1. Atomstrom ist zu teuer.
Hamburg hat zur Zeit einen Anteil von ca.

ist deswegen gegen den Bau von Brokdorf, eines weiteren Kernkraftwerks."

(Januar 1981)

Strom aus Kernenergie mit 8,1 Pfg., aus Kohle mit 10,4 Pfg. an, beides auf Preisbasis 1977 und bei einer Ausnutzungsdauer der Anlagen von 6500 Stunden pro Jahr. Dabei sind bei der Kohle verschiedene Subventionen schon berücksichtigt. Eine Studie des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln errechnete bei gleicher Ausnutzungsdauer eine Differenz der Strompreise in gleicher Höhe wie das Forschungsministerium, wenn billige Importkohle verwandt wird, und noch höhere Differenz bei Verwendung der im Ruhrgebiet geförderten Kohle zum Betreiben eines Kohlekraftwerks. Schließlich: in einer Studie der Ford-Corporation wird die Spanne für die Kosten für eine kWh Strom aus Kernenergie mit 2 bis 2,9 Cent, aus Kohle im ungünstigsten Fall mit 2,5 bis 3,3 Cent angegeben (diese Angaben gelten für den Mittelwesten der USA auf Preisen von 1976). Bei all diesen Angaben soll es weniger auf die absolute Höhe ankommen, die je nach Entwicklung der Inflation und mancher anderer Einflußfaktoren schwanken kann, sondern auf die relative Größe des Preisvorteils bei Kernenergie.

Jahr. Die Verfügbarkeit von Kohlekraftwerken aber wenigsten 20%, eher noch mehr, darüber.

Nun bedeuten zwar Kernkraftwerke eine Steigerung der Produktivkraft der Arbeit und eine höhere Ausnutzung der zur Energiegewinnung verwandten Rohstoffe, nämlich Uran. Aber dies ist verbunden mit einer drastischen Steigerung des vorzuschießenden fixen Kapitals. Erstens sind die Investitionskosten pro installiertem kW bei Kernkraftwerken nahezu doppelt so hoch als bei Kohlekraftwerken, zweitens haben die gebauten Einheiten auch bald doppelt so hohe Leistung (Angaben nach dem Forschungsministerium). Das zunächst vorzuschießende fixe Kapital steigt also bei Kernkraftwerken auf das drei- bis vierfache gegenüber einem Kohlekraftwerk. Bei jedem Stillstand bleibt dies fixe Kapital nutzlos. Und mit einer Steigerung des Anteils an fixem Kapital steigt für die Kapitaliten das Risiko, eine Fehlspekulation einzugehen. Was sie einerseits immer wieder nach Beihilfen seitens des Staates schreien läßt, andererseits mit immer zunehmender Skrupellosigkeit für eine optimale, das heißt möglichst lan-

des Kernkraftwerkes über die geschätzten 20 Jahre hinaus hierdurch nicht verlängert wird, in dieser Zeit aber sein Wert übertragen sein muß. Auf der Grundlage der schon oben zitierten Studie aus Köln (und ich will mich bei diesen Überlegungen auf die Befürworter der Kernenergie stützen) liegen die von den Konzernen zu kalkulierenden Kosten pro kWh Strom für den gegenwärtigen Ausnutzungsgrad schon um fast 20% höher als angenommen. Um unter den gegenwärtigen realen Bedingungen einen Vergleich durchzuführen, müssen also die Stromkosten bei einer Nutzungsdauer von 4800 Stunden pro Jahr für Kernkraftwerke mit den Stromkosten eines Kohlekraftwerks bei einer jährlichen Nutzungsdauer von 6000 Stunden verglichen werden. Für den für Kohle günstigsten Fall ist so der Preisvorteil der Kernkraft schon fast verschwunden.

Neben der Nutzungsdauer ist als zweiter wichtiger Einwand gegen die eingangs angeführten Berechnungen die Entsorgung anzuführen. Selbst ohne Beachtung der Frage, ob das derzeitige Konzept der Entsorgung ein nicht mehr zu verantwortendes Risiko in sich

und besonders den Stromversorgungsunternehmen gelingt, den Ausnutzungsgrad so weit zu steigern, daß sie individuell Strom billiger produzieren können als mit Kohlekraftwerken, so würden daraus für die Massen noch lange keine niedrigeren Stromkosten folgen. Zunächst bedeutet es nichts weiter, als daß die Konzerne, die sich auf die Stromproduktion verlegt haben, einen Extraprofit einstreichen. Das ist eine wesentliche Triebkraft für den Bau der Kernkraftwerke. Für die Volksmassen wirkt sich zusätzlich der sog. gespaltene Preis aus. Großkonzerne können gegenüber den Energieversorgungsunternehmen Sondertarife durchsetzen, bis hinunter zu 2 bis 3 Pfennigen pro kWh. Das hat einen sachlichen Grund darin, daß Energieversorgungsunternehmen ihre Kraftwerke, vor allem gerade Kernkraftwerke, gleichmäßig über die ganze Dauer des Tages auslasten wollen. Die Bereitstellung von ausreichend Kraftwerkskapazität für die Spitzenauslastung in den Morgen- und Abendstunden erscheint als Gratisgabe für die übrige Zeit. Die niedrigsten Sondertarife für die Konzerne liegen denn auch in der

kraftwerk gegenwärtig niederschlagen dürften, bezahlt haben.

Diese Gesetzmäßigkeiten entwickeln im Kapitalismus ihre eigene Widersprüchlichkeit: Das immens gesteigerte vorzuschießende Kapital erhöht das Risiko einer Fehlspekulation, die Sucht nach möglichst hohen Extraprofiten läßt die Kapitalisten am Material sparen und erhöht damit die Gefahr von Stillständen für notwendige Reparaturen. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen müssen an die Beurteilung der Kernenergie den Kapitalisten fremde Maßstäbe anlegen, die nicht alleine als Kosten gefaßt werden können, wollen sie für die Abenteuer der Bourgeoisie nicht doppelt bezahlen, über den Strompreis und mit dem Leben. So wie sie z.B. der Überausbeutung der Arbeitskraft auch zeitliche Schranken setzen müssen. Diese Maßstäbe liegen darin, daß das Risiko gegenwärtig nicht beherrschbarer Unfälle für die Lebensgrundlage der Volksmassen zu hoch ist. Für die Kapitalistenklasse ist technischer Fortschritt, Erhöhung der Produktivkraft, einzig Mittel zur Erhöhung des Profits. Für die Arbeiterklasse ist es Mittel, die Natur zu beherrschen.

Beschlüsse und Erklärungen aus Gewerkschaften gegen den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf (1981)

Unter dem folgenden Aufruf Hamburger Gewerkschafter werden bis zum Dienstag inzwischen in allen Gewerkschaften Unterschriften gesammelt. Sie sollen dann ausgewertet werden und im Laufe der Woche der Presse übergeben werden.

Kein Atomkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg und die Bundesregierung in Bonn wollen rücksichtslos den Bau eines Atomkraftwerkes in Brokdorf durchsetzen, obwohl dieses AKW in großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt wird.

Obwohl heute Überkapazitäten in der Stromversorgung bestehen und durch eine verbesserte Energienutzung der Verbrauch sogar gesenkt werden könnte, wollen die Energieversorgungskonzerne (NWK, HEW, KWU, u.a.) weitere Atomkraftwerke, Zwischenlager, Wiederaufbereitungsanlagen und schließlich schnelle Brüter bauen.

Brokdorf ist ein Symbol des erfolgreichen Widerstandes gegen die Nutzung und die Anwendung der Atomenergie. Demonstrationen von Zehntausenden am Bauplatz in Brokdorf waren der Beginn der Herausbildung einer der breitesten Oppositionsbewegungen in der Geschichte der Bundesrepublik. Es wurde erreicht, daß seit 1976 kein einziges AKW mehr genehmigt wurde.

Als aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter bedauern wir es, daß sich der Hamburger DGB, unserer Meinung nach vorschnell, für den Weiterbau in Brokdorf ausgesprochen hat, während zum Teil ganze Ortsvereine, z.B. der IG Druck und Papier, der GEW, der HBV gegen Brokdorf gestimmt haben.

In Brokdorf wird versucht, gegen die Atomkraftgegner ein Exempel zu statuieren. Die kompromißlose Durchsetzung des AKW soll den Weg für den Bau vieler neuer Atomanlagen freimachen und den Widerstand der Bevölkerung brechen.

In dieser Situation rufen wir, Hamburger Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, alle Kolleginnen und Kollegen auf, gegen die Fortführung der Bauarbeiten zu protestieren!

Wir wissen,

- daß trotz der Beteuerungen der Atomindustrie die Atomkraftwerke ein unverantwortbares Risiko darstellen;
- daß eine schadlose Beseitigung des Atommülls nicht gewährleistet werden kann;
- daß es seit über vier Jahren in der Bundesrepublik im Jahresdurchschnitt über eine Million Arbeitslose gibt, obwohl in der Stromerzeugung eine Überkapazität von mehr als 30% bestand.

Wir wissen,

- daß ein preisgünstiges Stromangebot nicht von einem bestimmten Energieträger, sondern von der Tarifpolitik der Stromversorgungsunternehmen abhängt, da industrielle Großabnehmer 2,4 Pfennige pro Kilowattstunde bezahlen, die privaten Haushalte jedoch über 16 Pf, obwohl der Anteil beider am Gesamtstromverbrauch etwa gleich ist;
- daß Strom bereits im Überfluß vorhanden ist und Atomkraftwerke zur Energieversorgung nicht notwendig sind;
- daß die Atomtechnologie auch für militärische Zwecke und zum Bau von Atombomben verwendet werden kann.

Wir haben erlebt,

- daß die schleswig-holsteinische Landesregierung das AKW in Brokdorf mit Polizeigewalt gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen will;
- daß die Energieversorgungsunternehmen auch demokratische Beschlüsse gegen das AKW Brokdorf nicht zur Kenntnis nehmen;
- daß auch die Gerichte letztendlich den Absichten der Atomkraftwerksbetriebe gefolgt sind.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß der Bau des AKW Brokdorf und die Durchsetzung des Atomprogramms verhindert werden können, wenn es uns gelingt, unseren politischen Protest in Massenmobilisierungen zum Ausdruck zu bringen.

Wir fordern:

Kein Atomkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo!

Endgültige Einstellung aller Bauarbeiten in Brokdorf!
Stillegung aller Atomanlagen!
Keine Kriminalisierung der AKW-Gegner – Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren!

HBV Hamburg gegen Brokdorf

„Der Hamburger Vorstand der größten Ortsverwaltung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen hat sich gestern aus aktuellem Anlaß mit dem Thema Brokdorf beschäftigt. Aufgrund eines Beschlusses seiner Delegiertenversammlung gegen die Kernenergie erklärt die HBV-Hamburg:

1. Atomstrom ist zu teuer.
Hamburg hat zur Zeit einen Anteil von ca. 35% und einen der höchsten Strompreise in Deutschland, Nach dem Bau von Brokdorf würde der Anteil der Spitzenbelastung auf etwa 70% steigen. Alle Forschungsinvestitionen, Stillstandskosten durch Störungen, Abschaltungen und Verzögerungen durch Verwaltungsgerichtsprozesse gehen in den Strompreis ein.

2. Von zehn deutschen Kernkraftwerken sind bereits zwei stillgelegt. Der Rest arbeitet mit einem Auslastungsgrad von 57%. Atomstrom ist unsicher. Der Preis wird aber immer bei vorausgesagter Auslastung von 80% berechnet.

3. Der Strombedarf Hamburgs, wie der der Bundesrepublik, läßt sich nur schätzen. Alle Voraussagen haben sich als falsch erwiesen. Wahrscheinlich muß für Hamburg überhaupt kein weiteres Kraftwerk gebaut werden. Die HEW muß also vor noch höheren Millionen-Verlusten geschützt werden.

4. Eine Entsorgung ist weiterhin nicht in Sicht. Lediglich die Lagerung der Brennstoffabfälle käme zur Zeit in Betracht. Die beiden großtechnischen Wiederaufbereitungsanlagen La Hague und Windscale zeigen, daß das Problem technisch noch nicht gelöst ist. Beide Anlagen mußten schon mehrfach wegen radioaktiver Verluste stillgelegt werden. Im übrigen birgt der Transport von hunderten von Tonnen höchstradioaktiver Brennabfälle quer durch die Bundesrepublik und Europa unvorhersehbare Risiken.

5. Die Ölabhängigkeit wird durch Kernenergie lediglich zur Uranabhängigkeit. Auch hier läßt sich keine gesicherte Kostenvoraussage machen.

Aufgrund dieser ungelösten Probleme hält der Ortsverwaltungsvorstand der HBV Hamburg den Einsatz von Kernenergie für eine energiepolitische Fehlentscheidung und ist deswegen gegen den Bau von Brokdorf, eines weiteren Kernkraftwerks."

(Januar 1981)

Antrag des Vertrauenskörpers von Ortmann und Herbst an die Große Funktionärsversammlung der IG-Metall Hamburg

In der Hamburger Öffentlichkeit findet zur Zeit eine breite Diskussion über die weitere Beteiligung Hamburgs und der HEW an dem geplanten Atomkraftwerk in Brokdorf statt. Wir sind der Meinung, daß es gerade bei so einem wichtigen Thema wie der Atomenergie nicht richtig ist, wenn die Ortsverwaltung einen Beschluß für den Bau des AKW Brokdorf fällt, ohne daß vorher eine breite Meinungs- und Willensbildung unter den Mitgliedern und Funktionären stattgefunden hat.

Wir sind weiter der Meinung, daß wir uns auch, nach den bisherigen gewerkschaftlichen Positionen, gegen den Ausbau der Kernenergie und den Bau des AKW Brokdorf aussprechen müssen, weil:
– dieses eine einseitige Entscheidung für die vorrangige Verwendung der Kernenergie ist;
– der weitere Weg für die Verwendung anderer Energieträger und Kraftwerkstypen von vornherein durch Schaffung vollendeter Tatsachen versperrt wird; (...)
– die Frage der Atommüll-Lagerung, Entsorgung und Wiederaufbereitung nach wie vor ungeklärt ist (s.die jüngsten Vorfälle in La Hague).

Wir fordern die Ortsverwaltung auf, dieses wichtige Thema in Vertreterversammlung und Funktionärskonferenz intensiv zu diskutieren, sowie diese Resolution an die Bürgerschaft und an den SPD-Parteitag weiterzuleiten, sowie in der Mitgliedschaft bekanntzugeben, um eine breite Diskussion und Meinungsbildung zu ermöglichen.
Ohne Debatte vom Vertrauenskörper an die Vertreterversammlung überwiesen.

Die Abkommen von Lódź und Rzeszów

Einige Fragen blieben offen / Folgt Jaruzelski dem Verlangen nach Unterdrückung des KOR?

hku. Mit hörbarem Aufatmen haben die westdeutschen Nachrichtenagenturen mitgeteilt, daß Polen zum Wochenende zum ersten Mal seit langem wieder „streikfrei" sei. Nach der Beilegung des Konfliktes in Jelena Gora durch Übereignung eines neuen „Parteisanatoriums" an die Wojewodschaft, nach der Absage des landesweiten Druckerstreiks durch „Solidarität" selbst sind in der vergangenen Woche die offenen Konflikte zwischen Regierung auf der einen Seite und den Bauern und Studenten auf der anderen Seite durch umfangreiche Abkommen mit landesweiter Geltung beendet worden. Offensichtlich hat erst die Stärkung der letztlich ziemlich erschütterten Zentralgewalt durch die Regierungsübernahme General Jaruzelskis eine allgemein akzeptierte Einigung ermöglicht; als „letztes Aufgebot" hat sie aber auch den Druck auf die Streikenden in einer Weise verstärkt, daß die Abkommen von Lódź und Rzeszów weit mehr als das von Danzig den Stempel des Kompromisses tragen; sie lassen eine Reihe von Forderungen unerfüllt, Fragen ungelöst.

Die *Studenten* hatten ihre Streikfront noch in den letzten Verhandlungstagen ausgedehnt, neben Lódź waren Krakau und Posnań zu Zentren geworden. Am Mittwoch, als das Abkommen praktisch schon perfekt war, trat auch die Warschauer Universität noch in den Generalstreik. In dem Abkommen wird die Gründung des Unabhängigen Studentenverbandes (NZS) anerkannt. Dieser verpflichtet sich allerdings auf die Anerkennung der „führenden Rolle der Partei" wie der gesamten Verfassung, was die Studenten zunächst unter Hinweis u.a. auf die Verfassungsänderungen von 1976 abgelehnt hatten. Keine Einigung wurde erzielt über die Forderungen der Studenten nach Freilassung der politischen Gefangenen, Lockerung der Zensur – u.a. hatten die Studenten den freien Zugang zu aller Literatur in den Bibliotheken gefordert – sowie der Frage der obligatorischen Kurse im „Marxismus-Leninismus". Weitgehend durchgesetzt haben die Studenten die Erweiterung der Autonomie- und Selbstverwaltungsrechte der Universität, in deren Organen sie künftig zu einem Drittel vertreten sein sollen. Die Hauptziele der Studentenbewegung von 1968, die damals niedergeschlagen wurde, sind damit erreicht.

Die *Bauern* in Südpolen hatten einen Forderungskatalog von 60 Punkten vorgelegt und durch Besetzung zweier Rathäuser Verhandlungen erzwungen, an denen in der Schlußphase auch Walesa für die „Solidarität" teilgenommen hat. In den Abkommen von Rzeszów (und Ustrzyki Dolne) wird die private Landwirtschaft als „dauerndes Element in der polnischen Volkswirtschaft" anerkannt sowie die Gleichstellung mit dem „vergesellschafteten" Sektor garantiert; das betrifft vor allem die Belieferung mit Produktionsmitteln und Dünger, wie das Recht und die Möglichkeit von Landerwerb. Damit ist erstmals seit 1948 der Kollektivierungs*druck* von den polnischen Bauern genommen. Die Abkommen legen weiter eine Reihe von Maßnahmen im Gesundheits-, Schulwesen usw. fest, die die zurückgebliebenen Lebensbedingungen im polnischen Dorf verbessern sollen. Noch undeutlich ist, was über die Selbstverwaltung bekanntgeworden ist. Man wird sich den Text des Abkommens genauer ansehen müssen, wenn er vorliegt. Die heftig umstrittene Frage der Zulassung der „Land-Solidarität" als Bauernge*werkschaft* ist bis zur Ausarbeitung des Gewerkschaftsgesetzes noch einmal zurückgestellt worden; erneut verhandelt werden soll außerdem über die Preispolitik und eine Rentenerhöhung. – Das Abkommen trägt auch die Unterschrift Walesas. Die Bauernbewegung hat ihre Erfolge unter dem Schutz und im Bündnis mit der Arbeiterbewegung erfochten.

Mit dem Abschluß der beiden Abkommen scheinen die Zeichen für die 90-Tages-Pause Jaruzelskis nicht schlecht zu stehen. Die „Solidarität" hat erklärt, daß über verschiedene wirtschaftliche und sozialpolitische Punkte des Danziger Abkommens neue *gemeinsame* Überlegungen möglich sind, *wenn* gleichzeitig Fortschritte in der Lösung der Fragen der Demokratie und der gesellschaftlichen Mitwirkung gemacht würden, wie der Zensur, des Zugangs zu den Medien usw. Einen Blankoscheck könne man auch Jaruzelski nicht ausstellen. „Was erwarte man von einer Gewerkschaft, falls zum Beispiel einige ihrer Führer verhaftet würden", hat Walesa gesagt. Es scheint, als wolle Solidarność in den wirtschaftlichen Forderungen flexibler agieren angesichts der inneren und *äußeren* Lage, um die entscheidenden Konfliktpunkte durchstehen zu können. In Prag und Ost-Berlin ist Kania bei seiner Goodwill-Tour unverhohlen zu offener Unterdrückung der demokratische Bewegung aufgefordert worden; die sowjetische Presse hat dem KOR inzwischen „Spionage" vorgeworfen. Das heißt: wann verhaftet Ihr endlich!

Die Regierung Jaruzelski konzentriert sich gegenwärtig durch Straffung der Regierungstätigkeit und durch engen *zentralen* Kontakt mit den unabhängigen Gewerkschaften auf Erfolge in der Konsolidierung der Wirtschaft. Sie wirbt für ein Regime der Sparsamkeit und der Gerechtigkeit – dies gegen die Neureichen-Mafias; die Arbeiterselbstverwaltung soll noch vor der gesetzlichen Neuregelung verstärkt in die Verantwortung in den Betrieben gezogen werden. So hofft Jaruzelski den Druck von Seiten der Sowjetunion zu mildern und eine Atempause für die PVAP zu erreichen. Welche Linie er in den politischen Fragen des Danziger Abkommens einschlagen wird, ist noch nicht klar erkennbar.


Lódźer Universität vergangene Woche, Hauptquartier der streikenden Studenten

Leserbriefe

Zum Artikel: „Beim Ausbau der Kernenergie gilt weiterhin: Nach uns die Sintflut!", KVZ 7/81, Seite 8

Fossile Energieträger nicht erschöpft

Die Autoren identifizieren sich im ersten Teil des Artikels, auf den ich mich beziehe, mit einer These, die sowohl in der Argumentation der Bundesregierung für den Ausbau der Kernenergie einen festen Platz einnimmt als auch in der Ökologiebewegung weite Verbreitung gefunden hat. Gemeint ist die These der sich abzeichnenden Verknappung fossiler Energieträger. Für diese Behauptung existiert bis heute kein stichhaltiger Nachweis; es sei denn der, daß diese Auffassung seit den ersten beiden Berichten des Club of Rome (1973 und 1974) in regelmäßigen Zeitabständen wiederbelebt wurde und sich großer Beliebtheit erfreut. M.E. liegt der „Verknappungsthese" fossiler Energieträger eine bürgerliche Herangehensweise an die Problematik zugrunde. Dazu in gebotener Kürze einige Bemerkungen.
Alle Schätzungen, Berechnungen etc. –

Ergebnis von vornherein beeinflußender Faktor mit ein. D.h. unter der Voraussetzung kapitalistischer Forschungsmethode resultieren die über die fossilen Energierohstoffvorräte gewonnenen Daten im wesentlichen aus einer betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise, die die rein stofflich, physisch vorhandenen Energierohstoffmengen nicht auch nur annähernd zu erfassen in der Lage ist. Denn aus kapitalistischer Sicht enden die fossilen Energieressourcen ziemlich exakt dort, wo sie nicht mehr profitabel ausgebeutet werden können. Insofern sollte man sich davor hüten, diese kapitalistischer Methodik entspringende Begrenztheit fossiler Energierohstoffe mit der Begrenztheit dieser Energieträger überhaupt in eins zu setzen.
Die Verfasser von Untersuchungen nämlich, die in diesem Zusammenhang die Schranken profitorientierten Denkens über-

Zu den „Thesen zum Kampf gegen das Lohnsystem, gegen kapitalistische Rationalisierung und gegen die Folgen der Krise", KVZ 5/81, Seite 8

Nichtextistenz der Arbeiteraristokratie unbewiesen

Im Beschluß des ZK des KBW „Thesen zum Kampf gegen das Lohnsystem ..." wird behauptet, daß von der Existenz einer Arbeiteraristokratie in den europäischen Ländern und insbesondere in Westdeutschland nicht mehr die Rede sein könne. Begründung: „Das europäische Kapital beherrscht heute nicht die Welt, sondern ist durch die beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft auf den zweiten Rang verwiesen. Es ist nicht in der Lage, mit Hilfe politischer Gewalt Tributzahlungen durchzusetzen, eher ist es durch die politische Gewalt der beiden Supermächte gezwungen, Tributzahlungen zu leisten." Uns erscheint die Behauptung der Nichtexistenz einer Arbeiteraristokratie nicht hieb- und stichfest, nicht bewiesen. Beweise muß man aber schon verlangen, wenn Auffassungen verbreitet werden, die in direktem Widerspruch zu unserem Programm stehen. Außerdem halten wir es auch für außerordentlich schädlich, wenn so per ZK-Beschluß Passagen unseres Programms außer Kraft gesetzt werden, was ja was anderes ist als

man berücksichtigen, daß in ökonomisch rückständigen Ländern schon verhältnismäßig kleines Kapital marktbeherrschende Position einnehmen kann. Unserer Auffassung nach ist die Quelle für die Bestechung eines Teils der Arbeiterklasse jegliche Form von Monopol- und Extraprofiten. Ist nicht vollständig gleichgültig, woher die Piepen kommen? Im übrigen hat auch Lenin nicht allein den Kolonialprofit als Grundlage für die Bestechung eines Teils der Arbeiter benannt. „Was aber seinerzeit ausschließlich englische Erscheinungen gewesen waren, wurde zur allgemeinen Erscheinung für alle großen kapitalistischen Länder Europas in dem Grade, wie alle diese Länder zur Kolo-

mäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise verschleiert, insbesondere in Phasen der Prosperität des Kapitalismus. Das Vorhandensein solch reformistischer Illusionen in der Arbeiterklasse schließt doch nicht aus, daß es bestochene ideologische Vertreter des Reformismus gibt.
5) In dem Beschluß wird die Existenz einer Arbeiterbürokratie anerkannt. Ist es etwa so, daß diese Leute sich in erster Linie aus den Kassen der SPD und der Gewerkschaften bereichern? Wir gehen davon aus, daß dies in der Hauptsache nicht der Fall ist, sondern die Korrumpierung direkt über die Kapitalisten erfolgt. (Aufsichtsräte, z.B.)
Erik Kühl, Thomas Frank
Bielefeld

(...) Es wäre günstig, wenn man theoretisch sauber eine Begriffserklärung von „Nationalisierung", „Sozialisierung" und

Vorausankündigung:
Materialheft Studenten
Aus dem Inhalt der 1. Nummer:
tigte in Westberlin. Dokumentation des Tarifvertrages plus Kommentar.
Die erste Nummer erscheint am

lerdings auf die Anerkennung der „führenden Rolle der Partei" wie der gesamten Verfassung, was die Studenten zunächst unter Hinweis u.a. auf die Verfassungsänderungen von 1976 ab-

vierungs*druck* von den polnischen Bauern genommen. Die Abkommen legen weiter eine Reihe von Maßnahmen im Gesundheits-, Schulwesen usw. fest, die die zurückgebliebenen

zu mildern und eine Atempause für die PVAP zu erreichen. Welche Linie er in den politischen Fragen des Danziger Abkommens einschlagen wird, ist noch nicht klar erkennbar.


Lódźer Universität vergangene Woche, Hauptquartier der streikenden Studenten

Leserbriefe

Zum Artikel: „Beim Ausbau der Kernenergie gilt weiterhin: Nach uns die Sintflut!", KVZ 7/81, Seite 8

Fossile Energieträger nicht erschöpft

Die Autoren identifizieren sich im ersten Teil des Artikels, auf den ich mich beziehe, mit einer These, die sowohl in der Argumentation der Bundesregierung für den Ausbau der Kernenergie einen festen Platz einnimmt als auch in der Ökologiebewegung weite Verbreitung gefunden hat. Gemeint ist die These der sich abzeichnenden Verknappung fossiler Energieträger. Für diese Behauptung existiert bis heute kein stichhaltiger Nachweis; es sei denn der, daß diese Auffassung seit den ersten beiden Berichten des Club of Rome (1973 und 1974) in regelmäßigen Zeitabständen wiederbelebt wurde und sich großer Beliebtheit erfreut. M.E. liegt der „Verknappungsthese" fossiler Energieträger eine bürgerliche Herangehensweise an die Problematik zugrunde. Dazu in gebotener Kürze einige Bemerkungen.

Alle Schätzungen, Berechnungen etc. – von wenigen Ausnahmen abgesehen – über die Reichweite fossiler Energieträger basieren nicht auf rein geologischen Untersuchungen, wenngleich sie eben diesen Eindruck zu erwecken suchen, sondern es fließt in diese Berechnungen eine gesellschaftlich, ökonomisch bedingte Komponente als das Ergebnis von vornherein beeinflußender Faktor mit ein. D.h. unter der Voraussetzung kapitalistischer Forschungsmethode resultieren die über die fossilen Energierohstoffvorräte gewonnenen Daten im wesentlichen aus einer betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise, die die rein stofflich, physisch vorhandenen Energierohstoffmengen nicht auch nur annähernd zu erfassen in der Lage ist. Denn aus kapitalistischer Sicht enden die fossilen Energieressourcen ziemlich exakt dort, wo sie nicht mehr profitabel ausgebeutet werden können. Insofern sollte man sich davor hüten, diese kapitalistischer Methodik entspringende Begrenztheit fossiler Energierohstoffe mit der Begrenztheit dieser Energieträger überhaupt in eins zu setzen.

Die Verfasser von Untersuchungen nämlich, die in diesem Zusammenhang die Schranken profitorientierten Denkens überwunden haben (vgl. z.B. Herrera/Scolnik u.a., Grenzen des Elends, Ffm. 1977, S. 57ff), widerlegen recht eindrucksvoll die mehr ideologisch gefärbte als sachlich begründete These sich erschöpfender fossiler Energieträger.

scv, Osnabrück

Zum Kommentar: „Einbeziehung der Beamten in die Arbeitslosenversicherung", KVZ 5/81, Seite 2

Der Staat soll die Beiträge zahlen

So erfreulich manche Positionen sind, die mittlerweile vom KBW zu Fragen des Staatshaushaltes bzw. wirtschaftspolitischen Fragen überhaupt bezogen werden, muß m.E. die im o.g. Kommentar vertretene Auffassung zur Einbeziehung der Beamten in die Arbeitslosenversicherung als Anbiederung an die rechte Sozialdemokratie abgelehnt werden.

Es ist richtig, für die Abschaffung des Beamtenrechts einzutreten und damit für ein einheitliches Versicherungswesen für alle Lohnabhängigen. Man kann und muß auch die gegenwärtige Debatte nutzen, um die Einbeziehung der Beamten in die Arbeitslosenversicherung (wie auch Rentenversicherung) zu fordern, aber bitte vom Standpunkt der Arbeiterklasse und nicht vom Standpunkt der Bundesregierung. Der Kommentar von vol, der ja von der Entlastung des Staatshaushaltes im Falle der Einbeziehung der Beamten in die Arbeitslosenversicherung ausgeht, propagiert als ersten Schritt, daß die Beamten praktisch den „Arbeitnehmeranteil" in die Versicherungskasse bezahlen sollen. Das ist ein Standpunkt der „Gerechtigkeit" gegenüber den anderen Lohnabhängigen, wie er auch gerne von rechten Sozialdemokraten in Regierungskreisen bezogen wird.

Da es richtig ist, daß die Kapitalisten die Beiträge zu den Versicherungen zahlen sollen, ist es im Fall der Beamten richtig, daß der Staat die Beiträge zu den Versicherungen zahlt (wie er es bei Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst ja auch schon zur Hälfte tun muß). Dies würde allerdings im Sinne des Kommentators keine Entlastung des Staatshaushaltes insgesamt bringen, sondern lediglich eine Besserung der Finanzen der Arbeitslosenversicherung, was aber bekanntlich auch dringlich ist.

Man sollte den Weg der Gleichstellung aller Lohnabhängigen bezüglich der Versicherungen nicht so beschreiten, daß von einem „quasi gerechten" Standpunkt aus erst einmal akzeptiert wird, daß ein Teil der Beiträge von den Lohnabhängigen bezahlt wird.

Ich meine, wir sollten konsequent sein und mit der Einbeziehung der Beamten in die Arbeitslosenversicherung verlangen, daß der Staat als Arbeitgeber die Beiträge zahlt.

So kommt man auch von diesem merkwürdigen Begriff „Arbeitsmarktabgabe" weg.

hjr., Witten-Stockum

Zu den „Thesen zum Kampf gegen das Lohnsystem, gegen kapitalistische Rationalisierung und gegen die Folgen der Krise", KVZ 5/81, Seite 8

Nichtextistenz der Arbeiteraristokratie unbewiesen

Im Beschluß des ZK des KBW „Thesen zum Kampf gegen das Lohnsystem ..." wird behauptet, daß von der Existenz einer Arbeiteraristokratie in den europäischen Ländern und insbesondere in Westdeutschland nicht mehr die Rede sein könne. Begründung: „Das europäische Kapital beherrscht heute nicht die Welt, sondern ist durch die beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft auf den zweiten Rang verwiesen. Es ist nicht in der Lage, mit Hilfe politischer Gewalt Tributzahlungen durchzusetzen, eher ist es durch die politische Gewalt der beiden Supermächte gezwungen, Tributzahlungen zu leisten." Uns erscheint die Behauptung der Nichtexistenz einer Arbeiteraristokratie nicht hieb- und stichfest, nicht bewiesen. Beweise muß man aber schon verlangen, wenn Auffassungen verbreitet werden, die in direktem Widerspruch zu unserem Programm stehen. Außerdem halten wir es auch für außerordentlich schädlich, wenn so per ZK-Beschluß Passagen unseres Programms außer Kraft gesetzt werden, was ja was anderes ist als Kritik am Programm von einzelnen Genossen.

Unsere Zweifel an der vertretenen Auffassung ergeben sich aus folgenden Punkten:

1) Schließt Tributzahlung an die eine oder andere Supermacht etwa das Eintreiben von Tributzahlungen aus der Dritten Welt aus? Unserer Meinung nach nicht. Wie verhält es sich z.B. mit den politisch erpreßten Bedingungen der westeuropäischen Mächte gegenüber den Ländern Südeuropas im Rahmen der EG-Beitrittsverhandlungen? Wie ist das mit den Bedingungen, die an die „Unterstützung" der Türkei geknüpft werden usw.?

2) Halten wir es nicht für richtig, wenn, wie im ZK-Beschluß nahegelegt wird, die Bestechung einer Arbeiteraristokratie nur oder in erster Linie durch „mit politischer Gewalt abgepreßten Tributzahlungen" abzuleiten. Werden nicht auch von den zweitrangigen europäischen Mächten gewaltige Tribute durch ihre Stellung als Gläubiger gegenüber den Ländern der Dritten Welt auf rein ökonomische Weise abgepreßt? Ganz offensichtlich wächst doch die Verschuldung der unterdrückten Länder gegenüber allen Imperialisten.

3) Die Tatsache, daß die alte Kolonialherrschaft der Imperialisten zerschlagen worden ist und die europäischen Imperialisten ins zweite Glied verwiesen wurden, sagt noch nichts über die Möglichkeit aus, Monopol- und Extraprofite zu machen. Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals ist auch in den westeuropäischen Ländern gewaltig fortgeschritten. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie steht in vielen Ländern, was die Kapitalanlage betrifft, an zweiter Stelle, direkt hinter den US-Monopolen, ist also gewissermaßen kartellfähig. Auch wenn ein viel kleinerer Teil von Kapitalexport in Länder der Dritten Welt geht, muß man berücksichtigen, daß in ökonomisch rückständigen Ländern schon verhältnismäßig kleines Kapital marktbeherrschende Position einnehmen kann. Unserer Auffassung nach ist die Quelle für die Bestechung eines Teils der Arbeiterklasse jegliche Form von Monopol- und Extraprofiten. Ist nicht vollständig gleichgültig, woher die Piepen kommen? Im übrigen hat auch Lenin nicht allein den Kolonialprofit als Grundlage für die Bestechung eines Teils der Arbeiter benannt. „Was aber seinerzeit ausschließlich englische Erscheinungen gewesen waren, wurde zur allgemeinen Erscheinung für alle großen kapitalistischen Länder Europas in dem Grade, wie alle diese Länder zur Kolonialherrschaft in großem Ausmaß übergingen, und überhaupt in dem Grade, wie sich das imperialistische Stadium des Kapitalismus entwickelte und entfaltete." Lenin, Unter fremder Flagge, Bd. 21, S. 142

4) Überhaupt kommt um die Auseinandersetzung mit Lenin in dieser Frage niemand herum. Lenin behandelte schließlich die ganze Frage der Spaltung der Arbeiterklasse in einen reformistischen und einen revolutionären Flügel vom Gesichtspunkt der Entstehung einer bestochenen Schicht von Arbeiteraristokraten, Bürokraten, Parteibeamten usw., die eine „kleinbürgerliche Lebensweise" pflegen und ihren Frieden mit dem Kapital gemacht haben. Sie bildeten nach Lenins Auffassung die soziale Basis des Reformismus. Das Gegenteil ist nicht bewiesen. Es wird nicht dadurch plausibel, daß der Schein die wirklichen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise verschleiert, insbesondere in Phasen der Prosperität des Kapitalismus. Das Vorhandensein solch reformistischer Illusionen in der Arbeiterklasse schließt doch nicht aus, daß es bestochene ideologische Vertreter des Reformismus gibt.

5) In dem Beschluß wird die Existenz einer Arbeiterbürokratie anerkannt. Ist es etwa so, daß diese Leute sich in erster Linie aus den Kassen der SPD und der Gewerkschaften bereichern? Wir gehen davon aus, daß dies in der Hauptsache nicht der Fall ist, sondern die Korrumpierung direkt über die Kapitalisten erfolgt. (Aufsichtsräte, z.B.)

Erik Kühl, Thomas Frank
Bielefeld

(...) Es wäre günstig, wenn man theoretisch sauber eine Begriffserklärung von „Nationalisierung", „Sozialisierung" und „Verstaatlichung" herbeiführen würde. Diese Frage taucht auf, wenn man etwa den Unterschied zwischen einer Verstaatlichung des Hoesch-Kapitals und einer Nationalisierung der Banken klären will. Gibt es überhaupt juristische Unterschiede zwischen diesen drei Maßnahmen, und welche wären das? Ist Verstaatlichung ausschließlich die Form der Übernahme von Privatkapital in die Hände des Staates, ungeachtet dessen, welcher Staat das ist? Die Behandlung dieser Frage erscheint uns umso erforderlicher, als unseres Erachtens niemals eine saubere Klärung der Forderung nach Nationalisierung der Banken herbeigeführt worden ist. Das zeigt sich etwa darin, daß diese Forderung in unserer Behandlung der Kommunalhaushalte wie des Bundeshaushalts und der darin festgelegten Streichungen keine Rolle gespielt hat.

kr, Düsseldorf

Vorausankündigung:

Materialheft Studenten

Aus dem Inhalt der 1. Nummer:

Wohnsituation der Studenten

Stellungsnahme des Bundes Deutscher Arbeitgeber im Jahresbericht 1980 zur Hochschulpolitik.

Zwangsgelder in Bayern, Dokumentation des Gesetzes und Kommentar, was jetziger Stand im Kampf dagegen ist.

Stellungnahmen von Wissenschaftsrat, WRK, Regierung, Gewerkschaften zu den Kürzungsplänen an den Hochschulen. Was bedeuten diese Kürzungen für die Entwicklung von Forschung und Lehre? Welche Entwicklung wird damit in Gang gesetzt? Untersuchung am Beispiel der Universität Bremen.

Tarifvertrag für studentische Beschäftigte in Westberlin. Dokumentation des Tarifvertrages plus Kommentar.

Die erste Nummer erscheint am 23.3.1981 (ab dann monatlich) / 32 S. / 3,50 DM

Schon erschienene Materialhefte:

Materialheft Wirtschaft und Politik

Materialheft Industrie und Gewerkschaften

Materialheft Öffentliche Dienste und Gewerkschaften

Alle Hefte erscheinen monatlich / 32 S. / 3,50 DM

Zu beziehen über
Buchvertrieb Hager GmbH
Mainzer Landstraße 147 · Postf. 119151
6000 Frankfurt · Telefon 0611/730234

II. Sozialistische Konferenz: Trotz Durcheinander nicht umsonst

ges. In Marburg fand zwischen dem 13. und 15. Februar die Zweite Sozialistische Konferenz statt. Die politischen Vorbereitungen wurden von der Koordinationsgruppe ,,Sozialistische Konferenz" und einigen örtlichen Vorbereitungsgruppen in Hamburg, Westberlin und Köln getragen. Die erste Sozialistische Konferenz in Kassel im Mai des letzten Jahres hatte als Thema dieser zweiten Sozialistischen Konferenz ,,Der herrschende Block und die Alternativen Linken" festgelegt. Durch die Koordinationsgruppe war dies Thema in drei Komplexe unterteilt worden:
1. Was kommt ökonomisch und politisch auf die Bevölkerung der BRD zu?
2. Was tun die Gewerkschaften dagegen, was andere soziale und politische Kräfte? Was sind die sozialistischen Alternativen?
3. Wie ist die internationale Situation? Welches ist die Rolle der BRD? Haben Sozialisten eine friedenspolitische Alternative?

Getagt werden sollte zum ersten Thema am Freitag Abend im Plenum, zum zweiten Thema am Samstag Vor- und Nachmittag in Arbeitsgruppen, deren Ergebnisse am Samstag Abend in einem Plenum zusammengefaßt werden sollten. Das dritte Thema sollte am Sonntag im Plenum behandelt werden.

Vorbereitende Materialien der Sozialistischen Konferenz waren in zwei Broschüren der Redaktionsgruppe ,,Sozialistische Konferenz" veröffentlicht worden.
Bereits im Vorfeld der Konferenz hatte es Auseinandersetzungen um die Tagesordnung und Vorgehensweise gegeben. Rudolf Bahro hatte einen ,,etwas anderen Vorschlag für die II. Sozialistische Konferenz" veröffentlicht, der eine Reihe von weiteren Themen für Arbeitsgruppen umfaßte und anstrebte, den Kongreß vorwiegend in diesen Arbeitsgruppen durchzuführen.

An den Vorbereitungen der Sozialistischen Konferenz in der einen oder anderen Form teilgenommen hatten neben Einzelnen vor allem Kräfte um die Zeitschrift Probleme des Klassenkampfs, der Sozialistischen Studiengruppen (SOST), des Kommunistischen Bundes, des Z, Kräfte um die Zeitschrift ,,Argument", um die Zeitschrift ,,Kritik" und des Sozialistischen Büros. Wie auf der ersten Sozialistischen Konferenz nahmen an der zweiten Sozialistischen Konferenz Mitglieder der Komitees für Demokratie und Sozialismus und verschiedene Gruppierungen, die aus der aufgelösten KPD hervorgegangen sind, teil. Zur zweiten Sozialistischen Konferenz hatte die DKP, die in Marburg relativ stark vertreten ist, mehrere Mitglieder des Parteivorstandes und des Bezirksvorstandes entsandt. Der KBW war auf der zweiten Sozialistischen Konferenz mit einigen Mitgliedern vertreten. Insgesamt wurden im Verlauf der Konferenz zwischen 1600–2000 Teilnehmer gezählt, wobei die Marxistische Gruppe (MG), die in Marburg eine rund 300 Anhänger zählende Gruppe an der Universität unterhält, den größten Teil der Teilnehmer stellte, die ihren Konferenzbeitrag nicht bezahlt hatten und infolgedessen auch statistisch nicht erfaßt werden konnten. Der Verlauf der Konferenz, die ohnehin einen diffusen Charakter hatte, wurde durch die Marxistische Gruppe erheblich gestört. Das Abschlußplenum mußte schließlich aus dem Audimax in einen kleineren Hörsaal verlegt werden, nachdem es durch Mitglieder und Anhänger der Marxistischen Gruppe mit Sprechchören gesprengt worden war.

Plenum Freitag Abend: Da von vornherein die Redezeit auf 5 Minuten beschränkt war, kam in den zweieinhalb Stunden nichts heraus, außer daß es unter den Teilnehmern der Konferenz und ihren Sprechern erhebliche Differenzen gab. Diese Differenzen scheinen darin zu bestehen, ob man sich hauptsächlich auf die Arbeiterbewegung stützen solle oder hauptsächlich auf die ,,neuen sozialen Bewegungen", ob man an den ,,Verteilungskämpfen" anknüpfen solle oder an tieferliegenden Gattungsinteressen, ob man hauptsächlich gegen den Kapitalismus oder hauptsächlich gegen das Industriesystem kämpfen solle, wirtschaftspolitische Alternativen aufzeigen oder ein neues Leben anfangen müsse. Die erste Position, die dazu tendierte, die Arbeiterbewegung auf Lohn-, jedenfalls aber wirtschaftliche Interessen einzuschränken, wurde hauptsächlich von den Sozialistischen Studiengruppen (SOST) vertreten, aber auch von der DKP, die zweite Position wurde von Bahro und anderen vertreten. Am Ende wurden die Themen der Arbeitsgruppen vorgestellt, wobei neben den ursprünglich vorgeschlagenen Arbeitsgruppen, zu denen auch eine Frauenarbeitsgruppe gehörte, von Rudolf Bahro einige weitere Themen vorgestellt wurden wie ,,Bruchstellen des herrschenden Systems", ,,Kulturrevolution oder Machterwerb", ,,André Gorz jüngstes Buch ,Abschied vom Proletariat' ".

Arbeitsgruppen: Über die Arbeitsgruppen haben wir keinen vollständigen Überblick. Am ehesten konnten wohl in den ursprünglich vorbereiteten Arbeitsgruppen bestimmte Ergebnisse erarbeitet, wenigstens die Kontroversen geklärt werden. In der Arbeitsgruppe ,,Kulturrevolution oder Machterwerb", die Rudolf Bahro ,,moderierte", wurde die Auseinandersetzung des Plenums fortgeführt, wobei schließlich herauskam, daß das wohl doch keine so richtige Alternative sei. Rudolf Bahro hatte von getrennten ,,Diskursen" zwischen ,,Traditionalisten" und seiner Richtung gesprochen. Ich hatte eher den Eindruck, daß überhaupt aneinander vorbeigeredet wurde, indem einer angeblich ökonomistischen Arbeiterbewegung eine Menschheit gegenübergestellt wurde, deren Interessen unterhalb jeder Ökonomie und Produktionsweise, eben tiefer liegen sollen. Einigkeit scheint sich allerdings darin herzustellen, daß die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse jedenfalls eine untergeordnete Fragestellung sei, deren Vorrang die Arbeiterbewegung in die Irre geführt habe. Dem Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse ist die Eroberung der politischen Macht freilich untergeordnet.

Wie aber eine Aneignung der Produktionsmittel durch die assoziierten Produzenten vollzogen werden kann, ohne Zerschlagung des bürgerlichen Machtapparates, ist nicht abzusehen; wie eine Befreiung des Individuums möglich sein soll, ohne daß die Individuen die Grundbedingungen ihrer Existenz, die gesellschaftliche Produktion, beherrschen, bleibt ein künstlich in die Welt gesetztes Rätsel. Man kann sich ewig daran ,,abarbeiten", soviel man auch von sich in die Debatte ,,einbringt".

Plenum am Samstag: Neben der Klärung der organisatorischen Bedingungen für die Fortsetzung der Sozialistischen Konferenz wurde auch schon das Thema ,,Friedensinitiativen" auf die Tagesordnung gesetzt. Redezeitbegrenzung zunächst 3 später 6 Minuten. Dieser Debatte lagen ein Appell der Russell Peace Foundation, der ,,Krefelder Appell" und ein Vorschlag Rudolf Bahros zugrunde, die Russell Peace Foundation aufzufordern, die von ihr vorgesehene Europäische Konferenz für nukleare Abrüstung in Westdeutschland durchzuführen. Dabei scheint zunächst der Appell der Russell Peace Foundation, der an die europäischen Völker appelliert, ihr Interesse an Frieden in die eigene Hand zu nehmen, jede Anlehnung an einen der beiden Blöcke ablehnt, die Kriegsvorbereitungen beider Blöcke angreift und den Kampf für Blockfreiheit der europäischen Völker auf die Tagesordnung setzt, alternativ zu stehen zu dem Krefelder Appell, der sich einseitig gegen die NATO-Aufrüstung wendet, auf Abrüstungsverhandlungen der beiden Supermächte setzt, die durch die Rücknahme des NATO-Mittelstreckenraketenbeschlusses eingeleitet werden sollen, implizit also die Position der Sowjetunion unterstützt und die Frage der imperialistischen Bündnisse ganz offen läßt. Alternativ sah es auch die DKP, die für den Krefelder Appell in die Bresche sprang und aufforderte, keine Verwirrung durch neue Initiativen zu stiften. In dem Resolutionsentwurf Rudolf Bahros war dagegen von einem ,,Rüstungswettlauf, in dem sich die Militärblöcke und ihre Führungsmächte wechselseitig vorantreiben" die Rede. Tatsächlich gibt es auch zwischen dem Krefelder Appell und dem Appell der Russell Peace Foundation einen wesentlichen Unterschied nicht nur in Richtung und Perspektive. Wenn wir heute gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen kämpfen, dann nicht um Vorleistungen an die Sowjetunion zu machen und dadurch Abrüstungsverhandlungen der beiden Supermächte zu erleichtern, sondern um hier und jetzt in unserem Land den Kampf gegen die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte und ihre Kriegsvorbereitungen zu beginnen, wie ihn z.B. das polnische Volk unter anderen Bedingungen in seinem Land bereits aufgenommen hat.

Aus irgendwelchen Gründen war es die Absicht der Verhandlungsleitung und fast aller Sprecher der teilnehmenden Kräfte, die bestehenden Widersprüche zu verwischen und so zu tun als ergänzten sich ,,Krefelder Appell" und Appell der Russell Peace Foundation gegenseitig. Darauf stellte sich dann auch die DKP ein, die am Sonntag nur noch für den Krefelder Appell eintrat als ,,praktische" Angelegenheit, aber auf jede Stellungnahme zum Appell der Russel Peace Foundation verzichtete. Rudolf Bahro erklärte dafür, er sei für den Krefelder Appell und bloß für ergänzende Initiative.

Plenum am Sonntag: Entsprechend der Absicht, die Fronten zu verwischen, stellte die Tagungsleitung von sich aus positiv sowohl den Appell der Russell Peace Foundation als auch den Krefelder Appell zur Abstimmung, während Rudolf Bahro seine Resolution auf den bloßen Antrag reduzierte, die Russell Peace Foundation aufzufordern, ihre geplante Europäische Konferenz für nukleare Abrüstung in Westdeutschland durchzuführen, und seine Begründung nicht mehr zur Abstimmung stellte. Wenn man sich aber mit den Kräften im Kampf zusammenschließen will, die jetzt den Krefelder Appell tragen, dann kann man das nur auf Basis der Forderung nach Rücknahme der Zustimmung zum NATO-Beschluß, nicht aber auf Grundlage der Perspektive, die der Krefelder Appell diesem Kampf geben will. Als Perspektive dieses Kampfes kann nur die Blockfreiheit und die Beseitigung der Vorherrschaft der beiden Supermächte über Europa dienen. Meint es die DKP ernst damit, daß sie die Interessen der europäischen Völker und nicht die Interessen des Sozialimperialismus im Auge hat, dann kann sie sich an dieser Perspektive nicht stören. Die Sozialistische Konferenz wich in ihrer überwältigenden Mehrheit davor zurück, die Voraussetzungen für die Einheit im Kampf gegen den imperialistischen Krieg klar zu stellen: Kampf gegen den NATO-Beschluß jetzt, ohne wenn und aber und ohne irgendwelche Bedingungen à la Krefelder Appell, Klärung der Perspektive dieses Kampfes als Kampf gegen NATO und Warschauer Pakt, für Blockfreiheit. Die europäischen Völker wollen ihre Sache in die eigene Hand nehmen.

Die Zustimmung zum Krefelder Appell ist eine ganz unnötige Verbeugung vor der DKP. Um mit ihr im Kampf gegen den Nachrüstungbeschluß zusammenzugehen, darf man sich nicht von ihr die Bedingungen diktieren lassen, wenn man sich nicht von vornherein die Möglichkeit nehmen will, breite Volksmassen für dieses Ziel zu mobilisieren, in den Gewerkschaften über die linke SPD hinauszukommen und bis weit in die Anhängerschaft aller bürgerlichen Parteien hinein ein Bündnis im Kampf gegen den imperialistischen Krieg zustandezubringen. Mit Verharmlosung der Sowjetunion ist dies von vornherein ausgeschlossen. Insofern ist es wichtig, daß die Zweite Sozialistische Konferenz neben einer einstimmigen Verurteilung der USA wegen ihrer gewaltsamen Einmischung in El Salvador auch die Aufforderung nach Abzug der sowjetischen Aggressionstruppen aus Afghanistan mit großer Mehrheit beschlossen hat, obwohl Teile des Präsidiums eine solche Abstimmung verhindern wollten. Als Thema der Dritten Sozialistischen Konferenz wurde beschlossen: ,,Aufrüstung, Kriegsgefahr, Weltmachtpolitik und sozialistische Friedenspolitik". Das wird die Möglichkeit geben, die durch die zweite Sozialistische Konferenz eher überspielten Probleme im Kampf gegen die Kriegsgefahr weiter zu behandeln und zu klären. Das scheint auch die Absicht der großen Masse der Teilnehmer der Sozialistischen Konferenz zu sein.

Initiative der Russell-Peace-Foundation

gesordnung und Vorgehensweise gegeben. Rudolf Bahro hatte einen ,,etwas anderen Vorschlag für die II. Sozialistische Konferenz" veröffentlicht, der eine Reihe von weiteren Themen für Arbeitsgruppen umfaßte und anstrebte, den Kongreß vorwiegend in diesen Arbeitsgruppen durchzuführen.
An den Vorbereitungen der Sozialistischen Konferenz in der einen oder anderen Form teilgenommen hatten neben Einzelnen vor allem Kräfte um die Zeitschrift Probleme des Klassenkampfs, der Sozialistischen Studiengruppen (SOST), des Kommunistischen Bundes, des Z, Kräfte um die Zeitschrift ,,Argument", um die Zeitschrift ,,Kritik" und des Sozialistischen Büros. Wie auf der ersten Sozialistischen Konferenz nahmen an der zweiten Sozialistischen Konferenz Mitglieder der Komitees für Demokratie und Sozialismus und verschiedene Gruppierungen, die aus der aufgelösten KPD hervorgegangen sind, teil. Zur zweiten Sozialistischen Konferenz hatte die DKP, die in Marburg relativ stark vertreten ist, mehrere Mitglieder des Parteivorstandes und des Bezirksvorstandes entsandt. Der KBW war auf der zweiten Sozialistischen Konfe-
man hauptsächlich gegen den Kapitalismus oder hauptsächlich gegen das Industriesystem kämpfen solle, wirtschaftspolitische Alternativen aufzeigen oder ein neues Leben anfangen müsse. Die erste Position, die dazu tendierte, die Arbeiterbewegung auf Lohn-, jedenfalls aber wirtschaftliche Interessen einzuschränken, wurde hauptsächlich von den Sozialistischen Studiengruppen (SOST) vertreten, aber auch von der DKP, die zweite Position wurde von Bahro und anderen vertreten. Am Ende wurden die Themen der Arbeitsgruppen vorgestellt, wobei neben den ursprünglich vorgeschlagenen Arbeitsgruppen, zu denen auch eine Frauenarbeitsgruppe gehörte, von Rudolf Bahro einige weitere Themen vorgestellt wurden wie ,,Bruchstellen des herrschenden Systems", ,,Kulturrevolution oder Machterwerb", ,,André Gorz jüngstes Buch ,Abschied vom Proletariat' ".
Arbeitsgruppen: Über die Arbeitsgruppen haben wir keinen vollständigen Überblick. Am ehesten konnten wohl in den ursprünglich vorbereiteten Arbeitsgruppen bestimmte Ergebnisse erarbeitet, wenigstens die Kontrover-
duen die Grundbedingungen ihrer Existenz, die gesellschaftliche Produktion, beherrschen, bleibt ein künstlich in die Welt gesetztes Rätsel. Man kann sich ewig daran ,,abarbeiten", soviel man auch von sich in die Debatte ,,einbringt".
Plenum am Samstag: Neben der Klärung der organisatorischen Bedingungen für die Fortsetzung der Sozialistischen Konferenz wurde auch schon das Thema ,,Friedensinitiativen" auf die Tagesordnung gesetzt. Redezeitbegrenzung zunächst 3 später 6 Minuten. Dieser Debatte lagen ein Appell der Russell Peace Foundation, der ,,Krefelder Appell" und ein Vorschlag Rudolf Bahros zugrunde, die Russell Peace Foundation aufzufordern, die von ihr vorgesehene Europäische Konferenz für nukleare Abrüstung in Westdeutschland durchzuführen. Dabei scheint zunächst der Appell der Russell Peace Foundation, der an die europäischen Völker appelliert, ihr Interesse an Frieden in die eigene Hand zu nehmen, jede Anlehnung an einen der beiden Blöcke ablehnt, die Kriegsvorbereitungen beider Blöcke angreift und den Kampf für Blockfreiheit der euro-
von effektiven Verhandlungen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung.
Gleichzeitig müssen wir das Recht
zu beginnen, wie ihn z.B. das polnische Volk unter anderen Bedingungen in seinem Land bereits aufgenommen hat.
Aus irgendwelchen Gründen war es die Absicht der Verhandlungsleitung und fast aller Sprecher der teilnehmenden Kräfte, die bestehenden Widersprüche zu verwischen und so zu tun als ergänzten sich ,,Krefelder Appell" und Appell der Russell Peace Foundation gegenseitig. Darauf stellte sich dann auch die DKP ein, die am Sonntag nur noch für den Krefelder Appell eintrat als ,,praktische" Angelegenheit, aber auf jede Stellungnahme zum Appell der Russel Peace Foundation verzichtete. Rudolf Bahro erklärte dafür, er sei für den Krefelder Appell und bloß für ergänzende Initiative.
Plenum am Sonntag: Entsprechend der Absicht, die Fronten zu verwischen, stellte die Tagungsleitung von sich aus positiv sowohl den Appell der Russell Peace Foundation als auch den Krefelder Appell zur Abstimmung, während Rudolf Bahro seine Resolution auf den bloßen Antrag reduzierte, die Russell Peace Foundation aufzufordern, ihre geplante Europäische Konferenz für nukleare Abrüstung in
muß. Aber dies muß Thema einer transkontinentalen Bewegung sein, in der alle möglichen Formen des Austauschs stattfinden können.
bilisieren, in den Gewerkschaften über die linke SPD hinauszukommen und bis weit in die Anhängerschaft aller bürgerlichen Parteien hinein ein Bündnis im Kampf gegen den imperialistischen Krieg zustandezubringen. Mit Verharmlosung der Sowjetunion ist dies von vornherein ausgeschlossen. Insofern ist es wichtig, daß die Zweite Sozialistische Konferenz neben einer einstimmigen Verurteilung der USA wegen ihrer gewaltsamen Einmischung in El Salvador auch die Aufforderung nach Abzug der sowjetischen Aggressionstruppen aus Afghanistan mit großer Mehrheit beschlossen hat, obwohl Teile des Präsidiums eine solche Abstimmung verhindern wollten. Als Thema der Dritten Sozialistischen Konferenz wurde beschlossen: ,,Aufrüstung, Kriegsgefahr, Weltmachtpolitik und sozialistische Friedenspolitik". Das wird die Möglichkeit geben, die durch die zweite Sozialistische Konferenz eher überspielten Probleme im Kampf gegen die Kriegsgefahr weiter zu behandeln und zu klären. Das scheint auch die Absicht der großen Masse der Teilnehmer der Sozialistischen Konferenz zu sein.

Initiative der Russell-Peace-Foundation

Aufruf für eine atomwaffenfreie Zone in Europa

Wir stehen an der Schwelle des gefährlichsten Jahrzehnts in der Geschichte der Menschheit. Ein dritter Weltkrieg ist nicht nur möglich, sondern er wird auch immer wahrscheinlicher. Ökonomische und soziale Schwierigkeiten in den entwickelten Industrieländern, Krisen, Militarismus und Kriege in der ,,Dritten Welt" bilden die Grundlage politischer Spannungen, die einen wahnwitzigen Rüstungswettlauf anheizen. In Europa, dem geographischen Hauptschauplatz der Ost-West-Konfrontation, tauchen neue Generationen immer mörderischerer Atomwaffen auf.

Seit über fünfundzwanzig Jahren verfügen die Militärmächte der NATO wie des Warschauer Vertrages über genügend atomare Waffen, um sich gegenseitig zu vernichten und gleichzeitig die Grundlage des zivilisierten Lebens überhaupt zu gefährden. Doch Jahr für Jahr hat das atomare Wettrüsten ihre Anzahl vervielfacht und damit die Wahrscheinlichkeit eines katastrophalen Unfalls oder Berechnungsirrtums erhöht.

Während jede Seite sich bemüht, ihre Bereitschaft zum Einsatz von Atomwaffen unter Beweis zu stellen, um so deren Einsatz durch die andere Seite zu verhindern, werden neue, ,,einsatzfähigere" Atomwaffen entwickelt und wird die Öffentlichkeit mehr und mehr an die Vorstellung eines ,,begrenzten" Atomkrieges gewöhnt. Das geschieht in einem solchen Umfang, daß diese paradoxe Entwicklung logischerweise nur zum tatsächlichen Einsatz von Atomwaffen führen kann.

Keine der führenden Mächte ist heute in einer moralischen Position, aus der sie kleinere Länder zum Verzicht auf Atomwaffen bewegen könnte. Die zunehmende Verbreitung von Kernkraftwerken und das Wachstum der sie betreibenden Industrie machen eine weltweite Verbreitung von Atomwaffen immer wahrscheinlicher und vervielfachen somit die Risiken von atomaren Auseinandersetzungen.

Seit Jahren drängt die öffentliche Meinung auf atomare Abrüstung und Entspannung zwischen den rivalisierenden militärischen Blöcken. Dieses Bemühen ist erfolglos geblieben. Ein wachsender Anteil des weltweiten Wirtschaftspotentials wird auf Rüstung verwendet, obgleich die gegenseitige Vernichtung längst im Übermaß gewährleistet ist. Diese ökonomische Belastung trägt im Osten und im Westen zu wachsenden sozialen und politischen Spannungen bei und setzt einen Teufelskreis in Bewegung, in dem das Wettrüsten von der Instabilität der Weltwirtschaft zehrt und umgekehrt: ein tödliches Wechselspiel.

Wir befinden uns heute in großer Gefahr. Generationen sind im Schatten eines Atomkriegs aufgewachsen und haben sich an die Bedrohungen gewöhnt. Die Besorgnis ist der Apathie gewichen. Unterdessen hat sich in unserer Welt, die unter ständiger Bedrohung lebt, in beiden Hälften Europas Furcht ausgebreitet. Die Macht der Militärs und der inneren Sicherheitsorgane wird erweitert, freier Austausch von Gedanken und Verkehr von Personen werden Beschränkungen unterworfen, und die Bürgerrechte unabhängig denkender Menschen sind im Osten wie im Westen gefährdet.

Es geht uns nicht um eine Aufteilung der Schuld zwischen den politischen und militärischen Führern des Ostens und des Westens. Schuld trifft beide Kontrahenten gleichermaßen. Beide haben eine drohende Haltung angenommen und in verschiedenen Teilen der Welt Aggressionsakte begangen.

Es liegt bei uns, dagegen etwas zu tun. Wir müssen gemeinsam darauf hinarbeiten, das gesamte Territorium Europas, von Polen bis Portugal, von atomaren Waffen, von Luft- und U-Boot-Stützpunkten und von allen Einrichtungen freizumachen, die mit der Erforschung oder Herstellung von Atomwaffen beschäftigt sind. Wir fordern die beiden Supermächte auf, sämtliche Atomwaffen vom europäischen Territorium abzuziehen.

Insbesondere fordern wir die Sowjetunion auf, die Produktion der SS-20-Mittelstreckenraketen einzustellen, und ersuchen wir die Vereinigten Staaten, ihren Beschluß über die Entwicklung von Marschflugkörpern (cruise missiles) und Pershing-II-Raketen zur Stationierung in Westeuropa nicht durchzuführen. Ferner drängen wir auf die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens, einem notwendigen Schritt auf dem Weg zur Wiederaufnahme von effektiven Verhandlungen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung.

Gleichzeitig müssen wir das Recht aller Bürger in Ost und West verteidigen und ausweiten, an dieser gemeinsamen Bewegung und an jeder Art von Meinungsaustausch teilzunehmen.

Wir appellieren an unsere Freunde in Europa gleich welchen Glaubens und welcher Weltanschauung, intensiv darüber nachzudenken, auf welche Weise wir für diese gemeinsamen Ziele zusammenarbeiten können. Wir stellen uns eine gesamteuropäische Kampagne vor, in der die verschiedenen Formen des Austauschs stattfinden, in der Vertreter verschiedener Länder und Meinungen miteinander beraten und ihre Aktionen koordinieren und in der die mehr informellen Begegnungsformen zwischen Universitäten, Kirchen, Frauenorganisationen, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Berufsorganisationen und Individuen für ein gemeinsames Ziel genutzt werden: ganz Europa von Atomwaffen zu befreien.

Wir müssen damit anfangen, so zu handeln, als ob ein vereintes, neutrales und friedliches Europa bereits existierte.

Wir müssen lernen, nicht gegenüber dem ,,Osten" oder ,,Westen", sondern untereinander loyal zu sein, und wir müssen uns über die von den Nationalstaaten verhängten Verbote und Beschränkungen hinwegsetzen.

Es liegt in der Verantwortung der Bevölkerung jedes Landes, auf die Beseitigung von Atomwaffen und Stützpunkten in Europa, zu Land und zu Wasser, hinzuarbeiten und über die ihrem Land angemessenen Mittel und Strategien zur Erreichung dieses Zieles zu entscheiden. Diese werden von Land zu Land verschieden sein; wir sind nicht der Ansicht, daß eine einheitliche Strategie durchgesetzt werden muß. Aber dies muß Thema einer transkontinentalen Bewegung sein, in der alle möglichen Formen des Austauschs stattfinden können.

Wir müssen uns allen Versuchen von Politikern aus Ost und West widersetzen, diese Bewegung zu ihrem eigenen Vorteil zu manipulieren. Wir wollen weder der NATO noch dem Warschauer Vertrag Vorteile verschaffen. Vielmehr muß es unser Ziel sein, Europa aus der Konfrontation zu lösen, Entspannung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion durchzusetzen und schließlich die großen Machtblöcke aufzulösen.

Wenn wir an unsere europäischen Landsleute appellieren, so bedeutet das nicht, daß wir der übrigen Welt den Rücken zukehren. Indem wir für den Frieden in Europa arbeiten, arbeiten wir für den Frieden in der Welt. Europa hat schon zweimal in diesem Jahrhundert seinen zivilisatorischen Anspruch mit Füßen getreten, indem es zwei Weltkriege angezettelt hat. Dieses Mal müssen wir unsere Schuld gegenüber der Welt begleichen, indem wir zum Frieden anstiften.

Dieser Appell wird wirkungslos bleiben, solange er nicht von zielbewußten und phantasievollen Aktionen begleitet wird, die mehr Menschen für seine Unterstützung gewinnen können. Wir müssen der Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa überwältigenden Nachdruck verleihen.

Wir wollen der Bewegung weder Uniformität aufzwingen noch den Überlegungen und Entscheidungen der zahlreichen Organisationen vorgreifen, die schon ihren Einfluß zugunsten von Abrüstung und Frieden geltend machen. Aber die Zeit drängt. Die Gefahr nimmt ständig zu. Wir bitten um Ihre Unterstützung für unser gemeinsames Ziel und wir begrüßen Ihren Rat und Ihre Hilfe.

Demokratisches Kampuchea: „Niedergang des vietnamesischen Feindes hat begonnen“

Interview mit Ministerpräsident Khieu Samphan / Nationale Einheit Voraussetzung für den Sieg / Internationale materielle und politische Unterstützung notwendig

Eine Gruppe von in der VR China arbeitenden Ausländern hat vom 1. bis 5. Februar auf Einladung der Regierung des Demokratischen Kampuchea vom Demokratischen Kampuchea kontrollierte Gebiete in der Provinz Battambang besucht. Am 4.2. gab Ministerpräsident Khieu Samphan dieser Delegation das im folgenden wiedergegebene Interview. Der erste Teil eines Berichts über die Reise ist auf der nebenstehenden Seite wiedergegeben.

In dem Interview geht Khieu Samphan unter anderem auf die Bemühungen der Regierung des Demokratischen Kampuchea ein, eine Regierung der nationalen Eintracht und des Kampfes gegen die vietnamesischen Invasoren zu bilden. Diese Bemühungen haben inzwischen zu weiteren Ergebnissen geführt. Am 11. Februar 1981 hat Khieu Samphan an Norodom Sihanouk ein Telegramm geschickt, in dem er die Bereitschaft Sihanouks begrüßt, einer solchen gemeinsamen Regierung beizutreten. In dem Brief schlägt Khieu Samphan vor, eine Delegation unter seiner Führung zu bilden, um die Einzelheiten eines Aktionsprogramms zu besprechen. Sihanouk wiederum hat Khieu Samphan, Pol Pot und den anderen Führern des Demokratischen Kampuchea seine Grüße entrichtet und erklärt, er sei jederzeit bereit, eine Delegation der Regierung des Demokratischen Kampuchea unter Führung Khieu Samphans zu gemeinsamen Gesprächen willkommen zu heißen. (Red.)

Khieu Samphan: Ich möchte zuerst einen Überblick über die militärische und politische Lage geben. Militärisch hat sich die Lage in dieser Trockenzeit im Vergleich zur Trockenzeit 1979/80 stark zu unseren Gunsten verändert. Der Niedergang des vietnamesischen Feindes hat begonnen. Wir haben jetzt Februar 1981, und bis jetzt hat der Feind (in dieser Trockenzeit, die von November bis April dauert, Anm. d. Übers.) noch keinerlei Initiative ergriffen. Aber nicht nur, daß sie keine Initiative im Sinne neuer Offensiven ergriffen haben, ihre Moral und ihre Lage ganz allgemein haben sich verschlechtert. Hier, im westlichen Battambang, haben sie ihre wichtigsten Außenpostensysteme, Ol Hong und O Sralau (das im ganzen Jahr 1980 umkämpfte Phnom Melay-Gebiet, Anm. d. Übers.) ganz geräumt. Diese Veränderungen sind nicht zufällig. Sie halten schon ein ganzes Jahr an. Und jetzt nähern wir uns dem Ende der Trockenzeit, was uns weiter begünstigt. Wir können sehen, daß die Kräfte des Demokratischen Kampuchea zunehmen, während die Kräfte des Feindes im Niedergang sind.

Einen zehnmal stärkeren Feind besiegen

Was sind die Gründe für diese Entwicklung?

Khieu Samphan: Der erste Grund sind

Khieu Samphan: Ich möchte zuerst einen Überblick über die militärische und politische Lage geben. Militärisch hat sich die Lage in dieser Trockenzeit im Vergleich zur Trockenzeit 1979/80 stark zu unseren Gunsten verändert. Der Niedergang des vietnamesischen Feindes hat begonnen. Wir haben jetzt Februar 1981, und bis jetzt hat der Feind (in dieser Trockenzeit, die von November bis April dauert, Anm. d. Übers.) noch keinerlei Initiative ergriffen. Aber nicht nur, daß sie keine Initiative im Sinne neuer Offensiven ergriffen haben, ihre Moral und ihre Lage ganz allgemein haben sich verschlechtert. Hier, im westlichen Battambang, haben sie ihre wichtigsten Außenpostensysteme, Ol Hong und O Sralau (das im ganzen Jahr 1980 umkämpfte Phnom Melay-Gebiet, Anm. d. Übers.) ganz geräumt. Diese Veränderungen sind nicht zufällig. Sie halten schon ein ganzes Jahr an. Und jetzt nähern wir uns dem Ende der Trockenzeit, was uns weiter begünstigt. Wir können sehen, daß die Kräfte des Demokratischen Kampuchea zunehmen, während die Kräfte des Feindes im Niedergang sind.

Einen zehnmal stärkeren Feind besiegen

Was sind die Gründe für diese Entwicklung?

Khieu Samphan: Der erste Grund sind
unsere Guerillaangriffe seit mehr als zwei Jahren. Wir haben in großer Zahl ihre Streitkräfte, ihre lebendigen Kräfte wie auch ihre Moral zerstört. Das bezieht sich auf ihre Stammstreitkräfte, sie sind zahlenmäßig und moralisch vernichtet worden. Und die neuen Kräfte, die sie als Verstärkungen schicken, sind meistens Studenten und Schüler. Das sind keine starken Truppen. Sie sind schwach und ihre Moral ist schlecht. Sie können zwar große Mengen an neuen Truppen schicken, aber ihre Kampfmoral nimmt dennoch ab. Wir können also sagen, daß, so hartnäckig die Hanoier Führer auch sein mögen, so sehr sie sich hier festklammern wollen, ihre Streitkräfte, ihre Soldaten auf dem Schlachtfeld schaffen es nicht. Die Vietnamesen können militärisch nicht siegen. Sie werden sicher scheitern. Und wenn wir uns die politische und wirtschaftliche Lage in Vietnam selbst ansehen, dann sehen wir noch deutlicher, daß Vietnam scheitern muß.

Aber Kampuchea ist ein Land, das zehnmal kleiner ist als Vietnam, gegen einen zehnmal stärkeren Feind kämpfen muß. Wie können wir das schaffen, wie können wir siegen?

Sie können im westlichen Battambang selbst sehen, wie die Vietnamesen scheitern. Im ganzen Land gibt es zwei Hauptfronten, an denen sich die vietnamesischen Truppen aufteilen und zersplittern, die Westfront im westlichen Teil Kampucheas und die Ostfront.

Während des Jahres 1980 ist es uns gelungen, vor allem den nördlichen Teil der Ostfront zu stärken, d.h. die Front um Chep (Provinz Preah Vihear). Vorher griffen wir die Vietnamesen nur vom Dreiländereck zwischen Thailand, Laos und Kampuchea aus an. Aber aus unseren Erfahrungen haben wir gelernt, daß das nicht sehr wirksam ist. Wir müssen prinzipiell so angreifen, daß die Nachschublinien abgeschnitten werden. Deshalb haben wir die Vietnamesen bei Chep angegriffen und gleichzeitig die drei Nachschublinien in dieses Gebiet unterbrochen. Auf diese Weise konnten wir ihr Stützpunktsystem um Chep zerstören und sie an diesem ganzen Abschnitt in Schwierigkeiten bringen. Ihre Streitkräfte bei Chep wurden allmählich aufgerieben. Die Vietnamesen waren gezwungen, ihre Truppen anderswo abzuziehen, um ihren Stellungen dort zu helfen. Sie schickten zum Teil Truppen von östlich des Mekong und auch aus Vietnam. Dank dieser Taktik können wir jetzt sehr leicht dieses Gebiet durchqueren und die westliche Front mit der Front in Ratanakiri und Mon-



Khieu Samphan und andere Mitglieder der Regierung des Demokratischen Kampuchea im Gespräch mit ausländischen Journalisten

dulkiri und mit anderen Fronten im Osten verbinden. Ebenso konnten direkte Verbindungen mit den Fronten in den Provinzen Kompong Thom und Kompong Cham hergestellt werden.

Eine andere Front, die wir ausgeweitet haben, ist die Siem Reap-Angkor-Front. Wir dehnen diese Front aus und



Khieu Samphan und andere Mitglieder der Regierung des Demokratischen Kampuchea im Gespräch mit ausländischen Journalisten

dulkiri und mit anderen Fronten im Osten verbinden. Ebenso konnten direkte Verbindungen mit den Fronten in den Provinzen Kompong Thom und Kompong Cham hergestellt werden.

Eine andere Front, die wir ausgeweitet haben, ist die Siem Reap-Angkor-Front. Wir dehnen diese Front aus und
machen sie immer größer, sodaß sie sich über die ganzen Provinzen Siem Reap und Kompong Thom zieht. Die Kämpfe in diesem Abschnitt sind nicht so heftig wie an der Front von Chep, aber ihre Bedeutung liegt darin, daß hier, bei Angkor Wat, das vietnamesische Hauptquartier sitzt und sie an der Nationalstraße Nr. 6 liegt. Gleichzeitig ist diese Front natürlich auch für die Weltöffentlichkeit von großer Bedeutung wegen der Berühmtheit der Ruinen von Angkor Wat.

Gleichzeitig wurden Angriffe im Bezirk Cheom Ksan im Norden der Provinz Preah Vihear und im Norden von Oddar Mean Chey ausgeführt. In Samlot im Westen der Provinz Pursat konnten wir alle vietnamesischen Streitkräfte vernichten und sie haben bisher keine Verstärkung geschickt. Denn gleichzeitig haben wir unsere Angriffe im Gebiet von Leach und bei der Provinzhauptstadt Pursat sowie in der Provinz Kohkong verstärkt. Und neben diesen Kämpfen an den Hauptfronten führen wir im ganzen Land Guerillaaktionen durch.

Unterstützung durch das Volk

Natürlich hat diese militärische Lage einen großen Einfluß auf die Politik. Sie hat die Moral und den Kampfgeist unseres Volkes gestärkt. Ausländische Beobachter sagen oft, daß das Demokratische Kampuchea diesen Kampf führen kann, weil es eine Armee hat. Aber sie behaupten, daß das Demokratische Kampuchea sich auf keine politischen Kräfte stützen kann. Aber es ist doch klar, daß die politischen Fragen und die militärischen Fragen miteinander zusammenhängen. Sie können nicht voneinander getrennt werden. Eine bestimmte militärische Lage kann nur aufgrund einer bestimmten Politik entstehen, und wenn die militärische Lage sich günstig entwickelt, dann beeinflußt das die politische Lage.

Unsere Armee kämpft einen sehr schwierigen Kampf. Was haben wir denn, das unsere Soldaten dazu zwingen könnte, zu kämpfen? Wir haben nichts. Wir können ihnen noch nicht einmal einen Sold zahlen. Vielleicht können wir sie später einmal bezahlen. Aber jetzt haben wir nichts. Was bringt also unsere Soldaten, unser Volk dazu, sich uns anzuschließen und mit uns zu kämpfen? Unsere Politik! Sie unterstützen unsere Politik.

Es wird gesagt, daß das Demokratische Kampuchea sein Volk umgebracht hat. Aber dieses Volk, das sind die Eltern der Soldaten unserer Armee. Wenn das Demokratische Kampuchea wirklich sein eigenes Volk umgebracht hätte, dann würden die Eltern ihren Kindern sagen, sie sollten Schluß machen, sich nicht dem Demokratischen Kampuchea anschließen, und dann wäre es aus. Dann gäbe es keine Armee des Demokratischen Kampuchea mehr. Tatsächlich ist das Gegenteil eingetreten: Die Armee des Demokratischen Kampuchea ist nicht verschwun-

Kindern sagen, sie sollten Schluß machen, sich nicht dem Demokratischen Kampuchea anschließen, und dann wäre es aus. Dann gäbe es keine Armee des Demokratischen Kampuchea mehr. Tatsächlich ist das Gegenteil eingetreten: Die Armee des Demokratischen Kampuchea ist nicht verschwun-
den, sondern entwickelt sich und wird stärker. Das liegt an der Unterstützung durch das Volk.

Und jetzt zur Lösung des Kampucheaproblems. Unsere Haltung dazu ist sehr klar. Die Lösung liegt in der Einhaltung der Beschlüsse der UNO. Wir unterstützen diese Beschlüsse vollständig und fordern ihre Durchsetzung, besonders die Durchsetzung der Resolution Nr. 35/6, die die Einberufung einer internationalen Konferenz vorsieht, um die Voraussetzungen für einen vollständigen Abzug der vietnamesischen Truppen auszuarbeiten, damit das kampucheanische Volk seine Probleme selbst lösen kann. Zweitens tun wir alles, was in unserer Kraft steht, um alle Kräfte zu vereinigen, die gegen die Vietnamesen kämpfen wollen. Wir sind bereit, jede in Frage kommende Persönlichkeit als Führer unserer Regierung und zur Bildung einer Regierung der Großen Nationalen Einheit zu akzeptieren. Drittens, was das Demokratische Kampuchea selbst angeht, so halten wir uns strikt an die neue strategische Politik der Regierung des Demokratischen Kampuchea in Übereinstimmung mit der politischen Linie der patriotischen Demokratischen Front der Großen Nationalen Einheit Kampucheas. Wir haben keinen anderen Weg als diesen.

In unserem Osten liegt Vietnam, und es ist bei uns eingedrungen, um uns zu verschlingen. Deshalb brauchen wir Unterstützung und Hilfe aus dem Westen und aus allen anderen Ländern, die bereit sind, bei unserem Überleben und bei unserem Leben als unabhängiges Kampuchea zu helfen. Wir brauchen diese Unterstützung heute, und wir werden sie in der Zukunft brauchen. Wir streben dabei an, uns eines Tages der ASEAN anzuschließen, wenn die Lage es erlaubt. Das sind unsere wichtigsten Positionen, und sie alle dienen dem Überleben Kampucheas. Es gibt angesichts der gegenwärtigen Weltlage keinen anderen Weg. Unsere Ziele sind das Überleben und die Unabhängigkeit Kampucheas, bessere Lebensbedingungen und das Glück des Volkes.

Könnten sie noch einmal die Gründe für die neue Politik der Großen Nationalen Einheit präzisieren, und zwar sowohl unter dem Gesichtspunkt der Veränderungen der objektiven Lage wie im Hinblick auf die Selbstkritik, die Sie an der Politik des Demokratischen Kampuchea vor der vietnamesischen Invasion formuliert haben?

Khieu Samphan: Ich sagte eben schon: Unser Ziel ist ein unabhängiges Kampuchea. Zweitens wollen wir Wohlfahrt und Glück für unser Volk. Auch als wir zwischen 1975 und 1978 dabei waren, den Sozialismus aufzubauen, waren das unsere Ideale, für die wir uns mit äußerster Kraft eingesetzt haben. Und dabei haben wir auch einige konkrete Ergebnisse erzielt. Wir waren

puchea. Zweitens wollen wir Wohlfahrt und Glück für unser Volk. Auch als wir zwischen 1975 und 1978 dabei waren, den Sozialismus aufzubauen, waren das unsere Ideale, für die wir uns mit äußerster Kraft eingesetzt haben. Und dabei haben wir auch einige konkrete Ergebnisse erzielt. Wir waren
in der Wiederherstellung unserer Wirtschaft und im nationalen Wideraufbau erfolgreich. Wir konnten die soziale Lage und den gesundheitlichen Zustand unseres Volkes verbessern. Sie wissen, daß wir ein armes Land sind. Sie können sich vorstellen, wie die Lage unseres Volkes in der alten Gesellschaft war. Darum haben wir mit aller Kraft den Sozialismus aufgebaut, um das Leben des Volkes zu verbessern, und wir haben in diesen drei Jahren dabei Erfolge erzielt.

Gleichzeitig gab es aber auch Mängel und Fehler. Z.B. wollten wir eine sehr schnelle Entwicklung erzwingen, eine zu schnelle Entwicklung. Das hat der Gesundheit der Volksmassen geschadet. Das gilt besonders für diejenigen Leute, die aus den Städten in entlegene Gebiete evakuiert wurden, wo es viel Malaria gibt.

Vielleicht können wir einen Moment bei der Frage der Evakuierung der Städte bleiben. Für diejenigen, die den Kampf Kampucheas für seine Unabhängigkeit unterstützt haben und unterstützen, ist es wichtig zu wissen, ob z.B. die Evakuierung Phnom Penhs selbst ein Fehler war und wenn nein, wo dann die Fehler lagen.

Khieu Samphan: Insgesamt würden wir sagen, daß die Evakuierung nicht falsch war. Aber die Fehler lagen in der Ausführung dieses Evakuierungsprogramms. Unseren guten Kadern ist es nicht gelungen, diese Evakuierung gut zu organisieren, das heißt die Kräfte gut zu organisieren, die diese Arbeit für die verschiedenen Teile der Bevölkerung durchführen mußten, also für die Alten, die Jugend, die Frauen usw. Das gilt vor allem für die Leute aus der Stadt, die an das harte Leben auf dem Land nicht gewöhnt waren, und die entsprechend ihren Fähigkeiten eingesetzt werden mußten. Das war unser Hauptmangel in dieser Frage. Aber wir glaubten, daß wir alle die Fehler, die wir in dieser Zeit begangen haben, nach und nach korrigiert haben, vor allem von 1978 an. Das heißt zunächst, daß es uns gelungen ist, alle vietnamesischen Agenten zu entfernen. Natürlich wurden die Fehler, von denen wir sprechen, zum Teil von guten, treuen Kadern begangen, die sich ihrer nicht bewußt waren, und die Arbeit damals noch nicht so gut ausführen konnten. Aber auf der anderen Seite gehen sie auch sicher auf vietnamesische Agenten zurück, die in unsere Reihen eingedrungen sind. Diese vietnamesischen Agenten versuchten, unsere Politik zu verdrehen und zu entstellen. 1978 hatten wir es geschafft, alle diese Leute zu entfernen. Für die guten und treuen Kader bestand 1977/78 kein Grund mehr, das Volk hart zur Arbeit anzutreiben, weil die Lage sich verbessert hatte. Wir können deshalb sagen, daß wir unsere Mängel und Fehler hätten selbst lösen können, wenn wir genug Zeit dafür gehabt hätten, und wenn die vietnamesische Aggression und Invasion nicht gekommen wäre.

Aber diese vietnamesische Invasion in Stärke von Hunderttausenden hat uns gezeigt, daß es kein zurück mehr zur Zeit von 1975 – 78 gibt. Die Hanoier Führer sahen sehr deutlich, daß sie uns nicht mehr schlucken könnten, wenn wir stark wären. Sie haben sechs Staatsstreichversuche unternommen, aber sie scheiterten. Deshalb mußten sie zum offenen Angriff mit großen Streitkräften übergehen. Das hat uns sehr deutlich vor Augen geführt, daß die Vietnamesen nicht erlauben wollten, unabhängig und auf uns selbst gestellt zu leben. Deshalb können wir nicht auf dem gleichen Weg wie 1975 – 78 fortfahren. Um zu überleben, müßten wir als erstes alle Kräfte innerhalb des Landes vereinigen. Gleichzeitig brauchen wir die volle Unterstützung der ganzen Welt.

Die Hanoier Behörden im Osten warten nur darauf, uns zu verschlucken, und sie werden von der Sowjetunion unterstützt. Ihr Ziel dabei ist, ihre indochinesische Föderation aufzubauen und dann weiter vorzudringen. Die ASEAN-Länder im Westen unseres Landes sind sich dieser Lage vollständig bewußt, ebenso wie alle Frieden und Gerechtigkeit liebenden Länder und die blockfreien Länder. In dieser Lage brauchen wir unsere neue strategische Politik, um mit allen Ländern auf der Grundlage des gegenseitigen Nutzens und des gegenseitigen Interesses und für das Überleben Kampucheas zusammenarbeiten zu können.

Die neue Politik gewinnt auch die schwankenden Kräfte

Wie entwickelt sich die nationale Einheitsfront unter den Volksmassen und

wenn wir stark wären. Sie haben sechs Staatsstreichversuche unternommen, aber sie scheiterten. Deshalb mußten sie zum offenen Angriff mit großen Streitkräften übergehen. Das hat uns sehr deutlich vor Augen geführt, daß die Vietnamesen nicht erlauben wollten, unabhängig und auf uns selbst gestellt zu leben. Deshalb können wir nicht auf dem gleichen Weg wie 1975 – 78 fortfahren. Um zu überleben, müßten wir als erstes alle Kräfte innerhalb des Landes vereinigen. Gleichzeitig brauchen wir die volle Unterstützung der ganzen Welt.

Die Hanoier Behörden im Osten warten nur darauf, uns zu verschlucken, und sie werden von der Sowjetunion unterstützt. Ihr Ziel dabei ist, ihre indochinesische Föderation aufzubauen und dann weiter vorzudringen. Die ASEAN-Länder im Westen unseres Landes sind sich dieser Lage vollständig bewußt, ebenso wie alle Frieden und Gerechtigkeit liebenden Länder und die blockfreien Länder. In dieser Lage brauchen wir unsere neue strategische Politik, um mit allen Ländern auf der Grundlage des gegenseitigen Nutzens und des gegenseitigen Interesses und für das Überleben Kampucheas zusammenarbeiten zu können.

Die neue Politik gewinnt auch die schwankenden Kräfte

Wie entwickelt sich die nationale Einheitsfront unter den Volksmassen und
auf der Ebene der Führer der verschiedenen nationalen Kräfte?

Khieu Samphan: Wir können sagen, daß unsere Arbeit für die Herstellung dieser Großen Nationalen Front gebilligt wird. Kurz nach der vietnamesischen Invasion, Anfang 1979, war die Lage so: Diejenigen, die das Demokratische Kampuchea vorher unterstützt hatten, unterstützen es auch weiter. Aber angesichts der Stärke der Vietnamesen schienen sie geschwächt zu sein. Sie waren eingeschüchtert. Andere zögerten, Stellung zu nehmen. Diejenigen, die das Kooperativsystem ablehnten, stellten sich offen gegen das Demokratische Kampuchea. Diese Lage hat sich heute verändert. Erstens weil wir erfolgreich gegen die Vietnamesen kämpfen. Und zweitens, weil wir die neue strategische Politik der Front befolgen und weil wir aufgehört haben, den sozialistischen Aufbau weiterzuführen. Diejenigen, die das Demokratische Kampuchea schon vorher unterstützten, unterstützen jetzt auch diese neue strategische Politik. Diejenigen, die das Kooperativsystem ablehnten, haben begonnen, der neuen strategischen Politik zuzustimmen. Diejenigen, die vorher zögerten, sich zu entscheiden, und denen wir unsere neuen Gesetze durch ihre Anwendung und über den Rundfunk bekannt gemacht haben, denken darüber nach und unterstützen unsere neue strategische Politik.

Das gilt für alle Teile des Volkes. Was die anderen unabhängigen Gruppen angeht, so schließt sich uns ein Führer nach dem anderen an. Auch die Kampucheaner im Ausland werden sich der Notwendigkeit der Nationalen

Einheitsfront immer mehr bewußt. Die meisten Kampucheaner in Kanada unterstützen das Demokratische Kampuchea und die Große Nationale Front. In den Vereinigten Staaten nimmt die Zahl derer, die uns unterstützen, dauernd zu. Frankreich ist das Land, in dem die meisten Kampucheaner im Ausland leben. Die Lage ist dort ziemlich kompliziert. Früher hingen diese Kampucheaner den verschiedensten Richtungen an, aber nicht dem Demokratischen Kampuchea. Aber heute wird ihnen klar, daß das Demokratische Kampuchea die Kraft ist, die erfolgreich die Vietnamesen bekämpft. Sie beginnen einzusehen, daß sie sich mit dem Demokratischen Kampuchea zusammenschließen müssen. Sie haben mit dem Aufbau einer Bewegung begonnen, die alle Richtungen, die in Frankreich vertreten sind, mobilisieren soll. Ihre Repräsentanten haben einen Brief zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea geschickt.

Der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang hat gerade in Thailand sinngemäß erklärt, daß China die Bildung einer kampucheanischen Regierung begrüßen würde, die entweder vom Prinzen Sihanouk oder von Son Sann geführt wird. Würden Sie bitte dazu Stellung nehmen?

Khieu Samphan: Wir stimmen damit vollständig überein. Wir stimmen nicht nur mit China und mit anderen Freunden in der ganzen Welt in dieser Frage überein, sondern wir haben auch bereits viel Arbeit in dieser Hinsicht geleistet. Unsere Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit Prinz Sihanouk sind vielleicht bekannt. Auch um eine Zusammenarbeit mit Herrn Son Sann haben wir uns intensiv bemüht. Unser stellvertretender Premierminister Ieng Sary hat sich mit Herrn Son Sann mehrfach getroffen. Es hat noch andere Begegnungen gegeben, über die wir auf Wunsch von Herrn Son Sann aber noch keine Einzelheiten veröffentlichen wollen. Die Ergebnisse dieser Treffen waren noch nicht befriedigend. Wir setzen uns mit aller Kraft für eine Regierung der Großen Nationalen Einheit ein, um den Kampf gegen Vietnam erfolgreich zu führen und das Programm der Front der Großen Nationalen Einheit immer besser zu verwirklichen.

Hilfe nur direkt an das Demokratische Kampuchea

Wie ist die wirtschaftliche Lage in den von der Regierung des Demokratischen Kampuchea kontrollierten Gebieten?

Khieu Samphan: Unsere wirtschaftliche Lage ist schwierig. Sie ist schwierig in den Gebieten unter Kontrolle der Regierung des Demokratischen Kampuchea, aber die Lage unseres Volkes in den Gebieten unter vietnamesischer Kontrolle ist noch schlimmer. In der Regenzeit konnte etwas Reis gepflanzt werden, aber die Vietnamesen haben alles geplündert. Dem Volk insgesamt fehlen große Mengen an Nahrungsmitteln. Kleidung gibt es überhaupt keine. In den zwei Jahren seit der vietnamesischen Invasion haben 70% der Bevölkerung keinerlei neue Kleidung bekommen. Nur 30%, die etwas Geld oder Gold haben, konnten sich Material für neue Kleidung kaufen. Die Lage ist so, daß das Volk in den vietnamesisch kontrollierten Gebieten jeden Tag und überall stirbt. Man kann sagen, daß in jedem Bezirk jeden Tag drei bis vier Personen sterben. Im ganzen Land haben wir etwa 1 000 Bezirke. Es sterben also in den vietnamesisch kontrollierten Gebieten über 3000 Menschen pro Tag an Hunger, an Krankheiten aufgrund von Kleidermangel.

Auch in den Gebieten unter unserer Kontrolle ist die Lage durch die Kürzungen der internationalen Hilfsleistungen schwierig. Wir unternehmen große Anstrengungen, um die Lage des Volkes zu verbessern. Wir fördern den



Anbau von Reis, Tapioka, Mais. Der Anbau erfolgt auf kleinen Einzelparzellen, sodaß, wenn die Vietnamesen an einer Stelle die Felder vernichten, es noch an anderen Stellen etwas gibt. Aber diese Anstrengungen reichen nicht aus. Sie können die Not nur etwas mildern. Wir brauchen immer noch Hilfe vor allem an Nahrungsmitteln und Medikamenten. Ich möchte die Welt aufrufen, uns zu unterstützen und uns mehr Hilfe zu schicken, damit diese Hilfe direkt in die Hände des kampucheanischen Volkes kommt. Wir treten dafür ein, daß diese Hilfe direkt an uns ausgehändigt wird, oder an unser Rotes Kreuz, damit sie direkt an das Volk gelangt.

Was werden die Auswirkungen der Versuche einiger Mitgliedsländer der Blockfreienbewegung sein, das Demokratische Kampuchea aus dieser Bewegung auszuschließen?

Khieu Samphan: Vietnam, Kuba und einige ihrer Gefolgsleute versuchen, die Blockfreienbewegung zu spalten, indem sie das Demokratische Kampuchea aus dieser Bewegung zu vertreiben versuchen. Technisch können sie das schaffen, aber politisch entlarven sie sich dadurch. Die Mehrheit der blockfreien Länder betrachten Kampuchea nach wie vor als Mitglied der Blockfreienbewegung. Gerade erst jetzt haben der Außenminister von Singapur und der Delegierte von Malaysia dafür gekämpft, daß die Kampucheafrage auf die Tagesordnung der Konferenz von Neu Delhi kommt und daß das Demokratische Kampuchea auf der Konferenz vertreten ist. Angesichts dieser Tatsachen ist es meine persönliche Auffassung, daß das, was in der Blockfreienbewegung passiert, keine Auswirkungen auf den Sitz des Demokratischen Kampuchea in der UNO hat. Aber natürlich müssen wir unsererseits alle Frieden und Gerechtigkeit liebenden Völker dafür gewinnen, daß sie uns helfen, unseren Sitz in den Vereinten Nationen zu erhalten. Ich bin zuversichtlich, daß diese Länder sich über die Lage im Klaren sind. Ihnen ist klar, daß ein Freilassen des Sitzes des Demokratischen Kampuchea in der UNO nur die Legalisierung der vietnamesischen Invasion bedeuten würde. Das ist das Ziel der Vietnamesen. Alles, was sie wollen, ist daß der Sitz des Demokratishen Kampuchea freibleibt. Dann sind sie sicher, daß sie bald das Heng-Samrin-Regime in die Vereinten Nationen schmuggeln können. Die Vietnamesen glauben, daß sie durch die Vertreibung des Demokratischen Kampuchea aus der UNO die Lage auf dem Schlachtfeld ändern können. Wir sind sicher, daß alle Länder diesen vietnamesischen Trick durchschauen werden. Wir möchten alle unsere Freunde in der ganzen Welt aufrufen, diese Dinge der Öffentlichkeit bewußt zu machen und sich von diesen vietnamesischen Manövern nicht täuschen zu lassen.

jon.Beijing. Eine fast schnurgerade Schneise, vielleicht zwanzig Meter breit, zerschneidet den tropischen Wald im Westen der kampucheanischen Provinz Battambang in nordsüdlicher Richtung in wenigen Kilometern Abstand zur thailändischen Grenze, eine von Panzern befahrbare Piste, die die Stadt Pailin im Süden mit der Nationalstraße Nr. 5 verbindet. Anfang 1979 waren die vietnamesischen Panzertruppen bis hierher vorgestoßen. Sie mußten sich zurückziehen, weil die sich reorganisierende kampucheanische Armee ihnen die hinteren Verbindungen abschnitt. Heute finden die Kämpfe rund zwanzig Kilometer weiter im Osten statt. Jetzt ist die Trasse mit hohem Gras und teilweise mit Büschen überwuchert. Nur in der Mitte liegt ein Pfad aus trockener, aufgerissener Erde frei. An die Kämpfe erinnern noch Reste zerschossener Ochsenkarren. Auch ist die Trasse streckenweise vermint. Die Elefanten, mit denen wir als Gäste der Regierung des

stet. Unsere Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit Prinz Sihanouk sind vielleicht bekannt. Auch um eine Zusammenarbeit mit Herrn Son Sann haben wir uns intensiv bemüht. Unser stellvertretender Premierminister Ieng Sary hat sich mit Herrn Son Sann

Ein Besuch im Demokratischen Kampuchea (I)

Im Hinterland des Guerillakrieges / Kampf gegen Hunger und Krankheit

Rändern steigt Rauch von brennendem Gestrüpp und langsam verglühenden Baumstämmen auf. Zwischen den Häuserreihen erstrecken sich Gemüsebeete. Daneben werden Tapioka, Mais und Bananen angebaut. Reis, das Hauptnahrungsmittel, fehlt. Der Boden ist zu kalkhaltig, das Wasser reicht nicht aus. In dem Dorf Chancar Trap, das zusammen mit den unmittelbar benachbarten Orten Pum Bang und Pum Leu 7 000 Einwohner hat, kann sich die Bevölkerung zu 30 – 40% selbst ernähren. Für den Rest hängt sie von den Hilfslieferungen der internationalen Organisationen ab, die regelmäßig von der nahen Grenze geholt werden.

bieten des Demokratischen Kampuchea versuchen die lähmende Not durch vielfältige Produktionsarbeit zu lindern, sie haben von ihnen selbst bestimmte Regierungsorgane, sie sind bewaffnet, und sie beteiligen sich am bewaffneten Kampf gegen die Besatzer.

Auf Provinz- und Bezirksebene scheint in den von der Regierung des Demokratischen Kampuchea kontrollierten Gebieten die Militär- und Zivilverwaltung zusammenzufallen. Wir sind in den ersten beiden Tagen Gäste des politischen Kommissars der 3. Division der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea, der zugleich der Regierungsverantwortliche

sten der Provinz Battambang, ist nicht Komiteemitglied der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Einheit, die in allen drei Dörfern eine Organisation hat und in diesem Bereich von einem dreiköpfigen Komitee geleitet wird. Die Front mischt sich nicht in die Führung der Verwaltung ein. Sie ist zuständig für die politische Aufklärung und Mobilisierung der Bewohner für den Befreiungskrieg. Der Verwaltung unterstehen Schule, Krankenhaus und die das ganze Dorf betreffenden wirtschaftlichen Angelegenheiten. Die Kommunistische Partei spiele keine eigene öffentliche Rolle. Sie arbeite zusammen

Tag und überall stirbt. Man kann sagen, daß in jedem Bezirk jeden Tag drei bis vier Personen sterben. Im ganzen Land haben wir etwa 1 000 Bezirke. Es sterben also in den vietnamesisch kontrollierten Gebieten über 3000 Menschen pro Tag an Hunger, an

an einer Stelle die Felder vernichten, es noch an anderen Stellen etwas gibt. Aber diese Anstrengungen reichen nicht aus. Sie können die Not nur etwas mildern. Wir brauchen immer noch Hilfe vor allem an Nahrungsmitteln und Medikamenten. Ich möchte

kratische Kampuchea aus dieser Bewegung auszuschließen?

Khieu Samphan: Vietnam, Kuba und einige ihrer Gefolgsleute versuchen, die Blockfreienbewegung zu spalten, in-

klärung des Ministerrats über die Lage Anfang 1981. Etwa 400 Frauen, Männer und Kinder aus allen drei Dörfern nehmen teil.

Vor einer etwas erhöhten Erdplattform, die mit Spruchbändern geschmückt ist, sitzen vor allem die Frauen und Kinder auf dem Boden. Die meisten Männer stehen im Hintergrund. Zu Beginn wird die Flagge des Demokratischen Kampuchea zu den Klängen der Nationalhymne gehißt und der Toten gedacht. Dann setzt sich alles wieder und schlingt sich die blau oder rot karierten Tücher, die hier jeder trägt, um Kopf und Schultern. Aus der feierlich stehenden, dunklen Menge wird eine lebhafte, bunte und nicht sehr disziplinierte Versammlung. Der Text der Erklärung des Ministerrats wird verlesen. Das Komitee der Front, die Dorfvorsteher, eine Vertreterin der Frauen halten kurze Reden, die von schnell gerufenen Sprechchören und Beifall begleitet werden. Die Sprechchöre sind die gleichen wie die Parolen auf den namesischen Trick durchschauen werden. Wir möchten alle unsere Freunde in der ganzen Welt aufrufen, diese Dinge der Öffentlichkeit bewußt zu machen und sich von diesen vietnamesischen Manövern nicht täuschen zu lassen.

Ein Besuch im Demokratischen Kampuchea (I)

Im Hinterland des Guerillakrieges / Kampf gegen Hunger und Krankheit

jon.Beijing. Eine fast schnurgerade Schneise, vielleicht zwanzig Meter breit, zerschneidet den tropischen Wald im Westen der kampucheanischen Provinz Battambang in nordsüdlicher Richtung in wenigen Kilometern Abstand zur thailändischen Grenze, eine von Panzern befahrbare Piste, die die Stadt Pailin im Süden mit der Nationalstraße Nr. 5 verbindet. Anfang 1979 waren die vietnamesischen Panzertruppen bis hierher vorgestoßen. Sie mußten sich zurückziehen, weil die sich reorganisierende kampucheanische Armee ihnen die hinteren Verbindungen abschnitt. Heute finden die Kämpfe rund zwanzig Kilometer weiter im Osten statt. Jetzt ist die Trasse mit hohem Gras und teilweise mit Büschen überwuchert. Nur in der Mitte liegt ein Pfad aus trockener, aufgerissener Erde frei. An die Kämpfe erinnern noch Reste zerschossener Ochsenkarren. Auch ist die Trasse streckenweise vermint. Die Elefanten, mit denen wir als Gäste der Regierung des Demokratischen Kampuchea an der Grenze abgeholt wurden, müssen auf halber Strecke zurückbleiben, weil sie eine Panzermine auslösen könnten.

Unsere Reisegruppe besteht aus kanadischen, französischen und spanischen Journalisten sowie aus einer Delegation von Ausländern, die in chinesischen Institutionen in Beijing arbeiten. Fünf Tage lang bereisen wir, meistens zu Fuß, gelegentlich auf Elefantenrücken, das Gebiet in dem nach Westen vorspringenden Winkel, den die thailändisch-kampucheanische Grenze südlich des Grenzübertritts der Nationalstraße Nr. 5 bildet.

Die Gegend ist zumeist eben, aber von schwer durchdringlichem, jetzt Anfang Februar von Trockenheit und Hitze knisterndem Wald überzogen. Vor der vietnamesischen Invasion war das Gebiet so gut wie unbewohnt. Heute münden aus dem scheinbar geschlossenen, dunkelgrünen und nur von den fast weißen, bizarr geformten Stämmen großer Bäume unterbrochenen Dickicht zahlreiche Pfade in die Piste, aus denen in einer Linie marschierende, grüngekleidete Soldaten, Kolonnen teilweise bewaffneter Frauen, die Lebensmittelsäcke oder Munitionskisten auf dem Kopf tragen, oder einzelne Bewaffnete auf über die holprige Erde scheppernden chinesischen Fahrrädern kommen.

Neue Dörfer

Die Dörfer hier wurden erst 1979 gebaut. Lange, nebeneinanderliegende Reihen einfacher Stroh- und Holzhütten auf niedrigen Pfählen, zwischen denen ein paar magere Hühner herumpicken. Die Siedlungen fressen sich noch in den Wald hinein. An ihren Rändern steigt Rauch von brennendem Gestrüpp und langsam verglühenden Baumstämmen auf. Zwischen den Häuserreihen erstrecken sich Gemüsebeete. Daneben werden Tapioka, Mais und Bananen angebaut. Reis, das Hauptnahrungsmittel, fehlt. Der Boden ist zu kalkhaltig, das Wasser reicht nicht aus. In dem Dorf Chancar Trap, das zusammen mit den unmittelbar benachbarten Orten Pum Bang und Pum Leu 7 000 Einwohner hat, kann sich die Bevölkerung zu 30 – 40% selbst ernähren. Für den Rest hängt sie von den Hilfslieferungen der internationalen Organisationen ab, die regelmäßig von der nahen Grenze geholt werden.



Aufbau der Produktion unter großen Schwierigkeiten: Schmied *(linkes Bild)* und Korbflechterin *(rechtes Bild)*

Die Bewohner von Chancar Trap sind Flüchtlinge aus dem ganzen Land, die meisten Bauern, aber auch einige Lehrer und Händler aus der Stadt. Flüchtlinge, die mit ihren Leidensgenossen in den Lagern jenseits der thailändischen Grenze das Schicksal äußerster Bedürftigkeit und der demütigenden Abhängigkeit von auswärtiger Hilfe teilen. Dennoch sind es keine Flüchtlingslager, die wir besichtigen. Die Kampucheaner in den freien Gebieten des Demokratischen Kampuchea versuchen die lähmende Not durch vielfältige Produktionsarbeit zu lindern, sie haben von ihnen selbst bestimmte Regierungsorgane, sie sind bewaffnet, und sie beteiligen sich am bewaffneten Kampf gegen die Besatzer.

Auf Provinz- und Bezirksebene scheint in den von der Regierung des Demokratischen Kampuchea kontrollierten Gebieten die Militär- und Zivilverwaltung zusammenzufallen. Wir sind in den ersten beiden Tagen Gäste des politischen Kommissars der 3. Division der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea, der zugleich der Regierungsverantwortliche für die Bezirke Sisophon, Bowal und Monkol Borei ist. In diesen Bezirken leben rund 300000 Menschen, davon bis jetzt etwa 50000 ständig in den freien Gebieten.

Die Dörfer werden geleitet von einem Dorfvorsteher, der in Chancar Trap aufgrund des Konsens der Bewohner bestimmt worden sei, aber jederzeit auf den Dorfversammlungen wieder abgewählt werden könne. Dorfvorsteher Rin, ein Bauer aus dem Westen der Provinz Battambang, ist nicht Komiteemitglied der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Einheit, die in allen drei Dörfern eine Organisation hat und in diesem Bereich von einem dreiköpfigen Komitee geleitet wird. Die Front mischt sich nicht in die Führung der Verwaltung ein. Sie ist zuständig für die politische Aufklärung und Mobilisierung der Bewohner für den Befreiungskrieg. Der Verwaltung unterstehen Schule, Krankenhaus und die das ganze Dorf betreffenden wirtschaftlichen Angelegenheiten. Die Kommunistische Partei spiele keine eigene öffentliche Rolle. Sie arbeite zusammen mit den anderen Organisationen und Strömungen, die sich der Front angeschlossen haben oder noch anschließen werden, im Rahmen der Front.

Dorfversammlung

Die wichtigsten Entscheidungen werden auf Dorfversammlungen getroffen, die etwa alle zwei Wochen stattfinden. Die Versammlung, an der wir teilnehmen, ist eine Kundgebung zur Erklärung des Ministerrats über die Lage Anfang 1981. Etwa 400 Frauen, Männer und Kinder aus allen drei Dörfern nehmen teil.

Vor einer etwas erhöhten Erdplattform, die mit Spruchbändern geschmückt ist, sitzen vor allem die Frauen und Kinder auf dem Boden. Die meisten Männer stehen im Hintergrund. Zu Beginn wird die Flagge des Demokratischen Kampuchea zu den Klängen der Nationalhymne gehißt und der Toten gedacht. Dann setzt sich alles wieder und schlingt sich die blau oder rot karierten Tücher, die hier jeder trägt, um Kopf und Schultern. Aus der feierlich stehenden, dunklen Menge wird eine lebhafte, bunte und nicht sehr disziplinierte Versammlung. Der Text der Erklärung des Ministerrats wird verlesen. Das Komitee der Front, die Dorfvorsteher, eine Vertreterin der Frauen halten kurze Reden, die von schnell gerufenen Sprechchören und Beifall begleitet werden. Die Sprechchöre sind die gleichen wie die Parolen auf den Transparenten: Sie lassen das Volk, die Regierung, die Nationale Front und die Streitkräfte des Demokratischen Kampuchea hochleben. Die Zustimmung zu den Beiträgen ist durchaus nicht gleich verteilt, und als ein Vertreter der Front immer wieder die Sprechchöre anstimmen will, sich aber dabei verhaspelt, wird er vergnügt ausgelacht. Große Aufmerksamkeit und Beifall zieht die Vertreterin der Frauen auf sich, eine zierliche Person mit ernstem Gesicht, die das öffentliche Reden sichtlich noch nicht gewohnt ist.

Nach einer knappen Stunde und erneutem Abspielen der Nationalhymne wird die Tribüne mit Hilfe großer blauer Tücher in eine Bühne verwandelt. Ein kleines Orchester mit traditionellen Instrumenten, Hackbrett, Zupfinstrumenten, Kniegeige und Handtrommel, und später ein kleiner Chor treten auf, die zu den Darbietungen der Kulturgruppe der drei Dörfer überleiten. Aufgeführt werden Tänze, Lieder und kleine Szenen, die vor allem Episoden des Krieges behandeln. Den größten Erfolg haben die Szenen, in denen die Vietnamesen leibhaftig auftreten, furchterregend mit den großen Helmen und richtigen Gewehren. Mit ihrer Arroganz, Tollpatschigkeit und Feigheit reißen sie aber die ganze Versammlung zu Lachstürmen hin, die sich zum Jubel steigern, wenn sie – natürlich – von den tapferen Kämpfern und Kämpferinnen des Demokratischen Kampuchea nach Platzpatronengeknatter und Kampfgetümmel trotz lauten Gezeters gefangen und mit den zusammengedrehten kampucheanischen Tüchern gefesselt und von der Bühne geschleppt werden.

(Wird fortgesetzt)

„Dissidenten“bewegung in der Sowjetunion

Eine Übersicht / Über die Anfänge einer politischen Opposition nach 1956

gek. Über die sog. „Dissidenten“bewegung in der Sowjetunion zu schreiben, ist – wie sich nach einiger Befassung mit dem Thema herausstellt – ziemlich witzlos, wenn man nicht von vorn anfängt. Und über die *Anfänge* einer organisierten demokratischen Opposition gegen einen entarteten Staatssozialismus mit asiatisch-despotischen Zügen und gegen einen immer aggressiver auftretenden Sozialimperialismus – Anfänge, die aus der Zeit um den XX. Parteitag der KPdSU 1956 datieren – ist ja am allerwenigsten bekannt. So kann also dieser Artikel nur der erste in einer losen Folge von Artikeln zu diesem Thema werden.

Über das Ausmaß der politischen und sozialen Unterdrückung in der heutigen Sowjetunion nur einige Zahlen vornweg:

- Die Zahl der offiziell wegen Staatsdelikten Verurteilten ist nicht so hoch. Man schätzt, daß wegen Art. 64 StGB (Landesverrat), Art. 70 („antisowjetische Agitation und Propaganda“) sowie Art. 170 („Untergrabung und Schwächung der Sowjetmacht“) etwa 2000 Personen in Straflagern leben.
- Die Zahl derer, die wegen politischer Opposition in psychiatrische Anstalten gesteckt sind, wird auf 500 – 1000 geschätzt. Das sind solche, die hier lebendig begraben sind. Nicht gerechnet sind die, die für kürzere Zeit hineingesteckt werden, bevor sie in Lager, Gefängnisse oder die Verbannung wandern.
- 5000 dürften es etwa sein, die wegen „religiöser“ Artikel verurteilt sind. Da die orthodoxe Kirche in der heutigen Sowjetunion gerade so wieder (russische) Staatskirche ist, wie sie es zu des Zaren Zeit war, handelt es sich bei diesen Verurteilten um solche, die in christlichen Mystizismus gekleidet die Sowjetmacht geschmäht haben. „Gottsucherei“ ist heute fast wieder ein so ohmächtiger Ausdruck des Widerstands wie in den Zeiten der Stolypin'schen Reaktion nach 1907.
- Wegen Teilnahme an Massenunruhen der letzten Jahre sitzen vor allem Litauer, Krimtataren, Ukrainer u.a. ein. Ihre Zahl wird auf 500 geschätzt. Das sind nur die „Rädelsführer“.
- Die Masse derer, die ihre Unzufriedenheit äußern, in verschiedensten Formen opponieren, an Streiks teilnehmen usw. werden nach gewöhnlichen Strafdelikten abgeurteilt (bevorzugt wegen „Rowdytum“). Ein ausgeklügeltes System der sog. „Besserungsarbeits-“ u.ä. Strafkolonien hält nach einer Schätzung Sacharows heute ca. 1,2 Millionen Menschen in verschiedenen abgestuften Formen von Zwangsarbeit fest.
- Die in den russischen Kerngebieten tätigen, aktiven Oppositionellen, die sich vor allem an der Zusammenstellung, Vervielfältigung und Verbreitung des „Samisdat“ (illegaler Flugschriften) oder der „Chronik der laufenden Ereignisse“ (einem Untergrund-Informationsdienst) beteiligen, kann auf 10000 geschätzt werden.
- Viel höher dürfte die Zahl der aktiven Opponenten in den nicht-russischen Republiken sein. Hier gibt es ein ganzes Geflecht

thodoxe Kirche in der heutigen Sowjetunion gerade so wieder (russische) Staatskirche ist, wie sie es zu des Zaren Zeit war, handelt es sich bei diesen Verurteilten um solche, die in christlichen Mystizismus gekleidet die Sowjetmacht geschmäht haben. „Gottsucherei“ ist heute fast wieder ein so ohmächtiger Ausdruck des Widerstands wie in den Zeiten der Stolypin'schen Reaktion nach 1907.
● Wegen Teilnahme an Massenunruhen der letzten Jahre sitzen vor allem Litauer, Krimtataren, Ukrainer u.a. ein. Ihre Zahl wird auf 500 geschätzt. Das sind nur die „Rädelsführer“.
● Die Masse derer, die ihre Unzufriedenheit äußern, in verschiedensten Formen opponieren, an Streiks teilnehmen usw. werden nach gewöhnlichen Strafdelikten abgeurteilt (bevorzugt wegen „Rowdytum“). Ein ausgeklügeltes System der sog. „Besserungsarbeits-“ u.ä. Strafkolonien hält nach einer Schätzung Sacharows heute ca. 1,2 Millionen Menschen in verschiedenen abgestuften Formen von Zwangsarbeit fest.
● Die in den russischen Kerngebieten tätigen, aktiven Oppositionellen, die sich vor allem an der Zusammenstellung, Vervielfältigung und Verbreitung des „Samisdat“ (illegaler Flugschriften) oder der „Chronik der laufenden Ereignisse“ (einem Untergrund-Informationsdienst) beteiligen, kann auf 10000 geschätzt werden.
● Viel höher dürfte die Zahl der aktiven Opponenten in den nicht-russischen Republiken sein. Hier gibt es ein ganzes Geflecht

von „Gesellschaften zum Studium der nationalen Kultur und Geschichte“ oder ähnlichem, teils auch als „Freundschaftsgesellschaften“ mit den Russen getarnt, die sich der Russifizierung widersetzen. Nach einer Statistik über die nationale Zusammensetzung der wegen Staatsdelikten Verurteilten ergibt sich, daß 36% Ukrainer, 20% Litauer, 3% Armenier, 2% Letten waren, 8% weitere nicht-russische Nationalitäten, gegen 21% russische Gefangene. D.h. ¼ der „Staatsverbrecher“ sind Nicht-Russen. Und unter diesen sind es vor allem Bürger derjenigen Gebiete, wie der baltischen Republiken und der Ukraine, die vom Stand ihrer Entwicklung *über* dem Niveau der russischen Gebiete stehen, wo dieser Widerspruch sich am schärfsten ausgebildet hat (nicht, wie vermutet wurde, in den moslemischen zentralasiatischen Gebieten). Darauf wäre noch zurückzukommen.

Angaben nach: Cronid Lubarsky, Soziale Basis und Umfang des sowjetischen Dissidententums, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 9/1979

Wir haben uns mit dieser sog. „Dissidenten“bewegung in den Spalten der KVZ bisher noch kaum befaßt. Das hat Gründe auf seiten dieser Bewegung wie Gründe auf unserer Seite. Die Vorstellung jedenfalls, diese Bewegung sei in erster Linie ein Produkt westlicher Menschenrechtspropaganda, war von vornherein idealistischer Unsinn. Natürlich speist sich diese Bewegung ebenfalls aus inneren Klassenwidersprüchen, so wie sie sich historisch entwickelt haben.

Hier lagen und liegen die hauptsächlichen Unsicherheiten unserer Beurteilung. An welchem Punkt in der Geschichte der Sowjetunion hat der Umschlag von einer demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern über die gestürzten Ausbeuterklassen (die ja jedenfalls auch nur zeitweilig sein konn-

denfalls auch nur zeitweilig sein konn- rückkehrten; ihre Autoren gerieten



Tausende Krimtataren verwandeln im Mai 1967 das Begräbnis von Femi Aldiyev, den die Polizei erschoß, in eine Demonstration gegen die auch nach der „Rehabilitierung“ von 1967 fortdauernde nationale Unterdrückung. Ihre Forderung nach Rückkehr auf die Krim und Wiederherstellung einer autonomen Republik ist bis heute unerfüllt.



Tausende Krimtataren verwandeln im Mai 1967 das Begräbnis von Femi Aldiyev, den die Polizei erschoß, in eine Demonstration gegen die auch nach der „Rehabilitierung“ von 1967 fortdauernde nationale Unterdrückung. Ihre Forderung nach Rückkehr auf die Krim und Wiederherstellung einer autonomen Republik ist bis heute unerfüllt.

te) umgeschlagen in eine Diktatur *über* die Arbeiter und Bauern selbst; wann ist der Übergang zu einer Politik des Sozialimperialismus – Imperialismus im Namen des Sozialismus – gewesen?

Es ist ganz unübersehbar, daß die demokratische Opposition in der So-

te) umgeschlagen in eine Diktatur über die Arbeiter und Bauern selbst; wann ist der Übergang zu einer Politik des Sozialimperialismus – Imperialismus im Namen des Sozialismus – gewesen?
Es ist ganz unübersehbar, daß die demokratische Opposition in der So-

wjetunion 1956 beginnt, und daß ihre Haupttriebkraft die „Entstalinisierung“ ist. 1956 war ein Jahr der politischen Krise, die aus einem Konflikt zwischen den in der Stalin-Ära geprägten Produktionsverhältnissen und den bis dahin geschaffenen modernen Produktivkräften resultierte. Zwischen 1951 und 1954 zerbrach zunächst durch eine Kette von Aufständen das System der Zwangsarbeitslager, in denen Millionen unter Bedingungen, die man rundheraus als Sklaverei bezeichnen muß, sich die Seele und oft das Leben aus dem Leib zu schuften hatten. Auf dem Höhepunkt waren fast 10% der aktiven Arbeitskräfte der Sowjetunion solche Zwangsarbeiter gewesen. Ein Großteil mußte ab 1954 freigelassen werden.

Aber nicht nur diese Sklavenarbeit war unproduktiv geworden (die Arbeitsnormen wurden selten über 40% erfüllt, da half kein Hunger, keine Strafe und nichts). Die ganze Wirtschaft der Sowjetunion steckte in einer tiefen Krise. Einmal wegen der nach Stalin's Ökonomie geschaffenen Überakkumulation der Produktion von Produktionsmitteln, vor allem in der Schwerindustrie, was nur der stoffliche Ausdruck einer *dauernden* gewaltsamen Überakkumulation war. Dann aber vor allem wegen sinkender Produktivität, in der sich eine Rebellion der lebendigen Arbeitskraft gegen die Produktionsverhältnisse, denen sie unterworfen war, ausdrückte.

Chrustschows „Geheimrede“ auf dem XX. Parteitag gegen Stalin sprach nur aus, was nicht mehr unterdrückt werden konnte. Die Rede war wohl von einer Gruppe von alten Bolschewiken verfaßt, die aus den Lagern zurückkehrten; ihre Autoren gerieten später mit Chrustschow selbst in Konflikt. Die Rede, die erst nachdem sie im Westen veröffentlicht worden war, auch allen Parteimitgliedern zugänglich gemacht (aus einem versiegelten Umschlag geholt und verlesen) wurde, – bis heute aber in der UdSSR unveröffentlicht ist –,

später mit Chrustschow selbst in Konflikt. Die Rede, die erst nachdem sie im Westen veröffentlicht worden war, auch allen Parteimitgliedern zugänglich gemacht (aus einem versiegelten Umschlag geholt und verlesen) wurde, – bis heute aber in der UdSSR unveröffentlicht ist –,

wirkte durch die Wucht unbestreitbarer Tatsachen. Wie konnte man von der Macht der Arbeiter und Bauern reden, wenn das wichtigste Instrument, mit dem sie die Revolution gemacht hatten, die Kommunistische Partei, in der zweiten Hälfte der 30er Jahre nahezu zerschlagen worden war? Es waren ja nicht nur *alle* historischen Führer der Oktoberrevolution, die erschossen wurden, außer Stalin selbst (und Trotzki, der 1940 im Exil ermordet wurde). Sondern von den Delegierten des Parteitags von 1934, in der übergroßen Masse Arbeiter- und Bauernkader, waren fast 60% verhaftet oder tot; von den ZK-Mitgliedern von 1934 an die 70%. Man schätzt, daß 1939 nahezu 50% *aller* Parteimitglieder verhaftet war, fast immer ohne Anklage, aufgrund nachweislich erfundener Beschuldigungen.

Die alten Bolschewiki, die 1956 und danach in den Parteiversammlungen allenthalben auftraten, wendeten sich dagegen, die Kritik an dieser ganzen Epoche im bloßen „Personenkult“ Stalins ausmünden zu lassen. Sie forderten Rückkehr zu den Prinzipien und Idealen der Oktoberrevolution. Pawel Blachin sagte auf einer Moskauer Parteikonferenz: „Nein, die Leninschen Normen sind noch nicht wiederhergestellt worden ... Wie wurde Lenins Vermächtnis eingelöst? Statt eines sozialistischen Apparates schuf und erzog man einen bürokratischen Apparat, basierend auf Beamtengeist, Stumpfsinn, Karrierismus und der Jagd nach einem Plätzchen an der Sonne ... Unzulässig für die sowjetische Gesellschaft war das Auseinanderklaffen des Lebensstandards.“ – Der Dramatiker Leonid Markarjew sagte auf derselben Versammlung: „Der Kult ist schon eine Negation des Leninismus ... Man sollte in jeder Hinsicht zur Atmosphäre der Schlichtheit und zum freien Zugang für jedermann zurückkehren ... Man braucht auch keinen Kult Lenins. Schließlich war er doch schlicht und zugänglich.“

Diese Kritik, die von der Hoffnung ausging, Partei und Staat könnten sich aus sich selbst heraus grundlegend reformieren, blieb letztlich naiv und ohne größere Wirkung. Jede wirklich freie Diskussion über die künftige Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft wurde von vornherein unterdrückt. So wurden 1956 an der Universität Leningrad, von wo aus zahlreiche Kontakte zu polnischen Universitäten bestanden, – in denen zu dieser Zeit die „Oktoberlinken“ und die sog. „Revisionisten“ (im Sinne einer Revision der *Dogmen*) das Wort führten, – über 2000 Studenten gemaßregelt.

Chrustschow milderte das Zwangsregime in den Fabriken, das in den 30er Jahren eingeführt worden war und „Arbeitsvergehen“ wie Staatsverbrechen zu ahnden erlaubte. Er stellte eine gewisse Gesetzlichkeit wieder her. Auf wirtschaftlichem Gebiet wurde die Akkumulationsrate wieder gesenkt, die Konsumgüter- und Landwirtschaftsproduktion angekurbelt. Die Bauern durften wieder auf Privatparzellen für den Eigenbedarf produzieren. Aber die Paßgesetze, die die Bauern in einer halben Leibeigenschaft an den Kolchos gefesselt hielten, blieben. Insgesamt

Kult ist schon eine Negation des Leninismus ... Man sollte in jeder Hinsicht zur Atmosphäre der Schlichtheit und zum freien Zugang für jedermann zurückkehren ... Man braucht auch keinen Kult Lenins. Schließlich war er doch schlicht und zugänglich.“
Diese Kritik, die von der Hoffnung ausging, Partei und Staat könnten sich aus sich selbst heraus grundlegend reformieren, blieb letztlich naiv und ohne größere Wirkung. Jede wirklich freie Diskussion über die künftige Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft wurde von vornherein unterdrückt. So wurden 1956 an der Universität Leningrad, von wo aus zahlreiche Kontakte zu polnischen Universitäten bestanden, – in denen zu dieser Zeit die „Oktoberlinken“ und die sog. „Revisionisten“ (im Sinne einer Revision der Dogmen) das Wort führten, – über 2000 Studenten gemaßregelt.
Chrustschow milderte das Zwangsregime in den Fabriken, das in den 30er Jahren eingeführt worden war und „Arbeitsvergehen“ wie Staatsverbrechen zu ahnden erlaubte. Er stellte eine gewisse Gesetzlichkeit wieder her. Auf wirtschaftlichem Gebiet wurde die Akkumulationsrate wieder gesenkt, die Konsumgüter- und Landwirtschaftsproduktion angekurbelt. Die Bauern durften wieder auf Privatparzellen für den Eigenbedarf produzieren. Aber die Paßgesetze, die die Bauern in einer halben Leibeigenschaft an den Kolchos gefesselt hielten, blieben. Insgesamt

waren alle Reformen Chrustschows nur darauf angelegt, die gegebenen Produktionsverhältnisse etwas flexibler zu gestalten, um ihre Sprengung zu verhindern. Alle Methoden des Zwangs, die in den Zeiten der gewaltsamen Industrialisierung und des Kriegs noch scheinbar eine Begründung gehabt hatten, die jetzt aber vollends unerträglich geworden waren, blieben abgeschwächt erhalten – und wurden jetzt mit Methoden eines ausgefeilteren ökonomischen Zwangs kombiniert.

Die weitreichendste Änderung lag im übrigen auf dem Feld der Außenpolitik. Die zentrale These des XX. Parteitags war, daß sich die Kräfteverhältnisse in der Welt entscheidend zugunsten des sozialistischen Blocks verschoben hätten, vor allem wegen der Atom- und Wasserstoffbombe in der Hand der Sowjetunion; jetzt würden die USA immer mit der SU verhandeln müssen. Währenddessen hielten sowjetische Panzer die Bewegung in Polen in Schach und schlugen den Aufstand in Ungarn nieder. Der Warschauer Pakt war ein Jahr zuvor gegründet worden. Von diesem Zeitpunkt an datiert die gewaltige Aufrüstung und beginnt das Auftreten der Sowjetunion als zweiter Supermacht neben den USA.



Die Mathematikerin Tatjana Welikanowa von der Moskauer Helsinki-Gruppe erhielt wegen Mitarbeit an der „Chronik der laufenden Ereignisse“ im September 1980 vier Jahre Gefängnis und fünf Jahre Verbannung.

Ende der 50er Jahre kommt es zu einer ersten Streikwelle; so Anfang 1959 im Thälmann-Werk in Woronesh, einer der Waffenschmieden. Die Streikführer werden verhaftet. 1960 brechen in einem Konsomolzen-Lager im Gebiet von Karaganda, wo in „Stoßarbeit“ eine Kupferschmelze errichtet wird, wegen unerträglicher Arbeitsbedingungen und Schikanen Unruhen aus, die von der Miliz niedergeschlagen werden. Im Frühjahr 1962 kommt es dann in Nowotscherkask im Gebiet von Rostow zu einem Streik und einem regelrechten Aufstand, der mit Panzern niedergeschlagen werden muß und bis heute wohl der größte derartige Kampf der sowjetischen Arbeiter war.

Diese Klassenkämpfe sind begleitet von der Bildung zahlreicher örtlicher Zirkel, die sich „Bund für den Kampf um die Wiedergeburt des Leninismus“, „Bund der Kommunarden“, „Partei der wahren Kommunisten“ u.ä. nennen. Zugleich setzt eine große Bewegung unter den unterdrückten Nationalitäten ein, die ebenfalls für die



Die Mathematikerin Tatjana Welikanowa von der Moskauer Helsinki-Gruppe erhielt wegen Mitarbeit an der „Chronik der laufenden Ereignisse“ im September 1980 vier Jahre Gefängnis und fünf Jahre Verbannung.
Ende der 50er Jahre kommt es zu einer ersten Streikwelle; so Anfang 1959 im Thälmann-Werk in Woronesh, einer der Waffenschmieden. Die Streikführer werden verhaftet. 1960 brechen in einem Konsomolzen-Lager im Gebiet von Karaganda, wo in „Stoßarbeit“ eine Kupferschmelze errichtet wird, wegen unerträglicher Arbeitsbedingungen und Schikanen Unruhen aus, die von der Miliz niedergeschlagen werden. Im Frühjahr 1962 kommt es dann in Nowotscherkask im Gebiet von Rostow zu einem Streik und einem regelrechten Aufstand, der mit Panzern niedergeschlagen werden muß und bis heute wohl der größte derartige Kampf der sowjetischen Arbeiter war.
Diese Klassenkämpfe sind begleitet von der Bildung zahlreicher örtlicher Zirkel, die sich „Bund für den Kampf um die Wiedergeburt des Leninismus“, „Bund der Kommunarden“, „Partei der wahren Kommunisten“ u.ä. nennen. Zugleich setzt eine große Bewegung unter den unterdrückten Nationalitäten ein, die ebenfalls für die

Wiederherstellung der Lenin'schen Nationalitätenpolitik eintreten; am fortgeschrittensten war die Bewegung der Krimtataren. In dieser Zeit liegen auch die Anfänge des „Samisdat“. Darüber wäre in einer nächsten Folge zu berichten.

Literatur: Borys Lewytzkyj, Die linke Opposition in der Sowjetunion, Hamburg 1974 – Arnold Schwendtke (Hrsg.), Arbeiteropposition in der Sowjetunion (rororo-aktuell), Reinbek b. Hamburg 1980

Moskau: „Tief enttäuscht“ über die Blockfreienkonferenz

chm. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS hat ihre „tiefe Enttäuschung“ über das Ergebnis der Blockfreienkonferenz in Neu Delhi ausgedrückt, indem sie die Erklärung des afghanischen Außenministers dazu zitierte:

„Wir haben erneut festzustellen, daß keine Kraft das politische System ändern oder die Regierung ersetzen kann, die vom afghanischen Volk gewählt worden ist.“ Die Diskussion über Afghanistan sei ein gefährlicher Versuch, innere Angelegenheiten eines Vollmitglieds der Bewegung zu erörtern. Die sowjetische Landwirtschaftszeitung Selskaja Schisn meinte: Die Konferenz sei ein „schwerer Schlag gegen die Feinde des Friedens, der Entspannung und der Freiheit der Völker“, ließ jedoch unerwähnt, daß die Schlußerklärung den Abzug aller fremden Truppen aus Afghanistan und Kampuchea fordert. Der pakistanische Außenminister Agha Shahi erklärte, die Konferenz habe das Ansehen der Blockfreienbewegung als „unabhängige, politische und moralische Kraft“ in den internationalen Beziehungen gefestigt. Die Presse der VR China und Jugoslawiens hat ebenfalls die Ergebnisse der Blockfreienkonferenz begrüßt.

Größte Moro-Aktion gegen das Marcosregime seit acht Jahren

chm. Die Moro-Befreiungsfront, MNLF, hat zum Auftakt des Papstbesuchs in den Philippinen die größte Aktion seit ihrer Gründung 1972 durchgeführt. Ein ganzes Bataillon der philippinischen Armee, etwa 124 Offiziere und Soldaten, ist dabei aufgerieben worden. Die Aktion fand in Indanan auf der Insel Jolo, 1000 km von Manila entfernt, statt. Die MNLF fordert die Autonomie für die Inseln Mindanao, Basilan, Palawan und die Sulugruppe und das Selbstbestimmungsrecht für die dort lebende muslimische Minderheit von 2 Mio. (Gesamtbevölkerung der Philippinen: 40 Mio.). Die verstärkte Einwanderung vor allem von landlosen Bauern aus dem Norden und die sich dadurch verschlechternde wirtschaftliche Lage seit Ende des 2. Weltkrieges sind eine wichtige Ursache für die Kämpfe.

Wütende Attacke der KPdSU gegen KPI

hah. Letztes Wochenende wurde in Italien ein interner Brief des ZK der KPdSU an die KPI-Direktion vom Dezember 1980 bekannt. In ihm wird der KPI-Führung vorgeworfen: „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens“; sie unterstütze „objektiv“ nicht den „Sozialismus, wie er real in Polen existiert“, sondern solidarisiere sich „mit jenen Kräften, die in Polen eine ... Offensive gegen den Sozialismus entfesselt haben“; die „polnischen Genossen selbst“ sagten ja, „es gebe eine reale Gefahr für den Sozialismus“; die KPdSU sehe „ihre Aufgabe in der Notwendigkeit, Polen zu helfen, um aus der Krise herauszukommen ... Dies ist die richtige Konzeption der internationalistischen Pflicht. Die KPdSU hofft, daß die Direktion der KPI die Bedeutung der Ereignisse in Polen richtig einzuschätzen lernt ...“. Bereits vor einigen Wochen hatte die KPI-Führung beschlossen, kein Mitglied des Sekretariats zum 26. Parteitag der KPdSU, der am 23.2. beginnt, zu entsenden. Berlinguer erklärte vergangenen Montag zum KPdSU-Brief vor KPI-Gewerkschaftlern von Fiat: Grundprinzip der KPI sei „die Unzulässigkeit jeder Verletzung des souveränen Rechts jedes Volkes, frei den Weg der eigenen Entwicklung und des Fortschritts zu wählen ... Angesichts einer Bewegung, die mitten aus dem Herzen der polnischen Arbeiterklasse und aus ihrem Protest gegen falsche Ziele und Methoden entstanden ist, sind repressive Eingriffe umso absurder und unannehmbarer“.

Hilfsorganisationen: Vietnam vor einer Hungersnot

chm. Vertreter mehrerer internationaler Hilfsorganisationen haben erklärt, daß Vietnam vor einer Hungerkatastrophe stehe, die schlimmer sei als die „1979/80 in Kambodscha“ (Vertreter der Organisation World Vision). Ähnliche Erklärungen gibt es auch von der britischen Hilfsorganisation Oxfam. Das Defizit an Reis soll 1,6 Mio. t betragen. Vietnam kann nur die Hälfte davon importieren – aus Devisenmangel. Die SU und die RGW-Länder haben alle Getreidelieferungen gestoppt. Die jetzige Reisration von 12 kg pro Monat liegt unter den 15 kg, die als Grenze der Unterernährung gelten. Vor allem in Südvietnam zeigen sich schon bei den Kindern die typischen Hungerkrankheiten: TBC, Blindheit aus Vitaminmangel und andere Mangelerkrankungen. Die Reisernte 1980/81 hat 10 Mio. t erbracht, 3 Mio. weniger als das Planziel und 2 Mio. weniger als im Jahr davor.

USA brechen Geiselabkommen mit Iran

chm. Ein Bundesgericht in Dallas, Texas, hat die Blockade des Transfers von 20 Mio. $, die der iranischen Regierung gehören, erneut bekräftigt. Der US-Konzern Electronic Data System hatte schon im Mai gegen die iranische Regierung geklagt und das Gericht hatte der Klage stattgegeben. Die jetzige Verhandlung findet aufgrund der Berufung der iranischen Regierung statt. Die 20 Mio. $ gehören zu den von der Carter-Regierung eingefrorenen Guthaben der iranischen Regierung, die entsprechend dem Abkommen von Algier zur Freilassung der Geiseln an die iranische Regierung zurückgezahlt werden müssen.

Bergbauboom in Australien

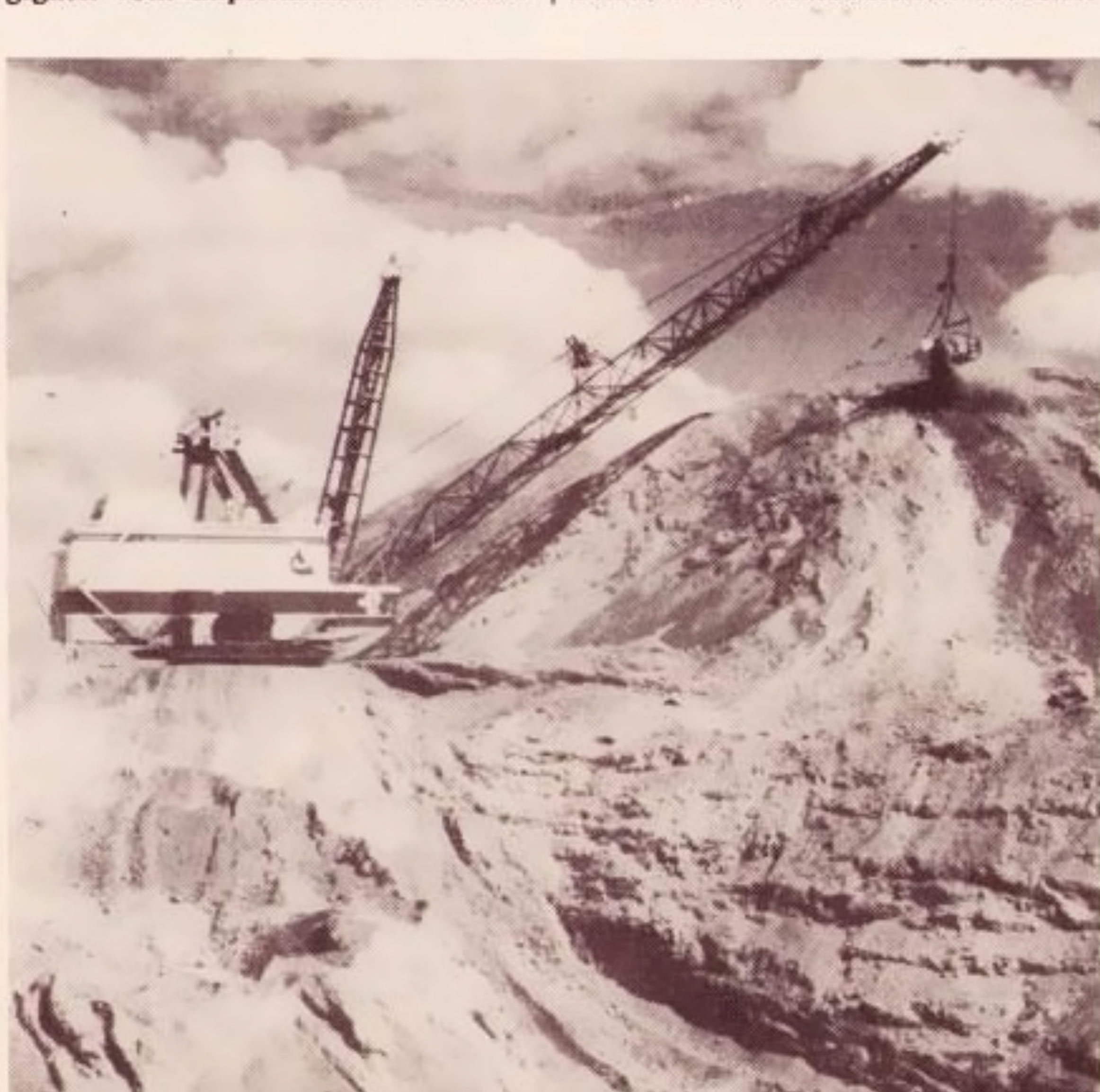
Kapitaleinstrom auf der Suche nach billiger Energie

cht.Sydney. Von 1976/77 bis 1978/79 wurden die Investitionen im australischen Bergbau von 0,5 Mrd. $ auf 1,15 Mrd. $ gesteigert. 1980 lagen 100 geplante Erschließungs- und Erweiterungsprojekte in größerem Umfang vor, deren Kosten von der Regierung auf zusammen 23 Mrd. $ geschätzt werden. Die australischen Mineralien werden zu 70% für den Export in die imperialistischen Länder gefördert. Australien ist der größte Exporteur von Aluminium, Eisenerz, Blei und Mineralsand, es ist ein bedeutender Exporteur von Bauxit, Kohle, Nickel, Zinn und Zink. Den größten Aufschwung soll die Förderung von Uran, Öl, Erdgas und vor allem Kohle erfahren, um den Hunger der Imperialisten nach billiger Energie zu stillen. Australien war 1978/79 bereits der zweitgrößte Exporteur von Kohle (38,3 Mio. Tonnen). Nach zahlreichen Bohrungen nach Kohlevorkommen in den letzten Jahren sind 59 neue Kohlebergwerke entweder geplant oder im Bau. Die internationale Energiebehörde schlägt vor, daß Australien bis 1985 57 Mio. Tonnen im Jahr exportiert, bis 1990 80 Mio. Tonnen und bis zum Jahr 2000 195 Mio. Tonnen. Die australische Regierung hat diese Zahlen als ihre Planungsdaten übernommen, d.h. sie plant, den Export von Kohle innerhalb von 20 Jahren auf das Fünfzigfache zu steigern.

Die Förderung von Mineralien ist mit 59% mehr als alle anderen wirtschaftlichen Bereiche Australiens von ausländischem Kapital beherrscht, die Erschließung der Ölvorkommen sogar zu 74,4%. In der Kontrolle der australischen Wirtschaft ist die historisch führende Kolonialmacht Großbritannien in den letzten zwei Jahrzehnten durch die USA abgelöst worden. Ölkonzerne beider imperialistischer Mächte investierten in der letzten Zeit in verschiedenen Bereichen der Primärenergie, um ihre Monopolstellung im Energiebereich zu halten. Auch Japan hat seine Investitionen in Australien sprunghaft gesteigert, wobei der Hauptanteil im Bergbau liegt. Es steht jetzt mit dem Umfang der Gesamtinvestitionen an dritter Stelle nach den USA und Großbritannien, mit Neuinvestitionen 1978/79 stand es sogar an erster Stelle. Es konnte sich Langzeitverträge für Kohle, verflüssigtes Erdgas, Uran und Eisenerz sichern durch Aktienbeteiligung und bedeutende Kredite an die beteiligten Konsortien und durch Darlehen an die Regierung. Genauso ist das Interesse der BRD an Investitionen in Australien gestiegen. Mit den Konzernen Imhausen Chemie, Rheinische Braunkohle und Salzgitter wird sie an einer 3,5 Mrd. $ Kohleverflüssigungsanlage beteiligt sein, die ab 1990 3 Mio. Tonnen Öl pro Jahr produzieren soll. An der Erschließung der Uranmine Yeelirrie in Westaustralien ist die deutsche Urangesellschaft mit 10% beteiligt. Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, die Urangesellschaft und Saarberg-Interplan Uran GmbH sicherten sich im August 1980 ca. 17% der Förderung aus der Ranger-Uranmine im Northern Territory, insgesamt 18100 Tonnen Uranerz, das beginnend 1982 über 15 Jahre geliefert werden soll.

Zahlungsbilanz negativ

Das Bestehen einer entwickelten Industrieproduktion in Australien hat zur Entwicklung nicht unbedeutender Kapitalmengen in australischem Besitz geführt. Sie bilden die Grundlage für Versuche einer eigenständigen wirtschaftlichen Vormachtstellung im Pazifik. Australiens vollständige Abhängigkeit vom Imperialismus wird aber durch die Rohstoffpolitik seiner Regierung eindrücklich dokumentiert. Der jetzt einsetzende Rohstoffboom bedeutet einen Raub seiner Ressourcen und eine Bedrohung der bestehenden industriellen Struktur. Er ändert nichts an dem konstanten Problem, daß trotz eines beachtlichen Außenhandelsüberschusses die Zahlungsbilanz negativ ist, weil der ständige Rückstrom der Profite in die imperialistichen Zentren auch durch Neuinvestitionen und Kapitalzufluß in größerem Maßstab nicht ausgeglichen wird. Der Kapitalzufluß der letzten sechs Jahre im Bereich der Mineralien- und Ölförderung betrug mit insgesamt 0,595 Mrd. $ noch nicht einmal ein Drittel der abgeflossenen Einkünfte aus ausländischem Kapital im selben Bereich (1,985 Mrd. $). Das Konzept der Regierung für die Zukunft ist, den Anstieg der Exporte von Minerialien durch stärkere Importe auszugleichen. Bestehende Schutzzölle für die einheimische Automobil- und Textilindustrie sollen weitgehend aufgehoben werden, und die Konzerne werden ermuntert, weniger profitable Betriebe der verarbeitenden Industrie zugunsten von Investitionen im Bergbau aufzugeben. Für die australische Arbeiterklasse wird der Kapitalzustrom damit steigende Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung bedeuten. Eine Melbourner Tageszeitung formulierte das anläßlich der Schließung des Werkes Pagewood von General Motors bei Sydney im Sinne der Regierung: ,,Genauso wie das Kapital bereit sein muß, von der alten, unwirtschaftlichen Vergangenheit zur neuen, profitablen Zukunft überzuwechseln, muß die Arbeit zu demselben Wechsel bereit sein.“



Hungrig nach Mineralien und billiger Energie durchwühlen die imperialistischen Konzerne im Wettlauf die entlegensten Winkel des zu großen Teilen geologisch noch unerforschten Kontinents, einschließlich des Seegebiets. Die australische Regierung ebnet den Imperialisten den Weg mit Steuerbegünstigungen, Zuschüssen zu den Erschließungskosten und geringen Gebühren für den Abbau. *Bild:* Eine der größten Kohlelagerstätten der Welt, Bowen Basin in Queensland, wird im Tagebau abgebaut.

Die gesetzlich vorgeschriebene australische Beteiligung an Neuinvestitionen von 50% wirkt sich unter diesen Umständen nur als Hilfe für die Imperialisten bei der Kapitalbeschaffung aus.

Die australische Regierung fördert die Plünderung der Mineralien durch Steuerbegünstigungen und Übernahme bis zur Hälfte der Erschließungskosten. BHP, Shell, BP und Caltex z.B. können die Gesamtkosten für die Erschließung des Nordwest-Schelf-Ölfeldes, die auf 4 – 6 Mrd. $ geschätzt werden, von der Steuer absetzen. Die Abgaben an die Regierung für Mineralienabbau sind niedriger als in vielen anderen Ländern. So betragen zum Beispiel die Abgaben für Bauxit nach Angaben der Metallarbeitergewerkschaft AMWSU in Australien 1 Dollar pro Tonne, in Jamaika 17 Dollar. Ein Raubzug größeren Maßstabs zugunsten der imperialistischen Konzerne aus den Taschen der Steuerzahler und Stromverbraucher bahnt sich mit den 5 neu geplanten Aluminiumschmelzen in Queensland, Neusüd-Wales und Victoria an, für die die Regierungen Geheimverträge für subventionierte Strompreise abgeschlossen haben. Es sickerte durch, daß der vereinbarte Strompreis um 70% niedriger liegt als der Preis, zu dem die Stromkommission, die die Gemeinden versorgt, ihn von den Elektrizitätswerken bezieht.

Die Tageszeitungen errechneten eine jährliche Subvention des Stroms allein für die in Neusüdwales geplanten Aluminiumschmelzen von 126 Mio $ im Jahr. Geringe Umweltschutzauflagen machen diesen Ausverkauf von billiger Energie zusätzlich attraktiv für die Imperialisten.

Schwächen der Volksbewegung

Gegen die Politik des Ausverkaufs an die Imperialisten gibt es keine geschlossene politische Bewegung. Seit die Labour-Regierung Whitlam, die Gesetze zur Stärkung der nationalen Kontrolle und für Landrechte der Aboriginals vorbereitet hatte, 1975 vom britischen Generalgouverneur abgesetzt worden war, hat die Labour-Partei sich der Politik der Unterwerfung unter die imperialistischen Interessen angepaßt und die Labour-Führung distanziert sich jetzt ausdrücklich von dem damaligen Reform-Programm.

Ein fortschrittliches Programm gegen die imperialistische Kontrolle und für eine eigenständige Entwicklung der Wirtschaft ist von der AMWSU, der größten australischen Gewerkschaft vorgelegt worden. Hauptpunkte sind die Nationalisierung der großen Industrien und Bergewerke, Erhebung von angemessenen Steuern auf Rohstofförderung, Kontrolle der Bergbauentwicklung, australische Besitzmehrheiten in jedem neuen Unternehmen und Verbot für ausländisches Kapital, bestehende Betriebe zu übernehmen. Die AMWSU fordert, daß die Wirtschaft nach einem Gesamtplan entwickelt wird, ausgerichtet an den Zielen Vollbeschäftigung, Umweltschutz, Verkürzung der Arbeitszeit und Hebung des Lebensstandards, und daß eine zu errichtende Behörde für wirtschaftliche Planung von der Öffentlichkeit kontrolliert wird. Eine Vereinheitlichung der bislang zersplitterten und in Richtungsgewerkschaften gespaltenen Gewerkschaftsbewegung wäre notwendig, um einem solchen Programm Geltung zu verschaffen und damit Druck auf die Regierung auszuüben. Die Uneinheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung hat auch dazu beigetragen, daß die zeitweilig starke Bewegung gegen den Uranabbau zu keinem praktischen Ergebnis geführt hat, und daß die in Angriff genommene Erschließung von Uranvorkommen ohne entscheidende Behinderung vorangeht. Der Gewerkschaftsbund hatte zwar unter dem Druck der Bewegung aus den Einzelgewerkschaften einen Boykott des Uranabbaus beschlossen, doch konnten nicht alle Gewerkschaften darauf festgelegt werden, und die Aktionen einzelner Gewerkschaften, wie der Hafenarbeiter, der Eisenbahner in Queensland und einzelner Metallbetriebe in Queensland blieben isoliert. Eine Schwäche der Bewegung gegen Uranbergbau ist, daß sie sich auf die vermeintliche Verantwortung Australiens konzentriert, die Welt vor den Schäden der Nuklearenergie, Nuklearwaffen, usw. zu bewahren. Das läßt Raum für alle möglichen Spaltungsmanöver.

Viele der geplanten Bergwerke liegen in Gebieten, in die die Europäer noch nicht mit Siedlungen vorgedrungen sind und die die Aboriginals noch als ihr traditionelles Land bewohnen. In der Mehrheit der Staaten – Queensland, Westaustralien, Neusüdwales, Victoria – haben sie nicht das mindeste gesetzliche Recht auf ihr Land, im Northern Territory und in Südaustralien, nachdem sich der Stamm der Pitjantjatjara im vorigen Jahr Landrechte erkämpft hat, müssen die Bergbaukonzerne sich in Verhandlungen mit den Landcouncils der Aboriginals einigen.

Die Aboriginals schließen sich jetzt politisch gegen das Vordringen der Bergbauimperialisten zusammen und fordern die Kontrolle über die Vergabe von Bergbaulizenzen in ihren Gebieten. Durch ihren hartnäckigen Kampf und ihren politischen Zusammenschluß sind sie eine Hauptkraft gegen die imperialistische Ausplünderung geworden. Der Erfolg ihres Kampfes hängt von der Unterstützung aus der Arbeiterklasse ab. Die breite Bewegung im letzten Jahr gegen die Probebohrungen von Amax auf der Aboriginal Rinderfarm Noonkanbah in Westaustralien zeigt, daß diese Unterstützung wächst. Die Forderung des Aboriginal-Volkes nach Landrechten wird von den meisten Gewerkschaften ausdrücklich unterstützt.



Erschließung der Ölvorkommen sogar zu 74,4%. In der Kontrolle der australischen Wirtschaft ist die historisch führende Kolonialmacht Großbritannien in den letzten zwei Jahrzehnten durch die USA abgelöst worden. Ölkonzerne beider imperialistischer Mächte investierten in der letzten Zeit in verschiedenen Bereichen der Primärenergie, um ihre Monopolstellung im Energiebereich zu halten. Auch Japan hat seine Investitionen in Australien sprunghaft gesteigert, wobei der Hauptanteil im Bergbau liegt. Es steht jetzt mit dem Umfang der Gesamtinvestitionen an dritter Stelle nach den USA und Großbritannien, mit Neuinvestitionen 1978/79 stand es sogar an erster Stelle. Es konnte sich Langzeitverträge für Kohle, verflüssigtes Erdgas, Uran und Eisenerz sichern durch Aktienbeteiligung und bedeutende Kredite an die beteiligten Konsortien und durch Darlehen an die Regierung. Genauso ist das Interesse der BRD an Investitionen in Australien gestiegen. Mit den Konzernen Imhausen Chemie, Rheinische Braunkohle und Salzgitter wird sie an einer 3,5 Mrd. $ Kohleverflüssigungsanlage beteiligt sein, die ab 1990 3 Mio. Tonnen Öl pro Jahr produzieren soll. An der Erschließung der Uranmine Yeelirrie in Westaustralien ist die deutsche Urangesellschaft mit 10% beteiligt. Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, die Urangesellschaft und Saarberg-Interplan Uran GmbH sicherten sich im August 1980

Hungrig nach Mineralien und billiger Energie durchwühlen die imperialistischen Konzerne im Wettlauf die entlegensten Winkel des zu großen Teilen geologisch noch unerforschten Kontinents, einschließlich des Seegebiets. Die australische Regierung ebnet den Imperialisten den Weg mit Steuerbegünstigungen, Zuschüssen zu den Erschließungskosten und geringen Gebühren für den Abbau. *Bild:* Eine der größten Kohlelagerstätten der Welt, Bowen Basin in Queensland, wird im Tagebau abgebaut.

durch die Rohstoffpolitik seiner Regierung eindrücklich dokumentiert. Der jetzt einsetzende Rohstoffboom bedeutet einen Raub seiner Ressourcen und eine Bedrohung der bestehenden industriellen Struktur. Er ändert nichts an dem konstanten Problem, daß trotz eines beachtlichen Außenhandelsüberschusses die Zahlungsbilanz negativ ist, weil der ständige Rückstrom der Profite in die imperialistichen Zentren auch durch Neuinvestitionen und Ka-

zugunsten von Investitionen im Bergbau aufzugeben. Für die australische Arbeiterklasse wird der Kapitalzustrom damit steigende Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung bedeuten. Eine Melbourner Tageszeitung formulierte das anläßlich der Schließung des Werkes Pagewood von General Motors bei Sydney im Sinne der Regierung: ,,Genauso wie das Kapital bereit sein muß, von der alten, unwirtschaftlichen Vergangenheit zur neuen, profitablen Zu-

der Preis, zu dem die Stromkommission, die die Gemeinden versorgt, ihn von den Elektrizitätswerken bezieht.

Die Tageszeitungen errechneten eine jährliche Subvention des Stroms allein für die in Neusüdwales geplanten Aluminiumschmelzen von 126 Mio $ im Jahr. Geringe Umweltschutzauflagen machen diesen Ausverkauf von billiger Energie zusätzlich attraktiv für die Imperialisten.

Schwächen der Volksbewegung

Gegen die Politik des Ausverkaufs an die Imperialisten gibt es keine geschlossene politische Bewegung. Seit die Labour-Regierung Whitlam, die Gesetze zur Stärkung der nationalen Kontrolle und für Landrechte der Aboriginals vorbereitet hatte, 1975 vom britischen Generalgouverneur abgesetzt worden war, hat die Labour-Partei sich der Politik der Unterwerfung unter die imperialistischen Interessen angepaßt und die Labour-Führung distanziert sich jetzt ausdrücklich von dem damaligen Reform-Programm.

Ein fortschrittliches Programm gegen die imperialistische Kontrolle und für eine eigenständige Entwicklung der Wirtschaft ist von der AMWSU, der größten australischen Gewerkschaft vorgelegt worden. Hauptpunkte sind die Nationalisierung der großen Industrien und Bergewerke, Erhebung von

konzentriert, die Welt vor den Schäden der Nuklearenergie, Nuklearwaffen, usw. zu bewahren. Das läßt Raum für alle möglichen Spaltungsmanöver.

Viele der geplanten Bergwerke liegen in Gebieten, in die die Europäer noch nicht mit Siedlungen vorgedrungen sind und die die Aboriginals noch als ihr traditionelles Land bewohnen. In der Mehrheit der Staaten – Queensland, Westaustralien, Neusüdwales, Victoria – haben sie nicht das mindeste gesetzliche Recht auf ihr Land, im Northern Territory und in Südaustralien, nachdem sich der Stamm der Pitjantjatjara im vorigen Jahr Landrechte erkämpft hat, müssen die Bergbaukonzerne sich in Verhandlungen mit den Landcouncils der Aboriginals einigen.

Die Aboriginals schließen sich jetzt politisch gegen das Vordringen der Bergbauimperialisten zusammen und fordern die Kontrolle über die Vergabe von Bergbaulizenzen in ihren Gebieten. Durch ihren hartnäckigen Kampf und ihren politischen Zusammenschluß sind sie eine Hauptkraft gegen die imperialistische Ausplünderung geworden. Der Erfolg ihres Kampfes hängt von der Unterstützung aus der Arbeiterklasse ab. Die breite Bewegung im letzten Jahr gegen die Probebohrungen von Amax auf der Aboriginal Rinderfarm Noonkanbah in Westaustralien zeigt, daß diese Unterstützung wächst. Die Forderung des Aboriginal-Volkes nach Landrechten wird

Reagan legt sein Wirtschaftsprogramm vor

Nur der Militärhaushalt soll steigen / Drastische Streichung von Sozialausgaben

lup. Am Abend des 18. Februar hat US-Präsident Ronald Reagan in einer vom US-Fernsehen übertragenen Rede vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses sein lang angekündigtes Wirtschaftsprogramm präsentiert. Erwartungsgemäß ist es geprägt von den neomonetaristischen Glaubenssätzen seines Budgetdirektors Stockmann, die auch Reagan während und nach seinem Wahlkampf wiederholt gepredigt hatte: daß die Krise der kapitalistischen Wirtschaft der USA Ergebnis vor allem der Staatseingriffe in die Wirtschaft und des wachsenden Anteils des Staatshaushalts am Bruttosozialprodukt sei. Und daß es nur darauf ankäme, die ,,unternehmerische Privatinitiative“ von den Fesseln staatlicher Reglementierungen zu befreien, um die US-Wirtschaft auf die lichten Höhen früherer Jahre zurückzuführen. Angekündigt hatte Reagan, daß, wenn sein Programm ohne Abstriche in Kraft gesetzt würde, 13 Millionen neue Arbeitsplätze in Amerika geschaffen würden, daß dann die Wirtschaft wiederbelebt, die Inflation gebremst und die Produktivität gesteigert würde.

Entsprechend ist der vorgelegte Haushalt vor allem durch Kürzungen gekennzeichnet: 5,5 Mrd. $ im laufenden Haushaltsjahr und um 41,4 Mrd. $ im kommenden Haushaltsjahr gegenüber den von Carter vorgelegten Planungen. Ausgenommen von diesen Kürzungen ist allein der Militärhaushalt. Er soll in diesem Jahr um 1,3 Mrd. $ auf 157,9 Mrd. $ aufgestockt werden und bis 1984 auf 249,8 Mrd. $ steigen. Der Anteil der Militärausgaben am Gesamtetat wird damit in vier Jahren von 24% auf 32% steigen. So wird auch im Haushalt klargestellt, daß die Reagan-Administration die militärischen Grundlagen der Hegemonialpolitik der USA auf jeden Fall sichern und ausbauen will.

Das frühere Versprechen, die Einkommensteuer in den nächsten 3 Jahren um jeweils 10%, insgesamt also um ca. 30% zu steigern, ist auch in Reagans Haushaltsrede aufgenommen. Es ist dort allerdings an die Bedingung geknüpft, daß die vorgelegten Kürzungsvorschläge den Kongreß ungeändert passieren, und sie sollen auch erst in der 2. Jahreshälfte in Kraft treten. Die Besteuerung von Lohn und Einkommen soll dadurch auf Raten zwischen 50 und 10% gegenüber den jetzigen Raten zwischen 70 und 14% gesenkt werden. Auch wenn sie verwirklicht werden, werden sie mit Sicherheit vor allem die höheren Einkommen und insbesondere die Erträge aus Kapital begünstigen, während die Einsparungen für Lohnempfänger wahrscheinlich durch die steigenden Kosten, die die übrigen Haushaltskürzungen bewirken, mehr als aufgewogen werden. Sicher ist schon jetzt, daß die Kapitalsteuern durch wachsende Abschreibungen gesenkt werden sollen. Gelten gegenwärtig Abschreibungsfristen von bis zu 30 Jahren, sollen diese auf bis zu 10 Jahren, für Immobilien bis zu 15 und 18 Jahren gesenkt werden. Diese Maßnahme werde, so Reagan, den Kapitalisten 1982 10 Mrd. $ für Investitionen bringen, bis 1985 nahezu 45 Mrd. $, und ,,Arbeitsplätze schaffen, die Amerika wieder konkurrenzfähig machen.“ Gegenstand der Kürzungen sind vor allem solche staatlichen Ausgaben, die gesellschaftliche Tätigkeiten, die der bürgerliche Staatsapparat seiner bürokratischen Kontrolle unterstellt hat, betreffen, und die auch direkt in den Konsum der arbeitenden Massen eingehen, vor allem dort, wo durch den Staatsapparat direkt bestimmte Funktionen der Sozialversicherungen bis hin zur Armenhilfe wahrgenommen werden.

3,7 Mio. $ sollen eingespart werden durch Kürzungen verschiedner Formen von Arbeitslosenversorgungen, insbesondere für solche Arbeitslose, die seit mehr als 26 Wochen keine Arbeit gefunden haben; 1,3 Mrd. $ durch Streichungen an staatlichen Arbeitsförderungsprogrammen. 2,6 Mrd. $ sollen eingespart werden durch Streichungen von Nahrungsmittelbeihilfen vor allem für Kinder in Ganztagsschulen oder -kindergärten; 1,7 Mrd. $ durch Streichungen von Zuschüssen für die Krankenversorgung von Armen. Weitere 2,3 Mrd. $ sollen eingespart werden durch Streichungen von anderen Bestandteilen des sozialen Netzes, darunter durch Streichung von Stipendien, die in Form von Darlehen vergeben werden. Weitere Streichungen betreffen die Kürzungen von Zuschüssen für Kredite von amerikanischen Farmern, Subventionen für den inneramerikanischen Flug- und Schiffsverkehr, wie auch staatliche Zuschüsse für Kohleverflüssigungsprojekte. Bei letzterem geht die Reagan-Administration ausdrücklich davon aus, daß die Sache inzwischen profitabel genug geworden ist, daß sie von privaten Kapitalisten durchgeführt werden kann.

Während die Ausgaben für die Armee gesteigert werden, sollen gleichzeitig die Ausgaben für Entwicklungshilfe und andere Auslandsausgaben wie Beiträge zu internationalen Organisationen wie die UNO und ihre Unterorganisationen um 85 Mio. $ verringert werden.

Zusammen mit seinem Haushaltsplan hat Reagan drastische Streichungen an bestehenden Verordnungen und Reformen angekündigt. Ein Kabinettsausschuß unter Vorsitz des Vizepräsidenten Bush wurde gebildet, der bestehende Verordnungen durchsehen und Streichungsvorschläge ausarbeiten soll. Künftige Verordnungen sollen erst dann in Kraft treten, wenn erwiesen ist, daß sie größeren Nutzen einbringen als Kosten verursachen. Das ist bloß eine Umschreibung dafür, daß in allem das Profitprinzip absoluten Vorrang haben soll. Als nächstes fallen sollen Verordnungen, die den Kapitalisten bestimmte Einrichtungen zum Schutz der Umwelt vorschreiben. Wie zuvor, hat Reagan auch in seiner Haushaltsrede angekündigt, daß ,,diejenigen, die ohne eigenes Verschulden von uns abhängig sind, also die Armen, die Behinderten, die Alten und die wirklich Bedürftigen“ von jeder Kürzung des sozialen Netzes unberührt bleiben. Tatsächlich zeigen aber bereits die globalen Streichungsansätze, daß drastische Einschränkungen der Reproduktion der Arbeiterklasse beabsichtigt sind. Insbesondere sollen offenbar jene Einschränkungen beseitigt werden, die den Druck der industriellen Reservearmee auf die Lage der gesamten Arbeiterklasse bislang noch gemindert haben.



Mehr als 16000 Beschäftigte der Krankenhäuser in Ontario, Kanada und weiteren kleineren Orten sind am 6. Januar in den Streik getreten. Sie fordern eine bessere Bezahlung, ein Ende der von der Regierung betriebenen Politik der Stellenstreichungen und Rationalisierungen in Krankenhäusern. Einschüchterungsversuche und Drohungen haben den Streik nicht verhindern können. Ausländischen Beschäftigten ist z.B. wegen der Beteiligung an dem Streik mit der Ausweisung gedroht worden. Die Krankenhausbelegschaften kämpfen auch gegen ein Gesetz, das jeden Streik im öffentlichen Dienst untersagt und jeden, der sich an einem solchen Streik beteiligt, mit 1000 Dollar Strafe pro Tag bedroht. In der Öffentlichkeit wird der Streik der Krankenhausbelegschaften unterstützt. Auch die Zeitungen, die gegen den Streik gehetzt hatten, mußten die Berechtigung der Forderungen anerkennen.

Japan: Gemeinsame Lohnforderung der vier großen Gewerkschaftsverbände

Die Branchengewerkschaften eröffnen die diesjährige „Frühjahrsoffensive" mit Lohnforderung von 10%

wos. „Trotz beachtlicher Drosselung der Produktion seitens der Hersteller bleiben die Lagerbestände an Grundstoffen wie Metallen und Chemikalien unverändert hoch. Der Grund: anhaltender Rückgang im privaten Verbrauch und im Wohnungsbau." Besonders die Aluminium- und Kunststoffwerke, deren Produkte z.B. im Automobil- und Wohnungsbau verwendet werden, kämen von ihren vollen Lagern nicht runter. (Japan Economic Journal, 17.2.81) Die stockende Inlandsnachfrage zwingt jetzt zur Korrektur von Wachstumsprognosen. Das Wirtschaftsinstitut des Londoner „Economist" erwartet in seinem „Weltausblick 1981" für Japan nur eine Wachstumsrate von 2,5%.

In KVZ 8/81 sind die diesjährigen Tarifforderungen der japanischen Gewerkschaften aufgeführt. Zum ersten Mal in der Geschichte der seit 1956 geführten Frühjahrsoffensive haben die vier großen, teilweise politisch ausgerichteten Dachverbände eine Einheitsforderung aufgestellt: 10%. Für den „Durchschnittsarbeiter" (Stammarbeiter, 35 J., verh., 2 Kinder, 17 Jahre beschäftigt) wären das etwa 200 DM. Was ist der Hintergrund?

Einerseits treiben die Kapitalisten die *Rationalisierung* wie wild voran. Nur die Spitze eines Eisbergs ist der jetzt auch hier bekannte Einsatz von Industrierobotern. Die Kehrseite besteht in Arbeitsintensivierung und steigender Hetze nicht nur in der Produktion, sondern auch in Vertrieb, Verwaltung usw. Dagegen wollen immer mehr japanische Arbeiter eine Arbeitszeitverkürzung durchsetzen – was in der hiesigen Presse tunlichst verschwiegen wird. Ein Gewerkschaftsvertreter hat erklärt: „Wir müssen den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung führen, wie ihn die westdeutschen Arbeiter mit dem Kampf um die 35-Stundenwoche begonnen haben." (Labor Problem Monthly, Sept. 1980)

Parallel dazu steigt die *Arbeitslosigkeit*: 1980 liegt die Rate der „vollständigen Arbeitslosen" bei 2,2%, im Dezember gibt es insgesamt 1,18 Mio. („Vollständig arbeitslos" ist nur, wer weniger als 1 Std. pro Woche arbeitet und aktiv auf Arbeitssuche ist!) Weiter die *Steuern*: Das Amt für Steuerverwaltung hat jetzt die Zahlen für 1979 herausgelassen: danach gab es in der privaten Wirtschaft einen durchschnittlichen Lohnzuwachs von 7,2% gegenüber 1978, der jedoch nicht für die Saisonarbeiter galt. Dem stand eine Steigerung der Steuerlast von 18,5% gegenüber. Vor Beginn der Tarifverhandlungen sind deshalb die vier Verbände am 16.2. bei Regierung und Oppositionsparteien vorstellig geworden: sie fordern eine Anhebung des Steuerfreibetrages für den Durchschnittshaushalt (s.o.) von zur Zeit umgerechnet 2000 auf 2200 DM, und damit die Revision des Staatshaushalts.

Während des letzten Haushaltsjahres bis März 1980 sind die *Verbraucherpreise* um durchschnittlich 8% gestiegen. Anfang Februar dieses Jahres wollte das Wirtschaftsplanungsamtes besänftigen: bis März 81 „soll" der Anstieg bei „nur 6,4%" liegen. Die letztjährige Lohnerhöhung betrug jedoch nur 6,7%. Sohyo-Vorsitzender Makieda erklärte: „Die Gewerkschaften konnten 1980 keine ausreichende Lohnerhöhung durchsetzen, so daß ein Sinken der Reallöhne die Folge war." (JEJ, 3.2.) Diesmal wollen die Gewerkschaften rechtzeitig gegensteuern.

Dabei halten viele Gewerkschaftsmitglieder die 10%-Forderung für zu niedrig. Eine Sohyo-Umfrage bei den Branchenföderationen ergab, daß 66% einen Betrag von mindestens 300 DM forderten; innerhalb des gewichtigen Kerns der Arbeiter zwischen 30 und 40 Jahren waren dies sogar über 70%. Dagegen waren dem unter rechter sozialdemokratischer Führung stehenden Domei-Verband die 10% zunächst zu hoch. Sohyo, der traditionell höher fordert, hat sich trotzdem mit den anderen drei Verbänden auf die 10% geeinigt: „aus Gründen der Stärke".

Neu in diesem Tarifkampf ist außerdem, daß diesmal die Branchengewerkschaften des Privatsektors mit der Metallarbeiterföderation an der Spitze den Tarifkampf eröffnen sollen – und nicht der öffentliche Dienst. Diese Änderung der Taktik hängt damit zusammen, daß die öffentlichen Haushalte ziemlich leergepumpt sind, während sich zugleich Kapitalistenverbände und Massenmedien das „Schlaraffenland der öffentlichen Ausgaben", in dem angeblich jeder zulangen könne, aufs Korn nehmen. Womit sie die Löhne im öffentlichen Dienst meinen, und die dort Beschäftigten abspalten wollen. Dagegen die Taktik der Gewerkschaftsverbände .

Auf der „Bremer Schaffermahlzeit" hat Lambsdorff am 13.2. ein weiteres Mal das „Beispiel Japan" beschworen. Aber die „arbeitsamen Japaner" haben nach der jüngsten Streikstatistik der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) mehr Streikkämpfe als die westdeutschen Arbeiter geführt. Man muß gegenüber den Bourgeois-Moralpredigten wirklich die Bemühungen der japanischen Arbeiter, an fortgeschrittene Positionen der internationalen Arbeiterbewegung heranzukommen, bekanntmachen.

Beschäftigte des type-shop streikten erfolgreich: Geltung der Tarifverträge durchgesetzt

kmh.Hamburg. Vom 22.1. bis zum 11.2. streikten 20 von 29 Arbeiter und Angestellte des type-shop Hamburg (siehe KVZ Nr.7). Aussperrung aller Streikenden, 15 fristlose Kündigungen, einstweilige Verfügungen gegen Streikposten und Strafanzeigen waren die Reaktionen der Geschäftsleitung. Solidarität von vielen Hamburger Gewerkschaftern, die mit Streikposten standen, über 100 Solidaritätsadressen, Einladungen zu Veranstaltungen und über 8000 DM Spenden für die Streikkasse waren die Antwort.

Der Kleinkonzern type-shop bekam so die Kollegen nicht klein. Nachdem in der Bremer Filiale (4 Beschäftigte) die beiden Gewerkschafter ausgesperrt wurden – sie hatten sich geweigert, Auslagerungsarbeit aus Hamburg zu übernehmen – und die Frankfurter Kollegen (29 Beschäftigte) sich solidarisierten, trat der type-shop-Kapitalist dem Unternehmerverband Nord bei, womit die Tarifverträge anerkannt werden. Durch die Kompromißlosigkeit der Hamburger Beschäftigten und die telegraphische Androhung der Frankfurter, gegebenenfalls in einen Solidaritätsstreik zu treten, wurde dann die Rücknahme aller Kündigungen (auch in Bremen) und Strafanzeigen erreicht. Ergebnis also: Voller Erfolg in Hamburg. Aber die Tarifverträge gelten nur für die Filiale in Hamburg, da der type-shop-Kapitalist nur dem Unternehmerverband Nord beigetreten ist. Die Frankfurter Kollegen erreichten eine Zusage der dortigen Geschäftsleitung, daß auf Grundlage der Hamburger Ergebnisse mit dem Betriebsrat, der jetzt in der Frankfurter Filiale zum erstenmal gewählt wird, nach der Wahl verhandelt werden soll. Man muß davon ausgehen, daß in den übrigen Filialen sich nichts ändern wird, wenn die Kollegen keine entsprechenden Vereinbarungen durchsetzen. Außer der Zentrale in Düsseldorf mit 60 Beschäftigten und der Filiale in Hamburg gibt es bisher in keinem der Zweigbetriebe einen Betriebsrat.

Worin liegt die Bedeutung des Streiks?

Die über 400 Hamburger Druckereien und Verlage beschäftigen ca. 17000 Lohnabhängige, das sind mehr als im Schiffbau. 90% dieser Betriebe haben unter 50, nur 5 über 500 Beschäftigte, knapp 30% sind in Kleinbetrieben beschäftigt. Die Vielzahl von Kleinbetrieben ist aber nur als Gegenpol zu einer hohen Konzentration im Verlags- und Druckereigeschäft zu verstehen. Der Buch- und Zeitschriften-Werbemarkt wird von wenigen Konzernen beherrscht, an der Spitze steht Bertelsmann (5 Milliarden DM Umsatz, zweitgrößter Medien-Konzern der Welt, Hamburger Tochter: Gruner + Jahr) sowie Springer, Bauer und Burda. Die vielen Kleinbetriebe halten sich zum Teil durch Spezialarbeiten von geringem Volumen (z.B. Siebdruck), spezielle graphische Layouts und Kleinoffset. Zum anderen bilden sie einen Puffer für die großen Firmen für kurzfristige Aufträge (auch nachts oder sonn- und feiertags) und spezielle Arbeiten. Profitabel sind sie durch gesteigerte Ausbeutung und viele Überstunden bei untertariflicher Bezahlung. Damit bilden sie zugleich ein Druckmittel gegen die Belegschaften der großen Betriebe.

Bei type-shop wurden solche Arbeitsbedingungen durch Einstellung junger, unerfahrener Arbeiter und einer Fluktuation von ca. 50% in den letzten Jahren erreicht, was eine Solidarisierung der Kollegen erschwert. Mehrere tausend Arbeiter und Angestellte in Kleinbetrieben sind ein Problem für die Beschäftigten der Hamburger Druck- und Verlagshäuser. Deshalb hat der Streik Bedeutung.

Am Montag, dem 16.2., wurde über den Streik auf der Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier Hamburg berichtet und diskutiert. Es wurden vier Punkte als wichtig hervorgehoben:

1. Die breite Unterstützung durch andere Betriebe, insbesondere die Hamburger Großbetriebe.
2. Viele Streikposten stärken die eigene Position und ermöglichen es, sich gegen Polizei und Streikbrecher durchzusetzen.
3. Verbindung zu Kollegen in anderen Städten insbesondere anderen type-shop-Filialen.
4. Die Intensivierung der Gewerkschaftsarbeit in Kleinbetrieben ist nötig. Die Kollegen aus diesen Betrieben treten bislang in gewerkschaftlichen Gremien und Arbeitsgruppen kaum in Erscheinung. Nach dem Vorbild des Ortsvereins Köln soll eine Arbeitsgruppe „Kleinbetriebe" gebildet werden.

posten und Strafanzeigen waren die Reaktionen der Geschäftsleitung. Solidarität von vielen Hamburger Gewerkschaftern, die mit Streikposten standen, über 100 Solidaritätsadressen, Einladungen zu Veranstaltungen und über 8000 DM Spenden für die Streikkasse waren die Antwort.

Der Kleinkonzern type-shop bekam so die Kollegen nicht klein. Nachdem in der Bremer Filiale (4 Beschäftigte) die beiden Gewerkschafter ausgesperrt wurden – sie hatten sich geweigert, Auslagerungsarbeit aus Hamburg zu übernehmen – und die Frankfurter Kollegen (29 Beschäftigte) sich solidarisierten, trat der type-shop-Kapitalist dem Unternehmerverband Nord bei, womit die Tarifverträge anerkannt werden. Durch die Kompromißlosigkeit der Hamburger Beschäftigten und die telegraphische Androhung der Frankfurter, gegebenenfalls in einen Solidaritätsstreik zu treten, wurde dann die Rücknahme aller Kündigungen (auch in Bremen) und Strafanzeigen erreicht. Ergebnis also: Voller Erfolg in Hamburg. Aber die Tarifverträge gelten nur für die Filiale in Hamburg, da der type-shop-Kapitalist nur dem Unternehmerverband Nord beigetreten ist. Die Frankfurter Kollegen erreichten eine Zusage der dortigen Geschäftsleitung, daß auf Grundlage der

wird, wenn die Kollegen keine entsprechenden Vereinbarungen durchsetzen. Außer der Zentrale in Düsseldorf mit 60 Beschäftigten und der Filiale in Hamburg gibt es bisher in keinem der Zweigbetriebe einen Betriebsrat.

Worin liegt die Bedeutung des Streiks?

Die über 400 Hamburger Druckereien und Verlage beschäftigen ca. 17000 Lohnabhängige, das sind mehr als im Schiffbau. 90% dieser Betriebe haben unter 50, nur 5 über 500 Beschäftigte, knapp 30% sind in Kleinbetrieben beschäftigt. Die Vielzahl von Kleinbetrieben ist aber nur als Gegenpol zu einer hohen Konzentration im Verlags- und Druckereigeschäft zu verstehen. Der Buch- und Zeitschriften-Werbemarkt wird von wenigen Konzernen beherrscht, an der Spitze steht Bertelsmann (5 Milliarden DM Umsatz, zweitgrößter Medien-Konzern der Welt, Hamburger Tochter: Gruner + Jahr) sowie Springer, Bauer und Burda. Die vielen Kleinbetriebe halten sich zum Teil durch Spezialarbeiten von geringem Volumen (z.B. Siebdruck), spezielle graphische Layouts und Kleinoffset. Zum anderen bilden sie einen Puffer für die großen Firmen für kurzfristige Aufträge (auch nachts oder sonn- und feiertags) und spezielle Ar-

Bei type-shop wurden solche Arbeitsbedingungen durch Einstellung junger, unerfahrener Arbeiter und einer Fluktuation von ca. 50% in den letzten Jahren erreicht, was eine Solidarisierung der Kollegen erschwert. Mehrere tausend Arbeiter und Angestellte in Kleinbetrieben sind ein Problem für die Beschäftigten der Hamburger Druck- und Verlagshäuser. Deshalb hat der Streik Bedeutung.

Am Montag, dem 16.2., wurde über den Streik auf der Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier Hamburg berichtet und diskutiert. Es wurden vier Punkte als wichtig hervorgehoben:

1. Die breite Unterstützung durch andere Betriebe, insbesondere die Hamburger Großbetriebe.
2. Viele Streikposten stärken die eigene Position und ermöglichen es, sich gegen Polizei und Streikbrecher durchzusetzen.
3. Verbindung zu Kollegen in anderen Städten insbesondere anderen type-shop-Filialen.
4. Die Intensivierung der Gewerkschaftsarbeit in Kleinbetrieben ist nötig. Die Kollegen aus diesen Betrieben treten bislang in gewerkschaftlichen Gremien und Arbeitsgruppen kaum in Erscheinung. Nach dem Vorbild des Ortsvereins Köln soll eine Arbeitsgruppe „Kleinbetriebe" gebildet werden.

Nur die Spitze eines Eisbergs ist der jetzt auch hier bekannte Einsatz von Industrierobotern. Die Kehrseite besteht in Arbeitsintensivierung und steigender Hetze nicht nur in der Produktion, sondern auch in Vertrieb, Verwaltung usw. Dagegen wollen immer mehr japanische Arbeiter eine Arbeitszeitverkürzung durchsetzen – was in der hiesigen Presse tunlichst verschwiegen wird. Ein Gewerkschaftsvertreter hat erklärt: „Wir müssen den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung führen, wie ihn die westdeutschen Arbeiter mit dem Kampf um die 35-Stundenwoche begonnen haben." (Labor Problem Monthly, Sept. 1980)

Parallel dazu steigt die *Arbeitslosigkeit*: 1980 liegt die Rate der „vollständigen Arbeitslosen" bei 2,2%, im Dezember gibt es insgesamt 1,18 Mio. („Vollständig arbeitslos" ist nur, wer weniger als 1 Std. pro Woche arbeitet und aktiv auf Arbeitssuche ist!) Weiter die *Steuern*: Das Amt für Steuerverwaltung hat jetzt die Zahlen für 1979 herausgelassen: danach gab es in der privaten Wirtschaft einen durchschnittlichen Lohnzuwachs von 7,2% gegenüber 1978, der jedoch nicht für die Saisonarbeiter galt. Dem stand eine Steigerung der Steuerlast von 18,5% gegenüber. Vor Beginn der Tarifverhandlungen sind deshalb die vier Verbände am 16.2. bei Regierung und Op-

fordert, hat sich trotzdem mit den anderen drei Verbänden auf die 10% geeinigt: „aus Gründen der Stärke".

Neu in diesem Tarifkampf ist außerdem, daß diesmal die Branchengewerkschaften des Privatsektors mit der Metallarbeiterföderation an der Spitze den Tarifkampf eröffnen sollen – und nicht der öffentliche Dienst. Diese Änderung der Taktik hängt damit zusammen, daß die öffentlichen Haushalte ziemlich leergepumpt sind, während sich zugleich Kapitalistenverbände und Massenmedien das „Schlaraffenland der öffentlichen Ausgaben", in dem angeblich jeder zulangen könne, aufs Korn nehmen. Womit sie die Löhne im öffentlichen Dienst meinen, und die dort Beschäftigten abspalten wollen. Dagegen die Taktik der Gewerkschaftsverbände .

Auf der „Bremer Schaffermahlzeit" hat Lambsdorff am 13.2. ein weiteres Mal das „Beispiel Japan" beschworen. Aber die „arbeitsamen Japaner" haben nach der jüngsten Streikstatistik der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) mehr Streikkämpfe als die westdeutschen Arbeiter geführt. Man muß gegenüber den Bourgeois-Moralpredigten wirklich die Bemühungen der japanischen Arbeiter, an fortgeschrittene Positionen der internationalen Arbeiterbewegung heranzukommen, bekanntmachen.

Übersicht über die Forderungen in der Druckindustrie

Der Tarifvertrag im Druckgewerbe läuft zum 31.3.81 aus, am 25.2. beschließt die Große Tarifkommission für die Druckindustrie über die Forderungen. **Ahrensburg:** 45 DM wöchentlich. **Segeberg:** 8 bis 8,5%. **Bergedorf:** 9,5%, Anhebung der Lohngruppen I-III. **Bremervörde:** 11% plus 1% für die Lohngruppen I-V. **Büchen:** 8%. **Eckernförde:** 8,5%. **Eutin:** 7,5%. **Flensburg:** 200 DM Festgeld. **Harburg:** 250 Festgeld. **Itzehoe:** 155 DM Festgeld, 80 DM für die Auszubildenden. **Kiel:** 7,5%. **Leck:** 9%. **Lübeck:** 9%, Anhebung der Lohngruppen I-III, 50 DM für die Auszubildenden. **Plön:** 10%. **Winsen:** 9%. **Delegiertenversammlung Hamburg:** 10%, zusätzliche Anhebung der unteren Lohngruppen, Streichung des 1. Gehilfenjahres, für Auszubildende 50% vom Ecklohn, mindestens die gleiche Erhöhung in DM wie die Ecklöhner. **VK Bauer und Springer:** wie Beschluß der DV. **VK Jahreszeiten:** 350 DM Festgeld. **Mühlmeister und Johler:** 250 DM Festgeld. **Graphische Jugend:** Forderung für die Auszubildenden wie auf der DV beschlossen. **OV Ludwigsburg:** 200 DM Festgeld. **OV Aachen:** 180 DM Festgeld. **OV Tübingen:** 250 DM. **OV Stuttgart und Bezirkstag Stuttgart:** 250 DM, Streichung der Lohngruppe I, Beseitigung der Altersstaffel, 50% vom Ecklohn für die Auszubildenden. **Landesbezirk Rheinland-Pfalz:** 9%, mindestens 87 Pf/Std. mehr. **OV Rheingau:** 9,5%. **OV Wiesbaden:** 9,5%, 70 DM für alle Auszubildenden. **Delegiertenkonferenz Essen:** 9%, zusätzliche Anhebung der unteren Lohngruppen, Streichung des 1. Gehilfenjahres und der Jugendstaffelung, 65 DM für alle Auszubildenden.

15000 demonstrieren gegen Stillegung der Maxhütte

anh.Nürnberg. 15000 Menschen nahmen am Samstag, dem 21. Februar, an einer Demonstration in Sulzbach-Rosenberg in der bayerischen Oberpfalz gegen die mögliche Schließung der Maxhütte teil. Das sind weit mehr als Doppelte der Belegschaft oder über drei Viertel der Einwohner von Sulzbach-Rosenberg. Die IG Metall hatte dazu aufgerufen, nachdem der Aufsichtsrat der Klöckner-Werke AG am 23.1. beschlossen hatte, solange keinen Pfennig mehr in Investitionen für die Maxhütte zu stecken, wie Bundes- und Landesregierung nicht mindestens 40% eines geplanten Rationalisierungsprogramms von 231 Mio. DM subventionieren. Dies sieht einen Umbau des Stahlwerkes auf ein neues Blasverfahren (KMS), eine neue Stranggußanlage und eine Modernisierung der nahe der Hütte betriebenen Erzförderung vor. Nach der letzten Aufsichtsratssitzung vermuten Belegschaft und IG Metall, daß in Wirklichkeit die Forderungen Klöckners an den Staat nur ein Vorwand sind, um die Hütte ganz stillzulegen. Die Maxhütte ist mit 6300 Beschäftigten – 1975 waren es noch 7500 – der einzige Großbetrieb in der Gegend, im betreffenden Arbeitsamtsbezirk ist die Arbeitslosenquote jetzt schon auf 15,7% gestiegen. Der Großteil der Bevölkerung befürchtet mit der Stillegung eine Verödung der Region, während Klöckner noch EG-Stillegungsprämien bekäme. Fast alle Betriebe hatten während der Kundgebung in Sulzbach geschlossen, auch Bürgermeister und Kirchen erklärten sich solidarisch. Solidaritätsadressen und Delegationen kamen u.a. aus den Klöckner-Werken in Osnabrück und Bremen, aus Salzgitter und Dortmund. Die Belegschaft fordert jetzt eine klare Aussage des Vorstandes auf der Betriebsversammlung. Die nächste Aufsichtsratssitzung ist am 27.Februar.

HBV Hessen stellt Forderung für den Einzelhandel auf

dog. Die große Tarifkommission der HBV Hessen hat die Lohn- und Gehaltstarife für die Beschäftigten im Einzelhandel zum 28.2. gekündigt. Die HBV fordert eine Erhöhung der Endgehälter zwischen 160 und 270 DM, eine Anhebung der Löhne zwischen 125 und 170 DM, Streichung der Lohngruppen L Ia und L IIb, eine Vorweganhebung der Lohngruppe L IV (1635 DM) auf 1765 DM. Die Ausbildungsvergütungen sollen um 75 DM erhöht werden. Die Tarife im Einzelhandel laufen am 31.3. in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Saarland aus; am 30.4. in Bayern, Bremen, Niedersachsen, Hamburg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein.

Italien: Anwesenheitsprämien statt Lohnerhöhungen

hah. In vielen kleinen und mittleren Unternehmen wurden in den letzten Monaten statt Lohnerhöhungen Anwesenheitsprämien eingeführt. Nun hat auch die staatliche Elektrizitätsgesellschaft Enel den gewerkschaftlich auf Unternehmensebene geforderten 35000 Lire (gut 70 DM) das Angebot entgegengesetzt: 17000 Lire für alle gleich, außerdem 1800 Lire für jeden mehr als 10. effektiven Arbeitstag, 6000 Lire für jeden mehr als 20. effektiven Arbeitstag im Monat. Ebenso will die Unternehmensführung von Alfa Romeo (halbstaatlich) durchsetzen, daß ein von der Metallarbeitergewerkschaft FLM geforderter Bandzuschlag nur bei Anwesenheit ausgezahlt wird. Ähnliches zeichnet sich in anderen (halb-) staatlichen Unternehmen ab. Die FLM von Alfa Romeo lehnt eine solche Anwesenheitsprämie ab; bei Enel haben sich die Gewerkschaften spalten lassen: Die zum Dachverband CGIL gehörige Gewerkschaft lehnt sie ab, die zur CISL gehörige Gewerkschaft ist prinzipiell einverstanden.

Britische Bergleute im Streik gegen Stillegungen

dog. Die britischen Bergleute haben einen Teilerfolg errungen. Die staatliche Kohlebehörde hat am Mittwoch ihren Plan für die Schließung von 23 Gruben und 20000 Entlassungen vorerst zurücknehmen müssen. Ausgehend vom Streik der walisischen Bergleute hatte sich die Streikbewegung auch in den anderen Kohlerevieren ausgebreitet. Die Gewerkschaften hatten ab Donnerstag einen Streik in allen Zechen angekündigt. Am Donnerstag hat der Vorstand der Bergleute-Gewerkschaft (NUM) aufgerufen, die Streikmaßnahmen zu beenden. Die Bergleute in Wales setzten ihren Streik am Samstag noch fort. Sie befürchten, daß die Schließungspläne nur aufgeschoben, nicht aber aufgehoben sind.

Beschlüsse der ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenzen

dog. Am 28. Februar will die Tarifkommission der ÖTV über die Lohnforderung für die Tarifrunde '81 beschließen. Auf verschiedenen Kreisdelegiertenkonferenzen sind folgende Forderungen beschlossen worden: Dortmund: 180 DM Festgeld. Duisburg: 7%. Düsseldorf: 7%. Wuppertal/Niederberg: 8%, mindestens 150 DM, höchstens 250 DM. Köln: 7%, mindestens 120 DM. Heidelberg: 204 DM/8,4%. Stuttgart: 81 Delegierte für 7%, 81 Delegierte für 220 DM. Hagen: 7%, Erhöhung des Urlaubsgeldes als „soziale Komponente".

Bau-Tarifverhandlung: Kein Angebot – vertagt

brp. Die Verhandlungen über die am 31.3. auslaufenden Lohntarife für die 1,2 Mio. Bauarbeiter sind am 19./20.2. ergebnislos um eine Woche vertagt worden. Die Baukapitalisten machten wiederum kein Angebot. Die IG Bau Steine Erden hat ebenfalls keine konkreten Forderungen vorgelegt (obwohl z.B. Bremen 8,5% mehr Lohn verlangt), sondern „erwartet als Ergebnis den Ausgleich der Kaufkraftverluste und bauspezifische Einkommensverbesserungen". Evtl. soll jetzt auch über eine Erhöhung des 13. Monatseinkommens verhandelt werden. – Die 150000 Beschäftigten im Gebäudereinigerhandwerk in NRW, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg erhalten ab 1.4. 5,4% mehr Lohn.

Triumph – Adler Frankfurt: Gleiche Arbeit – Gleicher Lohn!

Anhebung von Lohngruppe 2 auf Lohngruppe 5 soll durch Gerichtsurteil durchgesetzt werden / IG Metall unterstützt den Protest von 20 Arbeiterinnen.

jot. Triumph/Adler, Frankfurt, ca. 3100 Beschäftigte, mehr als 80% in der Produktion, davon mehr als 50% Ausländer: Ca. 730 Frauen arbeiten in der Lohngruppe 2. In der LG 3 sind es meist deutsche Frauen mit längerer Berufserfahrung. Die meisten Frauen arbeiten an Montagebändern für elektrische Typenhebel-Schreibmaschinen oder Schreibautomaten. Gearbeitet wird im Akkord. Ein Bandleiter pro Band; er wird nach LG 7 bezahlt, etwa drei Facharbeiter in der LG 6. Wenn ausländische Arbeiter das Diplom oder Zeugnis ihres Heimatlandes zum Facharbeiter haben, arbeiten sie zwar als solche, werden aber nur nach LG 5 bezahlt. Die Zeugnisse werden nicht anerkannt. Von den Facharbeitern wird erwartet, daß sie bei Reparaturen zur Hand gehen können und Zusatzarbeiten verrichten. Eine Bandbesetzung sind 32 Arbeiter und Arbeiterinnen. Sie werden nach LG 2 und 3 bei Frauen, 4 und 5 für Männer bezahlt.

Im Dezember '80 und Januar '81 wurde im Werk kurzgearbeitet. Schon im November hatte die Geschäftsleitung Produktionsumstellungen angekündigt. Die elektrischen Typenhebelmaschinen laufen als Serie aus. Die Kosten der Arbeitszeit sind für den mechanischen Aufbau zu hoch. In der Zukunft werden elektronische Schreibcomputer hergestellt. Um 600 Mann soll die Belegschaft verringert werden. Dieses sollte über den „normalen Weg“, Abbau über die Fluktuation, erledigt werden. Gleichzeitig wurde die Kurzarbeit angemeldet. Durch die allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen trat die erwartete Anzahl „normaler Kündingungen“ nicht ein. Bevor steht heute Entlassung von 600 Kollegen. Durch einzelne Verträge – monatliche Abfindung – versuchen die Kapitalisten einem Sozialplan auszuweichen.

Gleiche Tätigkeit – ungleicher Lohn

Im Mai 1980 haben 38 Arbeiterinnen verschiedener Nationalitäten in einem Brief an die Geschäftsleitung die Gleichstellung mit den männlichen Kollegen gefordert. Sie werden nach LG 2 bezahlt, obwohl sie die gleiche Arbeit wie die Männer verrichten. Denen aber müssen die Kapitalisten LG 5, manchmal auch nur LG 4 bezahlen. Die Frauen meinen, daß die Kapitalisten keinen Grund finden können, der die geringere Entlohnung rechtfertigt. Geringere Belastung der LG 2 und 3 wird, da sie Frauen sind, zum Grund gemacht, obgleich die tatsächliche Belastung von Hirn, Nerven, Muskel gleich der der Arbeiter am Band hoch ist. Inzwischen haben bis zum Januar

maschinen laufen als Serie aus. Die Kosten der Arbeitszeit sind für den mechanischen Aufbau zu hoch. In der Zukunft werden elektronische Schreibcomputer hergestellt. Um 600 Mann soll die Belegschaft verringert werden. Dieses sollte über den „normalen Weg“, Abbau über die Fluktuation, erledigt werden. Gleichzeitig wurde die Kurzarbeit angemeldet. Durch die allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen trat die erwartete Anzahl „normaler Kündingungen“ nicht ein. Bevor steht heute Entlassung von 600 Kollegen. Durch einzelne Verträge – monatliche Abfindung – versuchen die Kapitalisten einem Sozialplan auszuweichen.

Gleiche Tätigkeit – ungleicher Lohn

Im Mai 1980 haben 38 Arbeiterinnen verschiedener Nationalitäten in einem Brief an die Geschäftsleitung die Gleichstellung mit den männlichen Kollegen gefordert. Sie werden nach LG 2 bezahlt, obwohl sie die gleiche Arbeit wie die Männer verrichten. Denen aber müssen die Kapitalisten LG 5, manchmal auch nur LG 4 bezahlen. Die Frauen meinen, daß die Kapitalisten keinen Grund finden können, der die geringere Entlohnung rechtfertigt. Geringere Belastung der LG 2 und 3 wird, da sie Frauen sind, zum Grund gemacht, obgleich die tatsächliche Belastung von Hirn, Nerven, Muskel gleich der der Arbeiter am Band hoch ist. Inzwischen haben bis zum Januar

'81 20 Frauen Klage beim Arbeitsgericht erhoben, um die Ungleichbehandlung durch Gerichtsbeschluß aufzuheben: Anhebung von LG 2 auf 5 wird gefordert.

Lohngruppeneinteilung

Im Manteltarifvertrag Hessen vom 31.1.1979 heißt es unter §13: „Lohngruppe 2: Einfache Arbeiten, die keine Arbeitskenntnisse, jedoch eine Zweckausbildung voraussetzen und nur eine geringe körperliche Belastung erfordern.

Lohngruppe 3: Einfache Arbeiten, die unter körperlicher Belastung, die über die vorgenannte Lohngruppe hinausgeht, auszuführen sind, oder einfache Arbeiten, deren Ausführungen gegenüber der vorgenannten Lohngruppe zusätzliche Erfahrung voraussetzt.

Lohngruppe 4: Arbeiten, zu deren Ausführung die erforderlichen Kenntnisse durch Anlernen erworben sind oder Arbeiten der Lohngruppe 2 mit einer körperlichen Belastung, die über die der Lohngruppe 2 hinausgeht.

Lohngruppe 5: Spezialarbeiten, die eine Ausbildung in einem anderen Beruf oder ein Anlernen mit zusätzlichen Erfahrungen erfordern.

Lohngruppe 6: Arbeiten, deren Ausführung eine Lehre voraussetzen, oder Fähigkeiten und Kenntnisse, die denen eines Facharbeiters gleichzusetzen sind.“

Die Lohngruppe 1 gibt es schon seit 1974 nicht mehr.

Um einen Eindruck zu bekommen, sollte man wissen: Der Tarifvertrag sieht neun Lohngruppen vor, die in einem Prozentverhältnis zueinander stehen. Die Lohngruppe 6 ist dabei 100 Prozent (Ecklohn). LG 5 gleich 93,5%, LG 4 gleich 88,5%, LG 3 gleich 84,0%, LG 2 gleich 81%, LG 7 gleich 110%, LG 8 gleich 120%, LG 9 gleich 133%, jeweils bezogen auf den Ecklohn.

Schreibmaschinenmontage im 6-Minuten-Takt

Die elektrischen Schreibmaschinen werden an Takt- oder Schiebebändern montiert. Das Taktband bewegt sich automatisch in einem vorgeschriebenen Zeitrhythmus; in dem Fall der Schreibmaschinenmontage alle sechs Minuten, unaufhaltsam. Um auftretende Schwierigkeiten an einem Montageplatz, deren Lösung mehr als sechs Minuten erfordert, bewältigen zu können, gibt es sogenannte Pufferplätze. Schwierig wird es, wenn der Arbeiter vom Pufferplatz auf seinen ursprünglichen Arbeitsplatz zurückkommen will. Das geht nur durch Steigerung der sowieso hohen Intensität der Arbeit, muß aber gemacht werden, um neue Schwierigkeiten in der Montage erneut ausgleichen zu können. Erst wenn diese Möglichkeiten ausgenutzt sind, kann eine defekte Maschine aus der Produktion genommen werden, da andernfalls die Produktion ins Stocken geraten würde. Kleinere Reparaturen werden vom Arbeiter selbst ausgeführt. Die nötige Zeit muß er sich vom 6-Minuten-Takt abknapsen, in mehreren Etappen von etwa 0,5 Minuten. Gearbeitet wird im Akkord, 72 Maschinen pro Tag und Arbeitsplatz. Im Unterschied zum Taktband ist das Schiebeband ohne automatischen Takt. Die Kapitalisten betrachten es als ihren Beitrag zur Humanisierung der Arbeit, weil „man den Akkord selbst bestimmen kann.“ Der Hohn springt ins Auge, wenn man erfährt, daß die Stückzahl pro Tag 72 bleibt, zusätzlich muß die Maschine von Hand auf Rollen herangeholt, bzw. weitergeschoben werden. Der Vorteil, weniger Reparaturmaschinen, keine Gefahr der Stockung – Nutznießer der Kapitalist. Die Arbeiter haben ewig den Druck im Nacken, ihre Tagesstückzahl zu schaffen, denn regelmäßig oder öfter geringere Stückzahl kostet den Arbeitsplatz. Z.B. in der Abt. 323, Taktband für elektrische Typenhebel-Maschinen, Fertigstellung Endmontage wird an zwei Bändern mit je 32 Montageplätzen gearbeitet. Zehn Männer, ca. 22 Frauen; für das Zahlenverhältnis gibt es keine feste Regel. Früher gab es einmal die Regelung, daß zu den Montagearbeitern ein Bandbetreuer für Reparaturarbeiten und um Stockungen der

ausgleichen zu können. Erst wenn diese Möglichkeiten ausgenutzt sind, kann eine defekte Maschine aus der Produktion genommen werden, da andernfalls die Produktion ins Stocken geraten würde. Kleinere Reparaturen werden vom Arbeiter selbst ausgeführt. Die nötige Zeit muß er sich vom 6-Minuten-Takt abknapsen, in mehreren Etappen von etwa 0,5 Minuten. Gearbeitet wird im Akkord, 72 Maschinen pro Tag und Arbeitsplatz. Im Unterschied zum Taktband ist das Schiebeband ohne automatischen Takt. Die Kapitalisten betrachten es als ihren Beitrag zur Humanisierung der Arbeit, weil „man den Akkord selbst bestimmen kann.“ Der Hohn springt ins Auge, wenn man erfährt, daß die Stückzahl pro Tag 72 bleibt, zusätzlich muß die Maschine von Hand auf Rollen herangeholt, bzw. weitergeschoben werden. Der Vorteil, weniger Reparaturmaschinen, keine Gefahr der Stockung – Nutznießer der Kapitalist. Die Arbeiter haben ewig den Druck im Nacken, ihre Tagesstückzahl zu schaffen, denn regelmäßig oder öfter geringere Stückzahl kostet den Arbeitsplatz. Z.B. in der Abt. 323, Taktband für elektrische Typenhebel-Maschinen, Fertigstellung Endmontage wird an zwei Bändern mit je 32 Montageplätzen gearbeitet. Zehn Männer, ca. 22 Frauen; für das Zahlenverhältnis gibt es keine feste Regel. Früher gab es einmal die Regelung, daß zu den Montagearbeitern ein Bandbetreuer für Reparaturarbeiten und um Stockungen der

Produktion zu verhindern sowie ein Helfer zählen. Zusätzlich waren drei Springer im Einsatz für ausgefallene Arbeiter (Krankheit etc.), oder für kurze Ausfälle, wie Toilettenzeit usw.

Arbeitstakt in vier Jahren halbiert

Vor vier Jahren war der Arbeitstakt noch 12 Minuten, aber das wissen die meisten sowieso nicht mehr. Allgemein herrscht die Auffassung, daß man diese Arbeit sowieso nicht länger als drei Jahre aushält. Nachdem die Taktzeit von 6 Minuten nicht noch weiter gesenkt werden konnte, ohne daß die Fehlerquote rasant emporschnellte, wurden zusätzliche Güteprämien ausgeschrieben. Die Qualitätskontrolle stellte die Fehlerquote pro Arbeitsplatz fest. In den Genuß einer Prämie aber kommt kaum jemand. Doch die Aufmerksamkeit war gesteigert, weil ja quasi Buch geführt wurde über die ausgeführten Arbeiten. Diese Arbeitsbedingungen gelten für alle Montagearbeitsplätze, ob Frauen oder Männer an ihnen arbeiten. Daß aber auch die Arbeiten pro Arbeitsplatz keine Unterschiede der Bezahlung rechtfertigen, wurde deutlich, als der Druck der kapitalistischen Rationalisierung die Anzahl der Springer pro Band senkte – auf einen Springer pro Band, der aber auch den Bandleiter unterstützen mußte bei Reparaturarbeiten. Die Arbeitsplätze mußten nach und nach von allen Arbeitern, ob männlich oder weiblich, erlernt werden. Bei einem durchschnittlichen Krankenstand von 22 bis 24 Prozent und einer Belegschaftsfluktuation von 20 Prozent kann man sich leicht vorstellen, daß ständige Veränderungen der Bandbesetzungen nötig waren. In der letzten Zeit stieg das Verhältnis von Männern zu Frauen bei der Bandbesetzung zugunsten der Frauen. An jedem Arbeitsplatz werden Montagearbeiten verrichtet, die meist mehrere Arbeitsgänge umfassen. Als Beispiel Platz 10, Montageband-Abteilung, 323: Einstellen der Tabulatormesser nach einer Lehre, dann festschrauben, den Wagen aufsetzen und festschrauben, die Tabulatorbremse einstellen durch das Ausrichten des Anschlages, die gesamte Maschine umdrehen, Prüfung der Funktion zur Auslösung der Wagenrücklaufbremse, Maschine anheben, ausrichten und befestigen der Rücklaufbremse mit Zange und Biegeeisen. Die meisten Einstellungen sind Erfahrungswerte, erfordern sowohl Fingerfertigkeit als auch mechanisches Verständis. Am Platz 10 arbeiten Männer und Frauen, von LG 2 bis LG 6, ohne Ausnahme. Die Akkordverrechnung ist für jeden, ob Arbeiter oder Arbeiterin, gleich. Für 60 Arbeitsminuten werden 79 Minuten bezahlt. Der Zeitfaktor ist nach zugehöriger LG im Tarifvertrag geregelt und bezieht sich auf eine Minute: Tarifgrundlohn plus Akkordzuschlag 3,5% ergibt den Akkordrichtsatz. Als Beispiel: Lohngruppe 6 nach Metallohntarif vom 1.2.1980: DM 9,35/Std., plus Akkordzuschlag DM 9,68/Std. Der Zeitfaktor ergibt sich aus DM 9,68 geteilt durch 60 = 16,13 Pfg. Verrechnet werden 79 Min/Std. Stundenlohn: DM 12,74. In der Regel wird nackter Tariflohn bezahlt. Im Vergleich der LG 2 zu LG 5 wird der Unterschied deutlich: LG 2, Akkordsatz DM 7,83, Zeitfaktor 13,05. Verrechnung 79 Min., ergibt pro Stunde DM 10,50. LG 5, Akkordsatz DM 9,05, Zeitfaktor 15,08, Verrechnung 79 Minuten ergibt DM 11,91/Std.

Übrig bleibt, daß die Kapitalisten unterschiedlichen Lohn zahlen für gleiche Arbeit. Und als Begründung bleibt, daß diese einmal durch Frauen, einmal durch Männer verrichtet wird.

Tarifvertrag geregelt und bezieht sich auf eine Minute: Tarifgrundlohn plus Akkordzuschlag 3,5% ergibt den Akkordrichtsatz. Als Beispiel: Lohngruppe 6 nach Metallohntarif vom 1.2.1980: DM 9,35/Std., plus Akkordzuschlag DM 9,68/Std. Der Zeitfaktor ergibt sich aus DM 9,68 geteilt durch 60 = 16,13 Pfg. Verrechnet werden 79 Min/Std. Stundenlohn: DM 12,74. In der Regel wird nackter Tariflohn bezahlt. Im Vergleich der LG 2 zu LG 5 wird der Unterschied deutlich: LG 2, Akkordsatz DM 7,83, Zeitfaktor 13,05. Verrechnung 79 Min., ergibt pro Stunde DM 10,50. LG 5, Akkordsatz DM 9,05, Zeitfaktor 15,08, Verrechnung 79 Minuten ergibt DM 11,91/Std.

Übrig bleibt, daß die Kapitalisten unterschiedlichen Lohn zahlen für gleiche Arbeit. Und als Begründung bleibt, daß diese einmal durch Frauen, einmal durch Männer verrichtet wird.



Arbeiterin bei Hartmann und Braun, Fabrik für Meß- und Regeltechnik. Im Werk Frankfurt Praunheim haben 11 Frauen schon im vergangenen Jahr, im Oktober 1980, die Überprüfung ihrer Lohngruppen gefordert. In einer gemeinsamen Aktion legten sie dem Meister ihrer Abteilung Briefe vor, in denen die Überprüfung und Anhebung gefordert wurde. Auf ihren Arbeitskarten war LG 4 und 5 für ihre Tätigkeit eingetragen. Bezahlt wurden sie nach LG 2, in Ausnahmen LG 3. 8 Frauen an den Metall-Stanzen in einer anderen Abteilung desselben Werkes folgten diesem Beispiel. Die Geschäftsleitung erklärte sich erst nach Verzögerung zu Verhandlungen bereit: Ihre Tätigkeit entspreche überwiegend der Einstufung in 2 und 3, deshalb werde eine Anhebung abgelehnt. Inzwischen werden an Werkzeugmaschinen, die elektronisch gesteuert sind, die Frauen als „Bestückerin und Maschinen-Bedienerin“ eingesetzt. Bezahlt werden sie immer noch nach LG 2 und 3. Sie wollen jetzt die Geschäftsleitung über die IG Metall auffordern, die Forderung nach Höhergruppierung zu erfüllen.



Arbeiterin bei Hartmann und Braun, Fabrik für Meß- und Regeltechnik. Im Werk Frankfurt Praunheim haben 11 Frauen schon im vergangenen Jahr, im Oktober 1980, die Überprüfung ihrer Lohngruppen gefordert. In einer gemeinsamen Aktion legten sie dem Meister ihrer Abteilung Briefe vor, in denen die Überprüfung und Anhebung gefordert wurde. Auf ihren Arbeitskarten war LG 4 und 5 für ihre Tätigkeit eingetragen. Bezahlt wurden sie nach LG 2, in Ausnahmen LG 3. 8 Frauen an den Metall-Stanzen in einer anderen Abteilung desselben Werkes folgten diesem Beispiel. Die Geschäftsleitung erklärte sich erst nach Verzögerung zu Verhandlungen bereit: Ihre Tätigkeit entspreche überwiegend der Einstufung in 2 und 3, deshalb werde eine Anhebung abgelehnt. Inzwischen werden an Werkzeugmaschinen, die elektronisch gesteuert sind, die Frauen als „Bestückerin und Maschinen-Bedienerin“ eingesetzt. Bezahlt werden sie immer noch nach LG 2 und 3. Sie wollen jetzt die Geschäftsleitung über die IG Metall auffordern, die Forderung nach Höhergruppierung zu erfüllen.

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ Ein Prinzip und seine Hintertüren

woh. Ungefähr bis Ende der fünfziger Jahre waren in den kollektivvertraglichen Vereinbarungen, den Tarifverträgen, sogenannte „Frauenlohngruppen“ oder „Frauenabschläge“ verankert. Diese beinhalteten, daß Frauen für gleichartige Arbeit lediglich einen prozentualen Teil des „Männerlohns“ erhielten. Derartige Lohnabschlags-

Die spätere Rechtsprechung hat den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ nicht nur auf Tarifverträge, sondern auch auf formularmäßig vom Kapitalisten gestaltete Arbeitsverträge erstreckt. Schließlich hat sogar der Europäische Gerichtshof in seinem Urteil vom 8.4.1976 klargelegt, daß §119 EGW-Vertrag in den Mitgliederstaaten

dem Deckmantel der Leichtlohngruppen verbirgt und fordern daher deren Abschaffung bzw. versuchen, sie durch Kampf um Höhergruppierung zu unterlaufen.

Handelte es sich ursprünglich rechtlich gesehen im wesentlichen um Fragen des Verbots der Diskriminierung der Frau am Arbeitsplatz gegenüber

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ Ein Prinzip und seine Hintertüren

woh. Ungefähr bis Ende der fünfziger Jahre waren in den kollektivvertraglichen Vereinbarungen, den Tarifverträgen, sogenannte „Frauenlohngruppen“ oder „Frauenabschläge“ verankert. Diese beinhalteten, daß Frauen für gleichartige Arbeit lediglich einen prozentualen Teil des „Männerlohns“ erhielten. Derartige Lohnabschlagsklauseln wurden regelmäßig mit verminderter Einsatz- und Leistungsfähigkeit der Frau begründet, wobei insbesondere auf die für Arbeiterinnen und Angestellte geltenden besonderen Schutzbestimmungen, wie Mutterschutzgesetz, Regelungen der Arbeitszeitordnung usw. hingewiesen wurde.

Der zunehmende Zwang der Frau zur eigenen bzw. zur Reproduktion der Familie beizutragen, führte zwangsläufig zum Kampf, „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ durchzusetzen.

Das Bundesarbeitsgericht mußte bereits 1955 in einem Grundsatzurteil vom 15. Januar (1 AZR 305/54) anerkennen, daß die damals herrschende Praxis der Minderbezahlung von Arbeiterinnen unter Berufung auf die bloße Geschlechtszugehörigkeit unwirksam sei. Ausgangspunkt für die damaligen Überlegungen des Gerichts war, daß der arbeitsrechtliche Gleichbehandlungsgrundsatz durch den Gleichberechtigungsgrundsatz des Art. 3 Abs. 2 GG und das Benachteiligungsverbot Art. 3 Abs. 3 GG geprägt ist. Die Leitsätze dieses Urteils lauten:

„1. Art. 3 GG ist kein bloßer Programmsatz, sondern eine echte geltende Rechtsnorm, die auch den Grundsatz umfaßt, daß an Mann und Frau bei gleicher Arbeit gleicher Lohn zu zahlen ist.

2. Der Lohngleichheitsgrundsatz bindet auch die Tarifparteien; eine Tarifbestimmung, die für Frauen nur einen Hundertsatz der Männerlöhne vorsieht, ist nichtig.

3. Frauen dürfen nicht mit Rücksicht auf die zu ihren Gunsten erlassenen Schutznormen nach Tarifverträgen geringer entlohnt werden ...“

Die spätere Rechtsprechung hat den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ nicht nur auf Tarifverträge, sondern auch auf formularmäßig vom Kapitalisten gestaltete Arbeitsverträge erstreckt. Schließlich hat sogar der Europäische Gerichtshof in seinem Urteil vom 8.4.1976 klargelegt, daß §119 EGW-Vertrag in den Mitgliederstaaten unmittelbar anwendbar sei; somit gilt Lohngleichheit auch für Einzelarbeitsverträge. Weiterhin bezieht die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts in den Gleichbehandlungsgrundsatz nicht nur den Grundlohn ein, sondern auch Zulagen (BAG v. 11.9.1974 – 5 AZR 567/73) und sonstige Zuwendungen, wie Gratifikationen u.dgl. mehr.

Nach diesen anscheinend klaren Prinzipien ist es unverständlich, daß es nach wie vor überwiegend Frauen sind, die die niedrigsten – auch tariflich festgelegten – Löhne erhalten.

In dem erwähnten Grundsatzurteil hat das Bundesarbeitsgericht zwar die ungleiche Entlohnung gleicher Tätigkeiten abgelehnt, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, daß gegen eine Einteilung in Lohnkategorien für leichtere oder schwerere Arbeit nichts einzuwenden sei. „Sollte eine solche Methode dazu führen, daß die Frauen alsdann geringer entlohnt werden, weil gerade sie es sind, die die leichtere oder die überwiegend leichtere Arbeit leisten, so bestehen dagegen keine rechtlichen Bedenken.“

Geschaffen war damit die Einrichtung der sogenannten „Leichtlohngruppen“, die faktisch die früheren „Frauenabschläge“ ersetzt haben. Frauen werden seitdem schlechter bezahlt, nicht weil sie Frauen sind, sondern weil sie als körperlich leicht oder geistig einfach eingestufte Arbeiten verrichten. Was „leicht“, was „einfach“ ist, orientiert sich schnell am Bedürfnis der Kapitalisten, niedrige Löhne zu zahlen.

Viele Arbeiterinnen haben bereits erkannt, was sich unter anderem unter dem Deckmantel der Leichtlohngruppen verbirgt und fordern daher deren Abschaffung bzw. versuchen, sie durch Kampf um Höhergruppierung zu unterlaufen.

Handelte es sich ursprünglich rechtlich gesehen im wesentlichen um Fragen des Verbots der Diskriminierung der Frau am Arbeitsplatz gegenüber dem Arbeiter, so geht es jetzt im wesentlichen um Bewertungen verschiedener Arbeit untereinander. Es geht im Prinzip um vom Geschlecht gelöste Lohngruppendifferenzierungen. Der Kampf um die Abschaffung der jetzt überwiegend mit Frauen besetzten Leichtlohngruppen ist ein wichtiger Schritt zur tatsächlichen Durchsetzung des arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatzes.

Regelmäßig stößt aber die juristische Durchsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes auf besondere Schwierigkeiten, auf Beweisschwierigkeiten. Als Grundsatz für die Verteilung der Beweislast gilt nämlich, daß derjenige, der sich auf die Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes beruft, diese auch beweisen muß (Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg/ Mannheim, Urteil v. 18.7.1968 – 7 Sa 48/68).

Die klagende Arbeiterin muß also die Umstände darlegen und beweisen, was die ungerechtfertigte Ungleichbehandlung ausmacht. Sie muß darüberhinaus auch darlegen, weshalb der Kapitalist an den von ihr behaupteten Gleichbehandlungsmaßstab im konkreten Falle gebunden und warum dieser verletzt sein soll.

Hat sie also nachgewiesen, daß trotz tatsächlicher Gleichheit der Umstände und der Anwendbarkeit eines allgemein gültigen Maßstabes sie ungleichen Lohn erhält, dann erst fällt die Beweislast für eine angeblich gerechtfertigte Differenzierung der Löhne auf den Kapitalisten. Auch für diesen Fall wird er einiges zur Spaltung vortragen können.

Etwas mehr als ein „Spektakel"

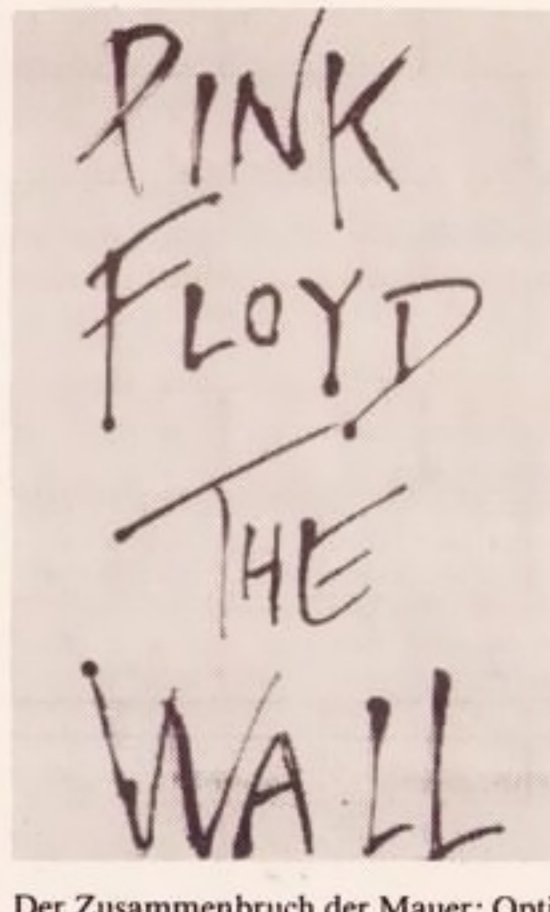
acm. Mittwoch, 18.2., Dortmunder Westfalenhalle. Pünktlich um 20 Uhr beginnen „Pink Floyd" mit dem Stück „The Wall". Alle acht Konzerte sind mit über 10000 Leuten ausverkauft. Das Publikum ist gemischt, von Schülern ab 13, 14 Jahren über einen Großteil von Mittzwanzigern bis hin zu Älteren und Eltern mit Kindern. Ruhig geht es zu – während der gesamten Aufführung – eine Absperrung vor der Bühne, wie bei so manchen Rockkonzerten gibt es nicht.

Aber im eigentlichen Sinn hat die Aufführung von „The Wall" – „Die Mauer" mit einem Rockkonzert auch nichts gemein. Bei einem Rockkonzert geht es um die Musik einer Gruppe, die Übermittlung der Musik an das Publikum. „Die Mauer" ist etwas anderes, ein thematisch fest umrissenes Stück mit Elementen des Theaters und des Films. „Pink Floyd" nennen es selber Multimedia-Show. Knapp zwei Stunden beansprucht das Stück, in dessen Mittelpunkt die Entwicklung eines Menschen von der Kindheit bis in das Erwachsenenalter als Prozeß der Entfremdung und Isolation beschrieben wird. Dieser Prozeß wird symbolisiert durch den Aufbau einer Mauer, die quer durch die Halle – am Anfang des Stückes stehen davon nur die Grundmauern – auf 40 Meter Breite und 12 Meter Höhe anschwillt.

Stationen der Isolation

Im ersten Titel wird dem Publikum eine Show angekündigt, „aber ihr werdet sehen, ob die Erwartung eines schönen Abends in Erfüllung geht", und der Titel endet mit einer quer durch den Saal rasenden, fast originalgroßen Spitfire (Kriegsflugzeug), die in die seitlichen Maueraufbauten hineinjagt. Geräusche wie im Krieg, Bassvibrationen als Bedrohung, untermalen die Situation. – Explosion. – „The thin Ice", das „dünne Eis" des Lebens bestehend aus scheinbaren Sicherheiten und individuellem Glück, wird als äußerst brüchig dargestellt, wo der Abgrund lauert und zwar als die wirkliche Realität. Damit ist der Übergang bereitet zur Beschreibung des eigentlichen Lebensprozesses: Das Kind ist geboren, der Vater fällt im 2. Weltkrieg, einzig ein Familienfoto bleibt als Erinnerung für den Jungen. „Alles in allem war das auch nur ein Stein in der Mauer" heißt es hier im Teil 1 von „Another brick in the wall". – Während vorher noch sphärische Klänge (über Orgel und Syntheziser erzeugt) vorherrschen – jetzt aber scharfer Grundrhythmus – erscheint von links eine ca. 10 m hohe Marionette – der Lehrer – in dem Titel „Die glücklichsten Tage unseres Lebens" – als Despot des Schulalltags und der Unterdrückung. Darauf folgt, was die bürgerliche Presse heute die „Internationale der Schülerjugend" nennt: „Wir brauchen keine Erziehung / wir brauchen keine Gedankenkontrolle / keinen finsteren Spott (Sarkasmus) im Klassenzimmer / Lehrer, laßt die Kinder in Ruhe ... Schließlich ist das auch nur ein Stein in der Mauer." Diesem „Another brick in the wall", was abgesehen vom Text seine Popularität auch der einfach-eingängigen Melodie verdankt, schließt sich das Lied „Mutter" an. Im Hintergrund schwebt plötzlich eine riesige Plastikfigur, Karrikatur einer liebsorgenden Mutter, die langsam eine Mauer entrollt, Sinnbild wohl der engstirnigen, miefigen Atmosphäre der Erziehung. Der Junge fühlt sich erdrückt und fragt: „Mama, muß sie denn so hoch werden", die Mauer, die auf der Bühne mittlerweile weiter gewachsen ist. Die Überleitung zu einer Art Kinderlied „Good bye blue sky" geschieht mit Düsenjägergeräuschen, die Vision eines Atomkrieges wird durch Trickfilmkollagen entwickelt, und der Himmel verdunkelt sich. Die gesellschaftliche Bedrohung ist dargelegt und das Stück wendet sich wieder dem Jungen zu, der sein Glück in sexueller Befriedigung sucht, was sich fortsetzt in einer kaputten Ehe. „Tag für Tag wird die Liebe allmählich grau wie die Haut eines sterbenden Mannes. Nacht für Nacht heucheln wir uns vor, alles wäre in Ordnung. Aber ich bin älter geworden und du bist kälter geworden und nichts macht mehr richtig Spaß. Und ich merke, ich krieg gleich einen meiner Anfälle ...". Schreierei in der Wohnung, zerschlagene Gegenstände (Tonkollagen vom Band) deuten das Zerbrechen der Ehe an. Als seine Frau ihn verläßt, trauert er ihr trotzdem nach: „Don't leave me now" und versinkt in Selbstmitleid ob der gesteigerten Einsamkeit. Diese wird im Verlaufe des Stückes häufiger durch ein totes Telefon, keinen Anschluß, keine Kommunikation, gekennzeichnet. Während der besagten Beschreibungen der Ehe bricht an der linken Seite ebenfalls eine riesige Puppe hervor, die Ehefrau. Schon bald ist die Mauer gänzlich geschlossen und nur aus einem kleinen Loch schaut der Sänger hervor: „Auf Wiedersehen, grausame Welt", die Mauer schließt sich als Symbol der jetzt vervollständigten Isolation, womit auch der erste Abschnitt des Stückes beendet ist.

Im zweiten Abschnitt werden zu Beginn die Stationen der Isolation und Entfremdung in ihrer Vertiefung – umschlossen von der Mauer – geschildert. Stimmungsbild, wie in „Niemandes Zuhause", wo er vor dem Fernseher rumhängt und ihn in seiner Verzweiflung zerschlägt; der Song „Bringt die Jungens nach Hause", der untermalt ist mit einem Dia von Soldaten aus dem 2. Weltkrieg, neben denen eine Mutter steht und erstmals ein Riesenchor (vom Tonband), der eindrucksvoll, wie in einer Oper, die Aufforderung formuliert, wohl als Anklage gegen den Krieg. – Dann der Versuch in „Angenehm betäubt" die psychischen Verirrungen, die Ansätze von Ausbruchsversuchen zu imaginären Außenstehenden darzustellen, was alles scheitert. Und hieran anschließend folgt der mit Film- und Bildelementen sich fast überschlagende Schlußteil des Stückes. Die Mauer wird mehr und mehr zur Filmleinwand. Die Gruppe spielt jetzt wieder vor der Mauer, wie





Der Zusammenbruch der Mauer: Optisch-spektakulärer Höhepunkt der Aufführung. – Aber auch Symbol für die Durchbrechung von gesellschaftlichen Bedrängnissen? Ohne Widersprüchlichkeiten ist dieses Verständnis nicht.

zu Beginn des Stückes und es werden Zeilen aus dem ersten Titel des Stückes wiederholt, wo auf die Erwartungen über die Show hingewiesen wurde. Der Sänger, Roger Waters (auch Schreiber des Stückes) tritt hier ebenso wie eine Sängergruppe ganz in schwarz und mit Schaftstiefeln und Naziledermantel auf. Einhämmernder Marschrhythmus und Massenchorus sind die bestimmenden Musikelemente, orchestrale Elemente (auch vom Band) drängen mehr und mehr in den Vordergrund. Auf der Mauer Filmbilder: Marschierende Hämmer im Stakkato-Rhythmus, „links, zwo, drei, vier" – „Das Warten auf die Würmer" beginnt. „Ich sitze hier im Bunker / Hinter der Mauer / Warte bis die Würmer kommen / Warte, die Minderwertigen auszurotten / Warte, die Stadt zu säubern / Warte, den Würmern zu folgen / Warte, ein Schwarzhemd anzuziehen / Warte, das Unkraut zu jäten / Warte, ihre Fenster einzuschlagen / Warte, den Würmern zu folgen / Warte, die Duschen anzudrehen, die Öfen anzufeuern ..."

Doch plötzlich: „Stopp!!!" Er will nicht mehr mitmachen, „ich will die Uniform ausziehen / die Show verlassen" (Ab diesem Zeitpunkt bestimmen Orchester- und Chorelemente absolut, Ähnlichkeiten wie bei Brecht / Weill's „Dreigroschenoper" sind unverkennbar, Elemente der Rockmusik sind fast völlig verschwunden, der Gesang wird schrill, bisweilen hysterisch).

Als Höhe- und Endpunkt folgt eine fiktive „Gerichtsverhandlung", in der er auch selber wissen will, „ob ich die ganze Zeit schuldig gewesen bin", nämlich faschistische Gedanken und Handlungen geduldet bzw. entwickelt zu haben. In Filmstücken tauchen Lehrer, Mutter und Frau wieder als Ankläger auf – erregende Visionen, noch durch die tobende Horrorgestalt eines Richters verstärkt. Der Richter spricht ihn schuldig, aber das Urteil lautet – er solle die Mauer durchbrechen. Auf der Bühne bricht die Mauer mit gewaltigem Getöse zusammen, und nach dem Abklingen gehen die Musiker nochmals über die Bühne an den Trümmern der Mauer vorbei und singen das Lied „Außerhalb der Mauer", im absoluten Kontrast nur mit Instrumenten wie Flöte, Tamburin, Konzertgeige usw. „Ganz allein / oder zu zweit spazieren die, die dich wirklich lieben / außerhalb der Mauer auf und ab. / Manche Hand in Hand, manche in kleinen Gruppen / die blutenden Herzens und die Künstler stellen sich bereit / und wenn sie dir alles gegeben haben / stolpern manche und fallen. / Schließlich ist es nicht leicht, / mit seinem Herzen gegen die Mauer von Verrückten zu hämmern", so die einzige und letzte Strophe, die das Stück beendet.

Gesteigerte Aussagekraft

Das Beeindruckende der Aufführung – die ohne frenetischen Beifall, eher in Erleichterung endet – besteht in der Verbindung von Musik-, Film-Dia- und Figuren-Elementen und den Aufbauten auf der Bühne. Die Mauer bildet das verbindende Spannungselement. Die Musik ist, wenn auch in ihren Elementen vielfältig, im Rockteil insgesamt einfach und auch nicht mehr als Durchschnitt. Das Hervortreten der einzelnen Musiker gibt es kaum, die Betonung liegt völlig auf dem Begleiten, Hervorheben, Erläutern der anderen Elemente.

In der Pop-Musik ist diese Verbindung von Rockmusik mit Elementen des Films und des Theaters schon des öfteren versucht worden. Beispiele dafür sind „Tommy" und „Quadrophenia" von den „Who", oder die Gruppe „Genesis", die über den Sänger ihre Geschichten auch durch Kostümierung und Maske zu gestalten suchte und das in dem Konzeptdoppelalbum „The lamb lies down on Broadway" entwickelte Geschehen – ein junger Puertoricaner in New York auf der Suche nach seinem verschollenen Bruder – auf der Bühne durch Dia- und Kurzfilmeinblendungen zu vertiefen suchte. Die Aussagekraft wie in „The Wall" wird aber nicht erreicht, gerade weil die Abstimmung zwischen den Musikelementen und den anderen nicht ausgewogen ist, und sie als Gegensätze erscheinen. Demgegenüber erreichen „Pink Floyd" eine relativ große Einheit dieser Elemente, was zum Verstehen des Stückes erheblich beiträgt und damit die LP-Fassung bei weitem übertrifft.

Verquere Faschismusanalyse und naive Problemlösung

Dies alles entbindet nicht von der Kritik des Inhalts. Die Beschreibung hat schon die elementaren Schwächen greifbar gemacht: Die Behandlung der Widersprüche in der Gesellschaft bleibt auf der Erscheinungsebene. So, wenn Lehrer, Mutter und Frau zu Sinnbildern der Unterdrückung, Isolierung und Vereinsamung werden. Dann, wenn die Verelendung der Person aus der Gesellschaft *an sich* entspringt und reines Produkt geistigen, psychischen Verfalls ist. Wenn damit überhaupt von materiellen Bedingungen der Existenz abstrahiert wird, die Produktion kein Element der gezeigten Gesellschaft bildet, so ist dies in der Analyse verfehlt. Und aus diesen Mängeln entwickelt sich gerade auch eine verquere Faschismusanalyse. So verläuft die Beschreibung des Faschismus über rein formale Mittel: marschierende Hämmer, gekreuzt (in einer Art Runenform) sind das Symbol. Diese Illustration des Marsches soll die National-Front-Anhänger in London darstellen, sagt Roger Waters: „Ich habe das gemacht, weil ich das Gefühl habe, daß es genug Leute auf der Welt gibt, die so isoliert und entfremdet sind, daß sie es für nötig halten, sich derartigen Organisationen anzuschließen und darauf aus sind, andere Leute nach ihren Vorstellungen zu zerstören, wenn sie erst einmal an der Macht sind." Und an anderer Stelle: „Wie auch immer, jedenfalls entwickeln sich diese faschistoiden Gefühle aus der Isolation heraus ... Wenn du isoliert bist, verfällst du. Und das Endresultat dieser Art Verfalls ist jede erdenkliche Form von Faschismus sowie jegliche Form von Totalitarismus und Gewalt." Zwar ehrt es „Pink Floyd", daß sie den Kampf gegen die englische Rechte führen wollen, aber die Entstehung des Faschismus aus dem Kopf herzuleiten, ihn als Ausgeburt menschlicher Fehlentwicklungen zu behandeln und nicht als eine Form der Herrschaft des Kapitals gegenüber der Arbeiterklasse und dem Volk, das ist falsch und macht zudem die Gegenwehr schwach, weil die Richtung nicht stimmt. Und so müssen auch solche eklatanten Schwachpunkte auftauchen, wie in der Frage des Einsturzes der Mauer, die ja durch den Richter quasi angeordnet wird, obwohl er eine gegnerische Macht gegenüber der bedrohten Person darstellt. Äußerst banal fällt dann auch die Lösung des Problems aus, wo in der Schlußsequenz einzig das Liebeslied, das Zusammengehen, die Liebe zur Überwindungsmöglichkeit der aufgebauten Mauern in der Gesellschaft wird. Es ist recht schön, romantisch, aber allein mit Liebe ist es halt nicht getan, und auch diese Erfahrungen muß man in dieser Gesellschaft machen. Zu sehr bricht sich hier auch die Existenz- und Sichtweise dieser Künstler Bahn in einer ungeheuer eingeschränkten Betrachtungsweise.

Der Erfolg der Platte wie der jetzigen Aufführung beruht gegenüber diesen Schwächen darin, daß dem Stück erstens vielfache Ansätze für Rebellion zugrunde liegen, gerade weil es an den Alltagserscheinungen des Kapitalismus ansetzt, und weil es auch trotz mannigfaltiger Horrorvisionen und existenzialistischer und surrealistischer Bedrohungen eben gerade doch einen positiven Schlußstrich zieht und diese Stimmungen nicht in Hoffnungslosigkeit, Aussteigen oder Verweigerungsmentalität enden. Nicht ideologischer Kitt, von „Peace" und Hoffnung auf höhere Wesen und dergleichen – was doch recht oft auch in der Pop-Musik drin sitzt und alles zudeckt, bleibt hier übrig, sondern Fragen und Gedanken, die die Neigung zur Veränderung, zum Anpacken von Problemen zumindest nicht erschwert. Und diese gewisse Gradlinigkeit wirkt eher erfrischend als bedrückend, wie es versucht wird in der bürgerlichen Presse herauszustellen, wo allein 1800 Journalisten und eine große Menge „Schickeria" sich nach der „Premiere" gar nicht wieder einkriegen wollten darüber, daß das Publikum sowieso nichts kapiere.

Eine Charakterisierung als „Monstershow" oder „Spektakel" – auch wenn manches vielleicht zu kitschig, zu monströs, zu aufwendig war – wird dem Ganzen nicht gerecht, weil es sich eben nicht einfach um „Effekte" handelte. Natürlich ist „The Wall" eine überlebte Form der Popmusik in Bezug auf die aktuellen Entwicklungen, beispielsweise im „Punk" oder „New Wave". Ebensowenig ist hier eine neue Bewegung geboren. Im Gegenteil erscheint das Stück mehr als Ausdruck der Bewegungen der Volksmassen in der kapitalistischen Gesellschaft. Jedenfalls verstärkt sich dieser Eindruck, wenn von der LP weltweit über 30 Mio. verkauft wurden und trotz der abnormen Eintrittspreise über Hunderttausend allein die Aufführung in Dortmund aufsuchten. Und man hatte auch nicht das Gefühl, sich zwischen konsumwütigen Zuschauern zu bewegen, die nicht durchblicken, wie ihnen „das Geld aus der Tasche gezogen" wird.



Die skurillen Figuren – Mutter, Lehrer, Ehefrau – die in der Aufführung in Zeichentrickfilmen, wie als riesige Puppen (eher überflüssig und tatsächlich zu aufwendig und teuer) vorkommen, vom Zeichner Gerald Scarfe.

quer durch die Halle – am Anfang des Stückes stehen davon nur die Grundmauern – auf 40 Meter Breite und 12 Meter Höhe anschwillt.

Stationen der Isolation

Im ersten Titel wird dem Publikum eine Show angekündigt, „aber ihr werdet sehen, ob die Erwartung eines schönen Abends in Erfüllung geht", und der Titel endet mit einer quer durch den Saal rasenden, fast originalgroßen Spitfire (Kriegsflugzeug), die in die seitlichen Maueraufbauten hineinjagt. Geräusche wie im Krieg, Bassvibrationen als Bedrohung, untermalen die Situation. – Explosion. – „The thin Ice", das „dünne Eis" des Lebens bestehend aus scheinbaren Sicherheiten und individuellem Glück, wird als äußerst brüchig dargestellt, wo der Abgrund lauert und zwar als die wirkliche Realität. Damit ist der Übergang bereitet zur Beschreibung des eigentlichen Lebensprozesses: Das Kind ist geboren, der Vater fällt im 2. Weltkrieg, einzig ein Familienfoto bleibt als Erinnerung für den Jungen. „Alles in allem war das auch nur ein Stein in der Mauer" heißt es hier im Teil 1 von „Another brick in the wall". – Während vorher noch sphärische Klänge (über Orgel und Syntheziser erzeugt) vorherrschen – jetzt aber scharfer Grundrhythmus – erscheint von links eine ca. 10 m hohe Marionette – der Lehrer – in dem Titel „Die glücklichsten Tage unseres Lebens" – als De-

einen meiner Anfälle ...". Schreierei in der Wohnung, zerschlagene Gegenstände (Tonkollagen vom Band) deuten das Zerbrechen der Ehe an. Als seine Frau ihn verläßt, trauert er ihr trotzdem nach: „Don't leave me now" und versinkt in Selbstmitleid ob der gesteigerten Einsamkeit. Diese wird im Verlaufe des Stückes häufiger durch ein totes Telefon, keinen Anschluß, keine Kommunikation, gekennzeichnet. Während der besagten Beschreibungen der Ehe bricht an der linken Seite ebenfalls eine riesige Puppe hervor, die Ehefrau. Schon bald ist die Mauer gänzlich geschlossen und nur aus einem kleinen Loch schaut der Sänger hervor: „Auf Wiedersehen, grausame Welt", die Mauer schließt sich als Symbol der jetzt vervollständigten Isolation, womit auch der erste Abschnitt des Stückes beendet ist.

Im zweiten Abschnitt werden zu Beginn die Stationen der Isolation und Entfremdung in ihrer Vertiefung – umschlossen von der Mauer – geschildert. Stimmungsbild, wie in „Niemandes Zuhause", wo er vor dem Fernseher rumhängt und ihn in seiner Verzweiflung zerschlägt; der Song „Bringt die Jungens nach Hause", der untermalt ist mit einem Dia von Soldaten aus dem 2. Weltkrieg, neben denen eine Mutter steht und erstmals ein Riesenchor (vom Tonband), der eindrucksvoll, wie in einer Oper, die Aufforderung formuliert, wohl als Anklage gegen den Krieg. – Dann der Ver-

Hämmer im Stakkato-Rhythmus, „links, zwo, drei, vier" – „Das Warten auf die Würmer" beginnt. „Ich sitze hier im Bunker / Hinter der Mauer / Warte bis die Würmer kommen / Warte, die Minderwertigen auszurotten / Warte, die Stadt zu säubern / Warte, den Würmern zu folgen / Warte, ein Schwarzhemd anzuziehen / Warte, das Unkraut zu jäten / Warte, ihre Fenster einzuschlagen / Warte, den Würmern zu folgen / Warte, die Duschen anzudrehen, die Öfen anzufeuern ..."

Doch plötzlich: „Stopp!!!" Er will nicht mehr mitmachen, „ich will die Uniform ausziehen / die Show verlassen" (Ab diesem Zeitpunkt bestimmen Orchester- und Chorelemente absolut, Ähnlichkeiten wie bei Brecht / Weill's „Dreigroschenoper" sind unverkennbar, Elemente der Rockmusik sind fast völlig verschwunden, der Gesang wird schrill, bisweilen hysterisch).

Als Höhe- und Endpunkt folgt eine fiktive „Gerichtsverhandlung", in der er auch selber wissen will, „ob ich die ganze Zeit schuldig gewesen bin", nämlich faschistische Gedanken und Handlungen geduldet bzw. entwickelt zu haben. In Filmstücken tauchen Lehrer, Mutter und Frau wieder als Ankläger auf – erregende Visionen, noch durch die tobende Horrorgestalt eines Richters verstärkt. Der Richter spricht ihn schuldig, aber das Urteil lautet – er solle die Mauer durchbrechen. Auf

Das Beeindruckende der Aufführung – die ohne frenetischen Beifall, eher in Erleichterung endet – besteht in der Verbindung von Musik-, Film-Dia- und Figuren-Elementen und den Aufbauten auf der Bühne. Die Mauer bildet das verbindende Spannungselement. Die Musik ist, wenn auch in ihren Elementen vielfältig, im Rockteil insgesamt einfach und auch nicht mehr als Durchschnitt. Das Hervortreten der einzelnen Musiker gibt es kaum, die Betonung liegt völlig auf dem Begleiten, Hervorheben, Erläutern der anderen Elemente.

In der Pop-Musik ist diese Verbindung von Rockmusik mit Elementen des Films und des Theaters schon des öfteren versucht worden. Beispiele dafür sind „Tommy" und „Quadrophenia" von den „Who", oder die Gruppe „Genesis", die über den Sänger ihre Geschichten auch durch Kostümierung und Maske zu gestalten suchte und das in dem Konzeptdoppelalbum „The lamb lies down on Broadway" entwickelte Geschehen – ein junger Puertoricaner in New York auf der Suche nach seinem verschollenen Bruder – auf der Bühne durch Dia- und Kurzfilmeinblendungen zu vertiefen suchte. Die Aussagekraft wie in „The Wall" wird aber nicht erreicht, gerade weil die Abstimmung zwischen den Musikelementen und den anderen nicht ausgewogen ist, und sie als Gegensätze erscheinen. Demgegenüber erreichen

als eine Form der Herrschaft des Kapitals gegenüber der Arbeiterklasse und dem Volk, das ist falsch und macht zudem die Gegenwehr schwach, weil die Richtung nicht stimmt. Und so müssen auch solche eklatanten Schwachpunkte auftauchen, wie in der Frage des Einstuzes der Mauer, die ja durch den Richter quasi angeordnet wird, obwohl er eine gegnerische Macht gegenüber der bedrohten Person darstellt. Äußerst banal fällt dann auch die Lösung des Problems aus, wo in der Schlußsequenz einzig das Liebeslied, das Zusammengehen, die Liebe zur Überwindungsmöglichkeit der aufgebauten Mauern in der Gesellschaft wird. Es ist recht schön, romantisch, aber allein mit Liebe ist es halt nicht getan, und auch diese Erfahrungen muß man in dieser Gesellschaft machen. Zu sehr bricht sich hier auch die Existenz- und Sichtweise dieser Künstler Bahn in einer ungeheuer eingeschränkten Betrachtungsweise.

Der Erfolg der Platte wie der jetzigen Aufführung beruht gegenüber diesen Schwächen darin, daß dem Stück erstens vielfache Ansätze für Rebellion zugrunde liegen, gerade weil es an den Alltagserscheinungen des Kapitalismus ansetzt, und weil es auch trotz mannigfaltiger Horrorvisionen und existenzialistischer und surrealistischer Bedrohungen eben gerade doch einen positiven Schlußstrich zieht und diese Stimmungen nicht in Hoffnungslosigkeit, Aussteigen oder Verweigerungsmenta-

„Bürger gegen Brokdorf"

Die Widersprüche in der SPD lassen sich nicht kitten

wiv. Trotz Schneegestöber waren rund 5000 Besucher in die Ostseehalle gekommen zur SPD-Protestveranstaltung „Bürger gegen Brokdorf". Als Redner traten auf: der SPD-Landesvorsitzende Jansen, Fraktionsführer Matthiesen, Günter Grass und der Hamburger OB Klose. Zwischendrin wurden Lieder vorgetragen.

Die Vorträge liefen wie erwartet: Jansen, Matthiesen und Klose wetterten gegen die Profitgier der Energieversorgungsunternehmen und warnten zugleich vor der Großdemonstration am 28.2. am Bauplatz in Brokdorf. „Der Kampf gegen die Kernenergie ist zu ernst und zu wichtig, um ihn von jenen Kräften bestimmen zu lassen, die Karl Marx sagen und Karl May spielen", meinte Jansen das Problem zu erfassen. Er übersieht gezielt, daß die Demonstration am 28.2. nicht veranstaltet wird, um Karl May zu spielen, sondern von allen beteiligten Kräften als Schritt im Kampf gegen den Weiterbau in Brokdorf durchgeführt wird. Die jüngst erteilte 2. Teilerrichtungsgenehmigung zeigt nur zu deutlich die Notwendigkeit. Auch die *konkrete* Zielsetzung hat mit Karl May nichts zu tun. Es ist erklärtes Ziel der Aktionseinheit, der gewaltsamen Durchsetzung des Brokdorf-Projektes durch die Landesregierung am 28.2. am Bauplatz die Mobilisierung von Zehntausenden im Rahmen einer politischen Großdemonstration entgegenzusetzen. Das ist politisch notwendig und richtig, und es ist auch *gerecht*. In diesem Rahmen ist es ebenso gerecht und notwendig, das Demonstrationsrecht wahrzunehmen. Der bürgerliche Staatsapparat hat es vermittels der Justiz bereits soweit gebracht, eine Öljacke als Gegenstand der Gewaltausübung anzusehen.

Der offene Gegensatz zu der Position Matthiesens und Jansens innerhalb der Sozialdemokratie trat auch in der Ostseehalle deutlich zutage. Von einem der Konferenciers befragt, was die Jusos am 28.2. zu tun gedächten, antwortete deren Bundesvorsitzender, daß der Bundesvorstand seine 400000 Mitglieder zur Beteiligung an der Demonstration am Bauplatz aufruft. Er wiederholte diese Aufforderung auch gegenüber den Besuchern der Ostseehalle. Genauso äußerte er Widerspruch zur offiziellen Landes-SPD-Linie „Brokdorf nein – Brunsbüttel und Krümmel ja."

Eher peinlich war der Auftritt von Günter Grass, der zunächst den „Ortsansässigen" herauskehrte, weil er in Wewelsfleth seinen zweiten Wohnsitz hat. Er langte dann aber schnell bei Atomstaatsvisionen, Stalinismus und der Gewalt überhaupt an. Als er den Versuch unternahm, im Rahmen einer „weltpolitischen Analyse" den Nachrüstungsbeschluß der NATO als „notwendig für das Kräftegleichgewicht" zu kaschieren, scholl ihm der Sprechchor entgegen: „BRD raus aus der NATO!". Zu helfen wußte er sich an verschiedenen Stellen nur noch durch die Plattheit, daß eine Forderung schnell formuliert sei, ihre Durchsetzung aber Zeit brauche, was „junge Leute" eben nur schwer verstünden. Kritisiert wurde er aber nicht wegen „zeitlicher Umsetzungsschwierigkeiten", sondern weil er mit seiner Argumentation die richtigen Forderungen gleich mit vom Tisch brachte.



Deutlich geworden ist in der Ostseehalle folgendes: Der SPD-Bundesparteitagsbeschluß von 1979 mit der „Option (Wahlmöglichkeit) auf den Ausstieg aus der Kernenergie" kann die Widersprüche in der SPD nicht mehr kitten. Jansen und Matthiesen haben angekündigt, daß nur noch ja oder nein möglich sei und daß sie die Kanzler-Linie, die Linie der Interessendurchsetzung des Finanzkapitals, so nicht mitmachen wollen.

Die Schärfe der Auseinandersetzung liegt an der Verschärfung der Widersprüche, die sich zumal in der kapitalistischen Krise noch weiter zuspitzen werden. Diese Verschärfung der Klassengegensätze verlangt mehr und mehr ein *grundsätzliches* Aufwerfen der konkreten Fragen und genauso eine *grundsätzliche* Beantwortung. Mit ihrer Auffanglinie, zwar im Widerspruch zum Kanzler, aber ebenso im Widerspruch zur *selbständigen* Bewegung gegen das Atomprogramm, versuchen Matthiesen, Jansen und Klose, diese Entwicklung zu bremsen. Die Position der Jusos zeigt schon jetzt, daß dies keinen langen Bestand haben wird.

Termine

In der gesamten BRD laufen die Vorbereitungen für die Großdemonstration am 28.2. am Bauplatz in Brokdorf. Die in Kiel an der Vorbereitung beteiligten Bürgerinitiativen und politischen Organisationen führen dazu am **Mittwoch, den 25.2., 20 Uhr, Universität, Hörsaal 38a** eine Mobilisierungsveranstaltung durch. Dort und bei den Initiativen können Karten für die Busse (20,-DM) gekauft werden. **Abfahrt aus Kiel: 28.2. 5.00 Uhr morgens, Wilhelmplatz.** Die Züge aus den Städten treffen sich in Neumünster und werden gemeinsam weiterfahren.

Go-In beim Kultusministerium
Studenten verlangen Rücknahme der Kürzungen
ang. 36 Studenten waren am letztei. Donnerstag zu dem Go-In ins Kultusministerium gekommen, zu dem fast alle Fachschaften, Fachschaftsgruppen und der AStA aufgerufen hatten. Daß weit mehr Studenten die Kürzungsmaßnahmen ablehnen, machen die 664 Unterschriften deutlich, die innerhalb von 2 Stunden in den Mensen gesammelt und dem Vertreter des Kultusministeriums, Sc'ieliha, bei dem Go-In übergeben wor len sind. Der 8-monatige Einstellung stop und die 5%igen Mittelkürzunge ı werden zur Folge haben, daß an eir igen Fachbereichen der Lehrbetrieb vo lständig zusammenbrechen wird. In c en ganzen naturwissenschaftlichen l achbereichen ist die Durchführung der Praktika nicht mehr gewährleistet, ım Fachbereich Psychologie z.B. ist c ie gesamte Therapieausbildung, ein wesentlicher Bestandteil der Studienoı Inung, gefährdet. Scheli-
Mobilisierung von Zehntausenden im Rahmen einer politischen Großdemonstration entgegenzusetzen. Das ist politisch notwendig und richtig, und es ist auch *gerecht*. In diesem Rahmen ist es ebenso gerecht und notwendig, das Demonstrationsrecht wahrzunehmen.
auch immer verlangt, daß mehr Lehrer eingestellt und Löhne und Gehälter erhöht werden. Die Studenten sollen sich also den Kopf darüber zerbrechen, an welcher anderen Stelle im Bildungsbereich oder bei den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst gestrichen werden soll.
Befragt, wieso denn trotz „allgemeinen Geldmangels" die Landesregierung Stellen und Mittel bei der Polizei erhöhe und eine Finanzspritze nach der anderen für profitversprechende Projekte ausgebe, wußte Scheliha nichts anderes zu antworten, als, daß das nicht in seinen Bereich falle und er deshalb nichts dazu sagen könne.
Schließlich rückte er damit heraus, daß noch in diesem Monat ein Gespräch zwischen Präsidium der Universität und Kultusministerium über die konkreten Auswirkungen der Kürzungsmaßnahmen stattfinden soll. Er
verschiedenen Stellen nur noch durch die Plattheit, daß eine Forderung schnell formuliert sei, ihre Durchsetzung aber Zeit brauche, was „junge Leute" eben nur schwer verstünden. Kritisiert wurde er aber nicht wegen „zeitlicher Umsetzungsschwierigkei-
Wohin mit den Ausländerkindern?
Zuzugsstop, Gesamtschule oder Schulneubau?
abc. Mit 10,8% hat der Kieler Stadtteil Gaarden mit den höchsten Anteil ausländischer Wohnbevölkerung, vor allem türkischer Nationalität. Entsprechend hoch ist der Anteil türkischer Schüler an den Grund- und Hauptschulen Gaardens; dies belastet die sowieso schlechte Schulsituation noch zusätzlich. Erst der massive Unmut der Eltern, Elternbeiräte, Lehrer und Erzieher hat dazu geführt, daß die bürgerlichen Politiker von der Situation Kenntnis nehmen und Änderungsvorschläge diskutieren. Nach der Statistik des Schulamtes vom 20.9.80 liegt der Ausländeranteil in der Christian-Andersen-Grundschule im Durchschnitt bei 29,1%, für die Erstklässler schon bei 39,5%. Die Fröbel-Grundschule hat im Schnitt 40,9% ausländische Kinder, in der 1. Klasse bereits 54,3%. Bei der Fritjof-Nansen-Hauptschule liegt der Anteil bei
Widersprüche in der SPD nicht mehr kitten. Jansen und Matthiesen haben angekündigt, daß nur noch ja oder nein möglich sei und daß sie die Kanzler-Linie, die Linie der Interessendurchsetzung des Finanzkapitals, so nicht mitmachen wollen.
Eingestiegen sind CDU und SPD mit billigen Ablenkungsmanövern. Man hat die Frage der reinen „Türkenklassen" in die Diskussion gebracht und will die Möglichkeit des Zuzugsstops für betroffene Stadtteile prüfen, wobei Zeit zu gewinnen wäre und das gleiche Problem etwas später vielleicht in Mettenhof auftaucht, wo das Bildungszentrum Mettenhof schon jetzt aus allen
test und der Protest der Eltern, der sich u.a. in Leserbriefen in der Stadtteilzeitung „Markt" widerspiegelt, hat schon bewirkt, daß das Schulamt gezwungen wurde, eine teilweise Verbesserung vorzuschlagen. So wurden Stellen für Pädagogen in Vorklassen bewilligt, es fehlen aber die Räume.
Ein Teil der Kinder soll vom erwei-


zum Kanzler, aber ebenso im Widerspruch zur *selbständigen* Bewegung gegen das Atomprogramm, versuchen Matthiesen, Jansen und Klose, diese Entwicklung zu bremsen. Die Position der Jusos zeigt schon jetzt, daß dies keinen langen Bestand haben wird.
tät, Hörsaal 38a eine Mobilisierungsveranstaltung durch. Dort und bei den Initiativen können Karten für die Busse (20,-DM) gekauft werden. Abfahrt aus Kiel: 28.2. 5.00 Uhr morgens, Wilhelmplatz. Die Züge aus den Städten treffen sich in Neumünster und werden gemeinsam weiterfahren.

Go-In beim Kultusministerium

Studenten verlangen Rücknahme der Kürzungen

ang. 36 Studenten waren am letztei. Donnerstag zu dem Go-In ins Kultusministerium gekommen, zu dem fast alle Fachschaften, Fachschaftsgruppen und der AStA aufgerufen hatten. Daß weit mehr Studenten die Kürzungsmaßnahmen ablehnen, machen die 664 Unterschriften deutlich, die innerhalb von 2 Stunden in den Mensen gesammelt und dem Vertreter des Kultusministeriums, Sc'ieliha, bei dem Go-In übergeben wor len sind. Der 8-monatige Einstellung stop und die 5%igen Mittelkürzunge ı werden zur Folge haben, daß an eir igen Fachbereichen der Lehrbetrieb vo lständig zusammenbrechen wird. In c en ganzen naturwissenschaftlichen l achbereichen ist die Durchführung der Praktika nicht mehr gewährleistet, ım Fachbereich Psychologie z.B. ist c ie gesamte Therapieausbildung, ein wesentlicher Bestandteil der Studienoı Inung, gefährdet. Schelihas Argumer te zur Rechtfertigung der Kürzungsmaßnahmen waren verlogen und unverfroren: Der „allgemeine Geldmangel" sei Schuld, und im gleichen Atemzug: „Die investiven Maßnahmen dürfen auf keinen Fall zurückgestellt werden." Als nächstes hat er versucht, Studenten gegen Lehrer, Krankenschwestern und andere Beschäftigte im Öffentlichen Dienst auszuspielen. Innerhalb der konsumtiven Maßnahmen seien die Personalausgaben die höchsten, und da würde ja auch immer verlangt, daß mehr Lehrer eingestellt und Löhne und Gehälter erhöht werden. Die Studenten sollen sich also den Kopf darüber zerbrechen, an welcher anderen Stelle im Bildungsbereich oder bei den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst gestrichen werden soll.

Befragt, wieso denn trotz „allgemeinen Geldmangels" die Landesregierung Stellen und Mittel bei der Polizei erhöhe und eine Finanzspritze nach der anderen für profitversprechende Projekte ausgebe, wußte Scheliha nichts anderes zu antworten, als, daß das nicht in seinen Bereich falle und er deshalb nichts dazu sagen könne.

Schließlich rückte er damit heraus, daß noch in diesem Monat ein Gespräch zwischen Präsidium der Universität und Kultusministerium über die konkreten Auswirkungen der Kürzungsmaßnahmen stattfinden soll. Er verweigerte den Studentenvertretern die Zusage, daß sie an diesen Gesprächen teilnehmen dürfen, für ihn sei in dieser Sache das Präsidium der Ansprechpartner. Die Studentenvertreter verlangten Einspruchsrecht und kündigten an, daß dieses Go-In nur der Auftakt für weitere Aktionen gegen die Kürzungsmaßnahmen war. Der neugebildete AStA aus Jusos und Fachschaftsgruppen hat sich bereits vorgenommen, diese Aktionen für das Sommersemester vorzubereiten.



Innerhalb von 2 Stunden haben 664 Studenten gegen die Kürzungsmaßnahmen der Landesregierung unterschrieben. Die Unterschriftenlisten wurden Scheliha übergeben.

Wohin mit den Ausländerkindern?

Zuzugsstop, Gesamtschule oder Schulneubau?

abc. Mit 10,8% hat der Kieler Stadtteil Gaarden mit den höchsten Anteil ausländischer Wohnbevölkerung, vor allem türkischer Nationalität. Entsprechend hoch ist der Anteil türkischer Schüler an den Grund- und Hauptschulen Gaardens; dies belastet die sowieso schlechte Schulsituation noch zusätzlich. Erst der massive Unmut der Eltern, Elternbeiräte, Lehrer und Erzieher hat dazu geführt, daß die bürgerlichen Politiker von der Situation Kenntnis nehmen und Änderungsvorschläge diskutieren. Nach der Statistik des Schulamtes vom 20.9.80 liegt der Ausländeranteil in der Christian-Andersen-Grundschule im Durchschnitt bei 29,1%, für die Erstklässler schon bei 39,5%. Die Fröbel-Grundschule hat im Schnitt 40,9% ausländische Kinder, in der 1. Klasse bereits 54,3%. Bei der Fritjof-Nansen-Hauptschule liegt der Anteil bei 32,5%. Im Stadtdurchschnitt sind 11,9% der Grundschüler Ausländer, von den ausländischen Schulabgängern erreichten 1980 62,9% nicht den Hauptschulabschluß – bei den deutschen Abgängern waren es 9,4%.

Ein weiteres Problem sind die sog. Seitensteiger, die im bereits schulpflichtigen Alter, ohne Deutschkenntnisse aus der Türkei in die Hauptschule einsteigen. Sie können ohne Vorbereitungsklassen dem deutschen Unterricht nicht folgen, erhalten keinen Abschluß und bleiben Analphabeten. Sie sollen nach den Vorschlägen des Schulamtes keine verbesserte Schulbildung erhalten, sondern „Deutsch an der Werkbank" im Berufsschulzentrum Gaarden erhalten und gleich zu billigen Arbeitskräften abgerichtet werden.

Hinzu kommt der Raummangel. Stadtschulrat Zimmer (CDU) prophezeit für 1985 einen Mangel in Gaarden von 30 Räumen. In der Fritjof-Nansen-Schule erhalten 15 türkische Schüler Vorbereitungsunterricht in einem 15 qm großen Kellerraum.

Alle Gaardener Kindertagesstätten sind voll belegt und haben eine Warteliste bis zur Hälfte ihrer Kapazität, davon sind wieder ca. die Hälfte Ausländer, die auf einen Platz warten. Bereits im Dezember 1980 hat der Kreiselternbeirat der Haupt- und Sonderschulen einen Forderungskatalog an den Kultusminister und Stadtschulamt gerichtet mit der Forderung nach Begrenzung des Ausländeranteils auf höchstens 20% pro Klasse und Herabsetzung der Klassenstärke durch Doppelzählung der Ausländerkinder, sowie den Neubau einer Grund- und Hauptschule für Gaarden.

Eingestiegen sind CDU und SPD mit billigen Ablenkungsmanövern. Man hat die Frage der reinen „Türkenklassen" in die Diskussion gebracht und will die Möglichkeit des Zuzugsstops für betroffene Stadtteile prüfen, wobei Zeit zu gewinnen wäre und das gleiche Problem etwas später vielleicht in Mettenhof auftaucht, wo das Bildungszentrum Mettenhof schon jetzt aus allen Nähten platzt. Die Verschickung der ausländischen Kinder auf andere Kieler Schulen ist CDU und SPD auch in den Sinn gekommen, um Kosten zu sparen und die Bedingungen an noch nicht betroffenen Schulen gerechterweise auch noch zu verschlechtern. Die SPD-Mehrheitsfraktion im Kieler Magistrat will die Not jetzt ausnutzen, um ihr Gesamtschulkonzept durchzusetzen, was die Auflösung der Gustav-Friedrich-Meyer-Realschule zur Folge hätte. Mit massivem Protest hat sich der Kreiselternbeirat Realschulen und die Personalversammlung der Schule dagegen gewandt.

Sie meinen, daß steigende Schülerzahlen durch zusätzliche Schulangebote aufgefangen werden sollten und nicht durch Auffüllung und Zusammenlegung zu Mammutsystemen. Sie fordern die Errichtung einer neuen Grund- und Hauptschule mit Modellcharakter. Bei der Gesamtschule sehen sie die Gefahr reiner Ausländerklassen in verschleierter Form, da aufgrund der schlechteren Voraussetzungen der türkischen Kinder, die Gefahr groß ist, daß sie in den unteren Kursen hängen bleiben. (KN v. 23.1.81). Dieser Protest und der Protest der Eltern, der sich u.a. in Leserbriefen in der Stadtteilzeitung „Markt" widerspiegelt, hat schon bewirkt, daß das Schulamt gezwungen wurde, eine teilweise Verbesserung vorzuschlagen. So wurden Stellen für Pädagogen in Vorklassen bewilligt, es fehlen aber die Räume.

Ein Teil der Kinder soll vom erweiterten Angebot der Kindertagesstätten aufgenommen werden, pro Gruppe in einem Verhältnis von 15 deutschen und 5 ausländischen Kindern. Bei den langen Wartelisten wird das zur Zurückweisung anderer Kinder führen. Über den Schulneubau gibt es noch Streit zwischen SPD und CDU. Sicher ist eins – die angebotenen Verbesserungen sind halbherzig, knausrig und verlagern die Probleme teilweise nur. Demgegenüber stehen nach wie vor die berechtigten Forderungen der betroffenen Eltern, Lehrer und der Gewerkschaften.



Die GEW fordert u.a. Doppelzählung der ausländischen Schüler und mehr Lehrstellen. DGB-Forderungen von 1978: Recht auf kostenlose Elementarerziehung mit deutschen Kindern, Ablehnung von Nationalschulen, Einrichtung von Vorbereitungsklassen und Unterricht in der Muttersprache. Der Kampf um die einheitliche Ausbildung für deutsche und ausländische Kinder ist behindert durch die Rechtlosigkeit der Ausländer in der BRD, so daß der Kampf um eine einheitliche Ausbildung und um gleiche Rechte zusammengehört.

Die Lage psychisch Kranker in der BRD

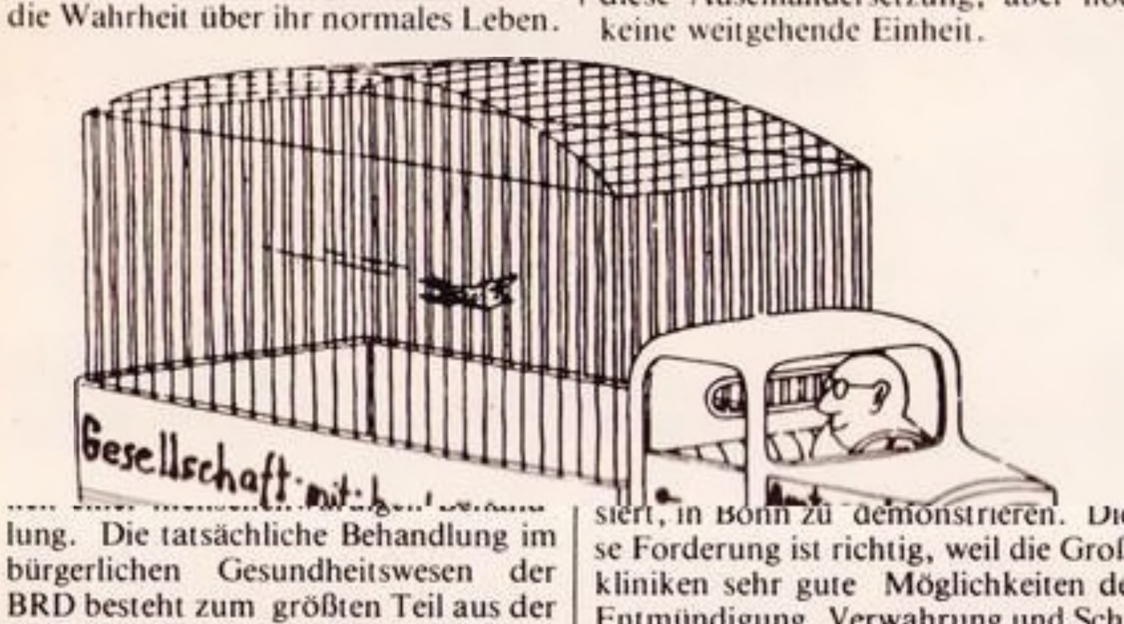
Die Auflösung der Großkrankenhäuser ist richtig

bog. Mit der Kündigung des Arztes Klaus Pramann am psychiatrischen Landeskrankenhaus (LHK) Schleswig durch das Sozialministerium ist die Auseinandersetzung um die Behandlung psychisch Kranker in der BRD erneut ins Blickfeld geraten. Pramann gilt als entschiedener Kritiker der gegenwärtig praktizierten Behandlung. (s.dazu auch Meldung in KVZ Nr.7/81).

Die psychisch und nervösen Krankheiten haben in den letzten Jahrzehnten rasant zugenommen. Ca 1 Mill. Menschen werden in der BRD als „dringend psychiatrisch bzw. psychotherapeutisch behandlungsbedürftig" (innerhalb eines Jahres) angesehen – folgt man der Psychiatrie-Enquete von 1975. Etwa – davon, also ca 250000 Patienten werden jährlich in psychiatrischen Krankenhäusern und Abteilungen aufgenommen. In festen Anstalten sind ständig 120000 psychisch Kranke untergebracht; ungefähr 70 staatliche sowie freigemeinnützige Großkrankenhäuser mit bis zu 3000 Betten beherbergen diese Patienten im wesentlichen, z.B. die LHKs in Neustadt, Heiligenhafen und Schleswig. 13000 Selbstmorde psychisch Kranker und 20000 Frühberentungen jährlich unterstreichen das Ausmaß der psychischen Krankheiten und die Notwendigkeit einer menschenwürdigen Behandlung. Die tatsächliche Behandlung im bürgerlichen Gesundheitswesen der BRD besteht zum größten Teil aus der Isolierung der Kranken und ihrer „Haltung" bei möglichst geringen Kosten und, wenn möglich, gleichzeitiger Ausnutzung billiger Arbeitskraft z.B. für die Montage von Kugelschreibern. Der Einsatz von Psychopharmaka ist die gebräuchlichste Behandlungsmethode: **Haloperidol, Neurocil, Valium,** Dapotum und andere „Ruhigsteller" werden in Mengen verabreicht. Die Aberkennung der vollen Zurechnungsfähigkeit und die Zwangseinweisung gehen dem oft voraus. Ein Versuch des amerikanischen Psychologen Rosenhan von 1973 belegt sehr eindrucksvoll die in der bürgerlichen Psychiatrie herrschende Willkür und Leistungsunfähigkeit. Rosenhan schickte 12 seiner Mitarbeiter zu repräsentativ ausgewählten psychiatrischen Anstalten. Die „Patienten" klagten bei der Vorstellung darüber, daß sie einmal Stimmen gehört hätten; ansonsten erzählten sie die Wahrheit über ihr normales Leben. Alle wurden in die Anstalt eingewiesen und behandelt. Auch jetzt berichteten die Personen stets wahrheitsgemäß und daß die Stimmen nie mehr aufgetreten seien. Bis zu 52 Tagen wurden sie stationär behandelt; 2100 Tabletten wurden ihnen verpaßt, die sie in die Toilette schütteten; keiner wurde als „normal" entlarvt; alle wurden schließlich als „vorübergehend symptomfreie Schizophrene" eingestuft. Lediglich den Mitpatienten waren sie schon in den ersten Tagen als Simulanten aufgefallen.

Gegenüber den Mißständen hat sich in der BRD seit ca 1970 eine Front aus Pflegepersonal, Ärzten und Patienten herausgebildet; der Mannheimer Kreis. Aus ihm ist die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) als festere Organisation hervorgegangen. Sie hat ca 3000 Mitarbeiter und verfolgt im wesentlichen folgendes Ziel:„Wir fordern eine Auflösung der psychiatrischen Großkrankenhäuser und Anstalten durch den Aufbau von Alternativen, die es uns erlauben, die psychosozialen Probleme der Menschen in ihren gesellschaftlichen Alltag einbezogen aufzunehmen und zu behandeln." (Rundbrief DGSP Juni 80) Für die Forderung nach Auflösung der Großkrankenhäuser hat die DGSP im Herbst 1980 ca 5000 Menschen mobilisiert, in Bonn zu demonstrieren. Diese Forderung ist richtig, weil die Großkliniken sehr gute Möglichkeiten der Entmündigung, Verwahrung und Schikanierung bieten, indem sie die Kranken isolieren und die Behandlung der Kontrolle, z.B. durch Familienangehörige entzieht. Auch der Leitsatz der DGSP:„Hilfe zur Selbsthilfe im gesellschaftlichen Leben" weist in die richtige Richtung, nämlich dorthin, woher die psychischen Erkrankungen kommen, in die tatsächlichen sozialen Verhältnisse und die Lage der Volksmassen unter der Herrschaft der Kapitalisten.

Die Forderung nach Auflösung der Großkrankenhäuser ist zur Zeit der Kristallisationspunkt für die Kritik an der Behandlung psychisch Kranker. Ohne Auseinandersetzung um die Psychiatrie selber, ihre Behandlungs- und Diagnosemethoden und um die Entstehung der Psychischen Krankheiten wird die Bewegung aber nicht erfolgreich sein können. In der DGSP gibt es diese Auseinandersetzung, aber noch keine weitgehende Einheit.



Baubeginn der Autobahn Hamburg-Berlin auf der „Hitler-Trasse"

Die Bewegung dagegen muß einheitliche Forderungen finden

reh. Im Großen und Ganzen folgt die Infrastrukturplanung des bürgerlichen Staates dem anarchischen Verlauf der kapitalistischen Ökonomie. Grundlage der Planung ist der „Bedarf", der jeweils aktuell festgestellt und auf die Zukunft hochgerechnet wird, sowie die dem Staat zur Verfügung stehenden Gelder, die nach entsprechenden Verfahren ermittelt werden. Die Krisenzyklen der kapitalistischen Wirtschaft werfen diese Planungen regelmäßig über den Haufen. So auch beim Bundesfernstraßenbau. Wurde noch 1978 verkündet: „Das Autobahnnetz soll rascher (als 1975 in einer Zehnjahresplanung berechnet) aufgebaut werden" (FAZ vom 19.1.78), folgt zwei Jahre später die kalte Dusche:„Hauff will den Autobahnbau weiter einschränken" (FAZ vom 6.11.80). Das 1975 festgelegte Zehnjahresziel soll demnach erst in 17 Jahren erreicht werden. In Norddeutschland sollen nur noch im Bau befindliche Autobahnen und -teilstücke weitergeführt und vollendet werden.

Eine Ausnahme macht die Autobahn Berlin-Hamburg (A 24). Der Bau der Autobahn wurde 1978 zwischen der Bundes- und der DDR-Regierung ausgehandelt, sie soll schon im Herbst 1982 fertiggestellt sein. Weder gibt es für diese Autobahn eine ausgewiesene Bedarfsanalyse, noch ist die Trasse auf schleswig-holsteinischem Gebiet nach dem Linienbestimmungsverfahren entsprechend dem Bundesfernstraßengesetz festgelegt worden. Obwohl Klagen vor dem Verwaltungsgericht in Schleswig laufen, werden Teilabschnitte bereits in Bau genommen und so eine Politik der vollendeten Tatsachen geschaffen.

Bundes- und DDR-Regierung betreiben den Bau der Autobahn, als gelte es einen Wettkampf der „Systeme" auszufechten. Ausnahmsweise scheinen die DDR-Strategen einen Plan über- und vorzeitig erfüllen zu können. Es sei „blamabel" für die Bundesrepublik, wenn der DDR-Abschnitt früher als der westdeutsche fertiggestellt würde, meint Stoltenberg. Der Eifer hat handfeste politische Gründe und ökonomische Triebkräfte. Erklärtermaßen geht es darum, die Verbindung zwischen RGW und BRD auszubauen. Letzteres ist ebenfalls die Begründung der DDR, die für die Sozialimperialisten den Part spielt, Überlegungen westdeutscher Imperialisten zum Bündniswechsel zu fördern (ein „realistischer" Weg zur Wiedervereinigung), andererseits das eigenständige Interesse hat, die totale Abhängigkeit von der Sowjetunion zu lockern.

Was weniger öffentlich ausgebreitet wird, ist die hochrangige militärische Bedeutung der Autobahn. Am 16.8.78 schrieben die Lübecker Nachrichten (seither scheint das Thema tabu): „Die Nordtrassenautobahn trifft im Bundesgebiet auf Nahtstellen zwischen den NATO-Befehlsbereichen Nord und Europa-Mitte. Militärexperten weisen darauf hin, daß Grenzen zwischen Kommandobereichen immer Schwachstellen für die Verteidiger seien und daher vom Angreifer bevorzugt würden. Durch einen Panzervorstoß über die Autobahn in diese Grenze hinein könnte Schleswig-Holstein und Jütland vom übrigen NATO-Gebiet isoliert werden." Andererseits wird erklärt, daß bei aller Beschränkung der Bauvorhaben die Küstenautobahn (Niederlande – Hamburg – Neustadt) und die Autobahn Hamburg-Heide Vorrang hätten. Beide Autobahnen schließen Garnisonen und Anlandehäfen der US-Imperialisten an die Autobahn Hamburg-Berlin an.

Bezeichnenderweise stützt sich die Bundesregierung bei der Durchsetzung des Baus der Autobahn auf die Vorarbeiten der Reichsautobahnplaner. 60% der sogenannten „Hitler-Trasse" auf schleswig-holsteinischem Gebiet sind seit der Zeit in Staatsbesitz. Halt gemacht hatte die rigorose Enteignungspolitik schon damals vor dem Bismarckschen Grundbesitz, so daß heute der vor den bürgerlichen Gerichten seinen Grundbesitz verteidigende Enkel Otto von Bismarcks, als der Sprecher der Bewegung gegen den Autobahnbau in der bürgerlichen Presse verkauft wird.

Der Widerstand gegen den Autobahnbau ist im Kreis Lauenburg und Stormarn erheblich, er ist aber äußerst zersplittert und unter bürgerlicher Führung, so daß die Interessen der Werktätigen und Bauern zusehends in einen Streit Für und Wider Nordtrasse oder Alternativtrasse Mitte-Süd zu verkommen drohen. Eine völlige Ablehnung des Baus ist berechtigt und kann auch nur die Einheit der Bewegung schaffen.

„Müssen Blut, Schweiß und Tränen fließen?"
Zur wirtschaftlichen Lage-Beurteilung durch die IHK
pes. Die Einschätzung der Aufgaben zur Sanierung der Krise der Profitproduktion in Schleswig-Holstein hat der Präsident der IHK Kiel, Jenne, im Jahresbericht der Kammer zusammengefaßt: „Müssen wieder Blut und Tränen fließen, weil wir nicht bereit sind, Schweiß zu vergießen, eine Zeitlang mehr statt weniger zu arbeiten?" In die Zitatensammlung für die Presse ist diese Blüte nicht eingegangen, wohl aber die konkreten Zielsetzungen der Kapitalisten für die nächste Zukunft. Unter dem Motto „mehr Autorität und Selbstvertrauen, mehr regieren statt verwalten" sollen durch die Regierung durchgesetzt werden: „das Kernkraftwerk Brokdorf, die Autobahn Hamburg-Berlin, der Großflughafen Kaltenkirchen, die südliche Güterumgehungsbahn von S-H über Maschen, die Elbquerung bei Pagensand, der Standort einer Veredelungsanlage für Importkohle". Dies würde Investitionsvorhaben in einer Höhe von „50 bis 60 Mrd. DM entfesseln".
Zur gegenwärtigen wirtschaftlichen
ist daher ein positiver Arbeitsplatzeffekt nicht herzuleiten."
In den letzten 4 Monaten stieg die Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein auf 6,6%, das ist die zweithöchste im gesamten Bundesgebiet. In einigen ländlichen Bereichen ist sie wesentlich höher: In Plön z.B. 8,1%, in Lütjenburg 10,7%. Im Bereich des Arbeitsamtes Kiel sind im Februar 1100 neue Arbeitslose hinzugekommen, so daß fast 11000 in diesem Bereich ohne Arbeit sind, während die Zahl der offenen Stellen gerade 1500 beträgt.
Im Bereich der Metallindustrie ist die Entwicklung der Profite besser als im Bundesdurchschnitt, geben die Kapitalisten zu. Das liegt daran, daß Bereiche der Investitionsgüterindustrie noch nicht von der Krise erfaßt sind, was aber eine Frage von Monaten ist, weil die Bestellungen der Kapitalisten für Maschinen und Anlagen zurückgehen werden.
Insgesamt sehen die Kapitalisten die Basis für die Ausnutzung der Krise zur Steigerung der Ausbeutung als nicht
nalisierungsinvestitionen wollen die Kapitalisten die Krise nutzen, um das Lohnniveau zu drücken und die Überarbeit zu verstärken.
Während bei HDW im letzten Jahr über eine Million Überstunden gemacht werden mußten, bei MaK die Überstunden um 20% angestiegen, bei Ortopedia z.B. jetzt Zweischichtbetrieb eingeführt werden soll, werden in anderen Metallbetrieben wie Hagenuk Entlassungen vorgenommen.
Wenn am 28.2. die Friedenspflicht in der Metallindustrie ausläuft, stellt sich die Aufgabe in den Betrieben, diese widersprüchliche Lage zu nutzen, um die Kapitalisten unter Druck zu setzen. Die Aufträge setzen sie unter Druck, produzieren zu müssen. Sie wollen das mit immer weniger Arbeitern durchziehen (Die Zahl der Arbeiter in der Metallindustrie in S-H ist im Jahre 1980 gerade um 30 angestiegen), Verweigerung von Überstunden und Ablehnung neuer Schichten verbessern die Kampfposition der Arbeiter.
Die IG Metall hat angekündigt,

lung. Die tatsächliche Behandlung im bürgerlichen Gesundheitswesen der BRD besteht zum größten Teil aus der Isolierung der Kranken und ihrer „Haltung" bei möglichst geringen Kosten und, wenn möglich, gleichzeitiger Ausnutzung billiger Arbeitskraft z.B. für die Montage von Kugelschreibern. Der Einsatz von Psychopharmaka ist die gebräuchlichste Behandlungsmethode: Haloperidol, Neurocil, Valium, Dapotum und andere „Ruhigsteller" werden in Mengen verabreicht. Die Aberkennung der vollen Zurechnungsfähigkeit und die Zwangseinweisung gehen dem oft voraus. Ein Versuch des amerikanischen Psychologen Rosenhan von 1973 belegt sehr eindrucksvoll die in der bürgerlichen Psychiatrie herrschende Willkür und Leistungsunfähigkeit. Rosenhan schickte 12 seiner Mitarbeiter zu repräsentativ ausgewählten psychiatrischen Anstalten. Die „Patienten" klagten bei der Vorstellung darüber, daß sie einmal Stimmen gehört hätten; ansonsten erzählten sie die Wahrheit über ihr normales Leben.
siert, in Bonn zu demonstrieren. Diese Forderung ist richtig, weil die Großkliniken sehr gute Möglichkeiten der Entmündigung, Verwahrung und Schikanierung bieten, indem sie die Kranken isolieren und die Behandlung der Kontrolle, z.B. durch Familienangehörige entzieht. Auch der Leitsatz der DGSP:„Hilfe zur Selbsthilfe im gesellschaftlichen Leben" weist in die richtige Richtung, nämlich dorthin, woher die psychischen Erkrankungen kommen, in die tatsächlichen sozialen Verhältnisse und die Lage der Volksmassen unter der Herrschaft der Kapitalisten.
Die Forderung nach Auflösung der Großkrankenhäuser ist zur Zeit der Kristallisationspunkt für die Kritik an der Behandlung psychisch Kranker. Ohne Auseinandersetzung um die Psychiatrie selber, ihre Behandlungs- und Diagnosemethoden und um die Entstehung der Psychischen Krankheiten wird die Bewegung aber nicht erfolgreich sein können. In der DGSP gibt es diese Auseinandersetzung, aber noch keine weitgehende Einheit.



(aus: „Der Ausblick, Unabhängige Zeitung entmündigter, aber nicht mundtoter Patienten am LKH Schleswig")

für diese Autobahn eine ausgewiesene Bedarfsanalyse, noch ist die Trasse auf schleswig-holsteinischem Gebiet nach dem Linienbestimmungsverfahren entsprechend dem Bundesfernstraßengesetz festgelegt worden. Obwohl Klagen vor dem Verwaltungsgericht in Schles-
desgebiet auf Nahtstellen zwischen den NATO-Befehlsbereichen Nord und Europa-Mitte. Militärexperten weisen darauf hin, daß Grenzen zwischen Kommandobereichen immer Schwachstellen für die Verteidiger seien und daher vom Angreifer bevorzugt würden.
tätigen und Bauern zusehends in einen Streit Für und Wider Nordtrasse oder Alternativtrasse Mitte-Süd zu verkommen drohen. Eine völlige Ablehnung des Baus ist berechtigt und kann auch nur die Einheit der Bewegung schaffen.

„Müssen Blut, Schweiß und Tränen fließen?"

Zur wirtschaftlichen Lage-Beurteilung durch die IHK

pes. Die Einschätzung der Aufgaben zur Sanierung der Krise der Profitproduktion in Schleswig-Holstein hat der Präsident der IHK Kiel, Jenne, im Jahresbericht der Kammer zusammengefaßt: „Müssen wieder Blut und Tränen fließen, weil wir nicht bereit sind, Schweiß zu vergießen, eine Zeitlang mehr statt weniger zu arbeiten?" In die Zitatensammlung für die Presse ist diese Blüte nicht eingegangen, wohl aber die konkreten Zielsetzungen der Kapitalisten für die nächste Zukunft. Unter dem Motto „mehr Autorität und Selbstvertrauen, mehr regieren statt verwalten" sollen durch die Regierung durchgesetzt werden: „das Kernkraftwerk Brokdorf, die Autobahn Hamburg-Berlin, der Großflughafen Kaltenkirchen, die südliche Güterumgehungsbahn von S-H über Maschen, die Elbquerung bei Pagensand, der Standort einer Veredelungsanlage für Importkohle". Dies würde Investitionsvorhaben in einer Höhe von „50 bis 60 Mrd. DM entfesseln".

Zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage wird sich wie folgt geäußert: „Im 4. Quartal 1980 zeichnete sich eine Abschwächung der Konjunkturentwicklung ab. Hoffnungen auf einen nicht zu starken Einbruch gründen sich aber z.Zt. noch auf die sich relativ stabil erweisende Investitionsneigung, die im überwiegenden Maße aber nicht Erweiterungsinvestitionen umfaßt. Hieraus ist daher ein positiver Arbeitsplatzeffekt nicht herzuleiten."

In den letzten 4 Monaten stieg die Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein auf 6,6%, das ist die zweithöchste im gesamten Bundesgebiet. In einigen ländlichen Bereichen ist sie wesentlich höher: In Plön z.B. 8,1%, in Lütjenburg 10,7%. Im Bereich des Arbeitsamtes Kiel sind im Februar 1100 neue Arbeitslose hinzugekommen, so daß fast 11000 in diesem Bereich ohne Arbeit sind, während die Zahl der offenen Stellen gerade 1500 beträgt.

Im Bereich der Metallindustrie ist die Entwicklung der Profite besser als im Bundesdurchschnitt, geben die Kapitalisten zu. Das liegt daran, daß Bereiche der Investitionsgüterindustrie noch nicht von der Krise erfaßt sind, was aber eine Frage von Monaten ist, weil die Bestellungen der Kapitalisten für Maschinen und Anlagen zurückgehen werden.

Insgesamt sehen die Kapitalisten die Basis für die Ausnutzung der Krise zur Steigerung der Ausbeutung als nicht schlecht an. In der Industrie sind die Umsätze im letzten Jahr um 9,6% gestiegen bei annähernd gleicher Beschäftigungszahl. In der Metallindustrie sind die Umsätze nur um 4% gestiegen bei gleichzeitiger Steigerung der Produktion um 8% und der Auftragseingänge um 6% gegenüber dem Vorjahr. Auf der Grundlage neuer Rationalisierungsinvestitionen wollen die Kapitalisten die Krise nutzen, um das Lohnniveau zu drücken und die Überarbeit zu verstärken.

Während bei HDW im letzten Jahr über eine Million Überstunden gemacht werden mußten, bei MaK die Überstunden um 20% angestiegen, bei Ortopedia z.B. jetzt Zweischichtbetrieb eingeführt werden soll, werden in anderen Metallbetrieben wie Hagenuk Entlassungen vorgenommen.

Wenn am 28.2. die Friedenspflicht in der Metallindustrie ausläuft, stellt sich die Aufgabe in den Betrieben, diese widersprüchliche Lage zu nutzen, um die Kapitalisten unter Druck zu setzen. Die Aufträge setzen sie unter Druck, produzieren zu müssen. Sie wollen das mit immer weniger Arbeitern durchziehen (Die Zahl der Arbeiter in der Metallindustrie in S-H ist im Jahre 1980 gerade um 30 angestiegen), Verweigerung von Überstunden und Ablehnung neuer Schichten verbessern die Kampfposition der Arbeiter.

Die IG Metall hat angekündigt, Streiks und Warnstreiks mit Demonstrationen und Kundgebungen in den Städten zu verbinden. Das schafft gute Bedingungen, die Taktiken der Kapitalisten breit zu enthüllen und ihrer Hetzpropaganda entgegenzutreten. Es ist noch lange nicht ausgemacht, daß der Konsul Jenne nicht ins Schwitzen kommt.

Das samische Volk soll leben

lij. Kiel. Am 18.2.81 fand in Kiel eine Veranstaltung zur Unterstützung des samischen Volkes statt. Initiator war die „Gesellschaft für bedrohte Völker, GfbV – Kiel". Die Samen, oft hinterhältig „Lappen" genannt, kämpfen gegen den Bau eines Staudamms in Norwegen und damit um ihre Existenz als Urvolk (wir berichteten in KVZ Nr. 7 davon). Über 200 Besucher waren gekommen und als Gäste zwei samische Frauen und ein Norweger. Sie dokumentierten in einem Diavortrag ihren Kampf seit 1979, ihre Kultur und ihr Leben. Fünf Samen stehen seit 26 Tagen im Hungerstreik; sie sind jetzt alle ins Krankenhaus eingeliefert worden. Die samischen Frauen sind sehr selbstbewußt. Da sie von ihrem Volk nie unterdrückt wurden, bilden sie eine starke Kraft im Kampf. Jetzt im Februar besetzten sie das Büro der neuen Ministerpräsidentin Brundland, die sie daraufhin von einem Psychiater auf ihren Geisteszustand hin untersuchen lassen wollte! Daß sie den nicht brauchen, bewiesen die beiden Frauen hier. Sie forderten uns auf, für Unterstützung ihres Kampfes in den Gewerkschaften zu sorgen und Telegramme an die norwegische Regierung zu schicken mit dem Text: „ – Hört auf die Samenfrauen! – Stoppt den Bau des Staudammes bevor er Menschenleben kostet! – Die Rechte des Samenvolkes als Urgesellschaft sollen in die Verfassung kommen!" Die Regierung hat zugesagt, die Rechte des Samenvolkes sofort anzuerkennen, wenn sie aufhören, zu demonstrieren und den Bau des Staudammes nicht mehr behindern. Darauf lassen sich die Samen nicht ein, sie werden den Bau verhindern, dann eben mit anderen Mitteln als bisher.

Landesregierung konnte Sparerlaß nicht durchsetzen

ulr. Der neue Landeshaushalt des Landes Schleswig-Holstein war noch nicht verabschiedet, aber der Erlaß, daß neue Planstellen 8 Monate nicht besetzt werden dürfen und freiwerdende Stellen mindestens vier Monate nicht wieder besetzt werden dürfen, wurde am 22.1. in den Kieler Nachrichten veröffentlicht. Ausgenommen sollten die Bereiche bleiben, in denen Schichtdienst geleistet wird. Also Pflegebereiche in den Uni-Kliniken und Polizei. Gleich nach dem Bekanntwerden dieses Erlasses gab es Protest von Seiten der ÖTV Abteilung Gesundheitswesen, die gegen diesen Erlaß ein Flugblatt herausgab und einen Offenen Brief des Vorsitzenden der Abteilung. In diesem Brief wurde unter anderem aufgeführt, daß ein Planstellenstop in Küche und Wäscherei zu unzumutbaren Zuständen in den Uni-Kliniken führt, da in diesen Bereichen hohe Fluktuation herrscht. Ein Planstellenstop kann gerade zu Mangelversorgung der Patienten führen. Die Landesregierung hat jetzt den Planstellenstop und Einstellungsstop für diese Bereiche zurückgenommen.

Schleswig: Initiative gegen Häuserabriß

sal. In Schleswig hat sich eine Initiative gebildet, die den Abriß des „Hela-Hauses" verhindern will. Dies ist eines der letzten alten Häuser in der Schleswiger Innenstadt und soll nach dem Willen der Besitzer einem Betonpalast weichen. Bereits vor gut einem Jahr hatten die Teilnehmer einer öffentlichen Bürgerversammlung in einer Resolution die Eigentümer aufgefordert, das Haus nicht abreißen zu lassen. Derzeit führen die Unabhängige Bürgerinitiative Umweltschutz Schleswig (UBUS), der Verein Schönes Schleswig sowie der Kreisverband der GRÜNEN eine gemeinsame Unterschriftensammlung durch, um so Druck auf die Eigentümer auszuüben und den Abriß des Hauses doch noch zu verhindern.

Erfolg bei AStA-Bildung

ang. Kieler Universität. Die Bemühungen der Fachschaftsgruppen, mit den Jungsozialisten eine Koalition auf einem richtigen Aktionsprogramm einzugehen, sind erfolgreich ausgegangen. Letzte Woche Donnerstag wurde der AStA mit 5 Referenten der Jungsozialisten und 5 Referenten aus den Fachschaftsgruppen gewählt. Das Aktionsprogramm enthält Festlegungen zum Kampf gegen BAFÖG-Senkungen und Stellen- und Mittelkürzungen, Studienverschärfungen und Wohnungsnot. Der AStA ruft auf zur Großkundgebung in Brokdorf am 28.2. auf der Grundlage des Aufrufs des BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz). Als erste gemeinsame Maßnahme wurde im Studentenparlament ein Brief an Bundeskanzler Schmidt zum Thema El Salvador verabschiedet, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, die FDR als die einzig legitime politische Vertretung des Volkes von El Salvador anzuerkennen. Die Einmischungen und Interventionsdrohungen der USA werden verurteilt.

Veranstaltungskalender

Kiel, 26.2., 19 Uhr, Holstengaststätte Stender, Waitzstr.:
Offenes Gründungstreffen der **Arbeitsgruppe „Interessen der sowjetischen Außenpolitik in Asien"** aus Kampuchea-Initiative, Gruppe der afghanischen und eritreischen Studenten.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telex 413080 kuehl d, Telefon 0611/730231, Sekretär Hans-Gerhart Schmierer; Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: 2000 Hamburg 50, Kleine Rainstraße 21, Tel. 040/ 39 49 04;verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 – 12/16: Bernhard Peters, für die Seiten 13 – 15: Lutz Plümer ; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Die Zeitung erscheint wöchentlich und kostet ab 1/1981 als Einzelexemplar 1 DM, Jahresabonnement 50 DM, Halbjahresabonnement 25 DM, Vierteljahresabonnement 13 DM (zuzüglich Postgebühren, z.Zt. als Postvertriebsstück für das Inland 0,159 DM pro Ausgabe) – Verlängerungen oder Neubestellungen erbitten wir an den Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234.

Lessing und Heine

Höhepunkte in der unrühmlichen Epoche des deutschen Bürgertums

Lessing und Heine, der erste seit 200, der zweite seit 125 Jahren tot, sind bis heute umstritten. Denken wir nur an unsere eigenen Stellungnahmen, nach denen Lessing Wegbereiter der Bourgeoisie (mit historisch fortschrittlichen, aber heute überholten, wenn nicht reaktionären Auffassungen) und Heine der zynische Intellektuelle, der auch noch Herwegh, den impulsiven Trommler der 48er Revolution, der Überschwenglichkeit und Plattheit seiner Gedicht eund Lieder wegen kritisieren mußte.





links, Heinrich Heine (1797-1895) nach einer Bronzeplastik von David d'Angers. Gotthold Ephraim Lessing (1729-1781); Gemälde von Y.O.May zugeschrieben (1767)

ulh. In einem 2-seitigen Gedenkartikel in der FAZ nennt der Literaturprofessor Marcel Reich-Ranicki Lessing den ,,Immer bewunderten und bemitleideten doch weder geliebten noch beliebten Klassiker'' (FAZ, 14.2.) 1981). Die Thesen seines Artikels: Lessings Bühnenwerke sind nicht gerade Meilensteine in der deutschen Dichtkunst; Lessings Polemiken sind oft reichlich überzogen und gefallen sich darin, schwächere Gegner fertig zu machen; Lessings theoretische Schriften sind, was die Kritik der damaligen Literatur angeht, allgemein, was die Überlegungen bezüglich der Theatertheorie angeht, unsystematisch. Fazit: Lessings Hauptverdienst bestehe darin, die Kritik als Institution in Deutschland eingeführt zu haben.

Im folgenden will ich auf die Frage der Bühnenwerke und die der Polemik eingehen.

Lessings bekannteste Bühnenwerke sind ,,Miß Sara Sampson'', ,,Minna von Barnhelm'', ,,Emilia Galotti'' und ,,Nathan der Weise''. Reich-Ranicki belegt seine Behauptung, daß diese Werke nicht beliebt seien, anhand zahlreicher Äußerungen anerkannter Schriftsteller oder Publizisten. Er qlärt aber gar nicht, was das Kriterium ist, anhand dessen er ,,Beliebtheit'' mißt.

Ich halte zwei Kriterien für wesentlich; a) die Gedanken, die in einem Stück zum Ausdruck gebracht werden, die Aussage des Stückes, kurz: der Inhalt, und b) die Art, in der diese Gedanken dargestellt werden, der Handlungsaufbau, der Stil, die Sprache, kurz: die Form.

Wenn ich Werke von Lessing lese, so kann ich nicht sagen, daß ich seine Stücke,,verschlinge'', daß sie mich fesseln im Sinne von Hingerissensein oder wie Reich-Ranicki sagt ,,geliebt''. Dennoch kann ich seiner Schlußfolgerung, daß Lessings Bühnenwerke deshalb keine Meilensteine in der deutschen Dichtkunst seien, nicht zustimmen. Was ich an Lessings Stücken bewundere, ist die Klarheit, mit der er die Widersprüche seiner Epoche aufgreift, sie durchdringt und seine Lösungsmöglichkeiten für diese Konflikte aufzeigt.

(Als Beispiel nebenstehender Artikel zu ,,Nathan'', der am 15.2. im Fernsehen gezeigt wurde.) Wegen ihrer konsequenten Kritik des Feudalismus, wegen ihrer kritischen Gedanken, die epochenübergreifend bis heute fortbestehende Übel wie blinde Eiferei, Kriechertum und Intriganz anprangern und dagegen Wahrheitsliebe, Mut und Vernunft propagieren, deshalb halte ich Lessings Bühnenstücke für Meilensteine der deutschen Dichtung.

Eine Weiterentwicklung im literaturwissenschaftlichen Sinne bilden Heines Dichtungen, was das Kriterium der Form anbetrifft. Heine hat viel Überlegung darauf verwendet, wie die großen Ideen, die die fortschrittlichen Dichter dem Volk vermitteln wollen, auch Eingang in das Gedankengut des Volkes finden können. Heines Verdienst ist es, populäre Formen wie Sagen, Märchen, Volkslieder u.ä. aufgegriffen und mit neuen Inhalten gefüllt zu haben. Ein Prinzip, was nach ihm viele Schriftsteller benutzt und z.T. weiterentwickelt haben und Mao in seinen Aussprachen über Literatur und Kunst als notwendige Popularisierung der Dichtungen gefordert hat.

Besondere Verdienste haben Lessing und Heine sich auf dem Gebiet der Polemik erworben. Diese Verdienste werden den beiden Dichtern insbesondere von bürgerlicher Seite am heftigsten vorgeworfen: Ihre Polemik sei hoffnungslos überzogen.

Überzogen ist nicht die Polemik, überzogen waren die Verhältnisse in Deutschland, gegen die sich die Polemik richtete. Sowohl was das Treiben der feudalen Reaktion als auch das politische Bewußtsein der deutschen Bürger anbelangte.Heine und Lessing waren erklärte Kämpfer gegen Spießbürgerlichkeit, Beengtheit des Horizonts, Unterwürfigkeit, blinden Fanatismus und Dumpfheit; gegen eine Geisteshaltung, die Hypothek einer besonderen geschichtlichen Entwicklung war.

Seit den Bauernkriegen (1525) bis hin zur bürgerlichen Revolution (1848) hat es in Deutschland keine Bewegung gegeben, die dem Feudalismus auch nur annähernd eine Schlappe beigebracht hätte. Und selbst die Kämpfe von 1525 und 1848 waren nicht siegreich. Vor 1525 hat die deutsche Reaktion dann noch Urständ mit den Kreuzzügen und der Ostkolonisation gefeiert. Dagegen wurde in England bereits 1215 mit der Magna Charta, einem Gesetz, das Rechte der verschiedenen Gesellschaftsklassen gegen die feudale Zentralregierung festhielt, dem Treiben des Feudalismus Schranken gezogen. 1649 folgte die Errichtung der Republik und die Hinrichtung des Königs, 1679 die Habeas-Corpus-Akte, die die persönliche Freiheit jedes Einzelnen gegenüber der Regierung sicherte. Frankreich schaffte sich unter den absoluten Fürsten einen Nationalstaat, entwickelte eine nationale Wirtschaft und stürzte den feudalen Absolutismus, nachdem er über 50 Jahre nichts mehr als gewaltige Wirtschaftskrisen zu produzieren im Stande war. Die bürgerliche Revolution von 1789 wuchs über die englische hinaus, indem sie in der Zeit von 1791-93 die soziale Diktatur auf ihre Fahnen schrieb und damit in Ansätzen bereits über eine bürgerliche Revolution hinaus ging.

Konnte sich das Volk in England und Frankreich seiner Unterdrückung Luft machen, so gelang das dem deutschen Volk nicht; im Gegenteil, es war immer perfideren Unterdrückungsmehoden (dem ,,aufgeklärten Absolutismus'' unter Friedrich II.) unterworfen und einer Propagandawelle von Kirche und Schriftstellern ausgesetzt, die das ,,Sich-Bescheiden'', die Demut, die Abgeklärtheit noch als besondere Werte verkauften.

Ich denke, man muß Lessing und Heine für ihre Polemik, für ihre Ironie, für ihre Enthüllung der tatsächlich elenden politischen und geistigen Verhältnisse in Deutschland dankbar sein.

der Bühnenwerke und die der Polemik eingehen.

Lessings bekannteste Bühnenwerke sind ,,Miß Sara Sampson'', ,,Minna von Barnhelm'', ,,Emilia Galotti'' und ,,Nathan der Weise''. Reich-Ranicki belegt seine Behauptung, daß diese Werke nicht beliebt seien, anhand zahlreicher Äußerungen anerkannter Schriftsteller oder Publizisten. Er qlärt aber gar nicht, was das Kriterium ist, anhand dessen er ,,Beliebtheit'' mißt.

Ich halte zwei Kriterien für wesentlich; a) die Gedanken, die in einem Stück zum Ausdruck gebracht werden, die Aussage des Stückes, kurz: der Inhalt, und b) die Art, in der diese Gedanken dargestellt werden, der Hand-

epochenübergreifend bis heute fortbestehende Übel wie blinde Eiferei, Kriechertum und Intriganz anprangern und dagegen Wahrheitsliebe, Mut und Vernunft propagieren, deshalb halte ich Lessings Bühnenstücke für Meilensteine der deutschen Dichtung.

Eine Weiterentwicklung im literaturwissenschaftlichen Sinne bilden Heines Dichtungen, was das Kriterium der Form anbetrifft. Heine hat viel Überlegung darauf verwendet, wie die großen Ideen, die die fortschrittlichen Dichter dem Volk vermitteln wollen, auch Eingang in das Gedankengut des Volkes finden können. Heines Verdienst ist es, populäre Formen wie Sagen, Märchen, Volkslieder u.ä. aufge-

und Heine sich auf dem Gebiet der Polemik erworben. Diese Verdienste werden den beiden Dichtern insbesondere von bürgerlicher Seite am heftigsten vorgeworfen: Ihre Polemik sei hoffnungslos überzogen.

Überzogen ist nicht die Polemik, überzogen waren die Verhältnisse in Deutschland, gegen die sich die Polemik richtete. Sowohl was das Treiben der feudalen Reaktion als auch das politische Bewußtsein der deutschen Bürger anbelangte.Heine und Lessing waren erklärte Kämpfer gegen Spießbürgerlichkeit, Beengtheit des Horizonts, Unterwürfigkeit, blinden Fanatismus und Dumpfheit; gegen eine Geisteshaltung, die Hypothek einer besonderen

tion dann noch Urständ mit den Kreuzzügen und der Ostkolonisation gefeiert. Dagegen wurde in England bereits 1215 mit der Magna Charta, einem Gesetz, das Rechte der verschiedenen Gesellschaftsklassen gegen die feudale Zentralregierung festhielt, dem Treiben des Feudalismus Schranken gezogen. 1649 folgte die Errichtung der Republik und die Hinrichtung des Königs, 1679 die Habeas-Corpus-Akte, die die persönliche Freiheit jedes Einzelnen gegenüber der Regierung sicherte. Frankreich schaffte sich unter den absoluten Fürsten einen Nationalstaat, entwickelte eine nationale Wirtschaft und stürzte den feudalen Absolutismus, nachdem er über 50 Jahre nichts mehr als gewaltige Wirtschaftskrisen

und Frankreich seiner Unterdrückung Luft machen, so gelang das dem deutschen Volk nicht; im Gegenteil, es war immer perfideren Unterdrückungsmehoden (dem ,,aufgeklärten Absolutismus'' unter Friedrich II.) unterworfen und einer Propagandawelle von Kirche und Schriftstellern ausgesetzt, die das ,,Sich-Bescheiden'', die Demut, die Abgeklärtheit noch als besondere Werte verkaufen.

Ich denke, man muß Lessing und Heine für ihre Polemik, für ihre Ironie, für ihre Enthüllung der tatsächlich elenden politischen und geistigen Verhältnisse in Deutschland dankbar sein.

,,Nathan, der Weise fürs Fernsehen zurechtgemacht

Heinrich-Heine-Tage in der ,,Fabrik''

,,Nathan, der Weise fürs Fernsehen zurechtgemacht

Um was geht es in diesem Stück, das Lessing 1779 geschrieben hat?

Zur Zeit der Kreuzzüge am Ende des 12. Jahrhunderts treffen in Jerusalem Repräsentanten der drei großen Weltreligionen zusammen: des Christentums, des Islam und des Judentums. Nathan, der Jude, hat, nachdem Christen seine Frau und seine 7 Söhne getötet haben, ein kleines Christenmädchen an Kindes statt aufgenommen. Als junge Frau wird dieses Mädchen, Recha, aus dem brennenden Haus Nathans gerettet, und zwar von einem Tempelherrn (Kreuzritter), der gerade von dem islamischen Sultan, Saladin, begnadigt worden war. Der Kreuzritter und Recha verlieben sich. Dem Kreuzritter wird von Rechas christlicher Erzieherin, Daja, zugetragen, daß Recha gar keine Jüdin, sondern ,,Christin von Geblüt'' sei. Der jugendlich-fanatische Kreuzritter wendet sich daraufhin an den christlichen Patriarchen von Jerusalem, um sich Rat zu holen. Der Patriarch wettert, daß ein Jude, der einen solchen Frevel begehe, eine Christin zur Jüdin zu erziehen, auf den Scheiterhaufen gehöre.

In einem Gespräch mit dem islamischen Sultan hat Nathan unterdessen seine Weisheit unter Beweis gestellt. Auf Saladins Frage, welche Religion denn nun die beste sei, antwortet er mit einem orientalischen Märchen. Fazit dieses Märchens (Ringparabel): Alle Religionen sind gleich wahr und gleich falsch. Keine darf sich anmaßen, allein wahr und recht sein zu wollen. Nicht die Frage, ob ein Mensch Jude, Mohammedaner oder Christ sei, ist wichtig, sondern das, was er aus seiner religiösen Anschauung macht. In der Praxis, an den Ergebnissen wird sich zeigen, ob überhaupt eine und wenn, welche Religion wahr ist. Zur Untermauerung dieser These endet das Stück auch damit, daß menschliche Vernunft und Gefühle über die religiösen Divergenzen triumphieren.

In Fernsehzeitschriften wurde über das Stück gesagt:,,Nathan, stets auf Ausgleich bedacht, gewinnt trotzdem das Herz des Tempelherrn und wird am Ende sogar ein Freund des Sultans.'' Um die Linie der prinzipienlosen Versöhnung als die beherrschende des Stücks herauszustellen, wurde ,,Nathan'' fürs Fernsehen um ein Fünftel gekürzt, wobei Wesentliches unter den Tisch fiel.

Zum Beispiel: der Sultan hat einen Derwisch zu seinem Schatzmeister gemacht, der jedoch mit seinem Amt unzufrieden ist. Er zahlt zwar auf Geheiß des Sultans zahllose Almosen an die Armen aus, weiß aber, daß dies nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Die Textstelle, wo der Derwisch am schärfsten seine Tätigkeit verurteilt, wurde gestrichen:

> Laßt meiner Geckerei mich doch nur auch erwähnen! – Was, es wäre nicht Geckerei an solchen Geckereien die gute Seite dennoch aufzuspüren, um Anteil, dieser guten Seite wegen, an dieser Geckerei zu nehmen? He? das nicht?

Ich denke, daß Lessing keineswegs die allgemeine Versöhnung predigen will, sondern das Problem einer Gesellschaft, in der es Arme und Reiche gibt, sehr wohl sieht; deshalb läßt er solche Figuren wie den Derwisch überhaupt auftreten. Sein Anliegen mit ,,Nathan'' war vielmehr, dem blinden Fanatismus entgegenzutreten.

Diesem Anliegen trug die Fernsehbearbeitung nicht Rechnung. Textstellen, in denen Daja schönfärberische Propaganda für ihre ,,wahre Lehre'' macht und deshalb zurückgewiesen wird, wurden gekürzt. Am drastischsten waren die Kürzungen an den Stellen, wo die Verlogenheit der christlichen Eiferei entlang der Person des Patriarchen dargelegt wird.

> TEMPELHERR: Ich wich ihm lieber aus. – Wär nicht mein Mann! – Ein dicker, roter, freundlicher Prälat! Und welcher Prunk? KLOSTERBRUDER: Ihr solltet ihn erstmal sehen, nach Hofe sich erheben. Itzo kömmt er nur von einem Kranken.

Was Lessing in seinem Stück verdammt, den Dogmatismus und Fanatismus, der nicht bereit ist, seine Auffassungen an der Wirklichkeit zu überprüfen, das Zurschautragen großer Weltanschauungen, hinter denen dann um so hemmungsloser Unterdrückung betrieben wird, diese Anklagen sind auch heute noch aktuell.

Heinrich-Heine-Tage in der ,,Fabrik''

Heinrich Heine war Schriftsteller und Journalist. Zuerst der romantischen Natur-und Liebeslyrik verschrieben, wandte sich Heine bald auch der politischen Dichtung zu. Seine Angriffe auf Feudalismus und Reaktion lieferten ihn der ständigen Überwachung der Zensur aus. 1831 wanderte Heine nach Paris aus. Die französische Julirevolution 1830, zwar vom Volk getragen, deren Früchte aber von der Bourgeoisie geerntet wurden, machte Heine zum schärfsten Kritiker sowohl der feudalen Reaktion wie der Bourgeoisie. Gleichzeitig verurteilte Heine Schriftstller wie Börne oder Herwegh, die in naiver Revolutionsbegeisterung dazu tendierten, jede Bewegung, Hauptsache aus dem ,Volk', begeistert zu loben und die komplizierten Verhältnisse der revolutionären Bewegung zu verflachen oder gar nicht zur Kenntnis nehmen.

Heine arbeitete mit Karl Marx zusammen und betrachtete den Kommunismus als natürliche Folgerung der berechtigten Forderungen der unterdrückten Klassen nach menschlichen Lebensbedingungen. Heine arbeitete als Journalist für bürgerliche Zeitungen und legte sich die daraus folgenden Beschränkungen auf, um ein möglichst großes Publikum wenigstens mit den politischen Entwicklungen vertraut zu machen.

In der Hamburger ,,Fabrik'' fanden vom 16. – 18.2. Heine-Tage, organisiert von der Heinrich-Heine-Gesellschaft, statt, die der Würdigung, der aktuellen Bedeutung und der Auseinandersetzung um den Dichter gewidmet waren. Insgesamt kann man das Unternehmen als gelungen bezeichnen, was sich nicht zuletzte an dem über drei Tage fortdauernden Interesse von hunderten Besuchern zeigte, so daß die ,,Fabrik'' an jedem Abend überfüllt war.

Den Auftakt der Heine-Tage bildete ein Gedichte-und Liederabend, der einen gut ausgewählten Querschnitt aus Heines Gedichten bot: von schmerzlichem Liebesleid, milder Ironie über die Vertrocknetheit und Prüderie der Spießer, gehässigster Ironie gegen Adel und Reaktion bis zu metaphorischer Darstellung der stärker werdenden Volksbewegung und ihrer Ziele.

Am zweiten Abend sollte ein Podium, bestehend aus K. Briegleb (Diskussionsleitung, K. Plog (Frankfurter Rundschau, L. Baier (freier Journalist), M. Siegert (taz) und M. v.Konta (Stern), über Heines Konzept des Journalismus und die eigene Position dazu debattieren. Siegert (taz) brachte die Ausrichtung des Ganzen auf eine etwas unglückliche Ebene, da er für sich und die ,,taz'' in Anspruch nahm, politisch Partei ergriffen zu haben, mit der Bewegung verbunden zu sein und eine bestimmte Führungsrolle in der ,Linken' wahrzunehmen. Der Rest des Podiums ließ sich in die Defensive drängen und versuchte, nur noch zu erklären, warum sie nun nicht für die ,taz' schreiben, bzw. daß sie sich nicht für ,,Che Guevara halten' (v.Konta).

Das Problem des Abends war, daß von linksliberalen Journalisten revolutionäre Stellungnahmen bezüglich politischer Vorfälle und bezüglich der Einschätzung des deutschen Blätterwalds verlangt wurden; diesem Anspruch konnten sie nicht gerecht werden.

Am letzten Abend stand wieder das Moment der Unterhaltung im Vordergrund: Eine Revue. Heine und Lessing werden aus der Unterwelt abberufen zu einem Gespräch, zu einer Talk--Show. Bei diesem Besuch in der Jetzt-Zeit geben sie ihren Kommentar ab zu vielfältigen heutigen Ärgernissen. Der Clou des ganzen: Heine und Lessing reden in Originalzitaten. Klar daß sich da die dollsten Treffer ergeben, z.B. als Lessing das DDR-Fernsehen anschaltet, und dort die DDR sich als geistigen Fortsetzer Lessings, als Bewahrer seiner großen Ziele der Humanität und der Gerechtigkeit usw., usw. beweihräuchert. Oder: Lessing und Heine gehen ins Gericht mit einem Talk-Show-Teilnehmer der begeistert die freiheitlich-demokratische Grundordnung rühmt, und halten ihm vor, daß ,,Deutschland immer noch das sklavischste Land Europas'' sei.

Die Intention, darzustellen, daß sich die heutige Bourgeoisie zu Unrecht auf Heine und Lessing beruft, daß sie tief unter das Niveau dieser beiden bürgerlichen Größen gesunken ist, halte ich für völlig gerechtfertigt. Das Problem der Revue war aber, daß sie Heines und Lessings Kritik wie selbstverständlich auf heutige Zustände bezogen hat, die beiden Dichter im Prinzip also genauso vereinnahmen, wie es an der DDR kritisiert wurde. Besser, sowohl um die Dichter und ihre fortschrittlichen Ansichten zu propagieren, als auch, um die reaktionären Ansichten der heutigen Bourgeoisie anzugreifen, hätte ich gefunden, wenn man Heine und Lessing mit BRD-Apologeten z.B. über die Einschätzung des Preußentums, über die Asuwirkungen der deutschen Geschichte auf das Bewußtsein der Deutschen u.ä. hätte diskutieren lassen. An solchen Punkten hätte der sehr lehrreiche und fortschrittliche Standpunkt der beiden Dichter sich direkt mit den heutigen beschönigenden und offen reaktionären Positionen der herrschenden Klasse vergleichen lassen.

Um einen kleinen Eindruck zu vermitteln, einige Strophen, die Heines Auffassung über den ,,Märchenkönig'', den ,,schwärmerischsten Schöngeist'' den ,,Kunstförderer Ludwig von Bayern (einst so zu Herzen gehend verfilmt mit O.W. Fischer in der Hauptrolle) zeigen.

Lobgesänge auf Ludwig

Das ist Herr Ludwig von Bayernland
Desgleichen gibt es wenig;
Das Volk der Bayern verehrt in ihm
Den angestammten König.
(. . .)
Herr Ludwig ist ein großer Poet,
Und singt er, so stürzt Apollo
Vor ihm auf die Knie und bittet und fleht:
Halt ein! ich werd sonst toll, oh!

Herr Ludwig ist ein mutiger Held,
Wie Otto, das Kind, sein Söhnchen;
Der kriegte den Durchfall zu Athen,
Und hat dort besudelt sein Thrönchen.

Stirbt einst Herr Ludwig, so kanonisiert
Zu Rom ihn der heilige Vater –
Die Glorie paßt für ein solches Gesicht,
Wie Manschetten für unseren Kater!

Sobald auch die Affen und Känguruhs
Zum Christentum sich bekehren,
Sie werden gewiß Sankt Ludewig
Als Schutzpatron verehren.
(. . .)

Literatur, „die nicht so sein kann, wie es verlangt wird“

Sowjetische Schriftsteller in Opposition

krk. In einer unvollständigen Auflistung zählt die Zeitschrift „Osteuropa“ 27 mehr oder minder prominente und auch im Ausland bekannte sowjetische Schriftsteller auf, die 1980 in der Sowjetunion nicht publizieren durften. Einige unter ihnen wurden schon in früheren Jahren in die Emigration getrieben oder gezwungen, andere stehen im Lande in oft erbarmungsloser Auseinandersetzung mit den Behörden. Die sowjetische Literatur ist heute, wie die Gesellschaft selber, tief gespalten. Es gibt ein Meer von seichten, von einem verlogenen Optimismus strotzenden, in Lügen kaum zu übertreffenden „Werken“, die die Regale und Schaufenster der staatlichen Buchhandlungen füllen. Dort verstauben sie auch. Und es gibt eine halb- und auch eine ganz illegale Literatur, mit einem regelrechten Untergrund-Verlagswesen, den „Samisdat“-Ausgaben von oppositioneller Literatur.

1979 versuchten einige Schriftsteller den halblegalen Bereich durch den neuen Literatur-Almanach „Metropol“ zu erweitern. Sie schrieben damals im Vorwort:

„Es gehört keine übermäßige Kühnheit dazu zu erklären, daß unser kulturelles Leben an einer Art chronischem Leiden erkrankt ist, das man als ‚verhohlene Feindschaft gegen das Andersartige‘ definieren kann – oder einfach als ‚Angst vor der Literatur‘. Der Brechreiz erzeugende gleichmäßige Trott in den Zeitschriften und Verlagen führt zum Auftreten einer aufgebauschten allumfassenden Verantwortung für ein ‚Stück‘ Literatur, die nicht nur nicht so sein kann, *wie es verlangt wird,* (Hervorhebung im Original) sondern nicht einmal so wie gestern. Diese allgemeine ‚Verantwortung‘ bewirkt einen Zustand stagnierender, stiller Verschreckung, ein Bestreben, das literarische ‚Stück‘ anzupassen. Nichtstandardisierte Literatur ist bisweilen zu langjährigem Herumwandern ohne eine Wohnstatt verdammt.“ Und: „Nur ein Blinder sieht nicht, daß solche Literatur von Jahr zu Jahr mehr wird, daß sie gewissermaßen ein Reservat im vaterländischen Schrifttum ausmacht … Der Traum des Unbehausten ist ein Dach über dem Kopf; so ist ‚Metropol‘ ein Unterschlupf – in der Hauptstadt …“

Die 23 Schriftsteller, die ihre Werke im „Metropol“ erscheinen lassen wollten, haben viel riskiert, und die Strafe blieb auch nicht aus. Nicht nur, daß der Almanach verboten wurde. Herausgeber Kusnezow wurde im Schriftstellerverband gemaßregelt. Ein nach dem Drehbuch von Andrei Bitow (einer der Autoren, in der Sowjetunion bis dahin auch offiziell hoch geschätzt und in hohen Auflagen veröffentlicht) gedrehter Film wurde zurückgezogen, die Honorarzahlungen eingestellt. Andrei Wossnesenskij, einer der bedeutendsten Lyriker der Gegenwartsliteratur, durfte eine schon festgelgete Reise in die USA nicht antreten. Zwei jüngeren Autoren, Jewgenij Popow und Viktor Jerofejew, wurde die Aufnahme in den Schriftstellerverband versagt. Dies ist in der Sowjetunion

krankt ist, das man als ‚verhohlene Feindschaft gegen das Andersartige‘ definieren kann – oder einfach als ‚Angst vor der Literatur‘. Der Brechreiz erzeugende gleichmäßige Trott in den Zeitschriften und Verlagen führt zum Auftreten einer aufgebauschten allumfassenden Verantwortung für ein ‚Stück‘ Literatur, die nicht nur nicht so sein kann, *wie es verlangt wird,* (Hervorhebung im Original) sondern nicht einmal so wie gestern. Diese allgemeine ‚Verantwortung‘ bewirkt einen Zustand stagnierender, stiller Verschreckung, ein Bestreben, das literarische ‚Stück‘ anzupassen. Nichtstandardisierte Literatur ist bisweilen zu langjährigem Herumwandern ohne eine Wohnstatt verdammt.“ Und: „Nur ein Blinder sieht nicht, daß solche Literatur von Jahr zu Jahr mehr wird, daß sie gewissermaßen ein Reservat im vaterländischen Schrifttum ausmacht … Der Traum des Unbehausten ist ein Dach über dem Kopf; so ist ‚Metropol‘ ein Unterschlupf – in der Hauptstadt …“

Die 23 Schriftsteller, die ihre Werke im „Metropol“ erscheinen lassen wollten, haben viel riskiert, und die Strafe blieb auch nicht aus. Nicht nur, daß der Almanach verboten wurde. Herausgeber Kusnezow wurde im Schriftstellerverband gemaßregelt. Ein nach dem Drehbuch von Andrei Bitow (einer der Autoren, in der Sowjetunion bis dahin auch offiziell hoch geschätzt und in hohen Auflagen veröffentlicht) gedrehter Film wurde zurückgezogen, die Honorarzahlungen eingestellt. Andrei Wossnesenskij, einer der bedeutendsten Lyriker der Gegenwartsliteratur, durfte eine schon festgelgete Reise in die USA nicht antreten. Zwei jüngeren Autoren, Jewgenij Popow und Viktor Jerofejew, wurde die Aufnahme in den Schriftstellerverband versagt. Dies ist in der Sowjetunion
gleichbdeutend mit dem Entzug der Existenzgrundlage, denn nur wer Mitglied des Verbandes ist, hat Zugang zu den Verlagen, zu Film und Fernsehen.

Was für Werke hätte denn der Almanach enthalten? Von Juri Popow (geboren 1946) z.B. Kurzgeschichten im Stil E.T.A. Hoffmanns. Die Erzählung vom „Kater Katzowitsch“ spielt in einer stickigen Küche, wo zwei Männer in Gesellschaft einer Wodkaflasche und eben dem Kater über Gott und die Welt nachsinnen. Als sie stark betrunken in böser Absicht dem Kater nachstellen, nimmt den der kleine Sohn des einen in Schutz – mit Zitaten aus dem politischen Unterricht in der Schule, die so, ins Absurde verkehrt, unwiderstehlich komisch wirken. In einer anderen Erzählung der „Blauen Flöte“ nimmt er die Art von Helden auf die Schippe, die in der Staatsliteratur das Positive zu versinnbildlichen pflegen. Es handelt sich um ein junges Paar, beide Normerfüller und Brigadiere und ihre Liebe entsteht, während sich beide im sozialistischen Arbeitseinsatz hervortun. Auch nach der Eheschließung passen sie gut zueinander, nur klappt es mit der praktischen Durchführung des ehelichen Lebens nicht, bis „das Kollektiv ihnen half! Ungelogen!“ Schließlich landen sie bei einem Leningrader Professor, der sich über die „miserable sexuelle Aufklärung“ empört und das junge Paar mittels Schocktherapie kuriert. Ansonsten scheint der Sammelband Werke zu enthalten, die eher wegen ihrer direkten politischen Aussage als ihrer literarischen Qualität bemerkenswert sind, so z.B. Gedichte über das Leben in Lagern für politische Gefangene. Es gibt auch noch viel Mystik und religiöses Gedankengut, die ihre Bedeutung durch das Streben der Autoren nach Unabhängigkeit von der staatlichen Reglementierung erhalten.

Hier soll nun ein weiterer prominenter Vertreter der sowjetischen Gegenwartsliteratur vorgestellt werden, dessen Werke auch in der BRD gut zugänglich sind, und den es sich wirklich lohnt zu lesen, wenn man was über das Lebensgefühl der sowjetischen Menschen, vor allem der Intelligenz erfahren will, Jurij Trifonow.

Jurij Trifonow schreibt Kurzgeschichten und Romane, die sich hart an der Grenze der Legalität bewegen. Denn es ist ein düsteres, zutiefst pessimistisches Bild, das er von den Menschen und ihrem Schicksal in der Sowjetunion malt. Vergebens sucht man bei ihm nach dem von den sowjetischen Parteiideologen so sehnlichst erwünschten „positiven Helden“. In der Kurzgeschichte „Der Tausch“ (1974, Piper) geht es um eine Wohnungstauschaktion. Dmitriew, Angestellter eines Unternehmens namens GINEGA, Spezialist für Pumpen, wohnt mit Frau und Tochter in einem Zimmer einer engen und verdreckten Gemeinschaftswohnung. Als es sich herausstellt, daß die Krankheit seiner Mutter bald tödlich enden wird, wovon aber die alte Frau nichts weiß, regt seine Frau Lena an, mit der Mutter in deren Zweizimmer-Wohnung zusammenzuziehen und so das Wohnrecht nach ihrem Tode zu sichern. Dies ist in der Tat die einzige greifbare Möglichkeit, an der bedrückenden Wohnungslage der Familie etwas zu ändern. Es bedeutet aber auch, daß damit der Mutter gegenüber brutal kundgetan wird, daß sie bald sterben muß. Dmitriew soll der Mutter – auf Anregung seiner Frau – diesen Vorschlag unterbreiten, kurzum, ihr das Todesurteil mitteilen. Er kämpft verzweifelt gegen seine Frau an, die die Aktion energisch vorantreibt, ist aber schließlich der selbst-

Hier soll nun ein weiterer prominenter Vertreter der sowjetischen Gegenwartsliteratur vorgestellt werden, dessen Werke auch in der BRD gut zugänglich sind, und den es sich wirklich lohnt zu lesen, wenn man was über das Lebensgefühl der sowjetischen Menschen, vor allem der Intelligenz erfahren will, Jurij Trifonow.

Jurij Trifonow schreibt Kurzgeschichten und Romane, die sich hart an der Grenze der Legalität bewegen. Denn es ist ein düsteres, zutiefst pessimistisches Bild, das er von den Menschen und ihrem Schicksal in der Sowjetunion malt. Vergebens sucht man bei ihm nach dem von den sowjetischen Parteiideologen so sehnlichst erwünschten „positiven Helden“. In der Kurzgeschichte „Der Tausch“ (1974, Piper) geht es um eine Wohnungstauschaktion. Dmitriew, Angestellter eines Unternehmens namens GINEGA, Spezialist für Pumpen, wohnt mit Frau und Tochter in einem Zimmer einer engen und verdreckten Gemeinschaftswohnung. Als es sich herausstellt, daß die Krankheit seiner Mutter bald tödlich enden wird, wovon aber die alte Frau nichts weiß, regt seine Frau Lena an, mit der Mutter in deren Zweizimmer-Wohnung zusammenzuziehen und so das Wohnrecht nach ihrem Tode zu sichern. Dies ist in der Tat die einzige greifbare Möglichkeit, an der bedrückenden Wohnungslage der Familie etwas zu ändern. Es bedeutet aber auch, daß damit der Mutter gegenüber brutal kundgetan wird, daß sie bald sterben muß. Dmitriew soll der Mutter – auf Anregung seiner Frau – diesen Vorschlag unterbreiten, kurzum, ihr das Todesurteil mitteilen. Er kämpft verzweifelt gegen seine Frau an, die die Aktion energisch vorantreibt, ist aber schließlich der selbst-
süchtigen Frau und dem Druck der materiellen Umstände unterlegen.

In der Geschichte stehen sich in den Figuren von Mann und Frau zwei einander völlig entgegengesetzte Charaktere gegenüber. Lena hat noch nie in ihrem Leben auf jemanden Rücksicht genommen und kennt nur das Gesetz des Stärkeren. Dmitriew ist weichherzig und tiefführend, verfolgt den Lebensweg seiner Frau streckenweise mit tiefem Entsetzen, steht ihr aber auch hilfos gegenüber. Es findet in dieser Gesellschaft ein erbarmungsloser Existenzkampf statt, dem sich keiner entziehen kann, und in dem jeder, der Schwäche zeigt, gnadenlos untergehen muß. So kann man auch Lena nicht wirklich verurteilen. Sie ist nicht einfach von Natur aus so, wie sie ist, sie reagiert nur auf die Herausforderungen dieser Gesellschaft. Ein Teil der Erzählung spielt im Büro Dmitriews. Er weigert sich, eine Dienstreise anzutreten, weil er die Befürchtung hat, der Zustand der Mutter könnte sich in der Zeit verschlechtern. Aber sein Kollege Pascha weigert sich ebenfalls zu fahren.

„Pascha Snitkin war dabei, seine Tochter in einer Musikschule unterzubringen, mit dieser kniffligen Sache konnte nur er sich befassen – weder die Mutter noch die Großmutter. Und führe er im Oktober weg, fiele die Musikschule für dieses Jahr garantiert ins Wasser, was der Tochter ein schweres Trauma und der ganzen Familie Snitkin einen moralischen Schaden zufügen würde. Aber mein Gott, kann man das denn vergleichen – ein Mensch stirbt und ein kleines Mädchen kommt auf eine Musikschule? Ja, doch. Man kann. Das sind Hüte von etwa gleicher Größe – wenn *ein Fremder* stirbt, aber die *eigene,* leibliche Tochter auf die Musikschule kommt.“

In der Erzählung „Der Tausch“ war der Verrat an einer Person, der eigenen Mutter, der Preis für das materielle Fortkommen, für den Besitz einer Zweizimmer-Wohnung. Den in ähnlicher Weise erzwungenen *politischen* und *moralischen* Verrat behandelt der Roman „Das Haus an der Moskwa“ (gemeint ist der Moskwa-Fluß). Hauptheld Glebow, Mittvierziger, wegen seiner Leibesfülle und auch, weil er es sich leisten kann, Träger von Maß-



Als der Dichter, Sänger und Schauspieler Wyssozki im August 1980 starb, kamen 15 000 zum Begräbnis und wandelten die Feier in eine Demonstration um, die von der Polizei nur schwer im Zaum gehalten werden konnte. Wyssozki ist einer der Autoren von „Metropol“. Sein Lied über die hoffnungslos Schlange-Stehenden:

Bürger, die warten, fluchen und schreiben,
Bürger, die doch nur Gerechtigkeit wollen.
Du weißt doch, wir waren die ersten,
aber die, die hinter uns waren,
die sind schon lange dran.
Doch das waren Ausländer, wer seid ihr?
Oder Delegierte, und wer seid ihr?
Und noch immer warten die Bürger
und fluchen und schreien.



Als der Dichter, Sänger und Schauspieler Wyssozki im August 1980 starb, kamen 15 000 zum Begräbnis und wandelten die Feier in eine Demonstration um, die von der Polizei nur schwer im Zaum gehalten werden konnte. Wyssozki ist einer der Autoren von „Metropol“. Sein Lied über die hoffnungslos Schlange-Stehenden:

Bürger, die warten, fluchen und schreiben,
Bürger, die doch nur Gerechtigkeit wollen.
Du weißt doch, wir waren die ersten,
aber die, die hinter uns waren,
die sind schon lange dran.
Doch das waren Ausländer, wer seid ihr?
Oder Delegierte, und wer seid ihr?
Und noch immer warten die Bürger
und fluchen und schreien.

anzügen, während er auf der Suche nach einem antiken Tischchen für seine neue Wohnung ist, entdeckt in einem Hinterhof in einer dreckigen Ecke besoffen schlafend Lew Schulepnikow, einen ehemaligen Schulkameraden. Sein eigener und Schulepnikows Werdegang sind zwei Extreme, die des

anzügen, während er auf der Suche nach einem antiken Tischchen für seine neue Wohnung ist, entdeckt in einem Hinterhof in einer dreckigen Ecke besoffen schlafend Lew Schulepnikow, einen ehemaligen Schulkameraden. Sein eigener und Schulepnikows Werdegang sind zwei Extreme, die des
Aufstiegs und des Niedergangs. Glebow, Sohn einer armen Angestelltenfamilie, lernt in der Schule über einige Kameraden, aber vor allem Lew das große, vornehme Haus an der Moskwa kennen. Hier wohnen nur bessere Familien, in Wohnungen mit vielen, gepflegten Zimmern, behütet durch einen Pförtner. Der Widerspruch zwischen dem häuslichen Elend der Glebows – wieder die bekannte Gemeinschaftswohnung mit lärmenden Nachbarn, dunklen, schmutzigen Fluren und in der Nacht knisternden Küchenschaben – ist ungeheuer. Natürlich ist Glebow, damals noch kleiner Junge, beeindruckt, und darüber kann er früh zum Verrat gezwungen werden. Lews Vater ist irgendein hohes, sehr einflußreiches Tier. Als der Onkel der Glebows in Schwierigkeiten gerät, wird Glebow unter Druck gesetzt, den Vater seines Schulkameraden um Hilfe zu bitten. Der Preis, den Lews Vater für die Hilfe verlangt, ist, daß Glebow ihm verrät, wer seinen Sohn am ersten Schultag auf dem Schulhof verprügeln wollte. Glebow verrät den Freund, den er selbst zur Schlägerei angestiftet hat. Der Vater Lews hilft trotzdem nicht, der Junge aber, den Glebow verraten hat, fliegt von der Schule.

Als gewichtiger politischer Verrat wiederholt sich die Geschichte etwa 20 Jahre später, einige Jahre nach dem Krieg. Glebow ist schon Student, und fängt ein Liebesverhältnis mit Sonia, der Tochter seines Professors Gantschuk an – die mit ihrer Familie in eben dem bekannten Haus an der Moskwa wohnt. Sie kennen sich noch von der Schulzeit her und nun ist die Liebe zu Sonia – die mindestens in demselben Maße dem Haus, der Datscha, dem Reichtum der Familie gilt – ein Schritt vorwärts für Glebow. Nicht nur wegen dem immr inniger werdenden Verhältnis zum Haus, sondern auch, weil der Professor seinen Weg auf der Universität ebnet. Aber alles zusammengenommen ist er immer noch bitter arm, und demgegenüber scheint der steile Aufstieg Lews kaum zu stoppen sein. Seine schöne aristokratische Mutter hat einen neuen Mann, noch reicher und einflußreicher als der erste, er hat einfach alles, was ein Mensch sich nur wünschen kann.

Auf der Universität tobt ein gnadenloser Konkurrenzkampf unter Diplomanden, Aspiranten, Professoren. Kein Mittel ist zu dreckig dabei, so hat z.B. eine Dissertation ihren festen Preis – in Rubel. Mit den Parolen der Staatsideologie, aber nur zum eigenen Vorteil will eine Clique (die über einen

Auf der Universität tobt ein gnadenloser Konkurrenzkampf unter Diplomanden, Aspiranten, Professoren. Kein Mittel ist zu dreckig dabei, so hat z.B. eine Dissertation ihren festen Preis – in Rubel. Mit den Parolen der Staatsideologie, aber nur zum eigenen Vorteil will eine Clique (die über einen
demobilisierten Militärstaatsanwalt direkt mit der Staatsmacht zusammenhängt) den liberalen Professor Gantschuk zu Fall bringen. Geschickt packen sie Glebow bei seinem Ehrgeiz und bringen ihn in eine Lage, in der er zwischen ehrlichem Verhalten, aber Verlust eines einträglichen Stipendiums und der Zukunft als Akademiker, oder dem Verrat an seinem ihn aufrichtig fördernden Professor und zukünftigem Schwiegervater, aber Emporkommen in die „höchsten Kreise“ wählen muß. Glebow wählt nicht bewußt, er läßt sich von den Ereignissen treiben. Gantschuk wird als Menschewik und Anbeter der westlichen Kultur öffentlich und in der Presse kritisiert, was seiner Vernichtung als Professor gleichkommt. Glebow spricht zwar nicht direkt gegen ihn, aber durch sein Schweigen und seiner Gefügsamkeit dem Staatsanwalt gegenüber ist er einer der Hauptschuldigen am Sturz Gantschuks. Sonia verläßt er natürlich auch und legt damit insgesamt die Grundsteine seiner Karriere. Am Ende des Romans sehen wir ihn in Paris, als Reisender im Staatsauftrag in Sachen Literatur – der Verrat hat sich ausgezahlt.

Der bis dahin so erfolgreiche Lew und Gegenspieler Glebows zerbricht an diesem Prozeß. „Mein Gott, sind wir Schweine … Man mußte ihn heimbringen, er war nahe am Umkippen. Damals begann sein Abstieg und Untergang.“ Lew wird zum Säufer, und auf der letzten Seite treffen wir ihn als mürrischen Friedhofswärter wieder.

Hauptheld Glebow hat sich in die Reihen der neuen Bourgeoisie hochgekämpft, oder besser, sich dorthin hochspülen lassen. Er war ein geeignetes, willenloses Werkzeug in den Händen der Beherrscher der Universität, hinter denen eindeutig der Partei- und Staatsapparat als Auftraggeber zu erkennen ist. Genausowenig wie Lena aus dem „Tausch“ kann man Glebow wirklich verurteilen. Ihm ist diese Bourgeoisie vorgegeben und auch das Elend, aus dem er kommt. Die Alternative zu dem, wie er sich entschieden hat, ist nur die völlige Vernichtung. Die „gute“ Sonia, nebst dem Professor Gantschuk die einzige positive Figur des Romans, stirbt an den Folgen des Prozesses, Gantschuk selbst bleibt als gebrochener, bitterer Greis zurück. Die andere Möglichkeit: im Abgrund zu landen, wie Lew. Nie spricht Trifonow über die gesellschaftlichen Zustände direkt. Er zeigt nur, wie die Menschen an der Widersprüchen der Gesellschaft zerbrechen. Der Preis für das Weiterkommen – und wie gering ist dieses Weiterkommen! eine Zweizimmerwohung vielleicht – ist immer die moralische Vernichtung. Und entzieht sich einer diesem gnadenlosen Existenzkampf, so folgt noch Schlimmeres: die physische Vernichtung. Trotz dieser heftigen und vernichtenden Kämpfe findet in der von Trifonow dargestellten Gesellschaft keinerlei Entwicklung statt. Manche kommen hoch, andere stürzen, aber all das passiert mit einer Schicksalhaftigkeit, der sich keiner entziehen kann. Es ändert sich dabei auch nichts. Es ist eine stagnierende, absolut hoffnungslose Gesellschaft, in der sich Reichtum und Armut, Macht und Unterdrückt- und Ausgeliefert-Sein einander schroff und unversöhnlich gegenüberstehen, in der aber dieser Widerspruch nicht aufgelöst werden kann.

In einem Interview mit der sowjetischen Lehrerzeitung „Utschitelskaja Gaseta“ im Juli 1979 sagte Trifonow: „Ein Werk muß meines Erachtens nicht immer eine ganz genaue Diagnose stellen und ein entsprechendes Rezept ausschreiben. Es kann sich darauf beschränken, die Symptome der Situation eines Menschen oder einer Gesellschaft zu beschreiben. Die notwendigen Schlüsse zu ziehen ist dann schon Sache des Lesers.“ Eine treffende Beschreibung. Obwohl er keine Begriffe von Klassen verwendet, lassen seine

gur des Romans, stirbt an den Folgen des Prozesses, Gantschuk selbst bleibt als gebrochener, bitterer Greis zurück. Die andere Möglichkeit: im Abgrund zu landen, wie Lew. Nie spricht Trifonow über die gesellschaftlichen Zustände direkt. Er zeigt nur, wie die Menschen an der Widersprüchen der Gesellschaft zerbrechen. Der Preis für das Weiterkommen – und wie gering ist dieses Weiterkommen! eine Zweizimmerwohung vielleicht – ist immer die moralische Vernichtung. Und entzieht sich einer diesem gnadenlosen Existenzkampf, so folgt noch Schlimmeres: die physische Vernichtung. Trotz dieser heftigen und vernichtenden Kämpfe findet in der von Trifonow dargestellten Gesellschaft keinerlei Entwicklung statt. Manche kommen hoch, andere stürzen, aber all das passiert mit einer Schicksalhaftigkeit, der sich keiner entziehen kann. Es ändert sich dabei auch nichts. Es ist eine stagnierende, absolut hoffnungslose Gesellschaft, in der sich Reichtum und Armut, Macht und Unterdrückt- und Ausgeliefert-Sein einander schroff und unversöhnlich gegenüberstehen, in der aber dieser Widerspruch nicht aufgelöst werden kann.

In einem Interview mit der sowjetischen Lehrerzeitung „Utschitelskaja Gaseta“ im Juli 1979 sagte Trifonow: „Ein Werk muß meines Erachtens nicht immer eine ganz genaue Diagnose stellen und ein entsprechendes Rezept ausschreiben. Es kann sich darauf beschränken, die Symptome der Situation eines Menschen oder einer Gesellschaft zu beschreiben. Die notwendigen Schlüsse zu ziehen ist dann schon Sache des Lesers.“ Eine treffende Beschreibung. Obwohl er keine Begriffe von Klassen verwendet, lassen seine
Werke nur eine Schlußfolgerung zu: von Sozialismus kann in der Sowjetunion heute keine Rede sein. Gerade weil Trifonow wirkliche gesellschaftliche Konflikte zum Gegenstand seiner Erzählungen und Romane macht, sind sie voller Spannung und ermöglichen einen tiefen Einblick in die sowjetischen Verhältnisse. Das hier besprochene Buch „Das Haus an der Moskwa“ ist 1977 beim Bertelsmann Verlag erschienen. Zur Lektüre zu empfehlen ist auch der Roman „Starik“ (Der Alte), in dem er den Abscheu der alten revolutionären Generation vor der gegenwärtigen Gesellschaft behandelt (ebenfalls bei Bertelsmann).



(304 S. / Best. Nr. 0049 / 12 DM)

Aus der Einleitung:

„Freiheit, Unabhängigkeit und Brot“: Daß die polnische Arbeiterklasse und das polnische Volk heute noch immer den Kampf um diese historischen Ziele fortsetzen muß, hängt damit zusammen, daß nach der Befreiung von der Barbarei der deutschen Okkupation die polnische Nation wiederum ihr Selbstbestimmungsrecht nicht in vollem Umfang verwirklichen konnte und in engste Abhängigkeit von der Sowjetunion geriet. Seit diese zu einer sozialimperialistischen Supermacht geworden ist, die im Namen des Sozialismus und der Arbeiterbewegung zur globalen Expansion übergegangen ist, ist der Widerspruch vollends unerträglich geworden.

„Die polnische Frage ist die deutsche Frage. Ohne ein unabhängiges und einiges Deutschland; keine Emanzipation Deutschlands von der russischen Oberherrschaft …“, hatte Karl Marx 1863 in einer „Proklamation des Deutschen Bildungsvereins für Arbeiter in London über Polen“ gesagt. Die Unterstützung des polnischen Befreiungskampfes hatte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zu den Hauptaufgaben der gesamten europäischen Arbeiterklasse gehört … Die heutige Lage in Europa weist dazu wieder einige Ähnlichkeiten auf. Nicht die deutsche „Wiedervereinigung“, aber der Rückzug der beiden Supermächte vom Boden der beiden deutschen Staaten und der Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges bildet eine der dringendsten Forderungen – nicht nur des deutschen Volkes in der BRD und in der DDR, sondern aller Völker. Die „deutsche Frage“ wird … unweigerlich ins Zentrum der Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte rücken, so wie ihr Kampf um die Vorherrschaft in der Welt sich eben letzten Endes auf Europa zuspitzen muß. In diesem Kampf um einen Friedensvertrag ist das Bündnis der westdeutschen und der polnischen Arbeiter- und Volksbewegung ein entscheidendes Element. Wie kann Polen seine „geopolitische Lage“ dauerhaft ändern! Nur durch einen Friedensvertrag für Deutschland, der zum Rückzug der beiden großen Militärallianzen … und die endgültige Sicherung der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens brächte.

Zu beziehen über
Buchvertrieb Hager GmbH

Mainzer Landstraße 147 · Postf. 119151
6000 Frankfurt · Telefon 0611/730234

zu beziehen sind:
Publikationen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Schriften der Klassiker des Marxismus-Leninismus: Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Zedong

Zeitschriften, politische und wissenschaftliche Bücher, Romane, Kinderbücher aus der VR China

Bücher und Zeitschriften aus der Demokratischen Volksrepublik Korea